DM 10,– Nr. 4 April 1993 E 8080 E



Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Deutschland:

Mehrere Verfassungsbeschwerden wegen Maastricht

Amerikas Sicherheitsrat und US-Justizministerium kontrollieren politische Entwicklung in Deutschland

Britannien:

Homosexuelle halten Einzug in die Armee

Bonn:

Lichterketten sind ein Fanal gegen Deutschland

Öl:

Warum sind die USA in Somalia?

Europäische Währungsunion:

Gegenwind für deutsche Exporte

Schweiz

Arrogante Verlierer der EWR-EG-Abstimmung manipulieren die Bürger



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementpreis von 90.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

☐ Jährlich DM 90.–

☐ Zweimal jährlich jeweils DM 45.–

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land



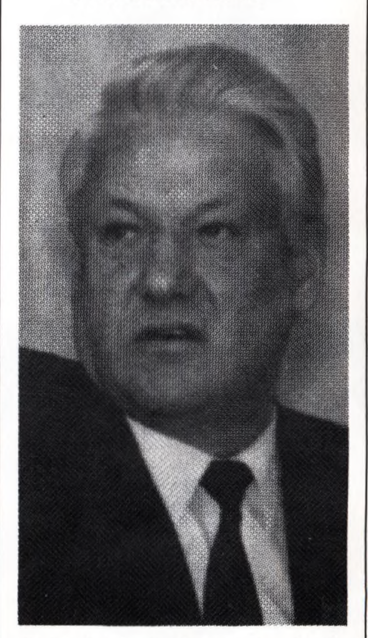
Deutschland

Finanzen

Internationales

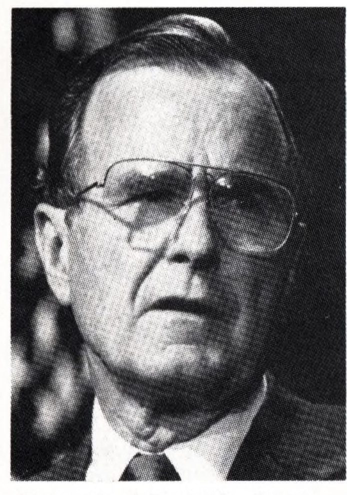


Winston Churchill wird in der heutigen Geschichtsschreibung beschuldigt, er hätte der Welt das »Blut, Schweiß und Tränen« des Krieges ersparen können.

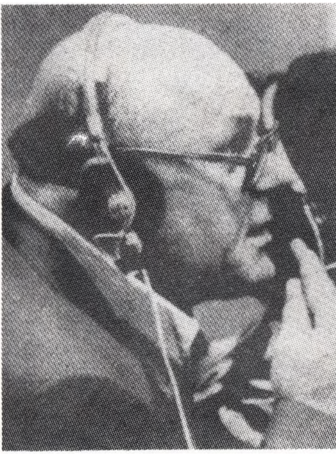


Boris Jelzin steht vor fast unlöslichen wirtschaftlichen und finanziellen Problemen.

7. Jahrgang Nr. 4 April 1993



George Bush hat in den letzten Tagen seiner Amtszeit als US-Präsident ein großzügiges Geldgeschenk aus Saudi-Arabien erhalten. Er hat dafür gesorgt, daß der Irak sein Öl nicht auf den Markt bringen kann.



John Demjanjuk wartet in einem israelischen Gefängnis auf ein Revisionsverfahren, daß das Todesurteil gegen ihn aufheben soll.

Ständige Rubriken

Deutschland-Journal

Honecker aus den Schlagzeilen verschwunden

Einer der größten Skandale der deutschen Nachkriegszeit, vielleicht sogar der gesamten deutschen Geschichte, ist nur wenige Wochen später aus den Schlagzeilen verschwunden: Die Rede ist von der getürkten Freilassung des früheren DDR-Diktators Erich Honecker wegen angeblich gesundheitlicher Gründe.

Kurzer Rückblick: Nach Ansicht der ihn untersuchenden und von der deutschen Justiz gestellten Ärzte sollte der Altstalinist nur noch wenige Monate, vielleicht sogar nur noch Wochen zu leben haben. Der Leberkrebs sei bereits in einem so weit fortgeschrittenen Stadium, daß auch eine Operation mit anschließender Chemotherapie oder andere Behandlungsmöglichkeiten keinerlei Aussicht auf Erfolg hätten.

Lediglich der Alternativmediziner Julius Hackethal hatte hieran größte Zweifel geübt und erklärt, seiner Meinung nach sei die Krebskrankheit Honeckers nicht lebensbedrohlich. Er könne noch viele Jahre leben. Wie von der Schulmedizin auch nicht anders zu erwarten, wurde Hackethals Meinung auch in den Medien meist total ignoriert oder wenn überhaupt, dann meistens mit einem abwertenden Kommentar versehen.

Und so kam es dann, wie es kommen mußte! Das Berliner Kammergericht stellte, ohne dazu überhaupt berechtigt zu sein, das Verfahren ein, um dann nur wenig später zu erklären, dieses sei fehlerhaft gewesen, das Verfahren gegen Honecker sei sehr wohl noch anhängig.

Dieser war jedoch inzwischen quitschfidel in Chile angekommen, wo die Ärzte dann nach nur einer kurzen Untersuchung erklärten, Honeckers Zustand sei zwar ernst, die Krebserkrankung aber keineswegs lebensbedrohlich – in Deutschland hatten die Ärzte es trotz zahlreicher Untersuchungen nicht geschafft, die relative Harmlosigkeit Honeckers Krankheit festzustellen –. Bei richtiger Medikamentation könne er 100 Jahre alt werden. Eine auch nur kurzzeitige Einweisung ins Krankenhaus oder gar eine stationäre Behandlung sei unnötig.

Danach verdummte sich die deutsche Justiz dann sogar nicht, Honecker eine Ladung zum nächsten Gerichtstermin nach Chile zu schicken. Die Antwort lautete dann natürlich: Nein.

Die Medien hatten für ein paar Tage ihre Schlagzeilen, danach herrschte dann aber das berühmt-berüchtigte Schweigen im Walde. Mit der Ausnahme eines Bildes, wo ein wütender Honekker einen Erdklumpen auf einen neugierigen Fotografen warf, war in den vergangenen Wochen nichts mehr von dem Fall Honekker zu lesen oder zu hören, geschweige denn, daß etwa ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuß oder ähnliches gebildet wurde. Und nur in kurzen Absätzen oder verklausuliert wagten es einzelne Zeitungen oder Zeitschriften, die Wahrheit über die Freilassung Honeckers zu schreiben.

Die folgenden Passagen sind CODE aus zuverlässigen Bonner Insider-Quelle zugespielt worden und bei mannigfachen Recherchen dann gegenbestätigt worden:

Der wahre Grund für die Freilassung Honeckers war seine Drohung, bei einer Verurteilung und eventueller Haftstrafe auspacken zu wollen. Ein offenes Geheimnis in Bonn und den Hauptstädten der einzelnen Bundesländer ist es aber, daß der KGB und der Stasi in den vergangenen Jahrzehnten tausende, wenn nicht sogar zehntausende oder gar hunderttausende Seiten belastendes Material über deutsche Spitzenpolitiker gesammelt hat.
Welche Brisanz in diesem Material steckt, kann man leicht daraus erkennen, wenn man nur das noch recht harmlose Buch »Die vorbeugende Unterwerfung« von dem früheren Spitzenberater der DDR-Regierung, dem später in die Bundesrepublik geflüchteten Hermann von Berg, liest. Was er dort etwa über den verstorbenen Altbundeskanzler Willy Brand oder über den SPD-Abrüstungsexperten Egon Bahr ansatzweise veröffentlichte, läßt ahnen, welche bis ins intimste Detail gehenden Kenntnisse die kommunistischen Geheimdienste über deutsche Spitzenpolitiker gesammelt haben.

Es halten sich Gerüchte, daß keiner, nicht einer der deutschen Spitzenpolitiker aller Parteien sich an seiner Position halten könnte, wenn diese Akten in die Öffentlichkeit gelangen würden. Jeder hätte den berühmten »Dreck am Stecken«, und das zum Teil in einer Größenordnung, das ein Sturm der Empörung durch das deutsche Volk gehen würde.

Nun wurde aber, so die Informationen weiter, ein »Gentlemens-Agreement« unter allen Beteiligten geschlossen. Danach verpflichtete sich die Bundesregierung, auf die deutsche Justiz so weit Einfluß zu nehmen, daß diese Honecker schnellstmöglichst freiläßt. Es wird zwar immer wieder darauf hingewiesen, daß die deutsche Justiz unabhängig sei; daß dies aber nur ein Märchen und die deutsche Justiz alles andere als unabhängig ist – man sehe nur die zum Teil überharten und jegliche Relation vermissen lassenden Urteile gegen angeblich Rechtsradikale und die lächerlich geringen Strafen für Linksradikale und Ausländer – ist ein Fakt, dem niemand ernsthaft widersprechen kann.

Im Gegenzug verpflichtete sich der ehemalige DDR-Staats- und Parteichef, seinen Mund zu halten und nichts von dem, was er weiß und von dem er in geheimen Verstecken – unter anderem in Moskau – Unmengen an Material deponiert hat, der Öffentlichkeit preiszugeben. Schließlich hatte Honecker mehr als einmal ein »Enthüllungsbuch«, in dem er kein Blatt vor den Mund nehmen wollte, angekündigt – sogar noch nach seiner Ankunft in Chile –.

Der Öffentlichkeit sollten dafür humanitäre Gründe vorgegaukelt werden. Denn dieses war und ist der einzige Grund, mit dem man eine Entlassung wenigstens halbwegs rechtfertigen konnte. Alles andere hätte nur zu einem Sturm der Erpörung geführt. Den Bürger wurde dies dahingehend verkauft, daß ein solches Vorgehen eben ein Merkmal eines freiheitlichen Staates sei und dessen Stärke und Überlegenheit gegenüber jeglicher Form eines diktatorisch aufgebauten Staates aufzeige. Humanitäre Gründe würden einfach wichtiger wiegen als der Grundsatz der Bestrafung verübten Unheils.

Seltsam ist nur, daß der selbe Staat sich nicht davor scheut, schwerkranke, über 80 Jahre alte Greise heute noch ins Gericht zu stecken, für Dinge, die sie tatsächlich oder vermeintlich vor 50 Jahren oder noch früher getan haben sollen. Oder Leute, wie Major Remer, der es wagt, heute zu behaupten, daß über viele Dinge aus der Zeit des Dritten Reichs Lügen verbreitet würden. Das alleine reicht heute in diesem angeblich so humanitären Rechtsstaat bereits aus, diese Leute, die allesamt kränker als Honecker sind, ins Gefängnis zu stecken. Daß deren »Verbrechen« nicht einmal ein Prozent dessen ausmachen, was Honekker zweifelsohne nachzuweisen ist, interessiert die in diesem Staat Verantwortlichen nicht. Ganz im Gegenteil befürworten sie diese Ungleichbehandlung sogar noch.

Und die Propaganda hatte dann auch den gewünschten Erfolg. Zwar gab es vereinzelt lautstarke Proteste und in manchen Zeitungen beziegungsweise Rundfunk- und Fernsehsendungen böse Kommentare, doch machten sich diese angesichts der breiten Medienzustimmung wie ein Sandkorn in der Wüste aus.

Heute, rund zwei Monate nach Honeckers gesetzeswidriger Freilassung, ist dies aber, wenn überhaupt, dann einen vierzeiligen Einspalter auf Seite sieben oder acht wert. Daß keiner der verantwortlichen Politiker oder Juristen seinen Hut nehmen mußte, versteht sich von selbst.

Nicht vergessen hat es aber der Bürger. Dies macht sich aber nicht, wie bei den meist von irgendwelchen linken Nationalmasochisten organisierten Lichterketten in lautstarken Protesten bemerkbar, sondern in zunehmender Politikverdrossenheit

und immer mehr um sich greifender Wahlmüdigkeit.

Der Verlierer dieses ganzen miesen Honecker-Spiels ist der freiheitliche Rechtsstaat. Denn dieser wird von den Leuten, die ihn eigentlich schützen sollen, selber mit Füßen getreten. Wo bleiben denn hierzu die Lichterketten? □

Wehner offiziell als kommunistischer Spion enttarnt

Was bisher immer nur als »üble Propaganda des rechtsradikalen Abschaums« bezeichnet wurde, ist jetzt auch offiziell zugegeben worden: Daß der langjährige SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Herbert Wehner während des Dritten Reichs nämlich nichts anderes als ein Terrorist und Mörder war und er die stalinistischen Säuberungen im Zentralkomitee (ZK) der KPdSU deshalb überlebte, weil der überzeugte Kommunist Genossen diffamierte und damit zum Teil sogar deren Todesurteil unterschrieb.

Die Zeitschrift »Stern« hat jetzt erstmals Auszüge aus der unter dem Aktenzeichen »ZAD N 821/11646« geführten Kaderakte Wehners aus dem »Archiv des Zentralkomitees der KPdSU« (jetzt »Zentrum für die Aufbewahrung zeitgenössischer Dokumente«) veröffentlicht. Aus ihnen geht im vorherigen Absatz gesagtes ganz eindeutig hervor.

Ebenfalls eindeutig hervor geht daraus, daß Wehner nach Ende des Zweiten Weltkriegs bei seinem Eintritt in die SPD falsche Angaben gemacht hat.

So steht in seinen streng vertraulichen »Notizen: Selbstbesinnung – Selbstkritik«, die er nach seinem Parteieintritt dem SPD-Vorstand im Sommer 1946 übergeben hatte: »Der NSDAP als solcher haben wir im Saarkampf einige empfindliche Schläge versetzen können ... Nicht zuletzt haben wir erreicht, daß die Kommunisten und Sozialdemokraten an der Saar sich in diesen Monaten viele Erfahrungen aneignen und Kampfesmethoden anzuwenden lernen konnten, die ihnen ... sehr zustatten kamen. Die Widerstandsarbeit an der Saar hat ... zeitweise recht intensiven Charakter gehabt.«

Dagegen hatte Wehner 1937 in Moskau folgendes von sich gegeben: »Es hat in der Umgegend von Neunkirchen Feuergefechte mit schwerbewaffneten Faschisten gegeben ... Auch für Versammlungen und für die Agitation mußte bewaffneter Schutz gestellt werden ... Die Beschaffung des Materials (das waren Handfeuerwaffen; die Redaktion war mit den Vertretern des Politbüros besprochen und festgelegt ... Nach der Niederlage im Saargebiet sind auf meine Veranlassung die Objekte (das waren Sprengsätze; die Redaktion) wieder zurück über die Grenze (nach Frankreich; die Redaktion) gebracht worden.«

Der »Stern« hierzu: »Tatsächlich hatte es sich bei diesen Auseinandersetzungen in verschiedenen Ortschaften um Feuerüberfälle auf Angehörige der nazifreundlichen Deutschen Front und um Bombenanschläge auf deren Versammlungslokale gehandelt.«

Obwohl Wehner später immer wieder erklärte, er habe schon recht früh den Bruch mit dem Kommunismus begonnen, sieht die Wirklichkeit ganz anders aus. So kritisierte er 1937 unter seinem Parteinamen Funk – unter dem er auch noch 1940 als Mitglied der einflußreichen kleinen Kommission des KPD-Parteivorstands angehörte, zusammen mit Ulbricht und Dengel – in der Moskauer »Deutschen Zentral-Zeitung« den ungarischen Schriftsteller Andor Gábor, weil der in seinem Buch »Die Rechnung« Kommunisten als »engen sektierererischen Kreis ohne Perspektiven, ohne wirklichen Lebens« geschildert habe. In Gábors Erzählung werde die Wirklichkeit »grob entstellt und verzerrt«, denn »das Proletariat ist der wirkliche Herr der Welt, der Herr von Morgen ...

Gerade von den emigrierten antifaschistischen Schriftstellern, die das große Glück haben, unmittelbar zu erleben, wie in der Sowjetunion unter der führenden und helfenden Hand der Kommunistischen Partei die Schriftsteller den Weg zum sozialistischen Realismus gefunden haben, können wir fordern, daß sie ernst und gründlich an der Schaffung einer Literatur über den antifaschistischen Kampf arbeiten, die hilft und nicht schadet.«

Und Wehner hatte mit diesem öffentlich ausgesprochenen Rüffel Erfolg: Während seiner Moskauer Zeit schrieb Gábor vorsichtshalber keine einzige Zeile mehr.

1937 mußte Wehner aber selber eine Überprüfung durch die Kaderabteilung der Kommunistischen Internationale über sich ergehen lassen, weil es in Moskau mit einem gewissen Mißtrauen aufgenommen wurde, daß Wehner sich in Deutschland recht ungefährdet und ohne größere Vorsichtsmaßnahmen bewegte.

Wehner rettete sich hieraus unter anderem auch mit Verrat. So forderte er »die Säuberung« der Partei »von schlechten Elementen und Schädlingen«. Im einzelnen belastete er dabei:

Erich Birkenhauer, zeitweise Leiter des Pariser Thälmann-Komitees: »vergiftende Hetze gegen Mitglieder des ZK«, »schwer gegen die Partei vergangen«.

Heinrich Meyer, Leiter der Agitations- und Propagandaabteilung des ZK: »feindlicher Charakter«.

Hans Knodt, Chefredakteur der Parteizeitung »Rote Fahne«: »Parteifeind«, »habe ich in schärfster Form angegriffen«.

Fritz Schulte, Mitglied des Politbüros: »verbrecherischer Feind«.

Willi Müntefering, Mitglied des Zentralkomitees: »vergiftende Tätigkeit und Zersetzungsarbeit«.

Leo Flieg, Mitglied des Politbüros: »wird in einem seriösen und unantastbaren Brief als Gauner bezeichnet«.

Dies führte natürlich zu Konsequenzen für die Betreffenden: Birkenhauer wurde zu zwölf Jahren Arbeitslager, dann zu Tode verurteilt; Meyer und Flieg zum Tode, Schulte und Knodt zu acht Jahren Lager. Müntefering wurde aus der Partei ausgeschlossen und hat – angeblich – Selbstmord begangen.

Doch Wehner war gerettet und wurde kein Opfer der 1.136 namentlich bekannten deutschen Opfer der Stalinschen »Säuberungen«.

Doch damit nicht genug. In unzähligen Artikeln bewies er seine Linientreue. So pries er Stalins Massenliquidierungen: »Die Vernichtung der schmutzigen Agenten des Faschismus und die weitere Stärkung der Roten Armee vollzogen sich im Zeichen der breitesten Entfaltung sozialistischer Demokratie.«

Den kommunistischen Schriftsteller Max Seydewitz schwärzte Wehner allein wegen dessen Buch »Stalin oder Trotzki?« an: »Es ist in jeder Beziehung ein Unding, den größten lebenden Führer der Arbeiterklasse, den genialen Baumeister des Sozialismus mit einem Provokateur und einem Banditen in einem Atemzug zu nennen.«

Er verteidigte sogar den Hitler-Stalin-Pakt aus dem Sommer 1939 zur Aufteilung Polens gegen Angriffe der Exil-SPD: »Während die deutschen Werktätigen gerade in der deutsch-sowjetischen Freundschaft eine Grundlage zur Herbeiführung eines wirklichen Friedens erkennen ..., versuchen die reaktionären sozialdemokratischen Führer, diese Freundschaft zu unterwühlen und zu zerstören.«

Im schwedischen Gefängnis, wo er seit 1942 wegen Spionage für die Sowjetunion saß, will Wehner dann angeblich mit dem Kommunismus gebrochen haben. Hieran sind aber allergrößte Zweifel angebracht. So ist noch immer unvergessen, daß er in den siebziger Jahren bei einem Besuch in der Sowjetunion für mehrere Tage quasi »verschwunden« war, da keiner wußte, wo er war, was er machte, und mit wem er über was verhandelte. Später hieß es hierzu, Wehner habe vertrauliche Gespräche geführt.

Tatsache ist aber, daß heute noch Personen, die viel weniger weitgehendes im Dritten Reich und in nationalsozialistischen Zeitungen geschrieben haben, selbst heute noch gebrandmarkt sind und Konsequenzen zu tragen haben, wenn dies bekannt wird. Der Altstanilist Wehner konnte aber zu einem der mächtigsten Politiker Deutschlands aufsteigen. Seltsam und schwer verständlich, aber doch traurige Wahrheit! □

Bonn

Lichterketten sind ein Fanal gegen Deutschland

Alfred König

Die Lichterketten gegen Ausländerfeindlichkeit sind derzeit eines der beherrschendsten Themen in den deutschen Medien. Sie gelten als Fanal des »anständigen Deutschlands« gegen den »zunehmenden Rechtsextremismus, Nationalismus und Rassismus in Deutschland«. Ein Fanal, das dazu dient, Deutschland gegenüber den anderen Ländern auch weiterhin mit dem Mantel des Makels zu bedecken.

Man braucht sich doch nur einmal die Relationen anzusehen, und schon kann man mit Leichtigkeit erkennen, wie verlogen die derzeitige Kampagne ist.

Das Spiel mit den Zahlen

Nach Schätzungen der Verfassungsämter soll es bundesweit etwa 6000 Skinheads und andere gewaltbereite Jugendliche geben, davon etwa 4000 in Mitteldeutschland. Bei etwa 65 Millionen Einwohnern sind dies weniger als 0,01 Prozent der Gesamtbevölkerung. Und an den Krawallen der vergangenen Monate haben sich etwa 1500 Jugendliche beteiligt, also ganze 0,0025 Prozent der Bevölkerung.

Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Verfassungsschutzbehörden mit ihrer Behauptung, es gebe in Deutschland etwa 40000 überzeugte Nationalsozialisten, recht haben, so sind dies ebenfalls mal gerade 0,7 Prozent der Bevölkerung.

Zwar ist es richtig, daß mehrere hunderttausend oder wahrscheinlich sogar einige Millionen insgesamt eine recht rigide Ausländerpolitik wünschen, nur ist dies angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands doch wohl mehr als nur verständlich, und zum anderen bedeutet eine derartige Einstellung doch noch lange nicht ein mangelndes Demokratieverständnis.

Es hat im vergangenen Jahr etwa zehn, elf, zwölf Personen gegeben, die durch rechtsextreme Anschläge getötet wurden. Der Rest der immer wieder genannten 16 Toten hatte einen ganz anderen Hintergrund. Sicherlich ist ein Getöteter einer zu viel, nur sind ungleich mehr Personen durch »normale« Verbrechen getötet worden, und sicherlich mehr Deutsche von Ausländern als Ausländer von »Rechten«.

Auch beim Tod zweierlei Maß

Anscheinend werden heute aber Unterschiede bei den Opfern gemacht. Wird jemand Opfer einer »rechten« Gewalttat, so ist dies ein großes Mediengeschrei wert; wird jemand aber Opfer einer »normalen« Straftat, so ist er anscheinend ein Opfer zweiter Klasse. Denn wer hat sich etwa groß darüber aufgeregt, als ein schon Jahre lang lebender Türke in Norddeutschland fünf Personen ermordete, vier davon im Schlaf? Ist ein Verbrechen aus Niedertracht aber weniger Aufregung wert als eines, das aus Rassenhaß geschah?

Insgesamt sind im Verhältnis zur Einwohnerzahl viel mehr Verbrechen von Ausländern als von Deutschen begangen worden. Auch wurden viel mehr Deutsche von Ausländern ermordet, als umgekehrt, inclusive der »rechten« Morde. Alleine durch Drogen, deren Handel fast ausschließlich von ausländischen Verbrecherbanden kontrolliert wird – darunter auch sehr viele Asylanten –, sind im vergangenen Jahr mehr als 2000 Personen getötet worden. Diese Dinge sind aber für den Fortbestand einer »demokratischen Gesellschaft« weitaus wichtiger als die Handvoll wirklich extrem fanatischer Terroristen gleich welcher Richtung.

Wer redet aber hiervon? Und vor allem, wer demonstriert hiergegen? Kaum jemand! Dieses scheint den deutschen Politikern und vor allem auch den Medien kaum eine Erwähnung wert; wenn aber doch, dann meist total aus dem Zusammenhang gerissen.

Anscheinend sind diese Toten, das barbarische Morden stalinistischer serbischer Betonköpfe, das terroristische Treiben ausländischer Fanatiker in Deutschland bis hin zum Mord andersdenkender Landsleute, die Ermordung »Rechter« durch Linke und Ausländer aber einen Aufschrei in den Medien und Lichterketten nicht wert!

In diesem, unserem Rechtsstaat wird vielmehr ganz eindeutig mit zweierlei Maß gemessen. Alles was rechts ist, kommt vom Teufel, und alles, was links ist, vom lieben Gott. Differenzierungen und Nuancierungen werden heutzutage überhaupt nicht mehr gemacht.

Ein Ergebnis hiervon sind dann auch die Lichterketten, die in den vergangenen Wochen und Monaten die gesamte Republik durchzogen. Interessant sind auch die Organisatoren. In machen Städten wollen es zwei, drei »ganz normale Bürger« zustande gebracht haben, die ganze Organisation durchzuziehen. Es wäre ganz interessant zu erfahren, welcher Partei diese »ganz normalen Bürger« angehören oder wer zumindest dahinter steht.

Andere Lichterketten wurden zusammen von Politikern der etablierten Parteien und/oder Gewerkschaften organisiert. Von den gleichen Politikern, von denen man derartiges gegen linken Terror vermißt hat und die sogar die SED-Nachfolgepartei PDS hofieren und als möglichen Koalitionspartner tolerieren wollen.

Die Vereinfachung des Problems

Unterstützt werden die Aufrufe zu den Lichterketten von der Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Kirchen der jeweiligen Städte. Dabei verdummen sich diese Leute dann nicht, darauf hinzuweisen, daß auch jeder Deutsche im Urlaub ein Ausländer ist und jeder Geschäftsreisende auch. Was wäre Deutschland zudem ohne die vielen fleißigen ausländischen Arbeitskräfte und die vielen Geschäftsreisenden, die täglich nach Deutschland kommen, heißt es weiter.

Dabei wird nur folgendes übersehen: Wenn Deutsche im Ausland Urlaub machen, dann sind sie spätestens in zwei oder drei Wochen wieder zu Hause und lassen auch noch Geld in dem betreffenden Land. Dagegen betrügen die Scheinasylanten, gegen die sich der Protest ausschließlich richtet, Deutschland jährlich um mehr als 30 Milliarden Mark. Und ausländische Geschäftsreisende reisen nach kurzer Zeit ebenfalls wieder zurück und belasten den Staatssäckel nicht. Zudem hat mit Ausnahme von ein paar Dummköpfen niemand etwas gegen hier hart arbeitende und sich vernünftig benehmende Ausländer.

Zudem wird zwar nicht offiziell, aber unterschwellig massiv Druck zur Teilnahme an den Lichterketten ausgeübt. So erklärten zum Beispiel die Stadtchefs, sie sähen es gerne, wenn ihre Angestellten an den Demonstrationen teilnähmen.

In den Schulen wurde tage- und wochenlang vor den Lichterketten mit Lesungen »antifaschistischer und antirassistischer Texte« – sprich: meistens linksideologischem Schund – hierauf vorbereitet und wurde auf die Wichtigkeit eines entschiedenen Eintretens für die Ausländer hingewiesen. Wer sich hierzu aber kritisch äußerte, mußte mit massivstem Druck seitens des Lehrpersonals und der anderen Schüler rechnen. □

Gorbatschow führte keinen »Dolchstoß« aus

Der Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus nach der Wende von 1989 in der DDR war außerordentlich weitreichend, verlief schnell und lautlos – und zumindest anfangs – ohne Widerspruch. Zwar ist dieses Denkgebäude als einheitlich geschlossene Ideologie mit allen Schulungseinrichtungen, Lehrbüchern, Konzeptionen und Thesen zusammengebrochen, dies bedeutet aber noch keineswegs einen endgültigen Sieg demokratischer rechtsstaatlicher Prinzipien.

Nach den Worten von Professor Dr. Wolfgang Leonhard, Autor des Buches »Die Revolution entläßt ihre Kinder«, stehen demokratische Historiker und Publizisten heute vor neuen Aufgaben einer politisch-ideologischen Auseinandersetzung, vor allem in der Analyse und Aufklärung über Entwicklung und System des ehemaligen SED-Regimes. In der öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« benannte Leonhard folgende gefährliche Ansätze, einige Elemente der ehemaligen DDR zu rechtfertigen.

Der »Verrat« von Gorbatschow

Zunächst der Versuch, den bürokratischen Unterdrückungscharakter des SED-Regimes ausschließlich durch die internationale Situation und den »Kalten Krieg« zu rechtfertigen. Dem folgten Bemühungen, das DDR-System als ein »früh-sozialistisches Experiment einzustufen«, welches zwar gescheitert sei. Aber es bestünde durchaus in einer historischen Frist die Möglichkeit, einmal einen verbesserten »realen Sozialismus« zu begründen.

Eine Art von »Dolchstoßlegende« versuche, den Zusammenbruch des SED-Systems nicht durch den Unterdrückungscharakter, Widersprüche und den Massenwiderstand der Bevölkerung zu erklären, sondern durch einen »Verrat Gorbatschows« beziehungsweise den Verrat durch die Sowjetunion insgesamt. Nach den Worten Leonhards versuchen interessierte Kreise, eine objektive Aufarbeitung der DDR-Geschichte dadurch zu verwässern, indem die Einbeziehung der gesamten deutschen Geschichte seit 1933, die allgemeine Analyse der internationalen Situation und eine gleichartige »Schuldzuweisung« an beide deutsche Staaten angestrebt werde. Dieser Versuch kumuliere programatisch in einem Dokument der »Alternativen Enquete-Kommission Deutsche Zeitgeschichte«, über das im »Neuen Deutschland« vom 18. Januar 1993 berichtet wurde.

»Die moralische Erhabenheit des Endziels«

Vor der Enquete-Kommission des Bundestages erklärte Professor Wolfgang Leonhard, der an der Komintern-Schule in der UdSSR ausgebildet wurde und 1943 im »Nationalkomitee Freies Deutschland« mitwirkte, trotz des Zusammenbruchs des Marxismus-Leninismus könne nicht übersehen werden, daß zu DDR-Zeiten ein größerer Teil der Funktionäre und teilweise auch der SED-Mitglieder von dieser Ideologie überzeugt gewesen sei. Bedeutsam sei der Glaube an eine angebliche Wissenschaftlichkeit der Weltanschauung und die Aussage gewesen, wonach die Partei immer recht habe.

Überzeugte Anhänger der DDR-Staatspartei hätten geglaubt, daß die SED ihre Politik auf Grund einer Wissenschaft ausarbeite, während alle anderen Parteien lediglich Interessen verträten. Der Glaube an die Gesetzmäßigkeit der Geschichte, eine kaum zu widerlegende Siegeszuversicht und schließlich die »moralische Erhabenheit des Endziels« einer klassenlosen Gesellschaft seien in den Augen der Anhänger weitere Stärken des Marxismus-Leninismus gewesen.

Das alte Strickmuster von Widersprüchen

Zu dessen unübersehbaren Schwächen zählte der Referent den tiefen Widerspruch zwischen ideologischem Anspruch einerseits und der Realität andererseits, eine Verfälschung der Darstellung der Parteigeschichte, die Beschönigung der Sowjetunion, die unwahre Darstellung moderner westlicher Industriestaaten nach dem Strickmuster »Monopolkapitalismus« und schließlich die Widersprüche innerhalb des Marxismus-Leninismus selbst.

Zu Beginn der Anhörung hatte der Vorsitzende der Enquete-Kommission, der CDU-Abgeordnete Rainer Eppelmann, erklärt, das marxistisch-leninistische System der DDR sei gescheitert, weil reale Menschen mit Zwang an eine Ideologie hätten angepaßt werden sollen.

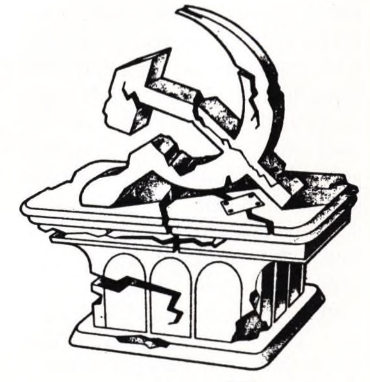
Der wissenschaftliche Sozialismus habe in der DDR die Rolle einer »Pseudoreligion« gespielt, so daß jedes Schulkind das Wort Lenins kannte, wonach die Lehre von Marx allmächtig ist, weil sie wahr sei. Eppelmann fügte hinzu, die friedliche Revolution vom Herbst 1989 sei bei den Klassikern nicht vorgesehen gewesen.

Neue gemeinsame Werte finden

Professor Wilhelm Ernst von der Philosophisch-Theologischen Hochschule Erfurt sprach von einem Werteverlust zu DDR-Zeiten, der vor allem im religiösen Sektor deutlich wurde. Dieser »Transzendenzverlust« stelle ein einzigartiges Phänomen in der europäischen Geschichte dar. Heute müsse es darum gehen, neue gemeinsame Werte zu finden, die »verbindlich verbinden«. In der derzeitigen Situation sei deshalb nicht nur eine Herausforderung zu sehen, sondern auch eine große Chance, neue Werte zu begründen. Hierbei müsse der Mensch immer »Ursprung, Träger und Ziel« sein.

Professor Konrad Löw von der Universität Bayreuth wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß jedes totalitäre Regime auf ein ideologisches und ideelles Wertesystem angewiesen sei. Entscheidend sei vielmehr die Frage, wie in der DDR eine Wissenschaft für Politikrechtfertigung und Politikindoktrination instrumentalisiert wurde. Dem schloß sich Professor Hermann Weber von der Universität Mannheim an. Nicht die der marxistischen Ideologie zugrunde liegende Weltanschauung, sondern zu welchem Zweck diese von der SED-Führung umfunktioniert wurde, müsse die zentrale Frage sein, betonte Weber.

Die SPD-Fraktion stellte darüber hinaus die Frage, was von dieser Ideologie bleibe. Nach ihrer Ansicht wirkt der ideologische Teil des Marxismus-Leninismus nicht nach. Bedenkenswert dagegen sei aber die monokausale und dualistische Weltanschauung, die immer noch das Denken vieler Menschen bestimme. Einfache Antworten zu geben auf eine komplizierte Realität, diese Art eines Welterklärungsmodells habe sich unmerklich in den Köpfen der Menschen festgesetzt und wirkte auch heute noch nach. □



Mehrere Verfassungs-beschwerden gegen Maastricht

Alfred König

Gegen die sogenannten Maastrichter-Verträge, in denen ein enges Zusammengehen der EG-Staaten mit weitgehendem Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte beschlossen wurde, gibt es zahlreiche Verfassungsbeschwerden. Eine der wichtigsten und ausführlichst begründesten ist die von Rechtsanwalt Manfred Brunner, dem langjährigen Kabinetts-Chef von EG-Kommissar Bangemann. Angesichts des weitreichenden Insiderwissens Brunners kommt der 75 Seiten dicken Klageschrift besondere Bedeutung zu.

Brunner sieht in den Verträgen von Maastricht einen Verstoß gegen Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes (»Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt«), Artikel 2 Absatz 1 GG (»Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt«), Artikel 5 Absatz 1 GG (»Meinungsfreiheit«), Artikel 9 Absatz 1 GG in Verbindung mit Artikel 21 Absatz 1, Satz 22 GG (»Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden«, »Ihre Gründung ist frei«), Artikel 12 Absatz 1 GG (»Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden«), Artikel 14 Absatz 1 GG (»Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt«) und Artikel 38 Absatz 1 GG (»Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen«).

EG-Vorschriften gegen Grundgesetz

Brunner kritisiert, daß der Schutz der Menschenwürde sich wesentlich durch eine andere Verfassung der Staatlichkeit verändert, »also auch dadurch, daß eine andere Bürgerschaft, also ein Volk mit anderen Staatsangehörigen, oder auch dasselbe Volk mit einer anderen Verfassung die Staatsgewalt ausübt, weil die Organe der Staatsgewalt andersartig sind, wenn sie von einem anderen Volk oder von dem Volk in einer wesentlich anderen Verfassung bestellt werden«.
Die Verletzung der Menschenwürde sei aber »unmittelbar und gegenwärtig, weil das Zustimmungsgesetz zum Vertrag über die Europäische Union der letzte mit der Verfassungsbeschwerde angreifbare Akt ›öffentlicher Gewalt‹ (Artikel 93 Absatz 1 Nr. 4 GG) nicht gemeinschaftlich deutscher Staatlichkeit ist, der den Unionsvertrag in deutsches Recht transformiert oder nach der neueren Vollzugslehre dessen unmittelbare Geltung in Deutschland anordnet. Nach diesem Rechtsakt ist die Verfassungslage in Deutschland grundlegend geändert, insbesondere wird die deutsche und die demokratische, aber auch die rechtsstaatliche und soziale Verfassungslage wesentlich beendet, so daß der Menschenwürdeschutz des Beschwerdeführers grundgesetzwidrig wegen der Verletzung des Artikel 20 GG verändert wird«.

Der Schutz der Menschenwürde ist nach Ansicht Brunners auch deswegen verletzt worden, weil der (in diesem Fall) deutsche Bürger nicht an dem Willensakt der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion mitgearbeitet hat, und sei es »nur« durch Bestätigung der Verträge oder deren Ablehnung in einem Referendum.

Die Währungsunion verstößt gegen die Verfassung

Daneben wird der Bürger in seiner allgemeinen Handlungsfähigkeit verletzt, wenn etwa EG-weite Vorschriften erlassen werden, die nicht grundgesetzmäßig sind, aufgrund der Maastrichter Verträge aber dennoch gelten müssen. »Eine Gesetzgebung, die nicht mehr (hinreichend) deutsche Staatsgewalt ist und darüber hinaus nicht mehr demokratisch, also nach dem Grundgesetz nicht mehr wesentlich vom deutschen Volk legitimiert ist, ist nicht mehr die vom Grundgesetz verfaßte Staatlichkeit und kann darum die allgemeine Handlungsfreiheit nicht verfassungsgemäß einschränken.« Auch seien die Verfassungsprinzipien der deutschen und der demokratischen Staatlichkeit durch gesetzgeberische Verfassungsänderungen Artikel 79 Abs. 3 GG nicht abänderbar.

Zudem verstoße auch die Währungsunion, also die Abschaffung der nationalstaatlichen Währungen zugunsten der Kunstwährung ECU, gegen die Verfassung. Neben der Eigentumsgarantie werde auch die allgemeine Handlungsfreiheit verletzt, »da die wirtschaftlichen Vorteile, welche sich aus einer spezifischen Währungsverfassung ergeben, also die für die Deutschen vorteilhafte Deutsche Mark, verloren gehen«.

Desweiteren verlieren die Bundesbürger, wie Brunner weiter argumentiert, den Grundrechtsschutz des Bundesverfassungsgerichtes, da zum Beispiel Kompetenzen in den Bereichen Währung, Wirtschaft, Soziales, Gesundheits- und Umweltschutz an die Organe der Europäischen Union weitergeleitet werden.

Während das Bundesverfassungsgericht nur deutschen Staatsbürgern das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene zugesteht, hat nach Inkrafttreten der Maastricht-Verträge jeder Unionsbürger in jedem Mitgliedsland das aktive und passive Wahlrecht. Dadurch sei der »deutsche Wähler im Erfolgswert seiner Stimme oder seiner Erfolgschancen als passiv Wahlberechtigter beeinträchtigt«. Das gleiche gelte, wenn etwa Ausländer ohne Beziehungen zu ihrem jeweiligen Wohnort an der Wahl teilnehmen, selbst wenn sie die deutsche Sprache als Voraussetzung für die mündige Teilnahme am Willensbildungsprozeß gar nicht beherrschen.

Ziele für Parteien werden vorgegeben

Durch die Beteiligung an der Bundestagswahl bestimmt der Bundesbürger, wer seine Interessen vertreten soll. Zwar wurden auch bislang schon Rechte an die EG abgetreten, doch hielten sich diese noch in einem gewissen Rahmen. »Durch diesen Vertrag wird die Staatlichkeit in einem solchen Maße Gemeinschaftssache, daß die deutsche Staatlichkeit und damit die deutsche Bürgerlichkeit des Beschwerdeführers weit zurückgedrängt wird ... Wenn das gewählte Vertretungsorgan, also der Deutsche Bundestag, an Kompetenzen einbüßt, ist das Volk in seinen Wahlrechten und damit in seiner politischen Freiheit eingeschränkt«.

Zudem wäre dieses »demokratische Prinzip aber auch deswegen ausgehöhlt und verletzt, weil die Rechtsetzung durch die Organe der Gemeinschaft nicht hinreichend demokratisch legitimiert

ist. Das Europäische Parlament hat keine eigentlichen Gesetzgebungsbefugnisse, sondern ist nur an der Rechtsetzung des Rates und der Kommission (mehr oder weniger beratend) beteiligt ... Ein wesentlicher Teil der in Deutschland geltenden Gesetze ist dadurch nicht mehr demokratisch in der Weise legitimiert.«

Brunner vertritt die Meinung, daß die freie Parteigründung durch die Maastrichter Verträge verletzt wird. Diese schreiben in ihrem Artikel 138 den Parteien nämlich die politische Zielbestimmung vor, »ein europäisches Bewußtsein herauszubilden«. Auch sollen die politischen Parteien »wichtig als Faktor der Integration in der Union« sein. Dagegen erlaubt Artikel 21 Absatz 1 Satz 2 GG aber auch Parteien, welche eine andere Politik verfolgen als die europäische Integration, denn nach deutschem Grundgesetz seien nur solche Parteien verfassungswidrig, die »nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden«.

Betroffen ist auch die grundgesetzlich geschützte Eigentumsgarantie der Deutschen. Wenn nämlich eigentumsrelevante Rechtsakte durch die Organe der Gemeinschaft erlassen werden, wird gleichzeitig aber der Grundrechtsschutz des Artikel 14 GG durch den grundrechtlichen Eigentumsschutz der Gemeinschaft, verantwortet durch den Europäischen Gerichtshof, ersetzt.

Charakter einer Diktatur-Verfassung

Auch würde das Europäische Vertragswerk mehr oder weniger das deutsche Grundgesetz, zumindest in wichtigen Punkten, ersetzen. Eine neue Verfassung könne aber nur vom deutschen Volk beschlossen werden, nicht aber von den Volksvertretern im Rahmen einer Gesetzgebung, so wie bei den Maastrichter Verträgen geschehen.

Gleichzeitig wird mit den Maastrichter Verträgen auch die wirtschaftspolitische Hoheit an die EG übertragen. Dadurch sei aber die Eigenstaatlichkeit Deutschlands wesentlich beeinträchtigt.

Dazu gehört unter anderem auch die Abtretung von bislang bei der Deutschen Bundesbank gelegenen Rechten an eine Europäische Zentralbank. Dieses ist aber vom Grundgesetz nicht gedeckt.

Der Sozialstaat ist gleichzeitig auch ein Verteilungsstaat. Das bedeutet, daß die von der Wirtschaft erarbeiteten Erträge auch sozialpolitisch an die Bürger dieses Landes weitergegeben werden. Die Maastrichter Verträge sehen aber nun vor, daß die Erträge der Wirtschaft in der gesamten Gemeinschaft verteilt werden sollen, ganz gleich, wer und wieviel das einzelne Mitgliedsland hierzu erwirtschaftet hat. Das würde in der Praxis bedeuten, daß die starke deutsche Wirtschaft andere sozial schwächere Länder subventionieren würde.

Darüber hinaus wird das demokratische Prinzip der politischen Beschlußfassung eingeschränkt. Nach der durch die Maastrichter Verträge notwendig gewordene Neufassung des Artikel 23 GG hat die Bundesregierung den Bundestag und den Bundesrat nur noch »umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt« »in Angelegenheiten der Europäischen Union« »zu unterrichten« und dem »deutschen Bundestag Gelegenheit zur Stellungnahme vor ihrer Mitwirkung an Rechtsetzungsakten« zu geben. Die Bundesregierung »berücksichtigt die Stellungnahme des Bundestages bei den Verhandlungen«. Dadurch sei aber klargestellt, »daß der Bundestag kein Recht mehr hat, in Sachen der Europäischen Union verbindlich zu beschließen, während das vor der Verfassungsänderung des Gesetzgebers nicht unvertretbar, sondern vielmehr rechtens war«.

Die Verfassung nehme somit »den Charakter einer Diktaturverfassung an«, da die Bundesregierung auch ohne eine Stellungnahme des Bundestags in Sachen der Europäischen Union handlungsfähig sei, damit aber die im Grundgesetz vorgesehene Legislative ausgeschaltet ist.

Das Volk wird bei einer derart in die Souveränitätsrechte einschneidenden Frage noch nicht einmal befragt. □

Mitteldeutschland

Auf dem Arbeitsmarkt rührt sich einiges

Die Unternehmen in Westdeutschland revidieren ihre Personalplanung in immer kürzeren Abständen nach unten: Allein im vierten Quartal 1992 wurden die Stellenmeldungen gegenüber dem Vorquartal um fast ein Fünftel zurückgenommen. Auch in Mitteldeutschland zeigt die Statistik noch nicht die erhoffte Belebung der Kräftenachfrage.

Die bei den Arbeitsämtern registrierten Stellenangebote in Westdeutschland befinden sich seit dem zweiten Quartal 1992 auf Talfahrt – die Konjunktur lahmt.

Im zweiten Quartal 1992 waren in den alten Bundesländern im Schnitt 357000 offene Stellen gemeldet – zum Jahresende nur noch 237000. Das entspricht einem Rückgang des Stellenangebots um ein Drittel.

Problematisch ist dabei das Tempo, in dem die Kräftenachfrage abnimmt: Während im Jahresdurchschnitt 1992 die Zahl der gemeldeten Plätze mit rund 321000 nur um etwa 10000 unter dem Vorjahresniveau liegt, sind es von Jahresende 1991 bis Jahresende 1992 immerhin 50000 offene Stellen weniger.

Besonders dramatisch spitzte sich die Stellenentwicklung seit Herbst 1992 zu: Vom Ende des dritten bis zum vierten Quartal betrug der Rückgang 80000 oder ein volles Viertel des Ausgangsniveaus. Einen vergleichbaren Stellen-Einbruch gab es zuletzt 1982. Spiegelbildlich dazu entwickelte sich die Kurzarbeit: Hier wurde mit 650000 Kurzarbeitern der höchste Jahresend-Bestand seit 1982 erreicht – eine Verdoppelung innerhalb von nur zwei Monaten. Das Tempo in der Entwicklung der Kurzarbeit-Stellen hält auch zum Jahresbeginn 1993 unvermindert an: Im Januar wurden 857000 Kurzarbeiter registriert.

In Mitteldeutschland kommt die registrierte Kräftenachfrage nicht in Schwung, hält aber wenigstens das Niveau: Im Jahresdurchschnitt ist der gemeldete Bestand an offenen Stellen 1992 um 1000 auf knapp 33000 gestiegen.

Allerdings gibt es Indizien dafür, daß sich bei der Nachfrage nach Arbeitskräften in den neuen Ländern etwas rührt:

Im Jahr 1992 gab es eine deutliche Zunahme der regulären gegenüber der subventionierten Arbeit: Der Anteil der ABM-freien Vermittlungen ist von 37 auf 55 Prozent gestiegen.

Nach einer Umfrage des DIW im Sommer des letzten Jahres rechnen die Kleinunternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten im Verlauf dieses Jahres mit einem Beschäftigungsplus von durchschnittlich 20 Prozent.

Aus dem überwiegend mittelständisch strukturierten Handwerk meldet schon jetzt allein Sachsen einen Netto-Arbeitsplatzzuwachs von 200000 Personen. Welche Beschäftigungseffekte davon auf die Industrie ausgehen, ist noch nicht zu ermitteln. Grund: Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten werden in der Statistik nicht erfaßt.
Die gemeldeten offenen Stellen repräsentieren nur etwa ein Drittel der tatsächlichen Kräftenachfrage. Aus einer jetzt auch erstmals in Mitteldeutschland von IAB und Ifo durchgeführten Betriebsbefragung geht hervor, daß zur Jahresmitte 1992 etwa 100000 Stellen sofort oder später zu besetzen waren.

In dieser Stichprobe sind aber die Betriebe noch gar nicht erfaßt, die erst im Laufe des Jahres 1992 gegründet worden sind und Mitarbeiter suchten. Bei einem Plus von knapp 90000 neuen Gewerbebetrieben ist von einem Beschäftigungspotential von mindestens 200000 Arbeitsplätzen auszugehen.

Die Struktur der mitteldeutschen Stellenangebote hat sich westdeutschen Verhältnissen weitgehend angenähert. □

Revisionismus

Ein Bericht über den Einsatz vor Ort

Am 25. Januar 1993 wurde dem Institut for Historical Review (IHR) in Kalifornien folgendes Material in einem Briefumschlag ohne Absenderangabe zugespielt. Der Brief wurde in den USA aufgegeben. Bei dem Inhalt des Materials handelt es sich um vertrauliche diplomatische Nachrichten der amerikanischen Regierung. Das IHR kann sich für die Authenzität des Materials nicht verbürgen, allerdings bestritten die befragten Ämter in den Vereinigten Staaten die Echtheit dieser vertraulichen Mitteilung nicht. Bei dem nachfolgenden handelt es sich um eine Übersetzung aus dem Englischen.

09-Oct-92

Von:	US-(Sicherheits)Rat Fankfurt GE/OSI AIC
An:	US-Justizministerium-OSI Washington DC RUFHMU/US-Botschaft Wien RUFHNU/Israelische Botschaft Bonn RUDOGHA/Israelischer Rat New York/ Abteilung Untersuchungen RHDLCNE/B'NAI B'RITH Loge/London UK/N24
Betreffendes Land:	Bundesrepublik Deutschland (GE)
Bezug:	BKA (Bundeskriminalamt) Akte REP 5033 93/Revisionistische Propaganda dauert an.
Versuch:	Unterstützung für Rechts-Extremismus durch Sympathisanten zu gewinnen (U)
Warnung:	Diese Meldung ist über diplomatische Kanäle weiterzuleiten.

Zusammenfassung:
Die Revisionisten-Bewegung löst wieder Besorgnis unter den deutschen Sicherheits-Stellen aus, wegen ihres Vorstoßes innerhalb der Sympathisanten des neuen rechtsextremistischen Flügels. Ein neues Bewußtsein der Verdrehung der etablierten Geschichtsschreibung durch die deutsche Rechte wird derzeit neu formuliert.

Text:
1. Seit etwa 1951 versuchte die rechtsextremistische Revisionismus-Bewegung die historische Perspektive des Nazi-Regime-Horrors zu verdrehen. Obwohl der Revisionismus ein internationales Phänomen ist, tritt er derzeit äußerst massiv in Deutschland, Frankreich und Italien in Erscheinung und bringt seine Lehrsätze im Zusammenhang mit der Holocaust-Bestreitung und der Verdrehung durch die Apologeten des Nationalsozialismus nach Osteuropa. Die revisionistischen Bestreitungen, die die historischen Fakten des 2. Weltkriegs umfassen, führten zu einer verdrehten Darstellung der Judenverfolgung im 3. Reich. Der rechte Revisionismus argumentiert vehement gegen das Faktum des jüdischen Genozid in den Nazi-Gaskammern und Konzentrationslagern. Die kriminellen Taten der Revisionisten führten sogar zu einer offenen Diskussion über den Holocaust-Fakt des Dachauer Todeslagers in der Nähe von München und über die neuerlichen Zweifel bezüglich der Gaskammern von Auschwitz.

2. Die bekannteste Waffe des Revisionismus ist das »Leuchter-Gutachten«, was mit naturwissenschaftlichen Untersuchungen die Hypothese zu beweisen versucht, das Töten von jüdischen Häftlingen in Nazi-Gaskammern sei eine technische Unmöglichkeit. Natürlich gehört es zum teuflischen Plan der Revisionisten, durch objektive Darstellung ihrer Sache in die rechtsextremistische Rhetorik einzubrechen, die den nationalsozialistischen Despotismus rechtfertigt. Dieser rechte Flügel der Apologeten des Nazi-Regimes und der Bestreiter des Holocaust sind angespornt, durch ihren Versuch, das alte Nazi-System wieder zu errichten, oder dieses mit einem ähnlichen bzw. neuen Nazi-System zu ersetzen. Aufgrund ihrer Beharrlichkeit, ihres ausgefeilten Vorstoßes, endlos erscheinenden Publikationen von Büchern und wegen des in letzter Zeit im Medienmittelpunkt stehenden Rechtsextremismus, haben wir von den deutschen Behörden die Zusicherung eingeholt, daß diese eng mit den SIMON WIESENTHAL ZENTREN in Wien und Los Angeles zusammenarbeiten werden, um die Publikationen jeglichen revisionistischen Materials aus den USA zu stoppen. OSI Beamte (Office for special Investigation/Amt für besondere Ermittlungen der US-Regierung) überwachen die derzeitige Entwicklung innerhalb des revisionistischen Lagers.

3. Die Wortführer des Revisionismus seit dem Ende 2. Weltkriegs kommen aus Großbritannien, Kanada, Frankreich, Deutschland und den USA. Das Bundeskriminalamt von Deutschland (BKA) hat uns versichert, daß strafrechtliche Verfolgungen gegen jedermann und gegen alle Gruppen initiiert werden, die sich im Besitz von revisionistischem Material befinden.

4. Revisionistische Organisationen und Publikationen, die in Deutschland aktiv sind:
Amt für Volksaufklärung
Nationalistische Front
NPD
REMER DEPESCHE
Nationale Offensive (NO)
Münchner Anzeiger
Trabant Anzeiger
DVU

5. Einige revisionistische Agitatoren in Österreich und der Schweiz:
Gerd Honsik mit seinem Magazin HALT
Dr. Max Wahl mit EIDGENOSS

Kommentar:
Das Bundeskriminalamt arbeitet eng mit OSI-Vertretern der USA zusammen, um eine katalogisierte Übersicht über die Reisetätigkeiten von Revisionisten aus den USA nach Deutschland zu erstellen. Es wird eingegriffen in sogenannte Konferenzen. Z.B. durch Einreiseverweigerungen. Viele der genannten Revisionisten wurden in Deutschland bereits vor Gericht gestellt, verbüßten Gefängnisstrafen für ihre kriminellen Aktivitäten oder mußten Geldstrafen bezahlen.

(Kopien an:)

ACQ:	(U) Germany, Wiesbaden (920923)
DISSEM: (U) FIELD:	Amerikanisches Konsulat Frankfurt

□



Deutschland

Die Hauptschule braucht ein schärferes Profil

Der Bestand der Hauptschule scheint gefährdet. Das belegen Schlagworte wie Sorgenkind, Auslaufmodell oder Restschule. Zwar haben Hauptschulabsolventen heute zumeist gute Berufschancen. Damit diese erhalten bleiben, muß das Hauptschulprofil aber eine schärfere Kontur erhalten.

Die in der Bildungslandschaft grassierenden Pauschalurteile verdecken die strukturellen Veränderungen, die zur Krise der Hauptschule geführt haben.

Das Schulsystem prinzipiell in Frage stellen

Demographische Entwicklung: In der Bundesrepublik wurden zwischen 1975 und 1985 nur rund 600000 Kinder pro Jahr geboren – rund 40 Prozent weniger als in den frühen Sechzigern. Diese schwach besetzten Jahrgänge sind oder kommen nun ins Hauptschulalter.

Bildungsverhalten: Im Jahr 1975 besuchten 46 Prozent aller Schüler der Jahrgangsstufen 7 bis 9 eine Hauptschule und 26 Prozent ein Gymnasium. Heute gehen nur noch 33 Prozent zur Hauptschule – aber bereits 31 ins Gymnasium.

Schwache Jahrgänge und veränderte Schulpräferenzen haben die Hauptschüler-Zahlen in die Zange genommen.

Im Jahr 1975 wurden noch 2,5 Millionen Hauptschüler gezählt – 1990 lediglich 1055000.

Bisher stützten sich die Kritiker der Hauptschule auf die seit den siebziger Jahren vertretene These, daß Begabung keine Sache der Vererbung, sondern der sozialen Vermittlung sei.

Nun nimmt ein Teil der Schulreformer diese These zum Anlaß, um den Bestand dieses Schultyps und damit das dreigliedrige Schulsystem prinzipiell in Frage zu stellen.

Einen ersten Niederschlag hat diese Diskussion in den neuen Bundesländern gefunden. Dort entstand nach der Wende ein Schulsystem differenzierter Zweigliedrigkeit: Hauptschule und Realschule wurden zu einem neuen Schultyp zusammengefaßt, daneben bestehen die Gymnasien. Der neue Schultyp heißt jetzt Mittelschule, Sekundarschule oder Regelschule.

Hauptschüler werden dringend gebraucht

Die Hauptschule alter Prägung wurde in den neuen Ländern nur in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin-Ost eingeführt.

Die Akzeptanz der Hauptschule in der Bevölkerung wird im wesentlichen von den beruflichen Aussichten der Absolventen bestimmt. Fest steht, daß die deutsche Wirtschaft dringend Hauptschüler als Auszubildende und künftige Fachkräfte benötigt – auch wenn im Einzelfall nicht jeder Berufswunsch von Hauptschülern zu realisieren ist.
Sieben der zehn Ausbildungsberufe mit den meisten Lehrlingen sind mehrheitlich mit Hauptschulabsolventen besetzt.

Im Ausbildungsberuf Friseur beträgt der Hauptschüleranteil 68 Prozent, beim Gas- und Wasserinstallateur 65 Prozent, beim Verkäufer 64 Prozent, beim Maler und Lackierer sowie beim Kraftfahrzeugmechaniker jeweils 61 Prozent.

Der hohe Anteil der Hauptschüler in diesen Berufen erklärt sich zum Teil aus der Enge des Lehrstellenmarktes. So gab es im Jahr 1992 in Westdeutschland rund 120000 mehr Ausbildungsplätze als Lehrstellenbewerber.

Insgesamt kamen mit Beginn des Berufsbildungsjahres 1992/93 fast 36 Prozent aller Auszubildenden von der Hauptschule. 32 Prozent von der Realschule und 14 Prozent vom Gymnasium.

Lesen, Schreiben und Rechnen verbessern

Offenbar hat die Hauptschule für die Wirtschaft aber eine besondere Attraktivität. Das beweist eine Umfrage der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bei gut 400 Ausbildungsbetrieben.

Sechs von zehn aller befragten Unternehmen räumen Hauptschülern gute bis sehr gute Berufschancen im eigenen Betrieb ein.

Relativ gute Chancen haben Hauptschüler in der Metall- und Elektro-Industrie, besonders gute darunter im Maschinenbau.

Das Gros der Unternehmen ist mit der Leistungsmotivation der Hauptschüler zufrieden. Allerdings sehen viele bei den Hauptschülern auch Leistungsdefizite:

Rund 95 Prozent der befragten Unternehmen erklären Versagen oder mangelnde Leistung der Hauptschüler in der Ausbildung vor allem mit Defiziten im theoretischen Wissen.

Drei von vier der Befragten beklagen bei den Hauptschülern darüber hinaus allgemeine Lernschwäche und Konzentrationsprobleme.

Um den Anforderungen der Betriebe gewachsen zu sein, müssen Hauptschüler ihre grundlegenden Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen verbessern und sich Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit und eigenverantwortliches Handeln aneignen. Notwendig ist daher eine Reform der Curricula mit dem Ziel, noch stärker berufsbezogene Lerninhalte nach praxisorientierten Lernmethoden zu vermitteln. Diese Kritik an der Hauptschule ist konstruktiv. Denn immerhin wünschen sich 70 Prozent der befragten Unternehmen eine Beibehaltung der Hauptschule als selbständigen Typ innerhalb des gegliederten Schulsystems.

Diese Auffassung ist wohl begründet. Eine inzwischen vom Forschungsinstitut WSF Wirtschafts- und Sozialforschung Kerpen im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft veröffentlichte Studie weist nach, daß die Neuordnung der industriellen M+E-Berufe nicht zu einer Verdrängung von Hauptschülern führt. Vom WSF-Institut befragt wurden 490 Industrieunternehmen, 350 Handwerksbetriebe und 250 Berufsschullehrer.

Nach der Neuordnung ist der Anteil der in den Metall-Berufen ausgebildeten Lehrlinge mit Hauptschulabschluß sogar um 2,4 Prozentpunkte auf 48,5 Prozent gestiegen.

In den vier wichtigsten Metallberufen, auf die rund 63 Prozent aller Auszubildenden in den Metallbranchen entfallen, entwickelte sich die Hauptschülerquote unter den Lehrlingen ebenfalls positiv.

In den neu geordneten industriellen Elektroberufen verfügten 1991 insgesamt 29 Prozent aller Azubis über einen Hauptschulabschluß.

Domäne der Hauptschüler ist das Handwerk: Im Jahr 1991 wurden 53,6 Prozent aller neuen Ausbildungsverträge mit Hauptschulabsolventen abgeschlossen.

Im Metallhandwerk stieg der Anteil der Hauptschüler mit Abschluß von 50 Prozent (1985) auf 55 Prozent (1990). Bei Metallbauern, Kraftfahrzeugmechanikern, Gas- und Wasserinstallateuren sowie Zentralheizungs- und Lüftungsbauern erhöhte sich die Hauptschüler-Quote in der gleichen Zeit von 55 Prozent auf 61 Prozent. □

Deutschland

Die Hochschulreform geht am Kern vorbei

Lange Studienzeiten und hohe Überlastungsquoten an den Hochschulen sind auf politische und institutionelle Fehlentwicklungen des Gesamtsystems zurückzuführen: Auf Überregulierung, Unterfinanzierung, Unausgewogenheit von Angebot und Nachfrage und Führungsdefizite. Eine Hochschul-Reform ist längst überfällig.

Die ursprünglich als Schutz der Wissenschaftsfreiheit eingeführte Staatsaufsicht über das Hochschulwesen lähmt die notwendige Innovation von Lehre und Forschung.

Unausgewogenheit von Angebot und Nachfrage

Überregulierung: Als Anfang der siebziger Jahre die Studentenzahlen schneller wuchsen als die Zahl der Studienplätze, verpflichtete das Bundesverfassungsgericht die Hochschulen, ihre Ausbildungskapazitäten voll auszuschöpfen. Dabei berief es sich auf das in Artikel 12 des Grundgesetzes garantierte Recht auf freie Wahl des Berufes und der Ausbildungsstätte. Um eine vergleichbare Verwaltung der Kapazitäten zu gewährleisten, wurde die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) gegründet. Die ZVS verteilt nicht nur Studienplätze, sondern legt auch den personellen und sachbezogenen Aufwand der jeweiligen Studiengänge fest.
Eine weitere Einschränkung der Handlungsfreiheit brachte im Jahr 1977 der Öffnungs-Beschluß der Ministerpräsidenten, die Hochschulen sollten in Zeiten großer Studienplatznachfrage über ihre Kapazitäten hinaus ausbilden. Dieser Beschluß ging aber nicht einher mit einer Ausweitung der Finanzressourcen. Die Folge:
Unterfinanzierung: Gegenwärtig studieren in den alten Bundesländern 1690000 Studenten auf 810000 Studienplätzen.



Die Hochschulreform kommt nicht voran. Jeder vierte Studienanfänger ist sich nicht sicher, ob er überhaupt studieren soll.

Der Anteil der Hochschulaufwendungen am Bruttosozialprodukt ist seit 1977 gleichwohl von 0,78 Prozent auf 0,65 Prozent zurückgegangen.

Niemand bewertet die akademischen Lehrer

Unausgewogenheit von Angebot und Nachfrage: An den Fachhochschulen stehen nur für 25 Prozent der Studienanfänger Studienplätze zur Verfügung. Doch würde jeder achte Uni-Erstsemester einen Studienplatz an einer Fachhochschule bevorzugen. Dabei kommt ein Fachhochschulstudium die Gesellschaft viel preiswerter zu stehen:

Die öffentlichen Ausgaben für einen Uni-Studenten belaufen sich pro Jahr auf 11528 DM – für einen Studierenden an der Fachhochschule aber nur auf 5293 DM.

Führungsdefizite: Freiheit der Lehre und staatliche Regulierung führen zu einer Patt-Situation. Professoren und Dozenten verfahren in der inhaltlichen und organisatorischen Durchführung von Forschung und Lehre nach dem Prinzip freier, kollegialer Selbstbestimmung. Der Staat in Gestalt der jeweiligen Wissenschaftsbehörde setzt Rahmenrichtlinien in der Lehre. Darüber hinaus entscheidet er über alle finanzpolitischen und personalrechtlichen Belange der Hochschule.

Diese Aufgabenteilung bedeutet: Die Wissenschaftsbehörden können in die interne Hochschulausbildung nicht eingreifen, ohne das Prinzip der Wissenschaftsfreiheit zu verletzen. Die Hochschulleitung kann ihrerseits Veränderungen nicht durchsetzen, da sie weder personelle noch finanzierte Sanktionsmöglichkeiten hat.

Folgen für Professoren und Studenten: Einerseits müssen die Professoren die staatlich verordnete Überlast hinnehmen und dürfen ihre Studenten nicht selbst auswählen. Andererseits bewertet niemand die Ausbildungsleistung der akademischen Lehrer.

Fehlende Kontrollmechanismen: Niemand kann die lebenslänglich beamteten Professoren daran hindern, ihre Lehrinhalte zu individuellen, hochspezialisierten Forschungsinhalten auszurichten. Studien weisen darauf hin, daß ein Übermaß an Spezialisierung der Lehrstuhl-Inhaber erheblich zur Verlängerung der Studienzeiten beiträgt.

Mangelnde Leistungstransparenz: Da die Hochschulen keine Aufnahmebedingungen formulieren dürfen, bestehen bei den Studienanfängern große Unsicherheiten.

Jeder vierte Studienanfänger ist sich nicht sicher, ob er überhaupt studieren soll.

Das schulische Wissen reicht nicht für das Studium

Erst während des Studiums können die jungen Menschen feststellen, ob ihre Entscheidung richtig war. Immerhin 23 Prozent der Uni-Studenten und sogar 38 Prozent der FH-Studenten kommen zum Ergebnis, daß ihr schulisches Wissen für das Studium nicht ausreicht.

Zur Behebung der Mängel haben die Kultusministerkonferenz und die Finanzministerkonferenz inzwischen Reformvorschläge vorgelegt:
Zur Verbesserung der personellen und sachbezogenen Ausstattung der Hochschulen in den alten Bundesländern hält die Ministerkonferenz für 1993 etwa drei bis vier Milliarden DM zusätzlich für notwendig. Die Hochschulrektorenkonferenz fordert für alte und neue Bundesländer sogar zusätzliche neun Milliarden DM jährlich.

Eine größere personal- und finanzwirtschaftliche Autonomie soll über Globalhaushalte erreicht werden. Das wird bereits in Modellversuchen an den Hochschulen in Berlin, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen erprobt.

Vorteil: Die Institutionen können in eigener Verantwortung

darüber entscheiden, Mittel, die im Sachausstattungsbereich nicht ausgegeben werden, in den Personalbereich zu übertragen – und umgekehrt.

Eine Reform der Studienstruktur

Mit einer Stärkung der Leitungskompetenzen von Rektorat und Dekanat soll deren Weisungsbefugnis erweitert und damit die interne Organisation von Forschung und Lehre verbessert werden.

Die leistungsgebundene Zuweisung der Mittel nach Zahl der Absolventen soll die Lehrqualität verbessern. Die Ausbildungsleistung soll regelmäßig intern und extern überprüft werden. Dazu schlägt das Bundesbildungsministerium eine von Bund, Ländern und privaten Sponsoren getragene »Stiftung Lehre« vor.

Eine Reform der Studienstruktur soll zur Verkürzung der Studienzeiten beitragen. Das Studium an den Universitäten wird geteilt in eine wissenschaftsbezogene berufliche Qualifizierung bis zum ersten Abschluß und ein forschungsorientiertes Graduiertenstudium. Die Regelstudienzeit wird für die Geisteswissenschaften auf neun, für die Naturwissenschaften auf zehn und für die Fachhochschulen auf acht Semester begrenzt. Hinzu kommen feste Eckdaten über Semesterwochenstunden, Prüfungsleistungen und Termine.

Ein Darlehenserlaß beim BAföG sowie Prämien und Preise sollen zur Verkürzung der Studienzeiten motivieren. Dazu dient auch die bundesweite Einführung der Freischußregelung. Wer länger studiert, dem drohen nach zwei Zusatzsemestern Studiengebühren und nach vier Semestern die Zwangsexmatrikulation.

Eine Verbesserung der Studierfähigkeit soll dadurch erreicht werden, daß die Hochschulen künftig 15 Prozent der Studienanfänger nach eigenen Kriterien aussuchen.

Doch mit diesen Reformvorschlägen tritt die Ministerkonferenz auf der Stelle. Denn solange die rechtlichen Rahmenbedingungen des Hochschulsystems nicht geändert werden, haben diese Vorschläge kaum eine Realisierungschance.

Aus dem Grundrecht auf freie Berufswahl läßt sich ein Rechtsanspruch auf einen Studienplatz herleiten. Eine Zwangsexmatrikulation nach Überschreitung der Regelstudienzeit ist daher kaum durchzusetzen.

Externe Eingriffe in die Gestaltung der Studienstruktur sind nicht realisierbar, weil sie gegen das Prinzip der Wissenschaftsfreiheit verstoßen.

Die Leitungsfunktionen können solange nicht gestärkt werden, wie Rektoren und Dekane als Dienstvorgesetzte nicht über personalrechtliche Sanktionsmöglichkeiten verfügen. Um dies durchzusetzen, müßte das Prinzip der gleichberechtigten Kollegialität aufgegeben werden.

Ein Globalhaushalt ist nur dann ein Schritt in Richtung Autonomie, wenn die Hochschulleitung das Recht hat, auch über den Einsatz aller Personalmittel zu entscheiden. Voraussetzung dafür ist der Verzicht auf das Berufsbeamtentum.

Personal- und Finanzautonomie sind nur zu erreichen, wenn die Hochschule den unselbständigen Status einer Staatsanstalt ablegen kann und nur Körperschaft öffentlichen Rechts ist.

Weitere Mängel der Reformpläne: Die Auswahl geeigneter Studenten ist ein wesentlicher Beitrag zur Steigerung der Studieneffizienz Die Hochschulen müssen aber dazu verpflichtet werden, alle Studenten zu beraten und selbst auszuwählen.

Die Vorgabe von Eckdaten zur Gestaltung der Studiengänge steht im Widerspruch zur angestrebten größeren Autonomie der Hochschulen. Statt Strukturen vorzugeben, müssen die Hochschulen durch geeignete Anreize dazu motiviert werden, die Lehrqualität zu verbessern. Zu diesem Zweck könnten sozialverträglich gestaltete Studiengebühren eingeführt werden.

Die Analyse zeigt: Die Reform der Hochschulen kommt nicht voran, solange nicht den Hochschulen über eine staatliche Deregulierung mehr Autonomie zugebilligt wird. □

Deutschland

Privateigentum als Quelle des Wohlstands

Eigentum ist eine der ältesten Institutionen der Menschheit. Es bildete sich vermutlich vor rund zehntausend Jahren beim Übergang vom Nomadentum zur Agrargesellschaft heraus. In der Antike und im alten Rom dominierten private Eigentumsrechte in der Phase des Aufstiegs und staatlicher Zentralismus im Niedergang.

Die in der Geschichte wohl radikalste Veränderung der Eigentumsordnung ist in den ehemaligen sozialistischen Staaten, besonders der Sowjetunion, mit der Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Kollektivierung der Landwirtschaft vorgenommen worden. Als Ergebnis brachte dies Armut, Zerrüttung der Wirtschaft, Vergeudung von Ressourcen, Zerstörung der Umwelt.

Bedeutende Quelle von Wohlstand

Obendrein hat die Abkehr vom Privateigentum zu einer tiefgreifenden Mentalitäts-Veränderung der Bevölkerung geführt:

An die Stelle von Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und unternehmerischem Gewinnstreben sind Leistungseinschränkung, Versorgungsansprüche und Korruption getreten.

So rasch die private Eigentumsordnung beseitigt war, so zeitraubend und schwierig ist es, sie wieder einzuführen. Zu den wesentlichen Ursachen gehört die oft völlige Unkenntnis darüber, daß dezentralisiertes Privateigentum und viele, im Wettbewerb miteinander stehende Eigentümer die bedeutendste Quelle allgemeinen Wohlstands ist.

Drei individuelle Funktionen des Privateigentums sind bereits lange erkannt und nahezu unbestritten:

Privateigenum soll Erträge abwerfen. Auch Arbeitnehmer profitieren vom Eigentum. Es ist eine zusätzliche Einkommensquelle, aus der sie beispielsweise Zinsen und Dividenden erhalten oder sich Mietzahlungen aufgrund von Eigentum an selbstgenutztem Wohnraum ersparen.

Privateigentum und Vermögenserträge tragen zur Sicherung des Individuums bei. In Notfällen kann das Individuum auf Eigentum beziehungsweise Vermögen zurückgreifen – unmittelbar oder durch Beleihung oder Verkauf.

Privateigentum macht die Individuen weniger abhängig. Auch für die Arbeitnehmer spielt die Unabhängigkeitsfunktion eine große Rolle. Denn Arbeitnehmer, die über ausreichende Einkünfte aus Finanz- oder Realkapital verfügen, brauchen nicht jede Arbeit aufzunehmen.

Die Modelle für Eigentum

In der neuen Wirtschaftstheorie wurde die Eigentumsfrage von Ludwig von Mises aufgeworfen – in seinem im Jahr 1921 erschienenen Artikel über »Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen«. Dabei vertrat er die These, daß sich in einer Wirtschaft ohne Privateigentum

Deutschland

Privateigentum als Quelle des Wohlstands

keine den Knappheiten entsprechenden Preise für Produktionsmittel und Konsumgüter bilden können. Ohne eine solche Preisbildung sei deshalb eine rationale Wirtschaftlichkeitsrechnung unmöglich.

Trotz dieser plausiblen Argumente blieb von Mises ein Durchbruch im wissenschaftlichen Lager versagt. Große Resonanz erzielte statt dessen Oskar Lange mit seinem im 1936/37 entwickelten Modell des Konkurrenzsozialismus. In diesem Modell sind die Produktionsmittel in Gemeineigentum; eine staatliche Preisbehörde setzt die Preise so fest, daß sie Gleichgewichtspreise sind.

Von Mises' Mitstreiter, Friedrich August von Hayek, hat Langes Modell einer vernichtenden Kritik unterzogen. Von Hayek zeigte, daß die zentrale Ermittlung von Gleichgewichtspreisen nur unter stationären Bedingungen, beispielsweise bei unveränderlichen Nachfragebedingungen und bei gegebenem technischen Wissen, möglich ist.

Einen neuen Diskussionsanstoß brachte die Property-Rights-Theorie, die vor allem seit den siebziger Jahren diskutiert wird.

An deren Entwicklung war unter anderem auch Ronald Coase maßgeblich beteiligt. Diese Theorie berücksichtigt explizit den rechtlich-institutionellen Rahmen einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Property-Right sind Verfügungs- oder Handlungsrechte einzelner Personen an Ressourcen und Vermögen. Eigentumsrechte helfen, Transaktionskosten zu mindern, also zum Beispiel Such- und Informationskosten.

Eigeninitiative und Innovationsbereitschaft

Eine der wichtigsten Funktionen privater Verfügungsrechte besteht in der Möglichkeit der eindeutigen Zurechnung der Ergebnisse des Handelns zu denjenigen, die gehandelt haben.

Wo diese Zurechenbarkeit möglich ist, kann mit Eigeninitiative, Innovationsbereitschaft und positiven gesamtwirtschaftlichen Effekten gerechnet werden.
Ein Beispiel ist der Patentschutz.

Westdeutschlands Produktivvermögen

Netto-Anlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen in Milliarden DM

Stand: Anfang 1992

Privater Sektor
Wohnungswirtschaft 3.635
Unternehmen 2.920
6.720
905
165
Öffentlicher Sektor
575
30
300
Organisationen ohne Erwerbszweck
Gebietskörperschaften
Sozialversicherung
Bahn und Post

Wohnungswirtschaft: einschließlich Wohnungen im öffentlichen Besitz;
Organisationen ohne Erwerbszweck: Verbände, Vereine, Institute, die überwiegend von Privathaushalten finanziert werden;
Gebietskörperschaften: ohne öffentlichen Tiefbau; alle Sektoren: ohne Grund und Boden

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 8/1993 Deutscher Instituts-Verlag

Eigentum macht die Menschen weniger abhängig. Auch für Arbeitnehmer spielt die Unabhängigkeit eine große Rolle.

Der Schutz geistigen Eigentums schirmt Pioniergewinne für eine bestimmte Zeit vor Nachahmung durch konkurrierende Wettbewerber ab. Er verhindert damit zwar zeitweise den Wettbewerb, schafft aber insgesamt Anreize zu innovatorischem Verhalten. Der Wettbewerbsvorsprung wird nach Ablauf des Patentschutzes aufgezehrt. Auf diese Weise führt der Schutz individuellen Eigentums zu gesamtwirtschaftlich positiven Effekten. Das rechtliche Instrument des Patentschutzes muß aber die Wettbewerbsbeschränkung richtig dosieren.

Privateigentum hat auch gesamtgesellschaftliche Funktionen. Das kommt beispielsweise durch die Kontrolle des Managements oder die Fehlerminimierung durch dezentrale Entscheidungen zum Ausdruck.

Individuelle Freiheit und gesellschaftlicher Wohlstand

Privateigentum ist eine sowohl für das Wirtschafts- als auch für das Gesellschaftssystem unverzichtbare Institution, sofern individuelle Freiheit und gleichzeitig gesellschaftlicher Wohlstand realisiert werden sollen.

Fraglich ist allerdings, ob völlig unbeschränkte Verfügungsrechte an Privateigentum wünschenswert sind. In einer Gesellschaft, die lediglich aus einem Robinson Crusoe besteht, sind unbeschränkte Verfügungsrechte über Eigentum unbedenklich, weil dadurch das Recht eines anderen Individuums nicht beeinträchtigt wird.

Jedoch: In den komplexen, hoch arbeitsteiligen Industriegesellschaften können sich unbeschränkte private Verfügungsrechte eines Individuums auf andere negativ auswirken. Die Rechtsordnungen aller Industriegesellschaften schränken deshalb private Verfügungsrechte ein.

Beispiele dafür sind das Arbeits- und Sozialrecht, das Baurecht und das Umweltrecht.

Der optimale Grad der Einschränkung privater Verfügungsrechte ist a priori nur schwer zu bestimmen. Doch läßt sich der Spielraum abstecken, den private Verfügungsrechte haben müssen, wenn das Privateigentum seine Funktionen erfüllen kann. Die privaten Verfügungsrechte müssen dem Verfügungsberechtigten zumindest das ermöglichen: Eine Sache wirtschaftlich zu nutzen; die Sache zu verändern, zu verpachten oder zu verkaufen; in den Genuß von Teilen der Erträge seines Eigentums zu kommen.

Die Verdünnung privater Eigentumsrechte

Eingeschränkt werden müssen private Verfügungsrechte insofern, als Eigentümer für die Nebenwirkungen ihres Handelns gegenüber anderen haften müssen.

Aufgabe des Staates ist, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Mindestanforderungen verwirklicht sind. Dazu zählen die Gewerbe- und Handelsfreiheit und die staatliche Gewähr, daß jene Verträge, die von der Rechtsordnung abgedeckt und privat geschlossen worden sind, auch tatsächlich durchgesetzt werden. Diese rechtliche Infrastruktur ist eine entscheidende Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität.

Bei der Frage, wie stark private Eigentumsrechte eingeschränkt werden sollen, hilft die Empirie weiter. Beispiel: In Deutschland sind Mietrecht und Rechtsprechung längst über den notwendigen Schutz des Mieters hinausgegangen. Sie haben die Verfügungsrechte des Eigentümers über seine Immobilie so stark eingeschränkt, daß er unter Umständen froh sein kann, wenn der Mieter erst Jahre nach der Kündigung auszieht. Angesichts des überzogenen Mieterschutzes überlegen sich potentielle Investoren, ob sich der Bau von Wohnungen lohnt: Mangel an Wohnraum ist programmiert. Dieses Beispiel belegt, daß sich private Eigentumsrechte nicht unbeschränkt ausdünnen lassen.

Die Erfahrung zeigt, daß unterschiedliche Gesellschaften auch unterschiedliche Eigentumsordnungen vertragen. Die Grenze der Verträglichkeit wird dann überschritten, wenn das sozialpolitisch Gewollte das ökonomische Gegenteil bewirkt.

Zwar ist Westdeutschlands Produktivvermögen zu gut 90 Prozent in privater Hand. Doch zielt die in Deutschland betriebene Rechtspolitik in immer mehr Bereichen auf die Verdünnung privater Eigentumsrechte. Nach dem Scheitern des Sozialismus ist das paradox. Wirtschaftlich gut gehen wird es nicht. □

Europäisches Währungssystem

Gegenwind für den deutschen Export

Im Gebälk des Europäischen Währungssystems kracht es. Seit Herbst vergangenen Jahres kommen die Wechselkurse kaum zur Ruhe, und der Druck auf die deutsche Exportwirtschaft wächst. Jüngste Turbulenz: Ende Januar 1993 wurde das Irische Pfund abgewertet – immerhin um zehn Prozent.

Lange Zeit waren Wechselkursänderungen in Europa kein Thema. Vor den jüngsten Unruhen im Europäischen Währungssystem (EWS) blieben die Leitkurse mehr als fünf Jahre unverändert – das bis dato letzte Realignment stammt aus dem Januar 1987. Hinzu kommt, daß sich auch Norwegen, Schweden und Finnland de facto wie EWS-Mitglieder verhielten – genauso, wie es Österreich und die Schweiz schon seit langem praktizieren. Ergebnis: Ganz Westeuropa war eine Zone der wechselkurspolitischen Stabilität, und der Außenhandel hatte eine sichere Kalkulationsbasis.

Die Konstanz der Wechselkurse bescherte den deutschen Exporteuren sogar leichten Rückenwind. Grund: Deutschland verzeichnete niedrigere Inflationsraten als die europäischen Partner – die konstanten Paritäten bewirkten daher eine schleichende reale Abwertung der D-Mark und stärkten so die Preiswettbewerbsfähigkeit von Waren made in Germany. Damit ist es seit September 1992 vorbei. Von der Stabilitäts-Zone blieb nicht viel übrig: Das Pfund Sterling und die Italienische Lira haben den Wechselkursverbund des EWS vorübergehend verlassen und befinden sich im freien Floating – ihre Kurse sind stark gefallen.

Die drei skandinavischen Länder haben ihre stillschweigende EWS-Mitgliedschaft aufgekündigt und überlassen ihre Währungen ebenfalls den Marktkräften. Folge auch hier: Abwertung der Nord-Währungen.



Massenproduktion von Medikamenten in einem deutschen Pharma-Unternehmen.

Die Spanische Peseta, der Portugiesische Escudo und das Irische Pfund bleiben zwar formal im Verbund, wurden jedoch kräftig abgewertet.

Im gewogenen Durchschnitt ist das eine Aufwertung der D-Mark gegenüber den Währungen dieser acht Länder um insgesamt 19,2 Prozent.

Einzelne Veränderungen von Juni 1992 bis Januar 1993:

Die Schwedische Krone ist am stärksten eingebrochen: Sie verlor gegenüber der D-Mark rund ein Viertel ihres Wertes.

Finnmark, Lira und Sterling haben jeweils rund 20 Prozent eingebüßt.

Der Escudo verlor auf die deutsche Währung am wenigsten – aber immerhin noch über acht Prozent.

Für die deutschen Exporteure ist die Aufwertung der D-Mark ein gewaltiges Handicap. Ihre Preise im Ausland steigen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit sinkt und kann kurzfristig nicht durch interne Kostenreduzierung aufgefangen werden.

Konsequenz: Deutsche Exporteure müssen empfindliche Ertragseinbußen hinnehmen. Auf Dauer ist das nicht ohne Marktanteils-Verluste im Ausland durchzuhalten. Umgekehrt können ausländische Importeure ihre Position auf dem deutschen Markt zu Lasten inländischer Anbieter ausbauen.

Zwar gilt dies nur in bezug auf die acht Währungs-Ausreißer – doch die halten einen erheblichen Anteil am deutschen Außenhandel:

Im Jahr 1992 vereinigten die acht Länder zusammen über ein Viertel aller deutschen Exporte auf sich – das entspricht einem Wert von knapp 180 Milliarden DM.

Die Währungsunruhen im EWS während des letzten halben Jahres haben die ohnehin schwache Konjunktur im Inland zusätzlich belastet.

Dieser Negativ-Effekt wird allerdings dadurch gemildert, daß die D-Mark im gleichen Zeitraum gegenüber zwei wichtigen außereuropäischen Währungen abgewertet wurde: Gegenüber dem US-Dollar verlor die Mark 2,6 Prozent an Wert, gegenüber dem Japanischen Yen sogar vier Prozent.

Hinzu kommt: Gegenüber den nicht von Realignments betroffenen europäischen Währungen blieb der Wert der D-Mark unverändert. Insgesamt hat sich der umfassende DM-Außenwert gegenüber 18 Industrieländern zwischen Juni 1992 und Januar 1993 deshalb nur um vergleichsweise bescheidene 5,2 Prozent erhöht. □

US-Wirtschafts-interessen in Somalia

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« veröffentlichte einmalig einen kurzen Nachrichtenbeitrag über die amerikanischen Wirtschaftsinteressen in Somalia, der im Grund die Berichterstattung von CODE über diesen Krisenherd vollständig bestätigt:

Vier amerikanische Ölfirmen warten im Schutz der amerikanischen Truppen in Somalia darauf, im Land nach ergiebigen Ölvorkommen zu suchen. Darüber hat am Dienstag die Zeitung »International Herald Tribune« berichtet. Nach diesen Angaben haben die amerikanischen Ölfirmen Conoco Inc. (Houston), Amoco Corp. (Chicago), Chevron Corp. (San Francisco) und Phillips Petroleum Corp. (Bartlesville) schon vor dem Sturz des früheren somalischen Staatpräsidenten Siad Barre von der früheren somalischen Regierung fast zwei Drittel des Landes zur Erforschung der vermuteten Öllagerstätten zugeteilt bekommen. Geologen vermuten in Somalia reiche Erdöl- und Gasvorkommen. Die Unternehmen hofften nun darauf, daß Washington in Somalia die staatliche Ordnung wiederherstelle, damit sie aus ihren Konzessionen Gewinn schöpfen könnten.

Die »Herald Tribune« berichtet, die vier Unternehmen erwarteten, daß die von den Vereinigten Staaten angeführte Operation »Neue Hoffnung« auch »ihre Investitionen in Höhe von vielen Millionen Dollar schützen« werde. Die amerikanische Regierung beharre demgegenüber darauf, die Soldaten aus rein humanitären Gründen nach Somalia geschickt zu haben.

Nach Angaben der »Herald Tribune« zweifeln mittlerweile Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, amerikanische Fachleute für Ost-Afrika und führende Somalia an dieser Darstellung. Die Ölgesellschaft Conoco habe auch nach dem Sturz Siad Barres weiterhin ihr Büro in Mogadiscu behalten. Dieses sei wenige Tage vor dem Eintreffen der ersten Marines »de facto zu einer amerikanischen Botschaft geworden«.

Auch der Gesandte des amerikanischen Präsidenten Bush für Somalia habe dort zeitweise sein Hauptquartier gehabt, berichtete die »Herald Tribune«. Der Sprecher von Conoco, Geybauer, nannte diese Übereinkunft zwischen der amerikanischen Regierung und Conco »eine Geschäftsbeziehung«.

Die in Stuttgart ansässige African Press Agency (APA) hatte schon Ende des vergangenen Jahres unter Berufung auf Korrespondenten berichtet, Washington habe seine Soldaten nicht nur aus humanitären Interessen nach Somalia entsandt, sondern verfolge dort auch strategische Interessen. Mehrfach gab es auch Berichte darüber, im Schutz der amerikanischen Truppen setzten amerikanische Ölfirmen ihre Suche nach Öl und Gas in dem vom Bürgerkrieg zerrissenen Land fort.

In einer 1991 veröffentlichten Studie der Weltbank zu den Weltölvorkommen wird Somalia an erster Stelle unter denjenigen acht afrikanischen Staaten geführt, in denen reiche Erdölvorkommen vermutet werden. Der Ölfachmann der Weltbank, O'Connor, sagte der »Herald Tribune«: »Es gibt keinen Zweifel daran, daß es in Somalia Ölvorkommen gibt.« □

Polens Solidarnosc beugt sich den Sparplänen des IWF

Laut Berichten über eine zwischen Solidarnosc und der Regierung des polnischen Ministerpräsidenten, Hanna Suchocka, unterzeichneten Vereinbarung, verrät die Führung der regierungsfreundlichen Union wieder einmal die Interessen der polnischen Arbeiterschaft. Solidarnosc hatte im letzten Sommer und Herbst mitgeholfen, die Streikwellen zu brechen, um Polens Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zu retten.

Das in Warschau unterzeichnete Abkommen soll eine Konzession gegenüber dem Aufruf der streikenden Bergarbeiter zum Erlaß von Schulden und zu neuen Sozialprogrammen für die Kohlenbergwerke enthalten, ändert jedoch nicht die Verpflichtung der Regierung, die meisten Kohlenbergwerke stillzulegen und die Unterstützung der Regierung für den Staatssektor der polnischen Industrie zu beenden, um die Konditionalitäten des IWF einzuhalten.

Der Deal muß durch eine offizielle Abstimmung der streikenden Arbeiter in den 65 Kohlebergwerken Oberschlesiens gebilligt werden. □

Rußland und Ukraine teilen sich alte Schulden

Rußland und Ukraine haben eine Vereinbarung darüber getroffen, sich die Auslandsschulden der ehemaligen Sowjetunion und diejenigen, die dieser geschuldet werden, sowie alle ehemaligen sowjetischen Vermögenswerte untereinander aufzuteilen. Die Vereinbarung wurde in Gesprächen zwischen dem russischen Handelsminister Pjotr Awen und dem ukrainischen Minister für außenwirtschaftliche Beziehungen Iwan Herta ausgehandelt.

Unter den Bedingungen der Vereinbarung, die in Kürze in Moskau unterzeichnet wird, übernimmt Rußland den 16prozentigen Anteil Ukraines an den 70 Milliarden Dollar Schulden der ehemaligen Sowjetunion und verzichtet auf alle Ansprüche auf die 146 Milliarden Dollar, die Länder der Dritten Welt der UdSSR schulden. Rußland hat auch zugestimmt, Ukraine einen Anteil – vermutlich 16 Prozent, aber die genaue Zahl ist nicht bestätigt worden – an russischen flüssigen Vermögenswerten in der Form von Devisen- und Goldreserven sowie von Diamanten und nichtgoldenen Edelmetallen wie Platin zuzugestehen.

Beobachter glauben, daß die Vereinbarung der Vorläufer für ein breitgefächertes Abkommen zwischen Rußland und dem Westen ist und Umschuldung sowie Abschreibung eines Teiles der ehemaligen sowjetischen Schulden durch westliche Gläubiger, als Gegenleistung für sogenannte Gläubiger-Rechte auf einen Teil der Gelder, die Länder der Dritten Welt der ehemaligen UdSSR schulden, beinhaltet. □

Deutschland gewährt Rußland teilweise Zahlungsaufschub

Deutschland hat Rußland leichtere Bedingungen für mindestens ein Drittel der ihm geschuldeten Gelder gewährt, heißt es in den Nachrichten über die Pressekonferenz des Bundeskanzlers, Helmut Kohl, in Moskau zum Abschluß eines zweitägigen Besuchs in der russischen Hauptstadt.

Die offizielle Bezeichnung der Vereinbarung lautet, daß es »eine Gnadenfrist von acht Jahren ist, in der Rußland weder Hauptkapital noch Zinsen zurückzahlen muß«. Aber »welchen kosmetischen Begriff man auch immer verwenden will, dies ist ein Schulden-Moratorium, das die deutsche Regierung für den Zeitraum von acht Jahren gewährt hat. Es ist ein Präzedenzfall, und ein bedeutender dazu, und dies geschah ohne vorherige Beratung Deutschlands mit Washington«, bestätigte ein hochstehender Informant aus der City of London nachdrücklich zu unseren Korrespondenten.

Die Vereinbarung umfaßt zu einem geringen Teil die von der ehemaligen UdSSR geschuldeten und von Rußland übernommenen Schulden an die ehemalige DDR in Höhe von 17,6 Milliarden DM und aus Transfer-Rubel, die in DM konvertiert wurden.

Arkady Wolkskij, Leiter der Civic Union Group in Rußland, äußerte in einem Interview mit dem ZDF, der wichtigste Partner Rußlands sei die deutsche Industrie. Er sagte, die derzeitige

Wirtschaftskrise Rußlands sei die Folge einer Regierungspolitik in Moskau, die von den Amerikanern bestimmt wurde. Die Tatsache, daß es keinen einzigen deutschen Berater für die russische Regierung gibt, müsse geändert werden, erklärte Wolskij.

Wolskij und Ministerpräsident Viktor Tschernomydin trafen sich getrennt mit Vertretern von 20 leitenden Industriellen, die Kohl begleitet hatten.

Als Teil der Vereinbarung wird Deutschland weitere 550 Millionen DM zum Aufbau von Wohnungen für russische Offiziere mit ihren Familien, die aus ihren Standorten in Mitteldeutschland nach Hause zurückkehren, und eine Milliarde DM als Entschädigung für Opfer der militärischen Besatzung des damaligen sowjetischen Territoriums geben. Die 550 Millionen DM werden für den Kauf von Baumaterialien und Maschinen von Firmen in Mitteldeutschland durch Rußland verwendet. □

Brasilianischer Wirtschaftswissenschaftler weist Neo-Liberalismus zurück

Der Wirtschaftswissenschaftler F. C. de Sa e Benevides berief sich in der Ausgabe des »Jornal do Commercio« auf die Schriften des deutsch-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Friedrich List, um die Politik Adam Smiths, die in Brasilien angewendet wird, anzugreifen.

De Sa e Benevides stellte fest, daß das Konzept eines »weltweiten Dorfes«, mit dem die Anglo-Amerikaner hausieren gehen, »uns an Friedrich List erinnert, als er Adam Smiths Vorschläge des Liberalismus analysierte, die jetzt in Henry Kissingers und Zbigniew Brzezinskis Formulierungen des funktionalen Pragmatismus wiederauferstehen – da der Smithsche Liberalismus auf der Annahme einer Weltkonföderation beruht, in der alle Länder von den gleichen ethischen Grundsätzen geleitet werden und in einem Zustand des ganzjährigen universalen Friedens leben«. Er zitierte List, der die Frage stellte: »Sollten wir nicht die Regierung als verrückt betrachten, die angesichts der Vorteile dieser Weltförderation ihre Armeen beseitigt, ihre Flotte zerstört und ihre Festungen abreißt?«

De Sa e Benevides zitierte aus Lists Gespräch über die britische Seemacht: »Das Land, dessen Binnenmarkt mehr Ausländern als ihm selbst gehört, ist ein geteiltes Land, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch vom politischen Standpunkt aus gesehen ... gibt es keine gefährlichere Situation für ein Land ... als die Tatsache, daß seine Marinehäfen größere Verbindungen mit Ausländern als mit seinem eigenen Volk an den Tag legen.« □

Die Hälfte der Bevölkerung Osteuropas lebt in Armut

Die Länder Osteuropas traten in das Jahr 1993 mit der Hälfte ihrer Bevölkerung unter dem offiziellen Armutsniveau lebend ein, heißt es in einem Bericht, der auf der Grundlage neuer Daten aus der UN-Food and Agriculture Organization und Erhebungen in den östlichen Ländern erstellt wurde, berichtete die deutsche und österreichische Presse.

Bei der überwältigenden Mehrheit des Volkes, das bereits 80 Prozent seines Einkommens zur Deckung seiner Nahrungsmittel- und anderer grundlegenden Bedürfnisse ausgibt, wird das Jahr 1993 in den meisten Ländern Osteuropas noch drastischere Preiserhöhungen mit sich bringen. Die Folge wird verstärkte Verarmung und das Hervortreten einer kleinen Gruppe von Neureichen sein, die zu sozialen Spannungen und zum Aufstieg der »alten Kräfte«, wie diejenigen, die für die Rückkehr zum Kommunismus eintreten, führen wird.

Eine kürzliche Meinungsumfrage in Bulgarien – wo 54 Prozent der Familien mit mehr als zwei Kindern berichten, daß sie nicht genug zu essen haben, und 80 Prozent aller Haushalte berichten, daß sie nicht in der Lage sind, den Mindestbedarf an Fleisch zu sichern – ergab, daß 48 Prozent des Volkes glauben, daß die Dinge niemals zuvor so schlecht standen wie jetzt, und daß das Leben unter dem kommunistischen Regime Todor Zhikows weit besser war. Nur ein Prozent der Bulgaren sehen eine Verbesserung im Lebensstandard. □

Soros will sich in die ehemalige sowjetische Wirtschaft einkaufen

George Soros, der in Ungarn geborene, in New York beheimatete Finanzier, gab bekannt, daß er sage und schreibe, 10000 Wissenschaftlern in Ländern, die früher zu der Sowjetunion gehörten, Stipendien anbieten werde. Laut »Nezawisimaja Gazeta« stammt der Fonds in Höhe von 100 Millionen Dollar aus Soros' Devisenhandel im September 1992, als er durch Spekulationen mit dem britischen Pfund und anderen Währungen schätzungsweise eine Milliarde Dollar – davon 300 Millionen Dollar auf seinem eigenen Konto – zusammenraffte.

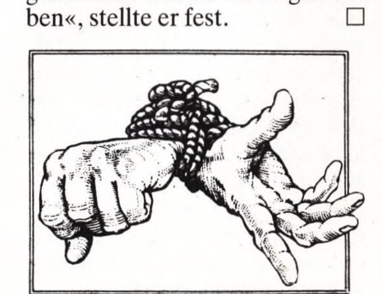
Der Plan, mit dem sich die Gelder, die er in den letzten Jahren verschiedenen Verbänden und Aktionen – darunter Raisa Gorbatschows sowjetischer Kultur-Fonds – zugewendet hat, verdoppeln würden, wurde auf einer kürzlichen Sitzung in der Rockefeller University in New York City im Einzelnen erläutert. In der ersten Phase werden sechs Millionen Dollar für kurzfristige »Überlebens«-Stipendien an Wissenschaftler – sechs Monate lang 100 Dollar pro Monat – für 10000 Leute gewährt. Dies würde den Empfängern ermöglichen, in ihren Ländern zu leben und zu bleiben. Ein Sprecher sagte, die Summe werde »für die Blüte der Wissenschaft in Rußland und in den Republiken« ausreichen.

In der zweiten Phase wird Soros besondere wissenschaftliche Projekte finanzieren. Seine Gelder werden »durch das ganze System von Instituten« der Akademie der Wissenschaft hindurchfließen. Das »Wall Street Journal« stellte fest, daß Soros kürzlich in Ungarn in die Schußlinie geraten sei. Einige Mitglieder der regierenden Partei dort behaupten, er sei Teil einer »internationalen Verschwörung«, »die darauf abzielt, den ungarischen Nationalismus zu untergraben«. □

Rußland braucht neues staatliches Bankwesen

Statt der Richtlinien des Internationalen Währungsfonds (IWF) benötigt Rußland eine souveräne Geldpolitik und ein neues zentrales Bankwesen, sagte Valerian Kulikow, stellvertretender Direktor der Russischen Zentralbank, vor einem Rat der Industriellen, berichtete die »Iswestia«.

Für einen gespaltenen Wechselkursmechanismus für den Rubel und die Einführung einer neuen unabhängigen russischen Währung in naher Zukunft eintretend, äußerte Kulikow, Rußland sollte wieder ein System großer Staatsbanken, wie sie in der ehemaligen UdSSR vorhanden waren – die Bank für Industriellen Aufbau, die Landwirtschaftsbank und andere dieser Art – einführen. Handelsbanken, die unter der Liberalisierungspolitik von Gaidar und auf den Rat westlicher Experten hin wie Pilze aus dem Boden geschossen sind, seien unfähig, die Bedürfnisse der russischen Produktion herauszufinden, erklärte Kulikow.
Kulikow übte scharfe Kritik an dem Verhältnis zwischen russischen Banken und dem IWF, und an der früheren Regierung, die nichts anderes als ein Treibriemen für monetaristische Politik gewesen sei. »Leider wurde alles vom IWF statt von der Zentralbank entschieden, und wir mußten wie Roboter handeln, die gehorsam den von anderen für uns gesteckten Zielen zu folgen haben«, stellte er fest. □



Schweiz

Probleme mit dem Bankgeheimnis

David Hudson

Die anhaltende Krise in Amerikas Finanzinstitutionen hat viele Amerikaner dazu veranlaßt, darüber nachzudenken, sich ein Schweizer Bankkonto zuzulegen. Schweizer Bankkonten, glauben viele Amerikaner, sind geheim und der Internal Revenue Service (IRS), Einkommensteuerbehörde, Gläubiger, verärgerte Geschäftspartner und frühere Ehegatten werden von dem Geld, das sie schlau in der Schweiz beiseiteschaffen, nie etwas erfahren, geschweige denn Zugang dazu bekommen.

Aber ein derzeitiger Skandal in der Schweiz, und der von den Vereinigten Staaten während des Zweiten Weltkriegs hergestellte Präzedenzfall, sollte Amerikanern und auch Deutsche, die ein Schweizer Bankkonto in Erwägung ziehen, nachdenklich machen.

Gesetze von zweifelhaftem Wert

Das Schweizer Bankgeheimnis ist nach historischen Maßstäben gemessen verhältnismäßig jung, es geht erst auf 1934 zurück. Im Jahr zuvor hatte die NSDAP in Deutschland die Macht übernommen, und viele Gegner dieser Regierung waren bestrebt, ihre finanziellen Vermögenswerte in die Schweiz zu verlagern, wobei sie gegen langjährige deutsche Währungsschutzgesetze verstießen.

Wenn die deutsche Regierung glaubte, ein deutscher Staatsbürger habe ein Bankkonto in der Schweiz, dann konnte sie das mit dem einfachen Mittel in Erfahrung bringen, indem sie einen Agenten zur Bank schickte und ihn einen kleinen Betrag auf das Bankkonto der betreffenden Person einzahlen ließ. Wenn die Bank die Einzahlung annahm, dann war es für die deutsche Regierung ein Leichtes, den Kontoinhaber zu stellen.

Die Schweiz reagierte darauf, indem sie Gesetze erließ, die Strafen sowohl für Banken als auch für Bankangestellte vorsahen, die das Vorhandensein oder Einzelheiten eines Bankkontos ohne Erlaubnis des Kontoinhabers preisgaben. Dieses Verbot erstreckte sich auf die Weitergabe derartiger Informationen an die Schweizer Regierung oder irgend eine Behörde des Gesetzesvollzugs ohne Anordnung eines Schweizer Gerichts. Leider sind diese Gesetze, die immer noch in den Gesetzbüchern stehen, für einen Nichtschweizer mit einem Schweizer Bankkonto von zweifelhaftem Wert.

1974 wurde das Gesetz entschärft, um die Preisgabe von Informationen über Konten dort zuzulassen, wo glaubwürdige Beweise dafür vorliegen, daß die Erlöse ganz oder teilweise aus illegalen Drogengeschäften oder aus Diebstählen und Betrugsfällen stammen.

Banken kontrollieren sich selbst

Heute wird der Druck auf die Schweiz verstärkt, ihre Bankgesetze mehr in Einklang mit den kommenden Vereinigten Staaten von Europa zu bringen, wo das Bankgeheimnis ebenso nicht existent sein wird wie in den Vereinigten Staaten.

Der kürzliche Skandal mit der achtbaren Rothschild Bank AG, die in Zürich ansässig ist, zeigt, wie ausgefranst das Konzept des Schweizer Bankgeheimnisses geworden ist. Ein ehemaliger leitender Angestellter der Bank, Juerg Heer, ist von seinem ehemaligen Arbeitgeber verklagt worden, weil er diesen um mehr als 150 Millionen Dollar betrogen haben soll. Seinerseits beschuldigt Heer den ehemaligen Präsidenten der Bank, Baron Elie de Rothschild – jetzt 75 Jahre alt und im Ruhestand lebend –, des groben und wiederholten Fehlverhaltens.

Heer spricht von seiner und Baron de Rothschilds Zeugenaussage vor einem italienischen Gericht in dem Prozeß einer Gruppe wohlhabender Italiener, die angeblich unter Verstoß gegen italienische Devisenschutzgesetze Gelder aus Italien herausschmuggelten. Heer sagt, ihre Aussagen, also die der Banker, nicht die beschuldigten Italiener als die wirklichen Eigentümer der fraglichen Vermögenswerte, seien meineidig gewesen.

Das »Wall Street Journal« berichtete am 11. Dezember 1992: »Die wesentlichen Behauptungen des Herrn Heer betreffen die Rolle der Bank bei der Gründung von Scheinfirmen, um die Eigentümerschaft von Vermögenswerten zu kaschieren. Es ist ein Graubereich in der Schweizer Bankenpraxis, daß Banken selbst versucht haben, die Dinge mit sogenannten ›diligence rules‹ (Sorgfaltsbestimmungen) zu überwachen. Nach diesen Sorgfaltsbestimmungen wird den Banken heute untersagt, bei Kapitalflucht aktiv Hilfestellung zu leisten und nach Steuerbetrug Ausschau zu halten.«

Der Schlüssel ist hier natürlich, daß hohe Schweizer Bankdirektoren in einem ausländischen Prozeß aussagten, und daß die »Sorgfaltspflicht« Banken untersagt, bei Kapitalflucht »aktiv Beihilfe zu leisten« und von den Banken verlangt wird, »nach Steuerbetrug Ausschau zu halten«.

Im April 1940, nach der deutschen Besetzung Norwegens und Dänemarks, erließ Franklin Delano Roosevelt die Executive Order 8785, mit der alle Vermögenswerte dieser Länder in den Vereinigten Staaten sequestriert wurden, »um die Liquidierung von Vermögenswerten, die unter Druck oder durch Eroberung geplündert wurden, in den Vereinigten Staaten zu verhindern, um die Benutzung amerikanischer Finanzeinrichtungen in einer Weise, die der nationalen Verteidigung oder anderen amerikanischen Interessen zuwiderläuft, zu verhindern, und um aufständischen Aktivitäten in den Vereinigten Staaten Einhalt zu gebieten«.

Zu diesen beschlagnahmten Vermögenswerten gehörten Aktien, Immobilien und finanzielle Vermögenswerte von Banken dieser Länder. Im Juni 1940, nachdem Deutschland Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Frankreich besetzt hatte, wurden die Vermögenswerte dieser Länder, ihre Staatsbürger und Finanzinstitute gleichermaßen sequestriert. Aber Roosevelt erhöhte den Einsatz im Juni 1941.
Am 14. Juni 1941 – nur eine Woche vor dem Einmarsch der Deutschen in die UdSSR – wurden alle Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten, mit Ausnahme von Vermögenswerten britischer Staatsbürger und Institutionen sequestriert. In diese Sequestierung wurde die neutrale Schweiz mit einbezogen.

Es gibt wirklich nichts Neues unter der Sonne. In einem Exklusiv-Interview sagte der angesehene populistische Wirtschaftswissenschaftler E. L. Anderson zu unseren Korrespondenten, er erwarte eine Wirtschafts- oder Finanzkrise, die eine erneute Sequestrierung Schweizer Vermögenswerte fordern könnte.
Dr. Anderson meinte, Schweizer Finanz- und andere Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten, darunter natürlich die von Schweizer Banken, »könnten im Falle einer wirtschaftlichen oder monetären Katastrophe, die an der Wand geschrieben zu sein scheint, sequestriert werden. Auch wird das Finanzministerium im Falle eines Notstands mit Sicherheit alle von Amerikanern unterhaltenen Auslandskonten unter strenge Überwachung stellen«. □



Osteuropa

Wechselkurs als Spiegel der Reform

Seit Beginn des Reformprozesses in Osteuropa müssen sich die Wechselkurse der einzelnen Volkswirtschaften der Nagelprobe des Marktes stellen. Ergebnis: Die Währungen aller Länder der Region haben bis Ende 1992 gegenüber West-Devisen kräftig an Wert verloren. Im Detail gibt es aber auch Lichtblicke. So konnten sich die tschechoslowakische Krone und der ungarische Forint in jüngster Zeit deutlich stabilisieren. Dagegen befand sich der russische Rubel bis zuletzt im ungebremsten Fall.

Die Staaten Mittel- und Osteuropas haben gleich zu Beginn der marktwirtschaftlichen Umgestaltung auch ihre Währungen in den Reformprozeß einbezogen. Mit gutem Grund: Der Wechselkurs ist das ökonomische Scharnier zwischen einem Land und der übrigen Welt.

Die Realität des Marktes

Zu Zeiten der Kommandowirtschaft in den heutigen Reformländern fehlte den Wechselkursen jeder Kontakt mit den Realitäten des Marktes. Die allmächtigen Planungsbürokraten setzten die Kurse nach Gutdünken fest, teils gesondert für ganz bestimmte Handelsgüter, für Tourismus oder für Transaktionen.
Dies paßte zu der staatlichen Monopolisierung des gesamten Außenwirtschaftsbereichs. Der Austausch von Gütern und Dienstleistungen mit dem westlichen Ausland wurde zentral von einer Planungsstelle abgewickelt.
Ein marktgerechter Wechselkurs ihrer Währungen ist für die Reformländer aus drei Gründen unerläßlich:

Kennzeichen der osteuropäischen Volkswirtschaften ist ein fundamentaler Mangel an Konkurrenzfähigkeit. Der Wechselkurs bestimmt mit über die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produkte auf den Weltmärkten.

Auf den Zustrom von Kapital sind die Reformländer besonders angewiesen. Der Wechselkurs beeinflußt die Attraktivität ausländischer Investitionen im Inland.

Kräftige Abwertung der Währungen

Auch die Reformländer möchten von den Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung profitieren.

Marktgerechte Wechselkurse sind aber Voraussetzung für die Integration ihrer Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft.

Als Konsequenz der künstlich und aus politischen Gründen weit überhöht angesetzten Wechselkurse mußten alle Reformstaaten mit Beginn der außenwirtschaftlichen Öffnung ihre Währungen kräftig abwerten.

Beispiel Polen: Der Wechselkurs des Zloty gegenüber dem US-Dollar wurde binnen nur drei Monaten (viertes Quartal 1989) von 1800 auf 9500 Zloty/Dollar heraufgesetzt. Das entspricht einer Abwertung um 81 Prozent.

Mit einer einzigen Abwertung war die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Reformländer aber in der Regel nicht zu erreichen. Weitere offizielle Wechselkurs-Korrekturen waren nötig, sofern sie nicht bereits vom Markt erzwungen worden waren.

Die mehrmaligen Abwertungen haben den nominalen Außenwert einiger Währungen während der letzten drei Jahre nur noch auf einen Bruchteil des ursprünglichen Niveaus schrumpfen lassen.

Beispiel Rußland/Rumänien/Bulgarien: Der russische Rubel besaß im Dezember 1992, gemessen am US-Dollar, spitz gerechnet noch 0,15 Prozent seines Werts von Ende 1989. Nur unwesentlich besser stellt sich die Bilanz für den rumänischen Leu (gut drei Prozent) und den bulgarischen Lew (rund acht Prozent) dar.

Die Probleme mit dem Rubel

Beispiel Polen/CSFR/Ungarn: Weniger dramatisch fiel die Abwertung bei den Währungen der drei mitteleuropäischen Länder aus. Von Ende 1989 bis Ende 1992 sank der nominale Außenwert des ungarischen Forint auf knapp 76 Prozent. Der Wert der tschechoslowakischen Krone ging auf 51 Prozent zurück, der Wert des polnischen Zoloty auf 34 Prozent.

Deutliche Diskrepanz zwischen den Währungen dieser drei Staaten und denen der Länder Rußland, Rumänien, und Bulgarien zeigen sich auch in der jüngsten Entwicklung:

Beim Forint und bei der Krone ist der Abwärtstrend inzwischen weitgehend zum Stillstand gekommen. Die tschechoslowakische Krone liegt sogar schon seit Jahresbeginn 1991, von geringfügigen Zufallsschwankungen abgesehen, praktisch unverändert bei 28 Kcs/Dollar.

Von einer Stabilisierung der Währungen Bulgariens, Rumäniens und vor allem Rußlands kann bis zuletzt noch keine Rede sein.

Der Rubel hat allein seit Juni 1992, als der Umtausch noch rund 88 Rubel für einen US-Dollar brachte, erneut kräftig an Wert verloren – bis Ende Januar 85 Prozent (568 Rbl/Dollar).

Hintergrund der auseinanderdriftenden Wechselkursentwicklung: Die sechs ehemals sozialistischen Staaten setzen in der Währungspolitik auf unterschiedliche Strategien:

Polen, Ungarn und die Ex-CSFR haben sich prinzipiell für ein Festkurssystem gegenüber einem westlichen Währungs-Korb entschieden.

Rußland, Rumänien und Bulgarien praktizieren ein Floating; der Kurs ihrer Währungen unterliegt grundsätzlich allein den Kräften von Angebot und Nachfrage am Devisenmarkt.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Reformländer

Die wechselkurspolitische Zweiklassen-Gesellschaft in Osteuropa kommt nicht von ungefähr. Die Troika Polen, Ungarn und Ex-CSFR war in puncto Wechselkursstabilisierung deshalb so erfolgreich, weil sie insgesamt auf dem Weg marktwirtschaftlicher Reformen am weitesten fortgeschritten ist. Insbesondere haben diese Länder zu Hause die Inflation relativ gut in den Griff bekommen:
Vergleichsweise niedrig war die Inflationsrate 1992 angesichts der enormen Transformationsprobleme nach OECD-Angaben in der ehemaligen CSFR mit 11 Prozent, in Ungarn mit 21 Prozent und in Polen mit 40 Prozent.

Um ein Vielfaches höher lag demgegenüber der Preisauftrieb in Bulgarien (90 Prozent), Rumänien (200 Prozent) und vor allem in der Republik Rußland (2000 Prozent).

Die nominalen Wechselkurse sind ökonomisch nur von beschränktem Aussagewert. Für die Wettbewerbsfähigkeit der Reformländer bedeutsamer ist die Entwicklung des realen Außenwerts, also des inflationsbereinigten Wechselkurses. Dabei ergibt sich für den realen Außenwert gegenüber einem gewogenen Durchschnitt von US-Dollar und ECU seit dem vierten Quartal 1989 folgendes Bild:
Eine massive reale Abwertung haben der rumänische Leu und – in jüngster Zeit – der russische Rubel erfahren. Der tatsächliche Kursverfall am Devisenmarkt war noch stärker, als zum Ausgleich der nationalen Inflation notwendig gewesen wäre.

Zu einer realen Aufwertung kam es in Polen, Ungarn und ab 1991 in der CSFR. Die Abwertung gegenüber West-Währungen reichte hier nicht aus, um den inländischen Preisauftrieb wettzumachen. □

Osteuropa

Im Außenhandel auf nach Westen

Im Unterschied zu den neuen Bundesländern ist es den drei Reformstaaten Polen, Ungarn und der ehemaligen Tschechoslowakei überraschend schnell gelungen, den zusammengebrochenen Ost-Handel durch Exporte in die westlichen Industrieländer zu kompensieren. Sie erzielten Steigerungsraten von bis zu 50 Prozent. Das ist im wesentlichen das Ergebnis niedriger Arbeitskosten – ein Wettbewerbsvorteil, den die neuen Bundesländer in diesem Umfang nie hatten.

Der Handel zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten geriet seit 1989 zum regelrechten Desaster. Bis 1992 haben sich die Ausfuhrgeschäfte der ehemaligen Staatshandelsländer untereinander fast halbiert.

Im Westen liegen neue Absatzmärkte

Besonders hart traf es Bulgarien (- 82 Prozent), Rumänien (- 65 Prozent), die ehemalige CSFR (– 51 Prozent) und die ehemalige UdSSR (– 44 Prozent). Vergleichsweise milde war dagegen der Rückgang des Ost-Handels in Ungarn (– 26 Prozent). Die Polen konnten sogar ein Plus von knapp zwei Prozent erzielen.

Mit der politischen Öffnung zum Westen taten sich freilich auch neue Absatzmärkte auf. Allerdings konnten davon nicht alle Reformstaaten gleichermaßen profitieren.

Die ehemalige UdSSR steigerte ihre West-Ausfuhren von 1989 auf 1992 um 19 Prozent. Das reichte jedoch nicht aus, um den Rückgang im Ost-Geschäft zu kompensieren. Alles in allem lag das Export-Niveau Mitte 1992 um mehr als 14 Prozent unter dem Stand von 1989.

Bulgarien verkaufte 1992 fast 60 Prozent mehr Waren an die westlichen Länder als 1989. Doch insbesondere die ehemals starke Export-Orientierung auf die Sowjetunion relativiert dieses Plus: Rund 84 Prozent büßte das Land im Außenhandel mit der UdSSR ein – insgesamt fielen die Exporte von 1989 auf 1992 um fast zwei Drittel.

Die Westausfuhren stiegen gewaltig

Rumänien ist das einzige osteuropäische Land, das 1992 weniger Waren in die westlichen Industrieländer absetzte (– 57 Prozent) als drei Jahre zuvor. Zusammen mit den Verlusten auf den Ostmärkten summierte sich das Export-Minus auf knapp 63 Prozent.

Ganz anders lief es in Ungarn, Polen und der ehemaligen CSFR. Die drei am weitesten reformierten Länder haben es verstanden, sich binnen kurzer Zeit eindrucksvoll in die westliche Arbeitsteilung zu integrieren. Die West-Ausfuhren dieser Länder stiegen in den vergangenen drei Jahren insgesamt um jeweils 40 bis 56 Prozent – das reichte, um die Verluste im Ost-Handel wettzumachen.

Polen steigerte seine Gesamtausfuhren seit 1989 um gut 23 Prozent.

Leichterer Zugang zu den EG-Märkten

Ungarn verbuchte ein Export-Plus von insgesamt knapp sieben Prozent.

Die Ex-CSFR mußte zwar noch ein Minus von sieben Prozent hinnehmen, seit Anfang 1992 ist die Tendenz jedoch eindeutig aufwärts gerichtet.

Die wichtigsten Gründe für das überraschend günstige Abschneiden der drei Reform-Vorreiter:

Alle drei Länder haben ihren Außenhandel in hohem Maße liberalisiert.

Seit Anfang 1992 sind Polen, Ungarn und die Nachfolgestaaten der CSFR assoziierte Mitglieder der EG. Sie haben leichteren Zugang zu den EG-Märkten als beispielsweise Bulgarien oder Rumänien, denen lediglich Handels- und Kooperationsabkommen zugestanden wurden.

Der Marsch auf die Westmärkte wurde den Reformstaaten dadurch erleichtert, daß 1990/91 in Westeuropa Hochkonjunktur herrschte, vor allem in Deutschland. Der Importsog in Zahlen: Von 1989 auf 1992 steigerten die ost- und mitteleuropäischen Länder ihre Lieferungen in die EG insgesamt um mehr als 40 Prozent.

Ungarn, Polen und die ehemalige CSFR profitierten davon überproportional – mit Zuwachsraten zwischen 60 und knapp 90 Prozent.

Ein weiterer Grund für den Erfolg der Drei: Sie haben auf den Westmärkten wettbewerbsfähige Waren angeboten. nach wie vor dominieren zwar Agrarprodukte, Nahrungsmittel, Rohstoffe und die als sonstige Industriewaren bezeichneten technologisch einfachen Güter wie Textilien, Möbel und Metallwaren – allerdings zeigt die Produktpalette ihrer Westausfuhren bereits erste Ansätze hin zu höherwertigen Qualitätsprodukten.

Die Probleme der neuen Bundesländer

Die CSFR konnte den Anteil von technologisch anspruchsvollen Warengruppen wie Feinmechanik, Maschinen, EDV, Elektrotechnik und Fahrzeugen an den gesamten Ausfuhren binnen zwei Jahren von 12 auf 20 Prozent steigern.

Ungarn erreichte im gleichen Zeitraum einen Zuwachs in dieser Sparte von 13 auf fast 19 Prozent, die Polen mußten sich allerdings mit einem winzigen Plus von 0,2 Prozentpunkten zufriedengeben.

Die Erfolgsstory der drei Reformstaaten liest sich noch besser, wenn ihr die Bilanz der fünf neuen Bundesländer gegenübergestellt wird.

Liberalisierung, EG-Assoziierung und Importsog – alle drei Vorteile kann auch Mitteldeutschland für sich in Anspruch nehmen, wobei die neuen Länder sogar Vollmitglied in der Gemeinschaft sind. In puncto Export-Palette war die ehemalige DDR den drei Reformstaaten sogar klar überlegen: 1989 zählten bereits über 50 Prozent der DDR-Ausfuhren zu den technologisch anspruchsvolleren Produkten.

Trotzdem kann sich die Ausfuhr-Bilanz der neuen Länder bei weitem nicht mit den Erfolgen Ungarns, Polens und der Ex-CSFR messen.

Massive Preis-Wettbewerbsvorteile

Eine Erklärung für das schlechte Abschneiden liefert die Regionalstruktur. Der Anteil Osteuropas am Export der früheren DDR war 1989 mit 70 Prozent ungleich höher als in den drei Reformstaaten (35 bis 50 Prozent). So mußte es den neuen Ländern naturgemäß schwerer fallen, auf Westexporte umzuschalten.

Die zweite und entscheidende Erklärung für den Erfolg der drei Reformstaaten liegt in den massiven Preiswettbewerbs-Vorteilen. Der Arbeitskostenvergleich zeigt:

Die Monatslöhne betrugen 1992 in der tschechischen Industrie 170 Dollar, in Polen 188 Dollar und in Ungarn 295 Dollar. In der mitteldeutschen Industrie wurden 1992 dagegen rund 1600 Dollar gezahlt.

Hinzu kommt, daß die drei Reformstaaten den inländischen Preisdruck kaum ans Ausland weitergegeben haben. In der CSFR beispielsweise sind die inländischen Erzeugnisse von 1989 bis Mitte 1992 um 92 Prozent gestiegen, die Exportpreise dagegen um 13 Prozent gesunken. □

Osteuropa

Reformen noch voll im Tunnel

Ob Schocktherapie oder allmähliche Reformen – bei den ersten Schritten in die Marktwirtschaft haben alle mittel- und osteuropäischen Staaten naturgemäß viel Blei in den Beinen. Binnen drei Jahren ist die Produktion dramatisch eingebrochen, und die Arbeitslosigkeit kletterte vielerorts auf zweistellige Quoten. Zudem entpuppt sich die Inflation vor allem in der früheren UdSSR als Über-Problem: 1992 betrug die Teuerung 2000 Prozent. Trotz allem – hier und da geht es bereits bergauf.

Der ehemalige Ostblock war alles andere als ein einheitlicher Wirtschaftsraum. So wundert es nicht, daß auch die marktwirtschaftlichen Reformen nach recht unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzepten ablaufen. Ende 1992 zeigt die Makroökonomie in Osteuropa Licht und Schatten.

Jedes System hat seine Schwächen

Produktion: Seit 1988, dem letzten Jahr der Kommandowirtschaft, ist die Produktion überall zurückgegangen. Nicht nur die einzelnen Länder, auch die verschiedenen Wirtschaftsbereiche wurden vom Produktionseinbruch unterschiedlich erfaßt: Während die Landwirtschaft fast ungeschoren davonkam, mußte die Industrie vielerorts drastische Einbußen verkraften.

In Polen, Rumänien und Bulgarien sackte die Industrieproduktion nach OECD-Berechnungen allein in den Jahren 1990 und 1991 um 30 bis 40 Prozent.

Das hat Gründe: Vormals völlig unter staatlicher Kontrolle und in großen Monopolunternehmen organisiert, fällt der Industrie heute die Umstellung auf eine stärker konsumorientierte Produktion entsprechend schwer. Schwieriger nachzuzeichnen sind die neuen privatwirtschaftlichen Aktivitäten in Osteuropa. Eine detaillierte Statistik scheitert aus zwei Gründen.

Zum einen hat jedes Sysem seine Schwächen: Die Unternehmen in der Kommandowirtschaft neigten unter der Maxime der Planerfüllung dazu, überhöhte Produktionsziffern zu melden. Heute ist es umgekehrt. Die Steuerbehörden stecken noch in den Kinderschuhen – also gilt vielerorts das Motto: Je niedriger die deklarierten Umsätze, desto geringer die Steuerbelastung.

Zum anderen lassen sich die zahlreichen Ein-Mann-Firmengründungen, vor allem im Dienste-Sektor, statistisch kaum erfassen. Erst recht gilt das für den in Umbruchzeiten traditionell blühenden Schwarzmarkt.

Produktionsanstieg in einigen osteuropäischen Ländern

Die tatsächliche Bedeutung der Privatwirtschaft dürfte deshalb größer sein als es die offiziellen Zahlen suggerieren. Aber auch die können sich sehen lassen: In Ungarn beispielsweise stieg laut amtlichen Angaben der Anteil der Privatwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum von 1991 bis 1992 von 25 auf 33 Prozent.

Trotz der statistischen Unsicherheiten gehen offizielle Schätzungen davon aus, daß zumindest in einigen Ländern der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung allmählich zum Stillstand kommt. Ungarn, Polen und die Tschechische Republik dürfen 1993 sogar mit einem leichten Produktionsanstieg von drei bis fünf Prozent rechnen – auch dank des günstigen Außenhandels.

Beschäftigung: Die Produktionsverluste haben zwangsläufig Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. In den früheren Kommandowirtschaften hatte jedermann ein Recht auf Arbeit. Die Folge: Fast alle Unternehmen litten unter einer künstlichen Aufblähung der Beschäftigung. Die versteckte Arbeitslosigkeit ist inzwischen in eine offene umgeschlagen:

In Polen und Bulgarien lag die Arbeitslosenquote 1992 nach OECD-Schätzungen bei jeweils 15 Prozent, in Ungarn bei 13 Prozent.

In Rumänien (sechs Prozent) und der ehemaligen CSFR (acht Prozent) sieht die Arbeitsmarktlage derzeit noch etwas günstiger aus – die Aussagekraft der Statistiken ist allerdings zweifelhaft. Für die nahe Zukunft erwartet die OECD jedenfalls auch hier zweistellige Quoten.

Für die ehemalige Sowjetunion weisen die internationalen Statistiken bislang noch keine nennenswerte Arbeitslosigkeit aus. Allerdings dürfte sich hier die Beschäftigungs-Situation bereits 1992 spürbar verschlechtert haben, so daß mit einem dramatischen Verlust von Arbeitsplätzen zu rechnen ist.

Die Probleme mit den Staatshaushalten

Die massiven Produktions- und Beschäftigungsprobleme belasten die öffentlichen Kassen der Reformstaaten.

Rußland finanziert seine Budgetdefizite derzeit über die Notenpresse. Die ohnehin astronomischen Inflationsraten werden durch die völlig produktionsferne Geldschöpfung zusätzlich angeheizt.

Einigen anderen Reformstaaten ist es dagegen gelungen, ihre Staatshaushalte zumindest in der ersten Phase der Reformen zu stabilisieren und die Defizite in relativ engen Grenzen zu halten.

Der Grund dafür liegt in der Struktur des alten Steuersystems: Die Zentralverwaltungswirtschaften waren in hohem Maße von den Ausgaben der Unternehmen abhängig – und deren Erträge sind unmittelbar zu Beginn der Reformen stark gestiegen.

Zwar ging die Produktionsmenge überall deutlich zurück – doch das wurde durch die Freigabe der Erzeugerpreise wettgemacht. Die Unternehmenserlöse legten überproportional zu, weil der Kostenanstieg durch den Rückgriff auf gehortete Rohstoffe und Vorprodukte zunächst moderat ausfiel.

Inzwischen aber sind die Erträge vieler Staatsbetriebe in den Keller gerutscht – und mit ihnen die Einnahmen des Staates. Während die Staatshaushalte der meisten Reformstaaten 1990 noch schwarze Zahlen schrieben, regierten zwei Jahre später bereits überall die Defizite.

In Polen, Ungarn und Bulgarien gingen die öffentlichen Kassen 1992 mit jeweils fünf bis acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Kreide.

Rumänien konnte sein Staatsdefizit auf zwei Prozent des Bruttosozialprodukts beschränken.

Die ehemalige CSFR ist das Vorbild in Sachen Haushaltsdisziplin. 1992 betrug das Defizit gerade ein Prozent des Sozialprodukts. Ob der Stabilitätspfad auch nach der Teilung des Landes eingehalten werden kann, ist allerdings fraglich.

Bei der Absicht, ihre Budgetdefizite zu kontrollieren, stehen die mittel- und osteuropäischen Staaten vor einem Dilemma. Einerseits ist der Rückzug des Staates aus einigen Wirtschaftsbereichen gut und richtig – Marktwirtschaft und hohe Staatsquoten passen schlecht zusammen. Andererseits aber verstärkt die Zurückhaltung der öffentlichen Hände die ohnehin restriktiven Kräfte. □



Öl

Warum sind die Amerikaner in Somalia?

Nachstehend einige Auszüge aus dem kanadischen Magazin »Canadian Intelligence Service«, das sich mit der Frage beschäftigt, warum sind viele Kanadier und Amerikaner in Somalia.

Die Tötung von Soldaten der US-Marines in Mogadischu hat neue Fragen über die Natur der Mission der militärischen Koalition in Somalias größter Stadt aufgeworfen. Ein Soldat wurde vom Dach eines Gebäudes aus von einem Somali erschossen.

Die Frage der Soldaten nach dem Auftrag

Einige amerikanische Soldaten sagen, sie können nicht verstehen, warum ihnen immer noch befohlen wird, nachts zu Fuß vor den ausgebombten Gebäuden auf Streife zu gehen. »Es ist das Paradies eines Scharfschützen dort draußen«, sagte ein Soldat der Marines in einem Interview. »Viele von uns stellen die Nachtstreifen in Frage. Das ist verwirrend für uns. Nachtstreifen gehören nicht zu unserem Auftrag.«

Der offzielle Auftrag der von den USA angeführten militärischen Koalition besteht darin, für die Sicherheit der Operationen zur humanitären Hilfe in Somalia zu sorgen. Einige Marines begreifen nicht, wieso den humanitären Bemühungen durch Fußstreifen in leeren Gebäuden bei Nacht gedient wird.

Die Streitkräfte der von den USA angeführten Koalition befinden sich jetzt seit Monaten in Somalia, und viele Soldaten fragen sich, wann sie wohl wieder nach Hause kommen.

Die Koalitionsstreitkräfte können Somalia aber erst dann verlassen, wenn eine Streitmacht der Vereinten Nationen bereit steht, um sie zu ersetzen – und es gibt in dieser Hinsicht wenig Anzeichen eines Fortschritts bei den Vereinten Nationen.

Somalia hat für die Vereinigten Staaten einen Wert, der seine kleine Bevölkerung und seine unfruchtbare Landschaft bei weitem übertrifft: Eine potente Mischung aus Militäranlagen, Ölvorkommen, der islamische Fundamentalismus und die lebenswichtige geopolitische Lage des Landes.



Zwei US.Marines auf Nachtstreife vor den Ruinen der Kathedrale in Mogadishu.

Oberflächlich betrachtet, ist Somalia ein Wüstenland mit staubigen Städten, Kamelen und Unterholz, mit einer Bevölkerung von sechs Millionen Menschen mit der Tradition von Nomaden und Viehtreibern. Aber ein viel kleineres, unterbevölkertes Land, Kuwait, hatte für die Vereinigten Staaten ausreichend strategische Bedeutung, um 1991 den Krieg am Persischen Golf auszulösen.

Warum kümmern sich die USA um Somalia?

Obwohl die von den USA angeführte militärische Intervention offiziell als humanitäre Hilfe bezeichnet wird, glauben viele Analysten, daß die geopolitischen Faktoren bei der Entscheidung, Tausende von Soldaten zu entsenden, ein bedeutendes Element waren.

Es gibt immer noch eine riesige asphaltierte Start- und Landebahn für Militärflugzeuge in der Stadt Berbera im nördlichen Somalia. Der Flughafen wurde von Düsenmaschinen benutzt, als Berbera in den achtziger Jahren als US-Luft- und Marinestützpunkt diente. Es ist immer noch eine der größten Start- und Landebahnen in Afrika und hat eine Schlüsselposition am Golf von Aden in der Nähe von Saudi-Arabien und anderen Öl erzeugenden Ländern des Nahen Ostens.

Fünf Gesellschaften geht es um das Öl

Der Aufsteig des islamischen Fundamentalismus in Nordafrika könnte ein weiterer Faktor bei dem Wunsch der USA nach Stabilität in Somalia sein. Die wachsende Stärke des Islam in der nördlichen Hälfte von Somalia wurde kürzlich erhellt, als fünf somalische Frauen in der Stadt Hargeysa gesteinigt wurden. Es soll sich um Ehebrecherinnen gehandelt haben.

Das geheimnisvollste Element in dieser Mischung von geopolitischen Faktoren ist das potentielle Vorhandensein von riesigen Mengen von Öl unter der Oberfläche des nördlichen Somalis. Niemand weiß bislang, ob es in Somalia genug Öl gibt, um kommerzielle Operationen zu rechtfertigen. Aber fünf Ölgesellschaften, die meisten von ihnen in den Vereinigten Staaten ansässig, haben sich bereits auf das große Spiel um den Wert des somalischen Öls eingelassen.

Die fünf großen Ölgesellschaften – Conoco, Chevron, Amoco, Phillips und Agip – haben Landkonzessionen und Bohrrechte erworben, die sich über mehr als die Hälfte des somalischen Territoriums erstrecken, verlautet aus Kreisen der Ölindustrie.
Die Rechte wurden Ende der achtziger Jahre durch den ehemaligen Diktator Mohammed Siad Barre an die Ölfirmen vergeben, und diese hoffen, daß ihre Verträge jetzt nach Ende des zweijährigen Bürgerkriegs weiterhin durchsetzbar sind.

Somalia ist strategisch wichtig

Ölexperten in Mogadischu sind davon überzeugt, daß die Ölvorkommen im nördlichen Somalia einer der Faktoren war, der die Entscheidung der USA, Militärstreitkrägte ins Land zu entsenden, beeinflußt hat.

»Ich kann mir nicht vorstellen, daß 30000 Soldaten nach Somalia kommen, nur um Lebensmittel-Lkw zu begleiten«, sagte ein ehemaliger amerikanischer Ölmann, der immer noch in Mogadischu arbeitet. »Somalia ist strategisch wichtiger als viele Leute glauben, – wenn dort Öl ist. Und die Geologen mögen die Ölvorkommen. Ich garantiere, daß das amerikanische Außenministerium über das Öl Bescheid weiß.«

Conoco trägt ein besonders starkes Interesse an Somalia zur Schau. Raymond Marchand, der Präsident der Conoco-Betriebe in Somalia, ist in den letzten beiden Jahren trotz der schweren Kämpfe sehr oft in das vom Krieg verwüstete Land gereist. Sein jüngster Besuch in Somalia liegt erst Wochen zurück.

Das luxuriöse Conoco-Grundstück in Mogadischu ist zum



Am 12. Januar 1993 wurde die erste amerikanische Flagge in Jilib, Süd-Somalia, gehißt.

Hauptdienstsitz des amerikanischen Sondergesandten Robert Oakley und anderer hoher Beamter des US-Außenministeriums geworden, die in Somalia tätig sind.

Conocos spezieller Repräsentant in Somalia ist ein mächtiger 47 Jahre alter Geschäftsmann, Osman Hassan Ali, der enge Beziehungen zu einem der größten Kriegsherren des Landes unterhält.

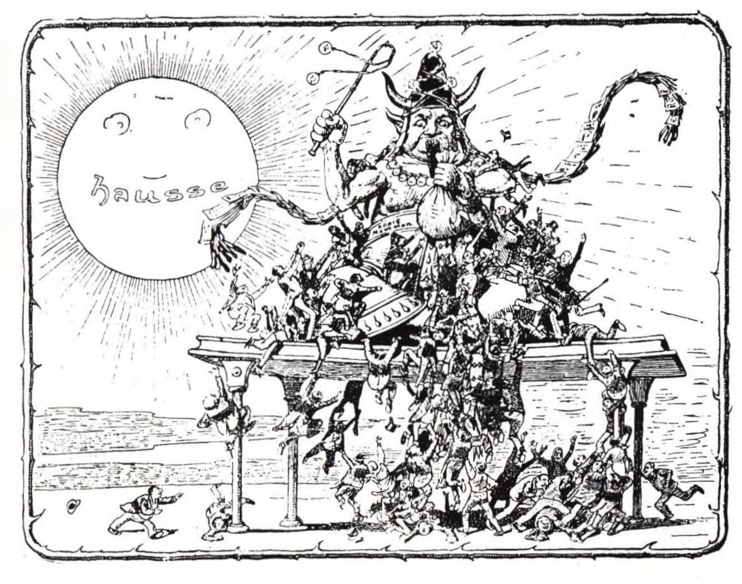
Mr. Ali ist seit 30 Jahren im Öl- und Baugeschäft tätig, und er ist der Hauptfinanzier von General Mohammed Farrah Aidid, ein hoher Führer einer somalischen Parteiung.

»Die Ölgesellschaften sind sehr an Somalia interessiert«, sagte Ali in einem Interview in seiner geräumigen Villa in Mogadischu. Dies deutet alles darauf hin, daß ein zynischer Kritiker der Politiker hinter den Kulissen in Washington zu dem Schluß kommen könnte, daß diese in Wirkichkeit nicht so sehr um das Leiden von sechs Millionen Menschen in Somalia als vielmehr um folgende Fragen besorgt sind:

Der Schutz der Ölinteressen

Schutz der Ölinteressen – sogar, falls notwendig, in Zusammenarbeit mit den Kriegsherren, die für das Elend der Somalis verantwortlich sind – für zukünftige Big Bucks und Big Power – das große Geld und die große Macht – für die in den USA ansässige Hochfinanz und das Big Business. Beibehaltung der Macht der USA über strategische Stützpunkte zum Schutz des Staates Israel und zur Manipulation und Einschüchterung der islamischen Welt und der Länder, die eine zukünftige Bedrohung für den zionistischen Staat darstellen könnten.

Ist es nicht genau das, weswegen Washington Saddam Husseins weltliches irakisches Regime bewaffnet und aufgebaut hat, um fast ein ganzes Jahrzehnt lang gegen den Iran zu kämpfen und diesen auszubluten? Und auch jetzt noch sein Regime beschützt, um sich in der Zukunft dessen Dienstleistung als Pufferstaat gegen den islamischen Fundamentalismus zu sichern? Oder passieren die Dinge »rein zufällig«, ohne daß eine Politik oder Planung dahintersteht? □



Italien

Der Freimarkt-Blitzkrieg zielt auf den Staat

Peter Blackwood

Machiavelli schrieb: Wenn eine Republik in Schwierigkeit ist, sollte sie auf die Grundsätze zurückgehen, die ihrer Gründung zugrunde lagen und einen neuen Anfang machen. So stellt sich die Situation der italienischen demokratischen Republik heute dar. Von außen angegriffen und von innen her durch politische und wirtschaftliche Korruption geschwächt, wird sie entweder die Kraft finden, von ihren Gründungsprinzipien aus wieder von neuem zu beginnen oder sich der noch nie dagewesenen Welle von Angriffen durch ausländisches Finanzkapital zu beugen.

Derzeit geht eine Änderung in dem Regime und in den regierenden Eliten vor sich, und das scheint unaufhaltsam zu sein. Worum jetzt gerungen werden muß ist, welche Richtung diese Veränderung einschlagen soll.

Die Macht des italienischen Staates

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Europa bleibt Italien das Land mit dem größten Staatssektor. Der Staat leitet fast alle Großbanken und eine Mehrheit der Großindustrien, einschließlich Werften, Stahlwerke, Werkzeugmaschinenfabriken, Lebensmittelkonglomerate, Verbindungswege, Kraftwerke und Chemiebetriebe. Es gibt praktisch keinen Industriesektor, wo der Staat nicht an hervorragender Stelle präsent ist, abgesehen von Autos und Computer. Dies ermöglicht es dem Staat, die Marktpreise und Qualitäten direkt zu beeinflussen und Normen zu setzen, gegen die Privatfirmen konkurrieren müssen.

Aber anders als die staatseigenen Firmen in den ehemaligen sozialistischen Ländern sind italienische Staatsfirmen größtenteils äußerst wettbewerbsfähig. Daher unternehmen internationale private Finanziers alles, was in ihrer Macht steht, um den italienischen Staat dort an die Wand zu drücken, wo dieser gezwungen ist, seine Holdings zu gewinnbringenden Anfangskursen zu verkaufen. Dieser Prozeß hat bereits begonnen. Anfang Januar dieses Jahres reiste der Finanzminister Barucci nach London, um die italienischen Staatsfirmen an die »Marktkräfte« zu verhökern. Es muß in Rechnung gestellt werden, daß wegen der im Zusammenhang mit dem Jalta-Abkommen getroffenen Arrangements und auf Grund von historischen Bindungen die Macht des italienischen Staates über die staatseigenen Banken – Banka Comerciale, Credito Italiano und Banca Nazionale des Lavoro – oft nur nomineller Natur war. Die wirklichen Zügel lagen in den Händen von ausländischen Einrichtungen, wie Lazard Frères. Selbst das Rückgrat des Mussolini-Regimes, Banca Comerciale und andere, wurden stark von der Londoner Hochfinanz beeinflußt. Die Zentralbank, Banca d'Italia, ist, wie die amerikanische Federal Reserve Bank, heute völlig autonom von den demokratisch gewählten Organen der Regierung. Da diese Institutionen den ständigen Druck und die Forderungen des Internationalen Währungsfonds kanalisieren, ist es nicht schwer zu verstehen, daß italienische politische Institutionen nicht die Macht besaßen, eine italienische Sozialpolitik in die Tat umzusetzen.

Italien

Der Freimarkt-Blitzkrieg zielt auf den Staat

Der italienische Staat ist ein »Sozial«staat, der die Schwachen schützen soll: Zum Beispiel wird Gesundheitsfürsorge für alle garantiert, und die Kosten werden durch das Steuersystem gedeckt. Durch den faschistischen Staat in den dreißiger Jahren ins Leben gerufen, wurde der öffentliche Sektor in der Nachkriegszeit hauptsächlich von den Katholiken und den mit Gewerkschaften verbundenen Kräften – darunter die italienische Kommunistische Partei (PCI) – neu entworfen. Er ging aus diesem Prozeß als wirksames Instrument hervor, um die wenigen Familien der italienischen Oligarchie daran zu hindern, zusammen mit der ausländischen Hochfinanz die Gesamtheit der italienischen Wirtschaft zu beherrschen.

Ein Sozialstaat für die Schwachen

Unter dem Schutz der staatseigenen Industrie entwickelte Italien seit dem Krieg eine große Anzahl kleinerer und mittelgroßer Industriebetriebe, die zum Rückgrat der Wirtschaft wurden. Bis Anfang der sechziger Jahre beliefen sich die Staatsschulden fast auf Null. Die Wirtschaft genoß die höchsten Wachstumsquoten der Welt und übertraf damit die japanische Wirtschaft.

1962 durchbrach die italienische Sozialistische Partei (PSI) die Hegemonoie der Christlichen Demokraten und wurde durch Druck der USA – meistens über staatseigene Banken kanalisiert – aufgefordert, der Regierung beizutreten. Gleichzeitig begannen die Staatsschulden in die Höhe zu klettern. Jetzt belaufen sie sich schon auf das Anderthalbfache des Bruttosozialprodukts des Landes. Da sich dieser Vorgang in den achtziger Jahren weiter beschleunigte, floß Kapital in die öffentlichen Schulden hinein, die Steuern stiegen in die Höhe und kleine und mittelgroße Firmen wurden immer stärker in die Zange genommen. Der Staatssektor, der in der Nachkriegs-Ära nach dem Ratschlag von Monsignore Giovanni Battista Montini – später Papst Paul VI. – als Instrument zur Entwicklung der Realwirtschaft entworfen wurde, wurde zum Terrain von aus politischen Gründen bewilligten Zuschüssen, auf dem die politischen Parteien gut gediehen.

Die USA setzten auf die Kommunisten

Das System illegaler Finanzen bricht unter einer jahrelangen Untersuchung, »Mani Pulite« (»Reine Hände«) genannt, das besonders die Sozialistische Partei trifft, langsam zusammen. Unter Bettino Craxi, und von Washington unterstützt, wurde die Sozialistische Partei in der italienischen Politik zum Schiedsrichter der Macht, dies umso mehr, nachdem der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Partei, Aldo Moro, 1978 ermordet wurde. Moro versuchte, die Nachkriegs-Allianz zwischen Katholiken und Kommunisten neu zu gründen und die Kommunistische Partei aus ihrem erzwungenen Exil von der Regierung zu erlösen.

Am Vorabend der Bildung der ersten von den Kommunisten unterstützten Regierung wurde Moro von den Roten Brigaden entführt und anschließend getötet. Wenige Wochen später erneuerte das amerikanische Außenministerium seinen Einspruch gegen jede Rolle der KPI in der Regierung.

Dies hat nichts mit der Opposition der USA gegen den Marxismus oder die Sowjetunion zu tun. Die Mehrheit der KPI-Führer distanzierten sich von Moskau, während Moro und die Christdemokraten versuchten, sich aus dem anglo-amerikanischen Einflußbereich zu befreien, eine Strategie zur Gewinnung größer werdender Spielräume der staatlichen Souveränität. Italien stand wegen des anglo-amerikanisch-sowjetischen Jalta-Abkommens unter einer begrenzten staatlichen Souveränität. Die Reaktion auf diese Tendenz in Italien waren Henry Kissingers Todesdrohungen gegen Moro, und parallel dazu, gewaltige Druckausübung durch Moskau auf den Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Enrico Berlinguer, sich an die Spielregeln von Jalta zu halten. Kissinger und die Anglo-Amerikaner zogen nämlich eine sowjetfreundlichere Kommunistische Partei vor, die die in Jalta geschaffenen Einflußsphären respektiert.

Unter dem amerikanischen Veto wurde die Christdemokratie gezwungen, mit der kleinen Sozialistischen Partei verbündet zu bleiben, um eine Regierungsmehrheit zu erreichen. Craxi beutete diese voll und ganz aus und errang für seine Partei so viel wirtschaftliche Schlagkraft – das heißt, Sitze in den Vorständen von Banken und Firmen – wie die Christdemokratie, deren Wahlgrundlage mehr als dreimal so groß war wie die der PSI.

Craxi wurde der Mann des Westens, der Verteidiger der »Demokratie« gegen die »Kommunisten«. Die amerikanische Regierung schaute auf ihn mit großer Sympathie, als das Zeitalter der Sozialistischen Internationale um 1980 herum heraufdämmerte, mit François Mitterrand in Frankreich und Felipe González in Spanien.

Der Eintritt in die Nordliga

Dieses Zeitalter ist vorüber. Es gelang Craxi nicht, die italienischen Staatsfirmen den internationalen Finanzspekulanten auszuliefern. Im Gegenteil, er blieb in dem System der »Prozente«, das um die Staatsbanken rotierte, gefangen.

Indessen sahen die kleinen und mittelgroßen Industriellen, von den Staatsschulden niedergedrückt, in dem Heraufkommen der separatistischen Partei Nordliga (Lega Nord) das ideale Instrument, um eine »Revolte« gegen den Staat zu starten. Im Frühjahr 1959 wurde die Nordliga von der Position einer separatistischen Randbewegung zu der einer Bewegung an der Spitze eines neuen »Marsch auf Rom« hochkatapultiert. Das internationale spekulative Kapital sah sie als Trojanisches Pferd, das ihm den Staatssektor auf billige Art und Weise, durch Zwangsprivatisierung, ausliefern könnte.

1992 gaben die Organe der internationalen Finanz (»The Economist«, »Financial Times«) allesamt der Nordliga Rückendekkung. Indessen riß Mario Segni, ein christlich demokratischer Führer aus Sardinien, Sohn des pro-atlantischsten aller Präsidenten der Republik, den Schleier von seinem Plan zu institutionalen Reformen und begann damit, die Unterschriften zu sammeln für eine Reihe von Volksentscheiden, die darauf abzielen, das Wahlsystem von dem »Verhältnis«-Prinzip – in jedem Wahlbezirk bekommt jede Partei so viele Parlamentssitze, wie es dem Prozentsatz an Stimmen, die sie erhält, entspricht – zum »Mehrheits«-Prinzip – der Gewinner bekommt alles – zu ändern. Diese Volksentscheide werden dem exekutiven Zweig viel mehr Macht verleihen und das Parlament verhältnismäßig schwächen – genau das, was benötigt wird, um die Privatisierungs- und Sparpolitik durchzudrücken.

1992 wurde die italienische Wirtschaft sowohl vom Ausland als auch vom Inland her auf allen Ebenen angegriffen. Italiens Kreditwürdigkeit wurde von Moody's heruntergestuft, die Lira durch eine noch nie dagewesene Spekulation angegriffen und massiv abgewertet. Der Prozeß wurde durch Öffnung der Pandora-Büchse der politischen Korruption durch mehrere Richter in Mailand, die bislang 500 Leute, darunter 20 Parlamentarier und 80 örtliche Verwaltungsbeamte wegen Korruption verhört haben, vervollständigt. Einige von ihnen landeten im Gefängnis.

Als Krönung dieser Bemühungen wurde Anfang Januar gegen Bettino Craxi in mehreren Anklagepunkten ein Verfahren wegen Korruption eingeleitet, und er wurde beschuldigt, illegale »Prozente« von Industriellen eingestrichen zu haben. Obwohl er immer noch Generalsekretär der Partei ist, und obwohl der Ministerpräsident Guilano Amato, ein Sozialist, sagte, er stehe ihm zur Seite, wurde Craxi zum Symbol der ausschreitenden politischen Schicht. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis das Parlament seine Immunität aufhebt und gestattet, daß die Untersuchungen gegen Craxi weitergehen. Die einzige Verteidigungsfront, die Craxi aufbauen könnte, besteht darin, seine ehemaligen Herren zu denunzieren: Zum Beispiel die Geldherren, die im abgelau-

fenen Jahr die Lira angegriffen haben. Er müßte ihre Namen kennen, denn er wurde ja in der Vergangenheit von ihnen unterstützt, als er der Standartenträger des präsidentialistischen Systems war.

Am 16. Januar dieses Jahres, am gleichen Tag als Craxi auf einer Pressekonferenz alle Anschuldigungen gegen sich zurückwies, erklärte das Verfassungsgericht Segnis Volksentscheide für verfassungskonform. Sie werden daher zwischen April und Juni stattfinden. Dieser Gerichtsbeschluß markiert das Ende des derzeitigen Regimes, da es augenscheinlich ist, daß sich die öffentliche Meinung, nach all den politischen Skandalen und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, in einem Zustand der Revolte gegen das Regime befindet. Die Italiener werden für eine stärkere Exekutive optieren.

Dies ist genau das, was die Geldherren fordern. Sie wollen den Sozialstaat zerstören, die öffentliche Industrie für einen Pfifferling aufkaufen und eine brutale Sparpolitik auferlegen, die wegen der Staatsschulden und mangels einer vernünftigen Entwicklungspolitik erforderlich ist. Craxi, dem es in den achtziger Jahren nicht gelang, dies zu tun, wird abgelöst.

Die zweite Republik von Washingtons Gnaden

Diese Volksentscheide werden »eine Volksabstimmung« ... gegen die erste Republik und zugunsten der zweiten Republik sein«, schrieb der politische Analyst Angelo Panebianco am 8. Januar 1993 in der einflußreichen Tageszeitung »Corriere della Sera«. Es wird ein ganz anderes Konzept der Demokratie sein, erläuterte Panebianco: Nicht mehr der Gedanke, der dem »Verhältnis«-System innewohnt, »Repräsentanz« zu verleihen, sondern der Gedanke, der dem »Mehrheits«-System innewohnt, daß Demokratie »zuerst und vor allem regieren muß«. Erinnert dies nicht verschwommen an die Haltungen und die Politik »Project Democracy«, der Plan des US-Außenministeriums, überall in der Welt »demokratische« Diktaturen zu verwirklichen?
Es ist bemitleidenswert, die Zukkungen der sterbenden Elite zu beobachten. Aber es ist noch bemitleidenswerter, die Erregung der kleinen Leute, der Underdogs des Regimes, zu erleben, die den Augenblick für gekommen halten, aufzusteigen, nachdem sie die Diener ihrer jetzt stürzenden Herren waren, und deren Platz einzunehmen, mit einer Art Hohn auf das verflossene Regime.

Claudio Martelli ist ein typisches Beispiel dafür. Er war Craxis Gehilfe und agitierte monatelang in der KPI, um Craxi aus dem Amt zu jagen. Jetzt, wo Craxi sozusagen aufgeribbelt wird, träumt er davon, den Triumph davonzutragen. Er hat Verbindungen zum amerikanischen Establishment geknüpft; als Justizminister reiste er mehrere Male in die USA und schuf kooperative Bindungen zum FBI. Er möchte den Herren jenseits des Atlantik gegenüber loyaler erscheinen als Craxi es jemals war, und hofft vielleicht, ein kleiner italienischer Clinton zu werden.

So schlecht Craxi auch war, Martelli ist schlechter. Er war es, der 1987 das italienische Kernkraft-Programm annullierte, und der jetzt als Justizminister die Entkriminalisierung der Drogenszene betreibt. Aber der herannahende Strom des Zusammenbruchs der Ersten Republik wird auch seine politische Leiche hinwegspülen, zusammen mit vielen weiteren Gewesenen. Das System wird mit Sicherheit geändert; zumindest ein Teil, wenn auch nicht alle Staatsfirmen werden verkauft. Aber was dann geschieht, muß erst noch entschieden werden.

Stürzt oder stirbt die Demokratie?

Die Freimarkt-Schwindler und Verfechter der Sparpolitik werden als Folge der Tatsache, daß die italienische politische Kultur weitgehend auf Solidarismus beruht, ein Konzept, das in der Soziallehre der katholischen Kirche eingebettet ist – auf den gleichen Widerstand stoßen. Während die Sozialistische Partei in der Versenkung verschwindet und versucht, ihre Missetaten zu vertuschen, erklärt die Hierarchie der Kirche, daß die Korrupten verschwinden und neuen Führungspersönlichkeiten Platz machen müssen: Der neue Führer der Christdemokraten, Mino Martinazzoli, gibt sich Mühe, ein solcher Mann zu sein. Jedoch nur eine Minderheit seiner Partei hat das moralische Profil, die nationalen Interessen zu verteidigen, wie in der Schlacht um die staatliche Industrie.

Der öffentliche Aufschrei nach Moralität kann nur durch politische Führer in die Tat umgesetzt werden, die fähig sind, nicht theatralischer Gesten, sondern echter moralischer Standhaftigkeit und nationaler Politik – andernfalls wird es nur eine Rebellion voller Demagogie geben, wofür die derzeitige Haltung der Nordliga ein typisches Beispiel ist, die an einem Tag für die Abspaltung, an einem anderen Tag für die Steuer-Revolte eintritt, aber kein politisches Programm hat.

Nahezu 15 Millionen Menschen – die größte Zuhörerschaft, die ein Politiker jemals hatte, ein Viertel der italienischen Bevölkerung – lauschte im Fernsehen der Ansprache zur Jahreswende des Präsidenten Oscar Luigi Scalfaro, einem Politiker, dessen moralische Maßstäbe unbestritten sind. »Es mag einige geben, die hoffen, daß diese Demokratie stürzt – stirbt. Es mag auch einige geben, die dessen müde sind, als freie Menschen zu leben«, sagte Scalfaro. »Aber können wir jemals der Freiheit müde sein? Ich hoffe, nein; niemand wird müde sein.«

Scalfaro erläuterte, daß Korruption zwar bestraft werden muß, aber »wir wollen uns hüten, bei unserem Vorhaben, das Land zu säubern, so edel es auch sein mag, die eigentliche Grundlage der Demokratie zu untergraben«.

Mit einem nicht so verschleierten Hinweis auf den monetären Ansturm, den die Lira 1992 über sich ergehen lassen mußte, sagte Scalfaro: »Europa spürt das Wiederauftauchen wirtschaftlicher, monetärer und politischer Nationalismen. Italien will Europa und arbeitet für Europa. Heute muß es pedantische und beklagenswerte Verurteilungen hinnehmen, die von weither kommen, oder unheilverkündende Prophezeiungen, die von Leuten kommen, die ihm nichts Gutes wünschen, voller Überheblichkeit und Gemeinheit.« Er rief zu einem wahrhaft einigen Europa, vom Atlantik bis zum Ural, auf der Grundlage von Frieden und Kooperation, auf.

Die Christdemokraten steuern nach links

Die katholische Tageszeitung »Avvenire« griff am 15. Januar in einer Schlagzeile die Politik der Privatisierung der staatlichen Industrien an, während sie die Politik von Ezio Vanoni, des Wirtschaftswissenschaftlers der Nachkriegszeit, der bei der Definition der staatlichen Aktienanteile in der Industrie und im Bankwesen eine entscheidende Rolle spielte, lobte.

Diese Auffassung wird von Parteiungen unter den ehemaligen und heutigen Kommunisten, der Demokratischen Partei der Linken (PDS) und der Tageszeitung des linken Flügels »Il Manifesto« unterstützt. Diese Zeitung hat eine Kampagne begonnen, um ihre Leser davon zu überzeugen, daß die Christdemokratie nach links steuert, weil sie die nationale Wirtschaft gegen die Aggression des Finanzkapitals verteidige. Aber die PDS, anstatt den christlichen Demokraten näher zu kommen, bewege sich auf die Nordliga zu, indem sie sich dazu entschlossen habe, eine Liga-Regierung in der norditalienischen Stadt Varese zu unterstützen. Viele hoffen, daß die PDS, deren Allianz mit der Liga in der Partei einen Aufruhr hervorrief, wieder davon abrücken wird. □



Ukraine hat Preissubventionen für Grundnahrungsmittel aufgehoben

Die ukrainische Regierung des Ministerpräsidenten Leonid Kutschma hob alle noch verbliebenen Subventionen für grundlegende Dienstleistungen, wie zum Beispiel das städtische Transportwesen, auf. Dieser Schritt rief unverzügliche Preissteigerungen hervor, und der Brotpreis zum Beispiel stieg um das Vierfache und der Preis für eine Fahrkarte in der Untergrundbahn um das Zehnfache.

Kutschma erklärte, daß die Aufhebung der Subventionen ein »schmerzhafter, aber notwendiger Schritt« war, der nicht mehr länger hinausgeschoben werden konnte. Die Maßnahmen haben die ersten Arbeiter-Proteste gegen die neue Regierung ausgelöst. Mehr als 5000 Arbeiter demonstrierten vor Regierungsgebäuden.

Ukraine leidet bereits unter akuter Energieknappheit, was zu weit verbreiteten Fabrikschließungen führt. Im November 1992 führte Rußland als Reaktion darauf, daß Ukraine die Rubelzone verlassen hat, Strafmaßnahmen durch. Mit einer Erneuerung des Energie-Embargos gegen die baltischen Republiken weigerte Rußland sich, die Bezahlung von Einfuhrgütern in nationaler Währung – dem ukrainischen Coupon – zuzulassen und bestand auf Zahlung in harter Währung, die in Ukraine nur sehr begrenzt vorhanden ist. Für Ukraine, das wegen Öl, Benzin und viele andere Rohmaterialien von Rußland abhängig ist, hatte das Embargo verheerende Auswirkungen. In Zahlen, die von Nikolai Popowitsch, Leiter für Vertrieb im staatlichen Ausschuß für Energie von Ukraine freigegeben wurden, ausgedrückt, sind Einfuhren aus Rußland seit Oktober 1992 um 75 Prozent zurückgegangen.

In einigen Regionen, wie zum Beispiel Tschernowsti in Westukraine, ist in allen Schulen und Kindergärten die Heizung abgestellt worden. Benzin und Diesel sind in der ganzen Republik sehr knapp, ein Drittel des gesamten innerstädtischen Busverkehrs ist eingestellt und alle Linienflüge zu Bestimmungsorten innerhalb der ehemaligen Sowjetunion annulliert worden, da Flugzeugbenzin für Devisen einbringende Flüge nach dem Westen reserviert wird. □

Russische und rumänische Kirche liegen miteinander im Streit

Funken fliegen wegen der einseitigen Ausdehnung der Gerichtsbarkeit der rumänischen Orthodoxen Kirche auf Territorien im benachbarten Moldavien, das bis 1940 zu Rumänien gehörte. Der Erlaß von Theocist, Patriarch der rumänischen Orthodoxen Kirche, vom 29. Dezember 1992, wonach Bessarabien von nun an unter seine Gerichtsbarkeit fällt, brachte ihm scharfe Proteste seitens der russischen Orthodoxen Kirche in Moskau ein.

Die rumänische Orthodoxe Kirche in Moskau sagte zu Theocist, Moldawien sei souveränes, nichtrumänisches Territorium und dürfe nicht angetastet werden.

Der Konflikt auf religiöser Ebene überlappt sich mit wachsenden Spannungen über Moldawien in Zusammenhang mit der Tätigkeit rumänischer Nationalisten, die für die Wiedereingliederung Bessarabiens und der Bukowina in den rumänischen Staat kämpften – wie das vor 1940 der Fall war. In unheilvoller Weise wurde inzwischen eine neue Nationale Partei für Wiedervereinigung, die zur Wiedereingliederung aller Territorien, die 1939 in rumänischem Besitz waren, aufruft, in Bukarest gegründet. □

Begrenzte Preisüberwachung in Rußland

Der russische Ministerpräsident Viktor Tschernomydin hat wieder eine Preisüberwachung auf dringend notwendige Nahrungsmittelprodukte, einschließlich Milch, Fleisch, Tee, Babynahrung, Zucker, Butter, Wurst und Wodka eingeführt. Er bezeichnete die Maßnahmen als notwendig, um die Inflation einzufrieren und dem nicht gerechtfertigten Anstieg der Preise für grundlegende Produkte und Dienstleistungen Einhalt zu gebieten.

Der Erlaß kam ein Jahr nachdem der ehemalige amtierende Ministerpräsident Jegor Gaidar die unkontrollierte Freigabe der Preise verordnet hatte, bleibt aber hinter einem endgültigen Bruch mit der Politik der »Schocktherapie« zurück. Der stellvertretende Vorsitzende des staatlichen Ausschusses für Preispolitik, Vitali Kaurow, wies warnend darauf hin, daß diese Maßnahmen »keineswegs« eine Einfrierung der Preise bedeuten.

Die Überwachungen verringern die zulässige Gewinnspanne für Unternehmen und Firmen, die es mit diesen Produkten zu tun haben, von 20 Prozent auf 15 Prozent. Die Preise werden nicht fallen, erklärte Kaurow. Das Ziel bestehe darin, »die Geschwindigkeit, mit der die Preise steigen, beträchtlich zu verlangsamen«.

Der Erlaß kommt mitten zwischen Berichten darüber, daß die Produktion 1992 um 24 Prozent zurückgegangen sei, nachdem sie 1991 um acht Prozent rückläufig war. Der Rückgang in der Produktion und Produktivität hat speziell diejenigen Sektoren, die von der Einfuhr von Rohmaterialien und Ersatzteilen abhängig sind, sowie die Nahrungsmittelindustrie betroffen.

Die Schatten eines Bruchs mit der Politik Gaidars vorauswerfend, rief Tschernomydin in einer Ansprache vor Moskauer Industriedirektoren jedoch den Staat dazu auf, die Preise für Grundnahrungsmittel und Arzneien zu subventionieren, um »sozial verträgliche« Preise zu erzielen. Er griff »Fehler« Gaidars an, die »korrigiert« werden müssen. Er gelobte, »die Rolle des Staates als Eigentümer großer Konzentrationen des Industriepotentials« zu stärken, und den »Hauptfehler« der Vergangenheit, das heißt, Versuche zur Finanziellen Stabilisierung, die nicht mit Maßnahmen zum Wiederaufbau der Industrie und »einer aktiven Investitionspolitik« gekoppelt sind, zu beenden. □

Separatisten gewinnen in mehreren italienischen Städten

Die separatistische Nördliche Liga gewann in mehreren italienischen Städten die Wahlen vom 13. bis 14. Dezember 1992, an der sich rund eine Million Wähler beteiligten.

Die Regierungsparteien brachen zusammen: In der nördlichen Stadt Varese fielen die Christdemokraten (DC) von 29,9 auf 17,7 Prozent und die Sozialistische Partei von 15,6 auf 4,2 Prozent zurück. Die Nördliche Liga sprang von 20,8 auf 37,3 Prozent.

Die PDS, die Haupt-Oppositionspartei des Landes, fiel von 9,3 auf 8,1 Prozent zurück. In Monza, einer anderen Stadt im Norden, errang die DC 16,8 Prozent (– 19 Prozent), die Sozialisten 5,5 Prozent (– 12 Prozent), die Liga 32,1 Prozent (+ 28 Prozent), die PDS 10,3 Prozent (– ein Prozent).

Die Regierungsparteien erlitten auch in der südlichen Stadt der Reggio Calabria, wo Stimmen an die faschistische MSI gingen, die 16,7 Prozent (+ zehn Prozent) der Stimmen errang, einen tiefen Einbruch. Eine abweichende Erscheinung ist der Aufstieg von La Rete, der Partei, die von dem ehemaligen Bürgermeister von Palermo, Leoluca Orlande, angeführt wird, die als Anti-Mafia-Bewegung entstand, sich aber bald zu einer gegen das Establishment gerichteten landesweiten Partei entwickelte. La Rete errang 8,2 Prozent in der Regio Calabria,

6,5 Prozent in Monza und 5,5 Prozent in Varese und verbesserte damit ihre früheren Wahlergebnisse um mehr als das Doppelte. □

Phnom Penh warnt vor Völkermord der Roten Khmer

Vor einem zweiten Völkermord der Roten Khmer warnend, bestand die Regierung in Phnom Penh, Kambodscha, nachdrücklich darauf, daß die Roten Khmer entweder gezwungen werden, sich dem Friedensprozeß anzuschließen oder als Gesetzlose des Landes verwiesen werden. In der Regierungserklärung werden »der Mitvorsitzende der Pariser Internationalen Konferenz über Kambodscha und der Generalsekretär der Vereinten Nationen aufgefordert, die gefährliche Lage genau im Auge zu behalten und geeignete und notwendige Maßnahmen zu treffen, bevor es zu spät ist«.

Der Ministerpräsident Hun Sen beschuldigte die Übergangsbehörde der Vereinten Nationen des »Mangels an Mut«. Er sagte auf einer Pressekonferenz: »Die Tatsache, daß ein Soldat der Roten Khmer mit einem Gewehr den Sonderbeauftragten, Yasushi Akashi, und den Oberkommandierenden, Generalleutnant John Sanderson, daran hindern konnte, sich in das Gebiet der Roten Khmer zu begeben, hatte eine sehr starke psychologische Einwirkung auf das Umsetzen der Vereinbarung in die Tat.«

Führer der thailändischen Armee befürchten, daß die Kämpfe in Kambodscha auf ihr Land überschwappen könnten, berichtete die Bangkoker Tageszeitung »The Nation«. Aus Kreisen des thailändischen Geheimdienstes verlautet, daß die derzeitigen Kämpfe zwischen Phnom Penh und dem Roten Khmer immer noch auf die nördlichen und nordöstlichen Gebiete beschränkt seien, sich aber, wenn sie heftiger werden, bis zur thailändischen Grenze hinziehen könnten.

Aus diesen Quellen verlautet auch, daß die Roten Khmer jetzt fast die Hälfte des westlichen Streifens von Kambodscha in ihrer Gewalt haben und tiefer in andere Zonen eingedrungen sind, die bislang von der Hun Sen-Regierung beherrscht wurden.

Ein westlicher Militärbeobachter, der von »The Nation« zitiert wird, räumte ein, daß trotz des Druckes der Friedenserhalter der Vereinten Nationen die Roten Khmer beträchtlich an Boden gewonnen hätten. Offizielle der thailändischen Armee sagen, die Armee habe Pläne für unvorhergesehene Ausgaben zur Evakuierung von Thailändern, die unter der Flagge der Vereinten Nationen in Kambodscha arbeiten, ausgearbeitet. □

»Dante« demonstriert neue Roboter-Technologien

Der achtbeinige Roboter namens »Dante« begann am 31. Dezember 1992, sich in die steilen Abhänge des Mt. Erebus, eines aktiven Vulkans in der Antarktis, einzufressen. Trotz eines Zusammenbruchs wurde das Hauptziel der Einsatzaufgabe erreicht, sagt Dave Pahnos am Roboter-Institut Carnegie Mellon, wo »Dante« konstruiert und gebaut wurde. Das Roboter-System demonstrierte mit Erfolg neue Roboter-Technologien, wie zum Beispiel zwei neue Systeme der »Bild- und Fuß-Abtast-Technologie« (»Vision and foot sensing technology systems«), die zu Fahrten zum Planeten Mars benötigt werden.

Die von der National Science Foundation und der NASA durchgeführte Einsatzaufgabe bestand auch darin, vulkanische Aktivitäten und Prozesse an Ort und Stelle zu untersuchen. Die ständigen Ausbrüche aus dem Mt. Erebus wurden zu einem Streitpunkt in der Kontroverse bezüglich des Ozon»loches« darüber, ob dieses durch Chlorfluorkohlenwasserstoffe (FCKW) oder durch natürliche Chlorquellen verursacht wird.

»Dante« kam sieben Meter tief in die Seite des Kraters hinein zum Stehen, nachdem er durch geringfügige vulkanische Tätigkeiten während seines Niedergangs eine Erschütterung und einen nicht damit zusammenhängenden Bruch in seinem Faseroptikkabel erlitten hatte, was ihn daran hinderte, Messungen der Gaszusammensetzung auf der Bodenfläche des Kraters in einer Tiefe von 210 Meter zu bekommen. Die NASA wird darüber entscheiden, ob »Dante« im kommenden Jahr einen neuen Versuch unternehmen wird. □

Portugal will Treuhänderschaft der UN in Angola

Mehr als 1000 Menschen wurden bei Kämpfen zwischen Rebellen der UNITA und Regierungstruppen um die angolanische Küstenstadt Benguela herum getötet, berichtete der staatliche Rundfunk. In der von Reuter moderierten Sendung wurde ein Sprecher der UNITA zitiert, der die Lage »katastrophal« nannte.

Wie berichtet wird, fanden die Kämpfe in drei Provinzen um die Stadt Huambo, das Hauptquartier der UNITA, herum statt. Diplomaten sagen, die regierende MPLA (Volksbewegung zur Befreiung Angolas) versuche, die UNITA in größeren Städten zu zerschlagen.

Der portugiesische Außenminister José Manuel Durao Barroso, einer der Architekten des fehlgeschlagenen Friedensabkommens der Vereinten Nationen, bestand nachdrücklich darauf, daß die Vereinten Nationen die friedenserhaltenden Kräfte im Lande verstärken sollten. Die Vereinten Nationen haben kürzlich damit gedroht, das Mandat ihrer Streitkräfte nicht mehr zu erneuern, falls die Kämpfe nicht beendet werden. »Es wäre ein Signal des Mangels an Interesse seitens der Völkergemeinschaft; ein Signal, daß die Vereinten Nationen Angola im Stich lassen wollen«, sagte er.

Wie in anderen afrikanischen Ländern ist der Gedanke an eine Treuhandverwaltung der Vereinten Nationen ein Übergangsstadium zurück zur Kolonialherrschaft. Daß Angola bedeutende Ölvorkommen hat, wird dabei nicht übersehen. □

In Europa bildet sich ein slawischer orthodoxer Block

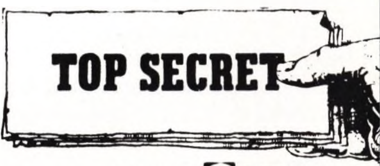
Die Kriege auf dem Balkan könnten Europa entlang den Grenzlinien zwischen der moskaufreundlichen orthodoxen Christenheit und dem nord- und mitteleuropäischen Katholizismus und Protestantismus spalten, schrieb der Londoner »Daily Telegraph«. In dem Artikel heißt es, daß ein »von Moskau geführter orthodoxer Block im südöstlichen Europa« jetzt eine sich deutlich abzeichnende Möglichkeit ist.

Die Londoner »Times« umriß am geichen Tage das »sich entwikkelnde Verhältnis« zwischen den beiden orthodoxen slawischen Ländern Rußland und Serbien.

In dem Artikel wird festgelegt, daß in Serbien, obwohl die Hierarchie der orthodoxen Kirche dazu neigt, sich mit der Opposition gegen den kommunistischen Diktator Slobodan Milosevic zu verbünden, die Priesterschaft auf lokaler Ebene den Krieg begeistert unterstützt habe.

Aus Rußland kommen Berichte, daß zwei Freiwilligen-Brigaden außerhalb von Moskau ausgebildet und auf den Konflikt in Bosnien vorbereitet werden. Der russische nationalistische Parlamentarier Juri Beliajew sagte im russischen Rundfunk, das, was seine Unterstützung für Serbien motiviert, seien weniger die pan-slawischen Bindungen zwischen den beiden Ländern als vielmehr die Bindungen der Orthodoxie.

Die »Times« kommentierte, solche Trends erinnerten an die Beziehungen des 19. Jahrhunderts zwischen Rußland und Serbien. □



Europäische Gemeinschaft

Delors Visionen von einem geeinten Europa

Alfred König

Anläßlich der Debatte zur Einsetzung der neuen EG-Kommission hat EG-Präsident Jacques Delors eine eindrucksvolle Rede vor dem Straßburger Parlament gehalten. Eindrucksvoll nicht deswegen, weil sie so brillant war, sondern weil er - ob beabsichtigt oder nicht sei dahingestellt - viele Schattenseiten der EG aufgezeigt hat und auf der anderen Seite Traumphantasien an die Wand gemalt hat, die eigentlich auch dem letzten Bürger klarmachen müßten, daß nicht unbedingt der Grundgedanke einer europäischen Einigung, so aber doch die Vorstellungen Delors' utopisch sind und vor allem die westlichen Länder der Gemeinschaft mit Ausnahme Frankreichs massiv benachteiligen.

Delors hat aber zugeben müssen, daß es zwischen den zwölf EG-Mitgliedstaaten «beträchtliche Meinungsverschiedenheiten über die künftige Gestalt Europas (gibt)«. Der Maastrichter Vertrag illustriere dies deutlich!»Er basiert auf Kompromissen, die mitunter auf Kosten der Klarheit und Effizienz gehen. Das Europäische Parlament hat sie damals angeprangert. Es hat auch die einigen Ländern zugestandene Sonderbehandlung und die lähmende Doppeldeutigkeit mancher Vertragsbestimmungen bedauert.«

Die Ohnmacht der EG

Was haben aber Kompromisse für einen Wert, »die mitunter auf Kosten der Klarheit und Effizienz gehen«? Und was haben Verträge mit einer »lähmenden Doppeldeutigkeit mancher Vertragsbestimmungen« für einen Sinn?

Im weiteren Verlauf seiner Rede muß Delors die Ohnmacht der EG zugeben. »Trotz der seit 1985 erzielten Fortschritte ist die Gemeinschaft außerstande, die gravierenden Folgen der Wirtschaftskrise zu bewältigen, der sie hilflos ausgeliefert ist. Die Ratifizierung des neuen Vertrags wird überschattet von Skepsis, ja Besorgnis, vergessen ist jedenfalls alles, was bisher erreicht wurde...

Vor diesem Hintergrund hat die Zusammenarbeit zwischen den zwölf Gemeinschaftsländern – das müssen wir offen zugeben – insgesamt nachgelassen. Der zentrale Gedanke, der eine Freisetzung unserer Energie und eine Annäherung unserer Politiken bewirken sollte, lebt fort: Aus der Perspektive der seit 1988 vorbereiteten Wirtschafts- und Währungsunion entwickelt sich eine mittelfristige Wirtschaftsstrategie, die auf eine schrittweise Konvergenz unserer Volkswirtschaften gerichtet ist und auf der Festigung und den Erfolgen des Europäischen Währungssystems gründet. Parallel dazu gebührte nach Auffassung der Kommission und im Einklang mit dem Paket II der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts höchste Priorität.

Alle diese Maßnahmen bilden ein untrennbares Ganzes. Doch die praktische Umsetzung wird durch mehrere Faktoren behindert: Erstens durch die Rückkehr zu einer Wirtschaftspolitik nationaler Prägung weitab vom Pfad der Konvergenz, der uns der Wirtschafts- und Währungsunion näherbringen soll. Zweitens durch die Weigerung des Europäischen Rates, der Gemeinschaft an die Hand zu gehen, umdurch konzertierte Aktionen in den Bereichen Forschung und Bildung die europäischen Unternehmen zur Zusammenarbeit anzuspornen, damit sie gemeinsam in einer vom Wirtschaftskrieg beherrschten Welt ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern können. Mit anderen Worten: Nachdem der Ministerrat das von Martin Bangemann vorbereitete Papier über eine Industriepolitik gutgeheißen hatte, hat sich der Europäische Rat über die Beschlüsse seiner Minister hinweggesetzt.«

Kann man eigentlich seine Unfähigkeit klarer zugeben, als daß dies in den drei vorhergehenden Abschnitten der Fall ist?

Delors weiter: »Wenn wir wieder mittelfristig planen wollen, müssen wir der Versuchung widerstehen, die Probleme im Alleingang zu lösen, wie dies die nationalen Regierungen in Krisenzeiten immer wieder tun wollen. Wenn es uns nicht gelingt, die Entwicklung umzukehren, besteht die Gefahr, daß alle Länder die negativen Auswirkungen zu spüren bekommen, denn sukzessive Abwertungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sind keine Lösung für unsere aktuellen Probleme. Das hat uns die Geschichte gelehrt. Aber, was noch schlimmer ist, wir werden auch die WWU (Wirtschafts- und Währungsunion) nicht termingerecht verwirklichen können, so daß die gesamte Arbeit, die zwischen 1985 und 1990 geleistet wurde, als künftige Grundlage unbrauchbar wird.«

Verständnis oder Scheuklappen?

Man kann sich über die Naivität, die aus obigen Worten spricht, nur wundern! Es bleibt den nationalen Regierungen doch gar nichts anderes übrig, als »die Probleme im Alleingang zu lösen«. Erstens gibt es keine vernünftige gemeinsame EG-Wirtschaftspolitik, und zum anderen bleibt den Regierungen angesichts der schwammigen Empfehlungen und der Unfähigkeit der EG-Kommission gar nichts anderes übrig, als auf eigene Faust zu versuchen, das Schlimmste zu verhindern. Wenn sie nämlich auf die Hilfe der EG warten würden, stünden sie heute vor der größten und schlimmsten Rezession ihrer Geschichte!

Angesichts des vorgenannten macht Delors mit folgenden Sätzen nun auch dem letzten Gutgläubigen klar, daß er entweder nichts von Wirtschaftspolitik versteht oder sein Wissen hinter riesengroßen ideologischen Scheuklappen versteckt:

»Parallel dazu müssen wir das Europäische Währungssystem nicht nur verteidigen, sondern weiter festigen. Auch wenn es momentan nicht populär ist, so bietet doch ein System relativ fester Wechselkurse in Verbindung mit einer makroökonomischen Zusammenarbeit mehr Vorteile als eine Rückkehr zu floatenden Kursen. Nach dem monatelangen Hin und Her, das uns teuer zu stehen kam, haben wir seit letzter Woche wieder Grund zu hoffen. Wir müssen nur beharrlich bleiben, der Spekulation einen politischen Willen entgegensetzen und diesem Willen Nachdruck verleihen, indem wir in wirtschaftlichen und monetären Fragen wieder enger zusammenarbeiten. Mehr möchte ich nicht sagen zu diesem heiklen Problembereich, wo scharfe Worte und Effekthascherei sich eher negativ auswirken.«

Wie soll denn eine gemeinsame Währung funktionieren, wenn schon nicht einmal eine lose wirtschaftliche Zusammenarbeit klappt? Auch macht eine gemeinsame Währung nur dann Sinn, wenn man eben auch, um in Delors' Wortwahl zu bleiben, auch mikroökologisch zusammenarbeitet!

Denn nur wenn mehrere Länder ihre Wirtschaftspolitik auch auf relativ kleiner Ebene miteinander abstimmen, ist eine gemeinsame Währung von Vorteil. Nur dadurch ist es nämlich möglich, sich widersprechende wirtschaftspolitische Entscheidungen zu fällen, die dann die gemeinsame Währung schwächen beziehungsweise dazu führen, daß wirtschaftlich starke Länder eine verfehlte Politik anderer Länder subventionieren. □

Schweiz

Arrogante Verlierer nach EWR-Abstimmung

Emil Rahm

Nicht nur kurz nach der Ablehnung eines Beitritt der Schweiz zum EWR hatten viele Befürworter – Bundesräte, Parlamentarier und Angehörige des »Fußvolkes« – Mühe, den Entscheid vom 6. Dezember 1992 zu akzeptieren. Bereits rüsten Jugendliche zusammen mit Vertretern der Wirtschaft zu einer neuen Abstimmung. Die Initiative will dem Bundesrat die alleinige Kompetenz übertragen, ein Abkommen auszuhandeln, das gegen die Usancen einer direkten Demokratie ist. Trotz dieses Mangels der Initiative ist vielen Befürwortern dieser Vorstoß recht in der Erwartung, daß der Bundesrat einen Gegenvorschlag ausarbeiten wird, der den Erfahrungen des vergangenen Abstimmungskampfes Rechnung tragen dürfte. Als politischer Anstand galt bis jetzt das Ergebnis einer Abstimmung für die Zeit einiger Jahre zu akzeptieren und erst dann wieder einen neuen Anlauf zu nehmen.

Während es bisher üblich war, daß nach einer Abstimmung die Sieger auch die Verlierer beim Beschreiten des gewählten Weges miteinbezogen, lud das Europa-Institut Basel, das noch heute einen baldigen EWR-EG-Beitritt der Schweiz befürwortet, zu einem Europa-Symposium, zu einer Podiumsdiskussion »Schweizerische Wege in eine europäische Zukunft«, ein, an der nur EWR-EG-Befürworter, also Verlierer, das Wort erhielten. Es sei nicht sinnvoll gewesen. Vertretern von der Obstruktionsposition einzuladen, erklärte der Moderator Professor Dr. Georg Kreis, Professor für Geschichte an der Universität Basel und Projektleiter des Europa-Institutes. Jetzt sei Sachkenntnis gefragt und Sachverstand für richtige Lösungen.

Die Manipulation Schweizer Bürger

Obstruktion wird im »Brockhaus« als Versuch der Minderheit umschrieben, in der Volksvertretung Mehrheitsbeschlüsse unter Ausnutzung geschäftsordnungsmässiger Mittel zu verhindern. Obstruktion haben demnach die Befürworter betrieben, die den konservativen Volkswillen, der die Mehrheit errang, durch Staatspropaganda zu Lasten der Steuerzahler, durch Bevorzugung befürwortender Artikel in der Presse und massiver Einschüchterung der Großindustrie, in ein willfähriges Ja umformen wollten.

Am Schluß des Podiumsgesprächs bat ein Teilnehmer, kurz noch etwas aus der Sicht der EWR-Beitritts-Gegner zur Diskussion beitragen zu dürfen. Diese Bitte wurde jedoch nicht gewährt, während im Abstimmungskamp bei gegnerischen Veranstaltungen Befürworter immer auch zu Wort kamen.

Einleitend referierte Dr. George Reisch, Generalsekretär der EFTA in Genf, über die Zukunftsperspektiven der europäischen Integration, die sich auf drei Ebenen abspiele: Rasches Inkrafttreten des EWR, Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) und Einbezug der Oststaaten als wichtigste Herausforderung. In die Perspektive einzubeziehen seien die weltwirtschaftliche Entwicklung, die regionalen und kontinentalen Handelsströme und die panamerikanische und fernöstliche Freihandelszone. Die Wohlstand-vermehrende Liberalisierung mache ein weltweites System nötig.

Dr. Reisch findet es keinen Mangel an Respekt vor der Demokratie, wenn er darauf heinweise, daß die Schweiz mit ihrem EWR-Nein auch die anderen Länder beeinflußt habe und wirtschaftliche Nachteile in Kauf nehmen müsse. Der Ausgang am 6. Dezember 1992 sei schmerzhaft. Europa brauche die Schweiz und die Schweiz brauche Europa.

Karl Marx und die Kartoffeltheorie

In der Podiumsdiskussion kritisierte Margrit Meier, Wirtschafts- und Frauensekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in Bern, sehr emotionell die Abstimmungskampagne und bestritt die These, wonach die Schweiz in der Isolation stark sei. Die EWR-Vertragsgegner fühlen sich aber stärker als der souveräne, beweglichere Staat. Eine Isolation besteht nicht, ist doch die Schweiz am meisten mit allen EG-Ländern verbunden.

Frau Meier bezeichnete den »Bilaterismus« als hartes Brot, das die Zähne wund mache. Sie verwies auf die »Kartoffeltheorie«, wonach die Augen erst aufgehen würden, wenn sie im Dreck stecke, ein Hinweis, der ebenso für die EWR-Befürworter aktuell werden könnte, wird doch ein gesunder Schweizer-Apfel nicht gesunder, wenn er in den Korb mit havarierten europäischen Äpfel gelegt wird.

Auch das von Frau Meier erwähnte Marx-Zitat von der Verelendungstheorie verfängt bei jenen nicht, die wissen, daß Marx den Freihandel propagierte, weil durch Selbstzerfleischung und folgende Wirtschaftskonzentration die Rechnung für den Supersozialismus aufgeht.

Dr. Georg Krayer, Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung, Basel, stellte fest, daß die steigenden Börsenkurse nach dem EWR-Nein auf andere Faktoren zurückzuführen seien. Damit längerfristig keine negative Entwicklung eintrete, müßten die Rahmenbedingungen verbessert, das Bankengesetz angepaßt und die Trümpfe nicht zu früh aus der Hand gegeben werden. Die Schweizer müßten attraktiv bleiben und nicht schmollen. Sie hätten ein gemeinsames Interesse an einer positiven Entwicklung.

Die Abstimmung will man ignorieren

Ilse Rollé, Vizedirektorin, Bereichsleiterin Wirtschaftspolitik von COOP-Schweiz, sieht den Weg in die volle EG-Mitgliedschaft. Ein anderes Szenario sei bis zur Jahrhundertwende nicht vorstellbar. Zu akzeptieren sei, daß verschlungene Wege in die wirtschaftliche Europa-Fähigkeit führen würden.

Dr. Heinrich Koller, Direktor des Bundesamtes für Justiz in Bern, nahm Stellung zu den Vorschlägen des Bundesrates, der dem Parlament aus dem Eurolexpaket die dringlichsten Gesetzesänderungen als Swisslex vorlegt.

Was heißt Unabhängigkeit der Schweiz?

Staatssekretär Professor Dr. Franz Blankart, der sich seit 20 Jahren mit Verträgen mit EG-Staaten befaßt, weiß, daß immer Gegenleistungen gefragt sind. Die Forderung heißt dann zum Beispiel »Versicherungsabkommen gegen weißen Wein«. So habe die Landwirtschaft den Preis zu bezahlen. Es gelte nun, die »Nachteile des 6. Dezember zu mildern«. Lösungen, den Binnenmarkt weiter zu öffnen, seien denkbar. Es gelte dabei, den EG-Beitritt nicht nur offenzuhalten, sondern auch vorzubereiten.
Städterat Dr. René Rhinow, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Basel, erklärte, der EWR-Entscheid hätte die Schweizer wachgerüttelt. Es gelte, die innenpolitischen Hausaufgaben zu machen. Sie müßten von falschen Geschichtsbildern wegkommen und nicht nur anders sein wollen als die anderen. »Was heißt Unabhängigkeit der Schweiz?«, fragte er und forderte auf, sich Visionen nicht zu verschließen und sich mit den großen Linien auseinanderzusetzen. □

Kroatien

Kritik am Schottischen Ritus

John Springfield

»Serbische Aggression vom Freimaurertum ermutigt – Sind die zahlreichen Konflikte in der heutigen Welt lediglich Zufälle oder gut organisierte Aktionen der selbsternannten Hüter der Welt?«. Dies ist die Schlagzeile eines zweiseitigen Artikels gegen Albert Pike und die Freimaurerei der südlichen Gerichtsbarkeit des Schottischen Ritus, veröffentlicht in der kroatischen Wochenzeitschrift »Danas«, in deren Ausgabe vom 15. Januar 1993. Der Verfasser ist Aleksander Shikora vom Kroatian Information Center in Montreal. Aus journalistischen Kreisen verlautet, daß der Artikel fünf oder sechs Wochen früher hätte veröffentlicht werden sollen, aber durch Druckausübung innerhalb der Zeitschrift sei die Veröffentlichung hinausgeschoben worden.

Diese Entwicklungen deuten darauf hin, daß das Freimaurertum starken Druck ausübt, um sich fest in der neuen Republik Kroatien zu etablieren. Aus anderen Quellen verlautet, daß Abgesandte kürzlich auch nach Washington gereist sind, um dort in dem Masonic Temple an der 16th Street NW, Hausnummer 1733, mit der Führung der Southern Jurisdiction zusammenzutreffen. Es scheint, daß ein Redakteur der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten wegen dieses Artikels seine Stellung verloren hat. Unabhängige Quellen haben diesen Artikel als weitgehend richtig bezeichnet, obwohl das Freimaurertum ganz gewiß schon vor 1990 in Kroatien existierte. Nachstehend Auszüge aus dem Artikel. Untertitel wurden hinzugefügt.

Das geheime Netzwerk

Nach fast 90 Jahren rief die benahe vergessene Statue eines amerikanischen Generals der Konföderierten, Albert Pike (1801 bis 1891), auf einem Platz in der Nähe des Capitol Hill in Washington errichtet, in den Vereinigten Staaten einen Sturm des Interesses hervor. Dies alles begann im vergangenen Herbst, als ein baptistischer Pfarrer, James Bevel, eine große Kampagne zum Abriß der Statue des Gründers der dunklen rassistischen Organisation, Ku-Klux-Klan (KKK) genannt, verantwortlich für die üblen Taten gegen die schwarze Bevölkerung Amerikas und für das Entstehen eines Rassismus, der sich bis weit außerhalb des amerikanischen Kontinents ausbreitet, startete. Albert Pike wurde Chief Judicial Officer (etwa: Oberrichter) des Invisible Empire (Unsichtbares Reich) und 1859 Kommandeur des Obersten Rates des 33. Grades der Südlichen Jurisdiktion der Vereinigten Staaten des Schottischen Ritus.

Die amerikanische Öffentlichkeit war überrascht, daß der berüchtigte KKK sich von diesem Flüges des Scottish Rite ableitet, da ein Großteil der Mitglieder des amerikanischen Establishments zu dieser Freimaurerloge gehörten und immer noch gehören.

Nach den ersten Reaktionen in den amerikanischen Medien – und wir möchten die angesehene »Washington Post« vom 18. Oktober 1992, die mit Abscheu zu dieser unangenehmen Entdekkung Stellung nimmt, hier besonders herausstreichen – gelangte die Story bald über den Atlantik und nahm eine neue Dimension in Italien an, wo die Obrigkeit Ermittlungen gegen eine geheime Loge in San Mango d'Aquino in Calabria, die eigens geschaffen wurde, um die Kooperation des Freimaurertums mit der italienischen und amerikanischen Mafia zu erleichtern, angeordnet hat.

Die Loge »Albert Pike« ist eine geheime Nachfolgerin der Loge Propaganda-2 (P-2), die nach dem Mord an dem ehemaligen Ministerpräsidenten Aldo Moro und der Entdeckung des unwiderlegbaren Beweismaterials für die Verbindung ihrer Mitglieder, besonders ihres Führers Licio Gelli mit diesem Ereignis, geschlossen wurde. Die Polizei interessiert sich besonders für Gellis Erben, Elvio Sciubba, ein Sonderbotschafter der American Southern Jurisdiction in Osteuropa.

Aber bevor wir Sciubbas Aktivitäten erklären, möchten wir erwähnen, daß sowohl Gelli als auch Sciubba Erben der dunklen Politik von Guiseppe Mazzini, eines Mitglieds des Schottischen Ritus der höchsten Ordnung und einer der Leiter des British Intelligence Service (Geheimdienst) im 19. Jahrhundert, ein persönlicher Freund von Albert Pike, sind. Über die freimaurerischen Brüder entwickelte Mazzini ein weltweites Geheimdienst-Netzwerk, um Europa und speziell Italien zu destabilisieren, um die Macht des Vatikans und des Christentums als Ganzes zu zerstören. Seine am besten bekannte Waffe war die Gründung sogenannter »Jugendbewegungen«, Jung-Italien, Junge Türkei, Jung-Deutschland, und nach diesen Richtlinien entstand auch Jung-Bosnien.

Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand

Nach dem relativen Fehlschlag der Revolution von 1848 – die Österreichisch-Ungarische Monarchie überlebte – änderte die Großloge von Jugoslawien ihre Strategie und führte das Projekt mit dem Mord an Franz Ferdinand in Sarajevo im Jahre 1914 erfolgreich zuende. Hinter diesem Attentat standen die Belgrader Serbische-Freimaurer-Organisation Schwarze Hand, Jung-Bosnien und der britische Geheimdienst, die die Demonstrationen vom April 1914 in Belgrad organisierten, um die Belgrader Regierung jener Zeit zu zwingen, die Friedensvereinbarung mit Deutschland zu brechen und in den Krieg einzutreten. Der Schritt des französischen Präsidenten, François Mitterrand, Mitglied der Loge Groß-Orient, der Belgrad genau am Jahrestag der Ermordung des Erzherzogs Ferdinand besuchte, kann von diesem Standpunkt aus analysiert werden.

Genau ein Jahr vor der offenen Aggression der jugoslawischen Armee gegen Kroatien, am Samstag, dem 23. Juni 1990, wurde die Großloge von Jugoslawien offiziell eröffnet. »Danas« berichtete am 3. Juli 1990 mit großer Begeisterung über dieses Ereignis. Bei dieser Gelegenheit wurde der Großmeister, Zoran Nenezik, einer der seltenen bärtigen Freimaurer, feierlich in sein Amt eingeführt.

Schon im Februar 1991 wurde Nenezic von seinen American Brothers in Kalifornien ausgebildet, wo er in Long Beach in den 33. Grad erhoben wurde. Im Februar 1992 erscheint Nenezics Bild im »Scottish Rite Journal«, dem Organ der Southern Jurisdiction, zusammen mit dem obenerwähnten Sciubba und anderen Brothers während ihrer Zusammenkunft in Prag im November 1991. Hier wurde Nenezic zum höchsten Grad, dem 33. befördert.

Die Destabilisierung Europas

Im gleichen Zeitraum war Sciubba in ganz Osteuropa sehr aktiv. Und genau zur gleichen Zeit machte dieser Teil Europas seine größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg durch: Die polnische Wirtschaft wurde durch die Schocktherapie des Harvard-Professors Jeffrey Sachs, ein Fanatiker des Freien Marktes, zerstört; die Tschechoslowakei brach auseinander; die ehemalige Sowjetunion stürzte in einen Wirtschaftskrieg und politisches Chaos; und Kroatien und Bosnien-Herzegowina mußten die größte Zerstörung ihrer Geschichte hinnehmen.

Eine der Folgen dieser Situation war eine große Welle von Flüchtlingen aus Osteuropa, speziell aus Kroatien und Bosnien-Her-

zegowina, nach Deutschland, was die wirtschaftliche und politische Lage in diesem Land besonders unstabil machte.

Aber »Hilfe« kam von der anderen Seite. Wie die italienische katholische Tageszeitung »Avvenire« vom Dezember 1992 schrieb, wird von dem amerikanischen KKK und den Skinheads in Deutschland zusammen mit der ehemaligen Geheimpolizei der DDR, der berüchtigten Stasi, ein ganzer Plan von Aktivitäten ausgeheckt. Im Frühjahr 1990 trifft Dennis Mahon, Grand Dragon (Großer Drache) aus Tulsa, Oklahoma, in Deutschland ein, um seine »Kumpels« in kriegerischen Fertigkeiten auszubilden. Im September 1991, während eines Konzertes in Ingberg findet die Proklamation der Geburt der deutschen Sektion der Bewegung statt.

Die offizielle Zeitung der deutschen Polizei, »Magazin für die Polizei«, vom November 1992 bringt auf ihrer ersten Seite das Bild eines mit einer Haube verhüllten Mitglieds des KKK. Die Ausgabe ist den in der Destabilisierung Deutschlands aktiven ausländischen Gruppen gewidmet und schreibt über den KKK und Mahon.

Venezianische Oligarchen aufs Korn genommen

Während Schritte unternommen werden, um Deutschland zu destabilisieren und den Gedanken an ein Vereintes Europa abzuwerten, werden gleichzeitig der Vatikan und die Katholiken angegriffen. Mit ähnlichen Methoden wird eine Welle des Antisemitismus in Polen, einem traditionell katholischen Land, inspiriert, und ein solcher Versuch wird auch in Kroatien unternommen.

Aber es gibt noch andere Methoden: Kürzlich brachte das amerikanische Verlagshaus Prometheus in Buffalo, New York, ansässig, ein Buch des serbischen Kommunisten Wladimir Dedijer mit dem Titel »The Yugoslav Auschwitz and the Vatican«, mit dem Untertitel »Croatian Massacres of Serbians in World War II«, heraus. Das Buch ist voller Lügen und Unwahrheiten. Im Original trägt das Buch den Titel »Jasenovac and the Vatican«, aber der amerikanische Verleger



Albert Pike war Chief Judicial Offier des »Unsichtbaren Reiches« und Kommandeur des Obersten Rates des 33. Grades des Schottischen Ritus.

hat sich offensichtlich dazu entschieden, ihm mehr »Gewicht« mit »Jugoslawisches Auschwitz« zu verleihen, um Nazi-Deutschland direkt mit dem Vatikan in Verbindung zu bringen. Es liegt auf der Hand, warum das Buch gerade jetzt erscheint, wo darüber debattiert wird, ob die nichtserbische Bevölkerung geschützt werden soll.

Es fällt schwer, eine gewisse Parallele zu historischen Ereignissen zu übersehen. Der venezianische Bankier und Freimaurer Guiseppe Volpi wurde 1913-14 in Belgrad häufig mit dem serbischen General Apis und seiner Geheimorganiation »Schwarze Hand« gesehen, die den Mord an Franz Ferdinand organisierte. Mit seinem venezianischen Freund, graf Carlo Sforza, gründete Volpi während des Zweiten Weltkriegs auf der Insel Korfu eine jugoslawische Regierung, während er 1920 eine Vereinbarung in Rapallo vorbereitete, durch die Kroatien große Teile Istriens verlor.

Vor dem serbischen Angriff auf Kroatien im Jahre 1991 hat Elvio Sciubba engen Kontakt mit Belgrad. Der bärtige Freimaurer, Zoran Nenezic, wurde entgegen den freimaurerischen Regeln in nur einem Jahr in den höchsten Grad des Freimaurertums befördert, und ein anderer venezianischer »Bruder«, Gianni de Michelis, der italienische Außenminister, verhandelte zu diesem Zeitpunkt insgeheim mit dem zukünftigen Präsidenten von Jugoslawien, Dobrica Cosic, über eine neue Aufteilung kroatischen Territoriums. Gleichzeitig lehnt er es mit Hilfe der gleichen Freimaurerloge des Lord Carrington ab, Kroatien in die Europäische Gemeinschaft aufzunehmen.

Ein schmutziges Spiel

Zur Southern Jurisdiction of the Scottish Rite gehören außer Lord Carrington auch George Bush, James Baker, Henry Kissinger und Lawrence Eagleburger. Zur Zeit der Jalta-Konferenz, wo über das Schicksal Kroatiens und Bosnien-Herzegowina entschieden wurde, waren Churchill und Roosevelt ebenfalls Mitglieder. Nach der allerjüngsten Zusammenkunft der Großmeister aus der ganzen Welt in der Mother Lodge of the Scottish Rite (Mutterloge des Schottischen-Ritus) in London im September 1992 zu urteilen, sind diese mit den Ereignissen in Europa durchaus zufrieden. Während auf ihren Frühjahrszusammenkünften auf der Insel Capri und in Barcelona europäische Fragen noch dominierten, lag der Brennpunkt der letzten Zusammenkunft ganz und gar auf Asien.

Nicht lange nach ihrer Zusammenkunft war Indien drauf und dran, in eine religiöse Auseinandersetzung zu explodieren, zusammen mit Hongkong. Die Schlußfolgerung war, daß die Demokratisierung Hongkongs eine gute Taktik sei, da, falls China sie akzeptiert, der Weg zur Stabilisierung Chinas und für eine mögliche Teilung frei ist. Und wenn China sie nicht akzeptiert, was wahrscheinlicher ist, dann werden in diesem Teil der Welt die Bedingungen für einen neuen Kalten Krieg geschaffen. Nicht lange nach dem Londoner Treffen besuchte der Gouverneur von Hongkong Britannien und verkündete, daß in dieser britischen Kolonie der demokratische Prozeß eingeleitet werde.
Es ist interessant, daß eines der besprochenen Themen die Wahl eines »Neuen Churchill« war.

Der Schottische Ritus wird seine Strategie ändern

Werden die Entdeckung und die Kampagne des Reverend Bevel, ein Mitarbeiter des legendären Martin Luther King, des amerikanischen Champions der Menschenrechte, dem Schottischen Ritus bei seinem Versuch, eine neue Weltordnung zu schaffen, Einhalt gebieten? Man kann sich das schwer vorstellen, aber die Aufdeckung der Verbindungen der meisten Freimaurerlogen zum KKK und zu neonazistischen Bewegungen in Deutschland, die Enthüllungen der italienischen Obrigkeit bezüglich der Loge Albert Pike in Calabria, und die Bindungen zur Mafia und zum Terrorismus – wie das bei der Loge P-2 und den Untersuchungen der Rolle des »Botschafters« für Osteuropa, Elvio Sciubba, der Fall ist – wird den Schottischen Ritus höchstwahrscheinlich dazu zwingen, seine Strategie zu ändern.

Eines steht fest: Die Entfernung eines Symbols, in diesem Falle der Statue des Albert Pike, wird die selbsternannten Hüter der Welt nicht daran hindern, ihr schmutziges Spiel weiter zu betreiben. □

Britannien

Die Tragödie der königlichen Familie

Peter Blackwood

In einer Rede in London Ende 1992 charakterisierte Königin Elizabeth II. das Jahr 1992 als »annus horribilis« (»schreckliches Jahr«) für die königliche Familie. Aber 1993 zeichnet sich für die Mountbatten-Windsors schon als »annus consummatus« (»Jahr, in dem alles zuende geht«) ab.

Die königliche Linie Mountbatten-Windsor droht jetzt auseinanderzufallen, was möglicherweise zum Ende der Institution Monarchie in Britannien führen wird.

Angesichts der umfangreichen Familienbindungen des britischen Königshauses durch gegenseitige Eheschließungen auf dem europäischen Festland und seiner gewaltigen finanziellen Holdings könnte die Auflösung Unruhen auf internationaler Ebene auslösen. Es könnte sich dadurch auch eine günstige Gelegenheit bieten, ein republikanisches System neu aufzubauen, befreit von dem frevelhaften Einfluß eines Königshauses, das dem Heidentum, dem Ökologismus und neofeudalen Herrschaftssystemen verpflichtet ist.

Der Krieg der Königin mit der Presse

Das Jahr 1993 hat eine dramatische Eskalation in den Skandalen gebracht, von denen Prinz Charles und Prinzessin Diana betroffen sind, vor allem die Veröffentlichung, durch eine australische Zeitung, die Rupert Murdoch gehört, eines Gesprächs zwischen Prinz Charles und seiner mutmaßlichen Geliebten, Camilla Parker Bowles, in dem Charles einige wahrhaft schaurige sexuelle Fantasien von sich gibt. Die Niederschrift dieses Geflüsters wurde am 17. Januar in zwei britischen Boulevard-Zeitungen der Mirror-Kette abgedruckt.

Die Freigabe der Niederschriften hat einen zwischeninstitutionellen Krieg ausgelöst, in dem die Presse beschuldigt wird, »in die Privatsphäre« der königlichen Familie eingedrungen zu sein; die Geheimdienste werden beschuldigt, die Telefone der Royals mit Wanzen versehen zu haben; die Royals selbst werden beschuldigt, die Glaubwürdigkeit Jahrhunderte alter britischer Institutionen unterminiert zu haben, und so weiter.

Aber eine unbestreitbare Auswirkung der Affäre »Camillagate« ist, daß sie den Druck mitten aus gewissen allerhöchsten Kreisen Britanniens heraus, einschließlich des Buckingham Palace selbst, auf Charles, auf seinen Anspruch als Erbe von Königin Elizabeth und auf eine eventuelle »Regentschaft« zu verzichten, darstellt. Die Thronfolge wartet bis Charles' ältester Sohn, William, das Alter von 18 Jahren erreicht hat.

Wird Diana Katholikin?

Wie die italienische Tageszeitung »Corriere della Sera« vom 19. Januar dieses Jahres schrieb, fand kürzlich eine geheime Sitzung des britischen Kronrats statt, auf der der königliche Prinzgemahl Prinz Philip einen »Notplan« für Prinzessin Anne, der einzigen Tochter von Elizabeth und Philip, vorgelegt habe, diese zur Regentin und Überwacherin der Thronfolge zu machen. »Corriere« schreibt, der Palast vertrete die Ansicht, daß Charles' Kapriolen eine »negative Auswirkung auf den Staat« haben.

Damit das Szenario in Kraft treten kann, muß Charles dazu überredet werden, auf seinen Anspruch zu verzichten. Ein zusätzlicher Anreiz, dies zu tun, ist der kürzlich in italienischen und deutschen Zeitungen erschienene Bericht, Diana sei dabei, zum Katholizismus überzutreten.

Da von der Konvention her kein Monarch eine Katholikin heiraten darf, würde Dianas Übertritt zum katholischen Glauben, sollte er tatsächlich vollzogen werden, Charles zu einer Scheidung zwingen oder ganz einfach seinen Thronanspruch null und nichtig machen.

Der Geist des Lord Louis Mountbatten

»Corrieres« Bericht über die Regentschaft ist glaubwürdig. Zahlreiche gut informierte Briten haben in Privatgesprächen ihren Gesprächspartnern anvertraut, in monarchischen Kreisen herrsche die Ansicht vor, daß nur eine Regentschaft, möglicherweise von Anne geführt, die Schwungkraft zur Selbstzerstörung der Mountbatten-Windsor hemmen könnte.

Nach Mitteilung einiger gut unterrichteter Briten ist Anne die Favoritin von Philip. Sie heben hervor, daß Philip seine intensive Loyalität zu dem verstorbenen Lord Louis Mountbatten, sein Onkel, der 1979 unter immer noch ungeklärten Umständen zu Tode kam, beibehalten hat.

Mountbatten – ursprünglich aus der deutschen königlichen Linie Battenberg – strebte intensiv danach, seine Ambitionen innerhalb des Vereinten Königreiches zu verwirklichen, nachdem er zunächst 1947 die Heirat zwischen Elizabeth und Philip arrangierte und dann, bis zu seinem Tode, seine Rolle als Mentor von Philip, Charles und Anne beibehalten hatte.

Ein »Sieg«, den Mountbatten errang, bestand darin, die Zustimmung dazu bekommen zu haben, daß irgendwann Anfang des nächsten Jahrhunderts der Titel »House of Windsor« in »House of Mountbatten-Windsor« abgeändert wird. Anne ist jedoch das einzige Kind von Philip und Elizabeth, das jetzt schon offiziell diesen Titel in ihrem Namen angenommen hat. Durch die Wahl von Anne als Regentin, die sich effektiv die Vorrechte des misratenen Charles widerrechtlich aneignen würde, hofft Philip somit, sowohl den Zerfall der Monarchie verhindern zu können, als auch »die Flamme« der Ambitionen und des Rufs seines Onkels »weitertragen« zu können.

Glanz und Gloria wirkt peinlich und extravagant

Aber die private Ansicht unter Einzelpersonen, die Phiip nahestehen, ist, daß diese Bemühungen zum Fehlschlag verurteilt seien. Ein Intimus von Philip berichtete, die königliche Familie habe unwiderbringlich das verloren, was die Chinesen »das Mandat des Himmels« nennen. Ihr »sterbliches Versagen« sei für das Auge der Öffentlichkeit so extrem und offensichtlich geworden, daß die von der Monarchie geschaffene »Symbologie«, unter dem Aspekt der Herbeiführung eines Entzückens oder Verzauberung für die Bevölkerung, zerschlagen wird.

Dies umso mehr in einer wirtschaftlichen Depression, wo all dieser Glanz und Gloria von immer mehr Briten als peinlich extravagant angesehen wird.

Unter solchen Bedingungen sind mehr hobbesianische Kriege innerhalb der Eliten zu erwarten.

Wir erhielten zum Beispiel einen Bericht aus amerikanischen Kreisen, daß jüngere Mitglieder des Schottischen Ritus der Freimaurerei die Bindungen der Monarchie zum Heidentum und zum Drogenhandel angegriffen haben. Wenn das stimmt, so wäre dies im doppelten Sinne ironisch:

Erstens, weil der Scottish Rite selbst bis zu den Ohren in solche frevelhafte Taten verwickelt ist, und zweitens, weil in den internationalen Medien über die letzten Jahre hinweg immer wieder Verleumdungen erschienen, in denen behauptet wird, Königin Elizabeth II. leite den internationalen Drogenhandel. □

Winston Churchill

Eine Biographie erschüttert das Empire

James P. Tucker

Ein bedeutendes revisionstisiches Buch, das in Großbritannien mit Beifall erschienen ist, untergräbt Winston Churchills Ruf als Retter Britanniens im Zweiten Weltkrieg. Kein Verlagshaus in anderen Ländern will es anfassen und veröffentlichen.

Wenn Winston Churchill 1940 Hitlers Friedensangebot angenommen hätte, wären zahllose Menschenleben gerettet worden und das britische Empire hätte überlebt, heißt es in einer neuen Biographie eines britischen Historikers.

Das Friedensangebot von Rudolf Hess

»Churchill: The End of Glory«, von John Charmley hat das britische Establishment erschüttert, und es wird noch mehr durch einen ehemaligen Verteidigungsminister in Aufruhr gebracht, der den jungen Historiker unterstützt.

Beide vertreten die Meinung, daß Churchill der Welt das »Blut, Schweiß und Tränen«, die der Krieg seine Landsleute kostete, hätte ersparen können, wenn er das Friedensangebot, das Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess mitbrachte, als er im Mai 1940 über Schottland absprang, angenommen hätte.

Anstatt von den Briten angehört zu werden, wurde Hess ins Gefängnis geworfen und blieb lebenslang hinter Gitter. Er wurde 1987 als einziger Insasse der Festung Spandau von britischen Agenten ermordet.

Dies ist das erste Werk des »Establishments«, das den Mythos um Churchill in Frage stellt, obwohl zahlreiche andere revisionistische Historiker, darunter Francis Neilson, Harry Elmar Barnes und in jüngerer Zeit David Irving die Wahrheit über Churchill berichtet haben.

Charmley ist ein junger englischer Dozent für Geschichte an der University of East Angela. Sein Buch wurde von einem Verlag des Establishments, Hodder & Stoughton, in London veröffentlicht. Kein amerikanisches oder deutsches Verlagshaus ist jedoch bereit, das Werk in den Vereinigten Staaten oder Deutschland herauszubringen.
Alan Clark, ein ehemaliger Verteidigungsminister und Gesetzgeber der Conservative Party, sagte, Charmleys Buch ist »wahrscheinlich das bedeutendste historische Werk, das nach dem Krieg herausgekommen ist«.

Churchill war am Frieden nicht interessiert

»Es gab mehrere Gelegenheiten, bei denen ein besonnener Führer zunächst angemessene, dann ausgezeichnete Bedingungen von Deutschland hätte bekommen können«, schrieb Clark in der »London Times«. »Hitler bot schon im Juli 1940, vor der Schlacht von England, Frieden an«, schreibt Clark. »Hess, sein Stellvertreter, flog unaufgefordert nach Britannien mit Friedensangeboten. Churchill wollte nicht mit ihm reden und unterdrückte – in Verschwörung mit dem gesamten Establishment – diese Friedensangebote.«

Wenn »Britannien im April 1941 Frieden geschlossen hätte, dann wären die Flotte und die Spitfires nach Singapur verlegt worden«, sagte Clark. »Die Japaner hätten niemals angegriffen, und das fernöstliche Empire hätte die Zeit überdauert.«

»Aber Churchill maß diesem nicht so viel Bedeutung bei wie Hitler zu besiegen, und er war sich darüber im klaren, daß eine totale Niederlage Hitlers nur möglich war, wenn die Vereinigten Staaten in den Krieg eintreten würden«, stellt Clark weiter fest.

»Nur die Japaner konnten dies zustandebringen«, schreibt Clark. »Warum sollten wir sie also abschrecken, in dem wir uns ihrer Expansion im Stillen Ozean entgegenstellten?«

Eine weitere Friedensgeste kam, als Hitler seine eigenen Generäle mit seinem direkten Befehl in Staunen versetzte, die britische Armee, die bei Dünkirchen in der Falle saß, nicht auszulöschen. Die deutschen Streitkräfte waren drauf und dran, der sich im Rückzug befindlichen britischen Armee, die auf ihren Seetransportweg vom Kontinent wartete, eine vernichtende Niederlage beizubringen.

Stattdessen blieben Hitlers Panzer und Soldaten, die die Briten umzingelt hatten, zwei Tage lang bewegungslos stehen, als britische Zivilisten ihre Armee mit Vergnügungsschiffen aus der Gefahrenzone retteten. Ein halbes Jahrhundert lang haben Historiker ihre Verwirrung über dieses Ereignis zum Ausdruck gebracht.
»Wir hätten Frieden schließen können und ... das hätte uns sehr viel Blutvergießen erspart und sehr viel Wohlstand erhalten, und wir wären in den vierziger und fünfziger Jahren viel stärker gewesen«, sagte Clark zur British Broadcasting Corporation (BBC).

»Diese Tatsachen zum Ausdruck zu bringen, war Ketzerei«, sagte Clark. »Churchills Amtszeit als Premierminister war die Geschichte eines Rattenfängers über verpaßte Gelegenheiten, nutzlose Erniedrigung, die wir erdulden mußten, und schmerzhaftes Lösegeld, das wir mit Blut und Wohlstand bezahlen mußten.«

Tatsachen, die Ketzereien sind

»Dr. Charmleys Buch hat ein 40 Jahre altes Tabu durchbrochen und eine überhebliche historische Orthodoxie aus den Angeln gehoben«, hieß es in einem Artikel in der »London Times« ohne Namensnennung des Verfassers. »Die heutige historische Ketzerei hat die nervös machende Tendenz, morgen zur grauen Orthodoxie zu werden.«

»David Irging ... hat die Gaskammern effektiv aus der Geschichte entfernt ... Es gibt viele auf dem europäischen Kontinent, die Mr. Irvings haßerfüllte These ohne zu fragen akzeptieren«, heißt es in dem gleichen Artikel. Irving ist der populäre britische Historiker, dessen genaue Untersuchung des »Holocaust« in den Vereinigten Staaten auch zu einem Publikations-Blackout geführt hat.
»Der außergewöhnlichste Gesichtspunkt von Charmleys Bericht über den Krieg ist, daß Churchill wegen seiner größten Errungenschaft getadelt wird, die darin besteht, die Amerikaner auf unsere Seite zu locken und sie dann dazu zu überreden, den europäischen Krieg vor den im Stillen Ozean zu stellen«, schrieb ein Rezensent des Buches.

Valerie Grove von der »Times« befragte Charmley darüber, ob der »Holocaust« den Krieg gerechtfertigt habe.

»Niemand sagte 1939, wir sollten um der Juden willen in den Krieg ziehen«, erwiderte Charmley. »Und wenn wir schon moralisch hohe Maßstäbe anlegten, was ist mit den Menschen in Stalins Konzentrationslagern – 30 Millionen kamen während Stalins Herrschaft um –?«

Inzwischen liegen jedoch Beweise dafür vor, daß die Gaskammer-Story bestenfalls höchst fragwürdig ist. Sogar Historiker des Establishments haben in aller Stille die Holocaust-Ziffer von sechs auf höchstens zwei oder drei Millionen Opfer gesenkt. □

Britannien

Homosexuelle halten Einzug in die Armee

Vivian Bird

Die britischen bewaffneten Streitkräfte ließen in diesem Jahr Homosexuelle, die sich offen zu ihrer Veranlagung bekennen, zum Dienst in den bewaffneten Streitkräften zu. Vivian Bird, ein britischer Kommentator, erläutert die Auswirkungen dieser Entscheidung auf das Militär und die Öffentlichkeit.

Schon lange bevor US-Präsident Bill Clintons Vorschlag, eingestandene Homsexuelle zum Dienst in der US-Armee zuzulassen, billigte das britische Parlament im vergangenen Jahr mit beträchtlicher Mehrheit eine Beendigung dessen, was in der Royal Army, Navy und Air Force als »Diskriminierung« aus Gründen der Rasse, Religion – und des Geschlechts – bezeichnet wurde. Dieses abgeänderte Gesetz beinhaltet eine Klausel, nach der Beziehungen unter homosexuellen Männern und lesbischen Frauen erlaubt sind.

Höhlt die Disziplin aus

Dieser Gesetzesänderung schlug starker Widerstand seitens einer überwältigenden Mehrheit von militärischen Führern entgegen, die dahingehend argumentierten, daß sich daraus unüberwindliche Probleme der Disziplin ergeben könnten, als Folge »emotionaler Störungen« und heftigen Grolls und Einwände seitens heterosexueller Angehöriger der bewaffneten Streitkräfte.

Kritiker vertraten die Auffassung, daß die Anordnung der einrichtungen in Kasernen, Lägern und Waschräumen einer Intimsphäre nicht gerade förderlich seien. Der bloße Gedanke daran, daß homosexuelle Soldaten nachts ins Bett eines anderen und wieder hinausschlüpfen sei genug, um apoplexische Anfälle unter gestandenen Stabsfeldwebeln hervorzurufen. Dies warf die Frage auf, ob homosexuellen Soldaten ihr eigenes Schlafquartier zugewiesen werden sollte.

Daher schauen Männer mit Befehlsgewalt nur mit Schrecken und Beklommenheit auf das neue Gesetz zur Homosexualität in den britischen Streitkräften.

Nichtsdestoweniger erwies sich die Interessensgruppe der Homos für die Opposition als viel zu mächtig. Führende Homosexuelle und ihre zahlreichen Anhänger im Parlament traten den Bedenken der Militärstäbe, dieses Gesetz, das Homosexuelle in den Streitkräften zuläßt, werde zu einem Zusammenbruch der Disziplin führen, entgegen.

Die Kirchen stimmten zu

Sie spielten auf die alten Griechen an, die bei den Thermophylen kämpften, die, so wurde argumentiert, Homosexuelle, aber nicht destoweniger Kämpfer waren und als unsterbliche Helden in die Geschichte eingegangen seien. Gleichermaßen seien die Amazonen der Antike, jene »monströsen Frauenregimenter« zweifellos Lesben gewesen und doch heute wegen ihres Mutes und der Wildheit ihrer Angriffe berühmt, wurde ernsthaft argumentiert.

Es wurde sogar die Meinung vertreten, daß ein Heer, das ganz aus Homosexuellen besteht, in der Tat besser kämpfen würde als ein Heer von Heterosexuellen, weil jeder homosexuelle Soldat wisse, daß er für und an der Seite seines homosexuellen Liebhabers kämpft.

Ein Vergleich wurde auch zu homosexuellen Polizeiklubs in London und anderen Städten gezogen – deren Existenz hätten die Tüchtigkeit der Polizei nicht beeinträchtigt, so wurde versichert, warum sollte das bei den bewaffneten Streitkräften anders sein?

Stets ängstlich darum besorgt, sich den neuesten Trends anzupassen, gaben die Kirchen zum größten Teil Erklärungen heraus, in denen viele Bischöfe offen erklärten, sie seien für das neue Gesetz. Homosexuelle würden jetzt im Priestertum akzeptiert, warum sollte das Militär nicht diesem guten Beispiel folgen?

Befürchtungen haben sich bewahrheitet

Die letztendlichen Folgen der Legalisierung homosexueller Beziehungen innerhalb der britischen Streitkräfte müssen noch festgestellt werden. Aber es gibt bereits ein Unheil verkündendes Anzeichen, das alle von Kommandeuren zum Ausdruck gebrachte Befürchtungen zu bestätigen scheint: Es ist eine erschreckend hohe Steigerung in der Anzahl der berichteten Fälle darüber zu verzeichnen, was in Heereslagern als »Schikanieren« bezeichnet wird, was in mehreren Fällen zum Tod von jungen Rekruten geführt habe. Homosexuelle Rekruten sind von heterosexuellen Soldaten zusammengeschlagen worden, aber zumindest in einigen Fällen wurden heterosexuelle Rekruten auch von älteren Kriegsteilnehmern, die sich jetzt frei fühlen und in einem »aufgeklärten Meinungsklima« nach irgendeinem Ventil für ihren sexuellen Drang suchen, homosexuell vergewaltigt.

Bis vor relativ kurzer Zeit ereigneten sich homosexuelle Handlungen in den britischen Streitkräften in einigen isolierten Fällen, zusammen mit häufigeren heterosexuellen Skandalen. Diese Dinge geschahen am häufigsten in bestimmten Regimentern und in der Navy. Ein derartiges Verhalten, das »gegen gute Führung und Disziplin verstößt«, wurde als kriminelles Vergehen erachtet.
Angesichts der rapiden Aushöhlung der alten Normen der sexuellen Moral und des Verhaltens sind solche Strafverfolgungen heute unmöglich und unannehmbar, es sei denn Minderjährige wären darin verwickelt.

Ein moralischer und geistiger Zerfall

Es ist eine beklagenswerte, aber allgemein anerkannte Tatsache, daß Britannien als Ganzes die Homosexualität als »way of life« eines beträchtlichen Teiles der Bevölkerung akzeptiert hat – nach einigen Berechnungen ist einer von vieren homosexuell –. Darüber hinaus ist es in einigen Kreisen trotz der AIDS-Gefahr modisch geworden »homosexuell« zu werden.

Es gibt viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die damit »herausgekommen« sind, während andere kurz davor stehen, dies zu tun, angeblich mindestens ein Mitglied der königlichen Familie.

Die bittere Wahrheit ist, daß die grundlegende Veränderung von oben kam und von oben genehmigt wurde. Wenn die moralischen, geistigen und politischen Führungspersönlichkeiten eines Landes sich selbst für gewisse Praktiken aussprechen, die sie vorher scharf verurteilt haben, dann ist die unvermeidliche Folge davon, daß die Menschen verdutzt, verwirrt und verärgert sind. Dann erfolgt ein völliger Vertrauensverlust in die Führung und Institutionen des Landes, was in Britannien heute schon eine niederdrückende Erscheinung ist.

Sämtliche einst starren Pfeiler des britischen Establishments liegen jetzt zerbrochen und zerschmettert am Boden. Die Kirchen, die Polizei, die königliche Familie, die bewaffneten Streitkräfte, die Ärzteschaft – alle haben einen Zusammenbruch nach innen erlebt und stehen nicht mehr hoch im Ansehen.

Die weit verbreitete sexuelle Verkommenheit, die jetzt auch die bewaffneten Streitkräfte betroffen hat, ist ein Spiegelbild dieses moralischen und geistigen Zerfalls. □

Rußland

Lange und schmerzhafte Durststrecke für die Industrie

Die Krise der russischen Industrie hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Allein 1992 ist die Produktion um ein Fünftel zurückgefallen. Ausgerechnet die Schlüsselbranchen der Volkswirtschaft sind besonders betroffen. Ein Aufschwung ist erst 1997/98 in Sicht.

Zunächst schien die russische Industrie die Umgestaltung des Wirtschaftssystems besser zu verkraften als die Industrien der kleinen osteuropäischen Länder:

Aufgrund der guten Energie-Exporte kam sie 1990 bei einem Mini-Minus von 0,1 Prozent noch mit dem Schrecken davon. Doch dann ging es steil bergab: Der amtliche Produktions-Index fiel 1991 um acht Prozent und 1992 um 19 Prozent. Die Ursachen:

Schwere Störungen der GUS-internen Arbeitsteilung. Mehr als die Hälfte des gesamten Produktionsrückgangs gehen nach Experten-Schätzungen auf das Konto des politisch motivierten Abbruchs jahrzehntelanger Lieferanten-Kunden-Beziehungen.

Drastische Einschränkung der Rüstungsausgaben. Die Staatsaufträge an die Rüstungsindustrie sind auf ein Minimum zusammengestrichen worden. Sie sanken bereits 1991 um ein Drittel – und 1992 gingen nochmals zwei Drittel verloren.

Radikaler Rückgang der Warenimporte. Die für die laufende Produktion und vor allem für die Instandhaltung des Maschinenparts benötigten Importe haben sich mangels Devisen bereits 1991 halbiert – und setzten diesen Abwärtstrend auch 1992 fort.

Explosion der Energiepreise. Die einst hochsubventionierten administrierten Energiepreise sind nach der Freigabe förmlich explodiert. Im Januar 1993 wurde Benzin um 50 Prozent teurer, für Rohöl muß zwischen 30 und 80 Prozent mehr bezahlt werden. Dies hat die verarbeitende Industrie hart getroffen.

Absturz der privaten Nachfrage. Die russischen Realeinkommen sind rapide zurückgegangen, etwa die Hälfte der Bürger lebt am Existenzminimum.

Die Vielfalt der Krisenursachen erklärt, warum 1992 keine einzige Branche ihre Produktion auch nur annähernd halten konnte. Noch relativ glimpflich kamen die Holzwirtschaft und die Energiewirtschaft davon – sie schrumpften, gestützt durch die Exporte, nur mit einstelligen Prozentsätzen. Alle Branchen, die überwiegend für den Binnenmarkt produzieren, mußten dagegen hohe zweistellige Einbußen hinnehmen.

Mehr als 20 Prozent Minus machte 1992 der Maschinenbau, seit Jahrzehnten größtes Bollwerk in der russischen Industrielandschaft.

Der Anteil des Maschinenbaus ist seit Beginn der System-Transformation um neun Prozentpunkte geschrumpft.

Hinter diesen Terrain-Verlusten steckt zum einen das Konversionsproblem. Denn viel stärker als die Gesamtproduktion sank die Herstellung von Rüstungsgütern – um etwa 50 Prozent. Nur noch ein Fünftel der Produktion im früheren militärisch-industriellen Komplex soll 1993 auf Rüstungsgüter entfallen – auf längere Sicht ein erwünschter Strukturwandel.

Höhere Produktionsziffern im Fahrzeugbau

Zum anderen erklären sich die Anteilsverluste des Maschinenbaus aus den gewaltigen Einbußen in ausgerechnet jenen Zweigen, die in Rußlands ökonomischer Zukunft eine Schlüsselrolle spielen sollen:

So schrumpfte die Produktion von Straßenbaumaschinen um mehr als 25 Prozent, von Drehautomaten um 30 Prozent, von Präzisionsmaschinen um 35 Prozent, von NC-Zerspanungsmaschinen um 60 Prozent.

In 1993 droht ein weiterer Rückgang – so bei Werkzeugmaschinen, Landmaschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen.

Höhere Produktionsziffern zeichnen sich nur im Fahrzeugbau ab.

Die russische Regierung ist guter Dinge, daß sich der Rückgang der gesamten Industrieproduktion 1993 auf höchstens zehn Prozent begrenzen läßt. Danach soll die Schrumpf-Kur ausgestanden sein. Die Chefs der russischen Industriebetriebe sind da noch etwas skeptischer. □

Es ist das größte Warenhaus der ehemaligen Sowjetunion: GUM. Die Initialien bedeuten: »Staatliches Warenhaus«.

Frankreich

Vergangenheitsbewältigung auf französisch

Beat Christoph Baeschlin

Anfangs Februar 1993 hat Staatspräsident Mitterrand verfügt, daß von nun an jedes Jahr am 16. Juli ein Gedenktag abzuhalten sei, in Erinnerung an die am 16. Juli 1942 in Frankreich vorgenommenen Massenverhaftungen von Juden. Die politik- und meinungsmachenden Kreise Frankreichs sind von zionistischer Seite stark unter Druck gesetzt worden, damit dieses »Sühnezeichen« gesetzt werde. Die Offensive hatte Mitte November 1992 begonnen, indem der Vorsitzende der »Jüdischen Organisationen Frankreichs« verlangte, daß endlich mit Vergangenheitsbewältigung ernstgemacht werde.

Der Präsident der Abgeordnetenkammer, der Sozialist Emanuelli, nahm das Thema sogleich auf. Er forderte, daß der französische Staat um Verzeihung bitten solle, für das vor einem halben Jahrhundert vom damaligen »absolutistischen Regime des Marschalls Pétain begangene Unrecht«. Sogleich erklärte der etwas gefühlsduselige Sozialist Jospin seine volle Unterstützung und wünschte Vergangenheitsbewältigung nach deutschem Vorbild: »Wie Willy Brandt müssen wir mit demütigem Niederknien Abbitte leisten!«, rief er schwärmerisch aus.

Späte, sehr späte Reue

Es ist eine sonderbare Sache um diese Reue für eine mehr als 50 Jahre zurückliegende Verfehlung, die wohl eher der Besatzungsmacht als dem damaligen politischen Regime anzulasten ist. Aber vielleicht geht es weniger um Sühne als um einen Triumph der zionistischen Organisationen über den heutigen französischen Staat. Auffällig ist es, daß, je stärker die Pro-Maastricht- und Pro-Europa-Lobby wird, desto angriffiger drängen sich die zionistischen Organisationen in den Vordergrund. Man könnte meinen, es bestünde ein Zusammenhang zwischen dem einen und dem anderen.

Die größte Sonderbarkeit liegt aber darin, daß – je kräftiger die zionistischen Organisationen auf die Pauke schlagen und im öffentlichen Leben den Ton anzugeben suchen, desto mehr erklären sie sich »bedroht«. So hat die »Internationale jüdische Information« bekanntgegeben, daß die jüdische Minderheit in Frankreich »in gefährlicher Weise bedrängt« werde. Und worauf stützt sich dieser Alarmruf? Die »Internationale jüdische Information« berichtete, daß »eine kraftvolle neo-nationalsozialistische Presse in Frankreich sowohl in den Städten als auch auf dem Land sich »ungehindert ausbreitet und die Auslagen der Kioske überschwemmt mit ihrem ekelerregenden Geschreibsel, das in die Seelen der Menschen einträufelt, ohne auf ernstzunehmenden Widerstand zu stoßen...«

Wahrlich, da staunt der Laie, wenn von »neo-nationalsozialistischen Meinungsäußerungen« die Rede ist ... und das in Frankreich!

Es ist doch nicht ganz überzeugend, daß die Juden in Frankreich zu einem Zeitpunkt, wo die zionistischen Organisationen eine ungewöhnlich starke Machtposition innehaben. Die Frage mag sich stellen, ob diese »Bedrohung« angerufen wird, um die bestehende Machtposition noch zu festigen, oder ob sich Abwehrkräfte sammeln gegen wachsende zionistische Einflußnahme. Es ist auch denkbar, daß der in Frankreich unter einer klaren Torschlußpanik leidende Sozialismus unter Druck gesetzt wird, damit er vor seinem Abtreten noch handfeste Zugeständnisse einräume.

Die künstliche Panikmache

Was hat die zionistischen Organisationen Frankreichs plötzlich so sehr in Aufruhr gebracht? Der Anlaß oder Vorwand war so unscheinbar wie nur möglich: Die zionistischen Organisationen gaben sich unmäßig erschrocken und empört, daß Staatspräsident Mitterrand am 11. November 1992 zur Erinnerung an den Sieg im Ersten Weltkrieg in seinem persönlichen Namen einen Kranz auf das Grab Marschall Pétains hatte legen lassen. Unvermutet wurde diese Ehrung als Beleidigung der Juden ausgelegt. War doch im Zusammenhang mit der Feier zur Erinnerung an die Juden-Razzien von 1942 behauptet worden, Marschall Pétain wäre persönlich verantwortlich gewesen für die antijüdischen Maßnahmen.

Zu der von Präsident Mitterrand angeordneten Kranzniederlegung ist zu sagen, daß er das seit dem 11. November 1981 jedes Jahr getan hat, ohne daß daraus jemals irgendwelches Aufhebens gemacht worden wäre. Aber seitdem die »europäische« Bevormundung durch die Brüsseler Superbürokratie kraftvoll im Wachsen begriffen ist, wurde plötzlich diese Geste als »vaterländisch-reaktionär« bewertet und mit schwerem Geschützfeuer bekämpft.

Zwar ist Mitterrand in diesem Punkt in hohem Maße erpressbar, denn er wirkte während der deutschen Besetzung als eifriger Beamter des Vichy-Staates. Mehr noch: Mitterrand hat von Marschall Pétain seiner Zeit die höchste Auszeichnung des Regimes erhalten, den Orden der »Francisque«. Wer diesen Orden erhielt mußte schwören, daß er »seine Person dem Marschall zum Geschenk mache«. Diese Besonderheit ist natürlich nicht leicht in die Legende einzubauen, wonach Mitterrand ein großer »Widerstandskämpfer gegen die deutsche Besetzung« gewesen sei. Da die zionistische Minderheit im Informationswesen über eine sehr starke Position verfügt, genügt natürlich ein Hinweis auf diesen Punkt, um Mitterrand zu veranlassen, gewisse Wünsche zu erfüllen.

Die Legende vom bösen Vichy-Staat

Das politische Regime des von Marschall Pétain gelenkten provisorischen Staates Frankreich von 1940 bis 1944 wird allgemein als üble faschistische Diktatur abgekanzelt. Da die heutige »Information« sich vorzüglich durch primitive Vereinfachung kennzeichnet, werden bedeutende Dinge einfach verschwiegen, zum Beispiel, daß Frankreich 1940 eine moralische Erschütterung ohnegleichen erlebt hat: In ein paar Wochen war ihm die empfindlichste militärische Niederlage seiner mehr als tausendjährigen Geschichte zugefügt worden. Die als unüberwindlich gepriesene Armee ist im Mai/Juni 1940 kurzerhand vernichtet worden.

Darüber hat auch das einfältige Gerede vom »brutalen deutschen Überfall« nicht hinwegtäuschen können.

Wie 1914 hat auch 1939 eine Regierung der internationalistischen und »pazifistischen« Linken dem Deutschen Reich den Krieg erklärt, beide Male wegen Ereignissen, die sich im Osten Europas abspielten. Im Juli 1914 war es wegen Serbien und im Jahre 1939 handelte es sich um die wenig lebensfähige Tschechoslowakei, sowie um Danzig und um Polen. All das war nur Vorwand. In Wirklichkeit ging es um die Zerstörung des kraftstrotzenden Deutschen Reiches.

Nun war 1940 aber Frankreichs Macht zerstört worden. Hitler wollte nicht ganz Frankreich besetzen, sondern begnügte sich mit der Hälfte des Landes und der ganzen Atlantik-Küste. Was südlich der Loire liegt, sollte mili-

tärisch unbesetzt bleiben, unter der Leitung eigenständiger französischer Behörden – Hitler war da also toleranter als die demokratischen Sieger über Deutschland!

Doch da ergab sich 1940 die schwierige Frage: Wer will in Frankreich die Regierung stellen? Der Präsident der französischen Republik hatte sich während des deutschen Einmarsches in Paris auf sein Landgut verzogen und mimte den toten Käfer.

Die Regierung hatte sich in Dunst und Nebel aufgelöst, ebenso das militärische Oberkommando. Trotzdem die ganze Flotte sowie das ganze Kolonialreich intakt geblieben waren, gab es niemanden mehr, der für diese beiden Machtfaktoren Befehle zu erteilen vermochte. So total war die Niederlage.

Der Feldmarschall als Vater des Vaterlandes

Endlich versammelten sich einige Parlamentarier des im Jahre 1936 gewählten Abgeordnetenhauses, um irgendwelche Autorität zu bezeichnen, die im Namen des total besiegten Frankreichs sprechen und walten sollte. Feldmarschall Philippe Pétain, der sowohl in Frankreich als auch in Deutschland großen Respekt einflößte, war der einzige, der in Frage kam und der bereit war, diese Rolle zu übernehmen. Jede Art von parlamentarisch-demokratischer Republik hätte damals nur schmerzliches Gelächter ausgelöst. Erschien doch diese Staatsform als schuldig am totalen Fiasko und somit als Inbegriff politischer und militärischer Unfähigkeit. Nur eine Symbolfigur einstiger militärischer Macht und Widerstandskraft konnte dem vollständig entmutigten Volke noch eine gewisse Zukunftshoffnung vermitteln. Pétain war die charismatische Figur, zu der das Volk wie zu einem Monarchen, einem Vater des Vaterlandes, aufblickte.

Nach der vollständigen Besetzung Frankreichs im November 1942 war das Vichy-Regime bloß noch ein fiktives Staatsgebilde, über dem die mißtrauische und schon wegen der Sprachbarriere verunsicherte deutsche Besatzung wachte. Die Razzien gegen die zahlreich nach Frankreich geflüchteten Juden sind eindeutig der Besatzungsmacht anzulasten.

Die Deutschen haben in jahrzehntelanger militärischer Besetzung erfahren – aber vielleicht merken sie es gar nicht mehr! –, daß die Besatzer bis in die intimsten Bezirke des Staatsbetriebes und des Privatlebens hineinwirken. Die schweren Beschuldigungen, die nach einem halben Jahrhundert gegen das machtlose Vichy-Regime geschleudert werden, grenzen schon an Erpressung. Wenn nun unvermutet dieser machtlosen politischen Struktur eine unbändige aktive Judenverfolgung angelastet wird, dann geht es um höchste Einsätze und letztmögliche Ziele. Nämlich um nichts Geringeres als darum, die moralische Widerstandskraft des Volkes zu brechen.

Die Vergangenheitsbewältigung heißt, das vaterländische Bewußtsein eines Volkes ausmerzen. Die deutschen Sieger erlaubten dem Marschall Pétain, das Gegenteil zu tun. So hat dieser im Juni 1940 die Verantwortlichen der militärischen Niederlage schonungslos beim Namen genannt, insbesondere die politischen Parteien, vor allem die der Linken. Diese hatten einerseits die Armee planmäßig sabotiert und das Volk mit Hilfe ihrer marxistischen Theorien der moralischen Zersetzung entgegengeführt. Aber andererseits hat die Volksfront-Regierung trotzdem am 2. September 1939 das Volk in das Kriegsabenteuer gestürzt. Marschall Pétain hat alle Anstrengungen unternommen, um eine moralische Aufrüstung des Volkes zu bewirken, indem er dem Volk neues Selbstbewußtsein, Vaterlandsliebe, Familiensinn und religiösen Halt vermitteln wollte.

Im Gegensatz dazu haben die Sieger und Besatzer in Deutschland seit 1945 das genaue Gegenteil von dem allem planmäßig angestrebt. Die Verunsicherung und Demoralisierung des deutschen Volkes ist unentwegt vorangetrieben worden. Die Krönung und das Endziel dieser Bemühungen ist der Vertrag von Maastricht. Dieser kann nur verwirklicht werden, wenn in allen Mitgliedstaaten jegliches nationale Selbstbewußtsein und jegliche Art vaterländischer Gesinnung ausgerottet sind. □

USA

Desinformation und Täuschung um Irangate-Geheimnisse

Coddie Chubb

Ende Oktober 1992 erhielt der britische Journalist Con Coughlin vom Londoner »Sunday Telegraph« einen Telefonanruf von einem Mann, den er schon seit Jahren suchte. Dieser geheimnisvolle Mann war eine Schlüsselfigur in Coughlin's kürzlich veröffentlichtem Buch »Hostage«, eine Geschichte der Waffen-für-Geiseln-Deals von Mitte der achtziger Jahre.

Laut »Hostage« war diese Schattenfigur ein von dem CIA unterstützter Geschäftsmann-Spion, der Verbindungen zu den islamischen Jihad-Entführern unterhielt.

Geheimnisvoller Mord an CIA-Spion

Coughlin war über den Anruf erstaunt, der wie er sagt, »aus blauem Himmel« kam.

»Drei Jahre lang hatte ich versucht, einem Mann auf die Spur zu kommen, den ich nur als Spiro kannte, der als Geheimagent für den MI-6 (britischer Geheimdienst) und den CIA gearbeitet und bei der Organisierung der Reise Terry Waites in den Libanon eine Schlüsselrolle gespielt hatte«, schrieb er später im »Telegraph«.

Terry Waite war ein Repräsentant der Anglikanischen Kirche des Vereinigten Königreichs, der in den Libanon entsandt wurde, um wegen der Freilassung der Geiseln zu verhandeln. Er wurde selbst als Geisel genommen und beschuldigt, ein Agent des amerikanischen Geheimdienstes zu sein, was er jedoch bestritt.

Bevor er den Hörer auflegte, sagte Spiro zu Coughlin, er werde Mitte November nach London reisen – vielleicht könne man sich dort treffen.

Aber zwei Wochen später war Spiro tot, das Opfer einer Zyanidvergiftung. Seine Leiche wurde am 8. November 1992 an einer entlegenen Stelle der kalifornischen Wüste Anza-Borrego, etwa 90 Meilen nördlich von San Diego, aufgefunden. Wenige Tage zuvor waren die Leichen seiner Frau, Gail, und ihrer drei Kinder in ihren Betten in Rancho Santa Fe, einer Gemeinde nördlich von San Diego, die ein sehr teures Pflaster ist, gefunden worden.

Nach anfänglichen Presseberichten wurden die Vier aus kürzester Entfernung durch den Kopf geschossen, wahrscheinlich um den 2. November herum. Ihre Leichen wiesen keine Spuren eines Kampfes auf.

Warum wurde Spiro getötet?

Allem Anschein nach waren die Todesfälle des 46jährigen Ian Stuart Spiro und seiner Familie pro-

USA

Des-information und Täuschung um Irangate-Geheimnisse

fessionelle, gut geplante Hinrichtungen. Und für Coughlin und andere Londoner Journalisten fehlte es nicht an möglichen Erklärungen: Spiro wurde getötet, weil er dabei war, Geheimnisse des Waffen-gegen-Geisel-Tausches preiszugeben; Spiro wurde getötet, weil er versuchte, seine alten Spionage-Kontaktleute zu erpressen; Spiro wurde als Doppelagent entlarvt; Spiro wurde aus Rache getötet, weil er einen iranischen Geschäftsmann betrogen hatte.

Mehrere Wochen lang bot der Fall Spiro in London Stoff für Nachrichten auf der ersten Seite der Zeitungen. Seltsamerweise behandelten amerikanische Zeitungen die Tötungen eher beiläufig und brachten Berichte, in denen der mehrfache Mord als möglicher Mord-Selbstmord dargestellt wurde.

Außerhalb des südlichen Kaliforniens wurde in den amerikanischen Medien kaum darüber berichtet.
Die führenden Tageszeitungen des Landes – die »New York Times«, die »Washington Post«, das »Wall Street Journal« und »USA Today« – vermieden das Thema gänzlich. Ebenfalls »Time«, »Newsweek« und »U.S. News and World Report«. Im Vergleich dazu widmete das kanadische Nachrichtenmagazin »MacLean's der Spiro-Story ganze zwei Seiten (30. November 1992).

Hat der Fall Inslaw wieder einmal zugeschlagen?

Die Morde an den Spiros vom November 1992 haben einigen Journalisten das Gefühl des déjà vu gegeben. Fünfzehn Monate vor dem Tode Ian Spiros und seiner Familie wurde der Reporter J. Daniel Cosolaro in einem Hotelzimmer in Martinsburg, West Virginia, tot aufgefunden. Wie Spiro wurde der Fall Casolaro von FBI-Ermittlern als scheinbarer Selbstmord erklärt. Spiro hatte Zyanid in seinem Körper, Caselaro wies aufgeschnittene Pulsadern auf. In beiden Fällen teilten die Gesetzesvollzugsbehörden den Medien mit, der Tote sei wegen »finanzieller Probleme bedrückt« gewesen. Aber Verwandte von Casolaro und Spiro bestreiten diese Merkmale.

Erzbischof von Canterbury George Carey (links) empfängt den aus libanesischer Geiselhaft entlassenen Terry Waite.

In beiden Fällen handelten die Behörden sehr schnell, um alle Beweise, die sich auf den Tod bezogen, zu vernichten oder abzuschotten. Casolaros Leiche wurde schnell einbalsamiert, bevor eine Obduktion vorgenommen werden konnte, und sein Hotelzimmer wurde gründlich gereinigt, bevor Verwandte oder die Presseleute dort eintrafen. Gleichermaßen wurden alle Unterlagen in bezug auf den Tod von Ian Spiro und seiner Familie unter Verschluß gehalten.

Weitere Parallelen: Danny Casolaro hatte ein noch nicht veröffentlichtes Buch geschrieben, in dem die Bank of Credit and Commerce International (BCCI) mit der internationalen Geldwäsche-Affäre Iran-Contra und dem Diebstahl von Promis, ein von der Firma Inslaw in Washington entwickeltes Software-Programm, durch das US-Justizministerium in Verbindung gebracht wird.

Anmerkung: Ein US-Bundesrichter für Konkursfälle sprach 1988 Inslaw acht Millionen Dollar vom US-Justizministerium an Entschädigung zu; dieser Beschluß ist inzwischen von einem Bezirksgericht rückgängig gemacht worden.

Einer von Casolaros Hauptinformanten war Michael K. Riconosciuto. Riconosciuto ist der Computer-Wissenschaftler, der im März 1991 vor dem amerikanischen Kongreß – dem Brooks-Ausschuß – aussagte, er sei vom CIA und der Firma Wackenhut beauftragt worden, Promis abzuändern, so daß es an ausländische Geheimdienste verkauft werden konnte. Kurz nach seiner Aussage wurde Risconosciuto wegen einer Drogensache festgenommen.

Er verbüßt derzeit eine 25 bis 30jährige Haftstrafe in der Justizvollzugsanstalt Terminal Island in der Nähe von Los Angeles.

Ian Spiro soll eine Schlüsselkontaktperson zwischen westlichen Geheimdiensten (CIA und MI-6) und Entführern aus dem Nahen Osten gewesen sein. Vor seinem Tode behauptete er, die geheimen Lösegeldzahlungen der USA und Britanniens zur Befreiung von Geiseln arrangiert zu haben – Zahlungen, die über die BCCI liefen. Es scheint, daß Spiro auch ein Geschäftspartner von Riconosciuto war. Letzterer hat gesagt, Spiro sei der Hüter der Computerdisketten gewesen, auf denen Riconosciuto alle seine Akten und Quellenschlüssel gespeichert hatte.

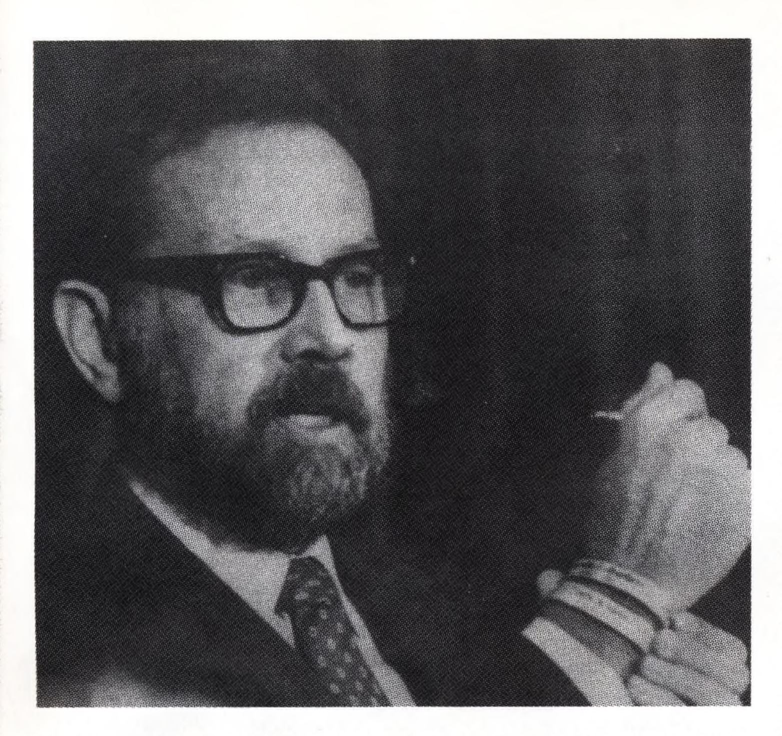
Letztere Behauptung läßt darauf schließen, daß Spiro nicht von einem rachsüchtigen Geschäftspartner oder von nahöstlichen Terroristen, sondern vielmehr von einer amerikanischen Schlägertruppe auf Befehl der gleichen CIA/US-Justizministerium-Interessen, die das Software-Programm Promis von Inslaw stahlen, ermordet wurde.

Vertuschungen in der Presse

Je mehr man amerikanische und ausländische Presseberichte über den Fall Spiro miteinander vergleicht, desto mehr erscheint dies als Vertuschung seitens der amerikanischen Presse. Hier einige Beispiele: Presse- und Fernsehberichte aus San Diego bezeichnen Spiro gewöhnlich als »britischen Geschäftsmann«. In Wirklichkeit war Spiro, wie in der englischen und kanadischen Presse berichtet wurde, ein »in London geborener Jude«, der viele Jahre im Libanon verbrachte und dort an einer Universität studierte. Im Nahen Osten gab sich Spiro oft als »Grieche« aus. Er vertraute seinen Freunden und Verwandten an, er befürchte Repressalien von islamischen Kontakten, wenn seine wahre Volkszugehörigkeit bekannt würde.

In der Presse des südlichen Kaliforniens wird Spiros Spionagetätigkeit als die einer »CIA-Kontaktperson auf niedriger Ebene« abgetan. Londoner Zeitungen – der »Sunday Telegraph«, der »Observer« und die »Times« – berichteten jedoch, Spiro sei der Hauptverbindungsmann zwischen westlichen Geheimdiensten und libanesischen Entführern gewesen. Außer seiner Arbeit für den CIA habe Spiro mit oder für MI-6 und den israelischen Mossad gearbeitet. Sowohl der anglikanische Gesandte Terry Waite als auch die ehemalige Geisel David Jacobson bestätigen Spiros Schlüsselrolle bei den Geisel-Verhandlungen.

Die örtliche Presse und das Fernsehen berichteten, Spiro habe sich und seine Familie wahrscheinlich deswegen getötet, weil er über finanzielle Rückschläge bedrückt gewesen sei. Die Medien behaupteten sogar irrtümlicherweise, die Spiros seien vier Monate mit ihrer Miete von 5000 Dollar pro Monat im Rückstand



Die ehemalige Geisel David Jacobsen zeigt die Handschnellen mit den Namen von anderen Personen, die im Libanon als Geisel gehalten wurden.

gewesen. In Wirklichkeit besaß Spiro zum Zeitpunkt seines Todes noch einen Bauernhof und weiteres Eigentum in Europa.

Aus Akkreditiven Londoner Banken geht hervor, daß Spiro zu dem Zeitpunkt als er 1991 nach Kalifornien zog, ein Jahreseinkommen von 400000 Dollar erzielte.

Ein unbelehrbarer Optimist

Und nach Aussage von Ian Spiros englischem Schwager, Ken Quarton, ist es äußerst unwahrscheinlich, daß Spiro sich wegen finanzieller Rückschläge getötet haben soll. Quarton bezeichnete Spiro als unbelehrbaren Optimisten, der mehrmals ein Vermögen gemacht und wieder verloren hätte: »Er machte sich keine Sorgen darüber, ob er mit fünf Millionen Dollar in der Kreide stand oder zehn Millionen Dollar auf der Bank hatte«, sagte er zu einem Korrespondenten der »Los Angeles Times«.

Der ständige Strom von Desinformationen in örtlichen Presseberichten ist natürlich kein Zufall. Ein Großteil davon geht auf das FBI und örtliche Gesetzesvollzugsbehörden zurück, die versuchten, einen Deckel auf diesen Fall zu setzen, als er im November erstmals explodierte.

»Sie versuchen, uns weiszumachen, es sei ein Mord-Selbstmord gewesen, obwohl dies ganz offensichtlich nicht der Fall ist«, bestätigt ein Reporter an einer der vier Tageszeitungen im Raume San Diego. »Sie haben nicht den geringsten Beweis für ihre Theorie vorgelegt; sie haben in der Tat jedes winzige Beweisstück in diesem Fall versiegelt und zurückgehalten.«

Dieses Beweismaterial beinhaltet: die persönlichen Papiere, Tonbänder und das Haushaltsinventar des Spiro-Hauses; den Zustand der fünf Spiro-Leichen, als sie aufgefunden wurden; die Berichte des Leichenbeschauers, aus denen die Art von Kugeln, die zur Tötung von Gail Spiro und der drei Kinder benutzt wurden, hervorgeht; und sogar den Original-Durchsuchungsbefehl und Berichte der Beamten vom 5. November, als die Leichen von Gail und den Kindern zuerst entdeckt wurden.

Eine Zurückbehaltung solcher Unterlagen ist in einem Mordfall höchst ungewöhnlich, besonders in einem Fall, den die Gesetzesvollzugsbeamten als eine ganz gewöhnliche Tötung in Amerika darzustellen versuchen. Eine Zeitung, der »Blade-Citizen«, ist zweimal vor Gericht gegangen, um die Freigabe dieser Dokumente zu erzwingen. Beide Male lehnten die Richter ab und behaupteten, eine Veröffentlichung der Fakten würde »die Untersuchung behindern«.

Alle Aufzeichnungen wurden versiegelt

Außer alle wesentlichen Aufzeichnungen zu versiegeln, haben die Untersuchungsbeamten die Nachrichtenmedien mit einer Kampagne der Desinformation manipuliert. Seit Mitte November 1992 rufen »Gesetzesvollzugs-Experten« Zeitungs- und Fernsehreporter an und bieten verlockende, unerbetene Brokken über den Fall Spiro an. Diese »Experten« bestehen immer wieder auf Anonymität, nachdem sie den Reportern erzählt haben, es gebe beträchtliche neue Beweise dafür, daß Ian Spiro seine Frau und Kinder getötet habe. Wie bereits gesagt, der Beweis selbst wird niemals freigegeben.

Der Hauptkanal für diese Desinformationskampagne ist die »San Diego Union-Tribune«, eine von der Copley Press verlegte Tageszeitung. Seit Dezember bringt die »Union-Tribune« eine Artikelserie über den Fall, die lediglich aus spekulativen Zitaten aus diesen nicht genannten Quellen besteht. Ein Beispiel aus der Ausgabe vom 30. Dezember 1992:

»›Aus dem Spiro-Tonband geht für jeden, der es abhört, hervor, daß er (Spiro) die Familie umbrachte‹, sagt ein Informant, der darum bat, nicht namentlich genannt zu werden.

›Und es besteht kein Zweifel daran, daß er 5150 ist‹, sagt der Informant und bezieht sich dabei auf den vom Gesetzesvollzug angewendeten Paragraphen des Strafgesetzbuches, um eine geistig labile oder geisteskranke Person zu bezeichnen.«

In jüngerer Zeit basierte die Zeitung eine ganze Geschichte auf der Enthüllung, daß Spiro einst ein Ouija-Brett gekauft habe. Die »Union-Tribune« spekulierte, daß Spiro so verzweifelt gewesen sei, daß er diese Wahrsage-Vorrichtung benutzte, um Lotteriezahlen vorauszusagen. Der anonyme Informant konnte das eigentliche Ouija-Brett nicht vorweisen, daher druckte die Zeitung den Bericht mit dem Begleitfoto eines Ouija-Bretts aus einem nahegelegenen Spielzeuggeschäft ab.

Offizielle Version ohne Beweismaterial

Dies läuft alles auf das Bild eines furchtsamen und bedrückten Wahnsinnigen hinaus, der sich so weit von der Realität entfernt habe, daß er behauptete, ein Spionage-Aß gewesen zu sein, und dann seine Familie umbrachte, als er seine Rechnungen nicht mehr bezahlen konnte.

Dies ist zumindest die offizielle Version in San Diego. Das Dumme ist nur, daß niemals auch nur ein Fetzen von Beweismaterial vorgelegt wurde, um die Story zu untermauern.

Die Verwandten von Ian Spiro haben Lawrence T. Walsh, den Ankläger in der Iran-Contra-Sache, gebeten, die Umstände um den Tod Spiros und seiner Familie zu untersuchen. Die Verwandten glauben fest daran, daß die US-Regierung – speziell der CIA – für den vierfachen Mord verantwortlich sind.

Ken Quarton, Halbbruder von Gail Spiro, sagte, er sei im Mai 1987 bei der Familie in Frankreich zu Besuch gewesen, als Spiro nach Washington beordert wurde und an Bord einer Passagiermaschine vom Typ Concorde auf Kosten der amerikanischen Regierung dorthin geflogen sei. Dies, zusammen mit anderen Umständen, überzeugte die Anverwandten davon, daß Spiro tief in den Iran-Contra-Skandal verwickelt war.

Spiro selbst war bei seinen Verwandten nicht besonders beliebt, sie bezeichnen ihn als Betreiber eines Doppelspiels. Greg Quarton, ein anderer Halbbruder des ermordeten Gail Spiro, sagte, Spiro »lebte auf Kosten aller anderen ganz für seine Familie«. Walsh hat bislang noch nicht auf das Ersuchen der Verwandten reagiert. □



Balance-Akt zwischen Versprechen und Pragmatismus

Victor Marchetti

Nun, wir werden sehr bald erfahren, wie »slick« – schlau, gerissen – »Slick Willie« Clinton eigentlich ist. Bislang hat er in Washington noch nicht einmal einen Haushaltsplan aufgestellt und schon sind viele Leute – darunter viele seiner eigenen Anhänger – wütend auf ihn. Sein Grundproblem besteht darin, daß er zu vielen Leuten zu viele Versprechungen gemacht hat. Er sagte jedem, was er oder sie hören wollten. Dadurch ist er gewählt worden, aber jetzt wird langsam klar, daß er niemals in der Lage sein wird – oder auch niemals beabsichtigt hat –, die meisten seiner Wahlkampfversprechen zu erfüllen. Es sieht schon sehr danach aus, daß der »Schlaue Willi« die Dinge ziemlich schnell vermasseln wird.

Das ganze Gerede im vergangenen Herbst über Förderung des Wirtschaftswachstums, Halbierung des Defizits und Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze – kann man vergessen. Aufbau der Infrastruktur Amerikas, die Wirtschaft in die Startlöcher bringen und Senkung der Steuern für die Mittelklasse – machen Sie Witze? Dieser Mann und seine Mitarbeiter weichen jetzt schon aus, wenn es um diese Versprechen geht. Sie wissen nicht einmal, wie sie den aufgeblähten Personalbestand des Weißen Hauses um 25 Prozent kürzen sollen. Erinnern Sie sich an das Versprechen? Clinton wollte für den Kongreß und die übrige Regierung ein Beispiel setzen. Nun, die alte Meute von Bürokraten und Politiker lachen Willi und seine Jungen und Mädchen aus.

Der Alptraum der Wahlversprechen

Wird es dieser Mann jemals lernen, nicht mehr aus der Hüfte zu schießen? Er kam im Dezember 1992 auf einer Sieges-Rundreise nach Washington und verkündete sofort, er werde eine Anordnung erteilen, um das in der Armee geltende Verbot in bezug auf Homosexuelle zu beenden. Die Clinton-Schwulen und -Lesben tanzten auf den Straßen, während sich im US-Verteidigungsministerium die Offiziere und Soldaten fragten, ob ihr neuer Oberkommandierender verrückt geworden sei. Jetzt, wo Amerikas gewählten Präsidenten und Wehrdienstverweigerer die Tatsachen erklärt worden sind, versucht er, der Frage auszuweichen. Er läßt seinen Verteidigungsminister die Sache ausbügeln.

Viele andere Wahlkampf- und Nachwahlkampfversprechen Clintons verfolgen ihn schon wie ein Alptraum. Aber dieser Präsident geistert so leicht umher. Wie die Werbespots für Akkus redet er fortwährend drauflos. Kein Wunder also, daß er den Baby-Boomer-Preis »Mr. Congeniality« (»Mister Geistesverwandtschaft«) gewonnen hat.

Aber nach all seinen Jahren in der Politik, von seinem Rat bei den Oberschülern bis zum Gouverneursposten in Arkansas, hat Clinton gelernt, den Dingen geschickt auszuweichen. Als Präsidentschaftskandidat schrieb er in sein Wahlkampf-Manifest: »Put People First« (»Gebt den Menschen den Vorrang«). »Ich werde das Personal des Weißen Hauses um 25 Prozent kappen und den Kongreß auffordern, das Gleiche zu tun.« Nach seinem Wahlsieg sagt er: »Ich gehe jetzt dorthin und setze ein Beispiel. Ich werde das Personal des Weißen Hauses um 25 Prozent verringern.« Man beachte, daß er den Kongreß schon sanft herausgepaukt hat.

Nun höre man sich einmal an, was Clintons Hauptsprecher George Stephanopoulos zu sagen hatte, als er kürzlich wegen der Versprechen seines Herrn und Meisters angesprochen wurde: »Wir stecken gerade mitten darin. Wir haben das Ziel vor Augen ... Ich weiß nicht, wie lange das dauern wird.« Auf gut Deutsch: »Oh, die Sache mit den 25 Prozent. Das ist eine Zielvorstellung, keine Verpflichtung.«

Neue Steuern sind im Gespräch

Wenn der Mann schon keine kleinen Wahlversprechen einhalten kann, wie soll er dann die großen erfüllen? Einige freundliche Zyniker entschuldigen sich bereits für Clinton. »Wie viele Präsidenten in der Vergangenheit, wird er direkt, von Angesicht zu Angesicht, mit der Wirklichkeit konfrontiert. Er steckt nur deshalb etwas tiefer in Schwierigkeiten als viele Präsidenten vor ihm, weil er mehr Versprechen gemacht hat als sie und seine Versprechen spezifischer waren«, sagte Stephen Hess von der Brookings Institution in Washington. »Das amerikanische Volk räumt einem neuen Präsidenten angemessene Bewegungsfreiheit ein. Da man den Versprechen seiner Präsidentschafts-Kandidaten von vornherein keinen Glauben schenkt, regt man sich in Amerika kaum auf, wenn Präsidenten ihre Versprechen nicht einhalten.«

Clinton macht bereits stark von seiner »Bewegungsfreiheit« Gebrauch. Sein Versprechen, er werde die Steuern der Mittelklasse senken, hat sich schon beinahe in Luft aufgelöst. Slick Willie scharwendzelt um andere herum, und mit seiner Wahl des ehemaligen Abgeordneten aus Kalifornien, Leon Panetta, zum Leiter des Office of Management and Budget hat er sein Versprechen so gut wie über Bord geworfen. Indessen hat die Wirtschafts-Mannschaft Clintons – schon damit begonnen, das gefürchtete »S«-Wort – sacrifice – (Opfer) zu benutzen. Der neue Finanzminister Lloyd Bentsen, der ehemalige Senator und Milliardär aus Texas, sagt, daß vorausgesagte höhere Haushaltsdefizite es nicht nur erschweren werden, Steuern zu senken, sondern daß diese möglicherweise sogar erhöht werden müssen. Er schlug vor, bei der IRS (Einkommensteuerbehörde) sollte man mehr Rechnungsprüfer einstellen, um die Eintreibung von Steuern zu intensivieren. Er räumte auch ein, Clintons Berater zögen eine Benzinsteuer und die Beschleunigung von Plänen, für den Empfang von Sozialleistungen eine Altersgrenze festzusetzen, in Erwägung.

Während des Wahlkampfs hatten Clinton und seine Wahlhelfer wiederholt gesagt, bis zum Zeitpunkt seiner Amtsübernahme, am 20. Januar dieses Jahres, hätten sie einen Plan zur wirtschaftlichen Erholung fix und fertig in der Schublade. Einer seiner Haupt-Wirtschaftsberater, Arbeitsminister Robert Reich, sagte, Clinton plane, sein Wirtschaftserholungs-Paket schon vor seiner Vereidigung den führenden Persönlichkeiten des Kongresses vorzulegen, so daß der Kongreß sich unverzüglich damit befassen könne. Auch dieses Versprechen ist Schall und Rauch.

Vielen Leuten viele Versprechen gemacht

»Wir überprüfen die genaue Lage, mit der wir es unter dem Aspekt des Defizits zu tun haben«, sagte Stephanopoulos neulich. »Ich glaube, was wir versuchen werden zu tun, ist, dafür zu sorgen, daß wir das ganze Paket zusammenbekommen und es im Zusammenhang vorlegen können, und wir werden es in den nächsten Wochen haben.« Auf gut Deutsch: »Oh, die Sache mit der wirtschaftlichen Erholung.

Naturalization-Service (Einwanderer-Behörde) zu überwachen. Keine Sorge, wie man sagt, es ist nur ein weiterer Interessenskonflikt, den sie irgendwie umgehen muß.

Außer diesen und anderen seltsamen Vögeln – Clinton hat den Interessensgruppen-Anwalt und japanischen Gesellschafter Mickey Kantor zum US-Trade Representative ernannt –, hat der neue US-Präsident die Feministen, Schwule und Lesben, die israelfreundlichen Neokonservativen, und den ultra-liberalen Democratic Leadership Council mit seiner pragmatisch inspirierten politischen Personenauswahl in Wut versetzt. Sie sind besonders darüber verärgert, daß er Partei-Insider für die Spitzenstellungen ausgesucht hat.

Clintons Flitterwochen sind zu Ende

»Es ist Zeit, sich die Frage zu stellen, wer diese Regierung übernimmt«, sagt ein gemäßigter Demokrat. Ein verärgerter Neokonservativer fragte: »Sagen Sie mir, wie sich diese Gruppe eigentlich von einem Kabinett, das Jimmy Carter, Walter Mondale oder Michael Dukatis gebildet hätten, unterscheidet?«
Der langjährige Beobachter der Washingtoner Szene, Morton Kondracke, berichtet: »Der gesunde Menschenverstand, der während des Clinton-Wahlkampfes unter verschiedenen Flügeln und Interessensgruppen in der Demokratischen Partei vorherrschte, hat sich praktisch in Luft aufgelöst ... jetzt ist eine erbarmungslose Postenjägerei im Gange.« Das Gerangel wird als »mittelalterlich, grotesk und ekelhaft« bezeichnet.
Kondracke sagt: »Es ist traurig. Bill Clinton ist gerade US-Präsident geworden, und schon sind seine Flitterwochen zuende – selbst in seiner eigenen politischen Familie.«

Die Moral von der Geschichte ist: Wählt keinen närrischen Polit-Clown, der seine Sylvesterabende in einem »Renaissance Retreat« (Renaissance-Refugium) verbringt, dort mit anderen Rechtsanwälten leeres Stroh drischt und etwas wackelig auf den Beinen davon schwafelt, wie die Regierung geführt werden muß. □



Der neue US-Präsident Bill Clinton hat große Schwierigkeiten seine vielen Wahlkampfversprechen zu erfüllen.

Das ist eine Zielvorstellung, keine eiserne Verpflichtung.«

Während Clinton damit beschäftigt ist, immer wieder abzutauchen und seinen Wahlversprechen auszuweichen, hat er sich mit all den Versprechungen, die er den einzelnen Wählerschichten – speziell den ultra-liberalen und Israel-freundlichen Cliquen –, die ihn ins Amt brachten, gemacht hat, so ziemlich in die Nesseln gesetzt. Das grundlegende Problem ist hier wiederum, daß er zu vielen Leuten zu viele Versprechungen gemacht hat. Das sekundäre Problem besteht darin, daß Clinton anscheinend niemand anders einfällt, den er in Washington zu seinen Mitarbeitern macht, als immer wieder ein Rechtsanwalt. Und was noch schlimmer ist, einige der von Bill Auserwählten werden schon langsam sauer. Und er ist noch nicht einmal richtig ins Weiße Haus eingezogen.

Seine Wahl des ehemaligen Vorsitzenden des National Committee der Demokraten, Ron Brown, zum Handelsminister erweist sich als sehr unangenehme Erfahrung. Als schnell spurtender Lobbyist, ausländischer Agent – Japan und Haiti – und politischer Hans-Dampf-in-allen-Gassen wurde Brown bei seiner Bestätigungsanhörung vor dem Senat freundlich empfangen. Es gab nur Umarmungen und Bruderküsse. Er ist »ihr« Mann. Die Leute auf Capitol Hill wissen eben genau, wer ihre Butterbrote schmiert und ihre Wahlkampfkassen füllt. Auch Clinton weiß das. Deswegen wählte er Brown in erster Linie aus.

Die Leichtfertigkeit der neuen US-Regierung

Brown ist bei den Politikern und Sonderinteressen in der Stadt so beliebt, daß die »Friends of Ron« (Freunde von Ron) für ihn eine Sieges-Fete planten, die nur drei Tage vor Clintons Vereidigung stattfinden sollte. Firmen, Anwaltspraxen und andere Freunde zahlten 10000 Dollar pro Knall, um die Feierlichkeiten zu finanzieren, so daß sich einige Leute in Washington schon fragten, wer denn nun eigentlich zum Präsidenten gewählt worden sei. Brown wurde für den designierten Präsidenten zu einer Public Relations-Peinlichkeit, daher beschloß der ehemalige Parteichef huldvoll, die Party in letzter Minute abzublasen. Aber der Schaden für die hereinkommende saxophonische, »Putting People First«-Regierung Clintons war angerichtet worden.

Hinzu kommt noch, daß Clintons Wahl für den Generalstaatsanwalt auf Miss Zoe Baird fiel. Sie hatte durch rechtliche Vertretung von Aetna Life, Casualty und General Electric sowie Leute dieses Schlages tonnenweise Geld gescheffelt. Frau Baird gibt ihre Vermögenswerte mit insgesamt 2,3 Millionen Dollar und ihren Verdienst im letzten Jahr mit über 500000 Dollar an. Es wurde kürzlich bekannt, daß sie in ihrem Haus in Chicago ein illegales Ausländer-Paar als Hausangestellte beschäftigt. Als Generalstaatsanwältin wird es Frau Baird obliegen, den Immigration and

Bill Clinton

»Slick Willie is back!«

Victor Marchetti

Es ist weniger als zwei Monate her, daß er als 42. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt wurde und schon trägt Bill Clinton mehr Stil – wenn man es so nennen kann – zur Schau als Substanz. Es dauerte nicht lange, bis die Versprechen aus dem Präsidentschaftswahlkampf gebrochen wurden, das doppelzüngige Gerede des Weißen Hauses und die politische Stolperei und Fummelei der neuen Regierung begannen. Kein Wunder also, daß die Washingtoner Zyniker schon sagen: »Der glattzüngige Willi« ist wieder da.

Überraschenderweise sind es die Nachrichtenmedien des liberalen Establishments, die Clintons Anfangsfehlern und -fehlschlägen am kritischsten gegenüberstehen. Was haben sie erwartet? John F. Kennedy und Camelot? Eine Woche nach der Vereidigung griff Dan Rathers Nachrichtenprogramm »CBS-TV« den neuen Präsidenten wegen seines Planes, die Steuern der Mittelklasse anzuheben und an dem Sozialversicherungswesen herumzubasteln, scharf an. Clinton wurde auch wegen seines Versagens, ein umfassendes Wirtschaftsprogramm zur Überprüfung durch den Kongreß vorzulegen und sein Kabinett schon voll besetzt zu haben – wie er während seines Wahlkampfes prahlerisch versprochen hatte –, eine Lektion erteilt. Einen Tag später züchtigte ihn die »New York Times« in ähnlicher Weise und meinte, sein negativer Spitzname »Der glattzüngige Willi« sei keine Falschbezeichnung.

Was kann man von Clinton anderes erwarten?

Einige Washingtoner Witzbolde behaupten jedoch, Clinton mag wohl einst »der glattzüngige Willi« gewesen sein, aber in diesen Tagen handele er mehr wie »Der dicke Willi«, der dumme Kerl im Weißen Haus. Seine Auswahl von Zoe Baird, die reiche jüdische Anwältin, die illegale Fremde beschäftigt und Steuerbetrug betreibt, als Generalstaatsanwalt könnte ihre Theorie sicherlich bekräftigen.
Ebenso die nicht gerade brilliante Entscheidung des neuen Präsidenten, das Verbot gegen Homosexuelle und Lesben in der Armee aufzuheben. Nun, was kann man von einem Oberkommandierenden, der den Wehrdienst verweigerte und keinen einzigen Tag in den bewaffneten Streitkräften, die er jetzt führt, verbrachte, schon anderes erwarten?

Was kaum überraschend ist, die zionistische Interessensgruppe hat ihre eigene, ziemlich seltsame Ansicht über US-Präsident Bill Clintons Anfangsleistungen. Die landesweit erscheinende jüdische Zeitung »Forward« schreibt: »Die größere Bedrohung für Israel in der amerikanischen Politik ist derzeit das ganze Gerede darüber, daß Präsident Clinton seine seit langem versprochene Steuersenkung für die Mittelklasse aufgegeben hat. Es ist eine ungeheuerliche Tatsache, daß der Präsident entschlossen zu sein scheint, das Verbot gegen die Zulassung von Homosexuellen im Militär aufzuheben.«

Die Redakteure bei »Forward« vertreten die Ansicht, daß, wenn Clinton den Kongreß und das US-Verteidigungsministerium mit der Homosexuellenfrage, die er schon im Wahlkampf zu einem Thema machte, verblüffen kann, dann bringt ihm dies eine gewisse Achtung ein. Wenn er sich dazu entschließt, mit einem so zentralen Wahlkampfversprechen, wie sein Gelübde, die Steuern zu senken, zu spielen – nach dem Motto: die Wirtschaft ist ja dumm – dann kostet es ihn nur ein Lächeln, von seinem zentralen Gelübde im Nahen Osten – das heißt, Israel zu lieben und zu ehren – wieder abzugehen.« Ein etwas eigenartiger Gedankengang, aber nachdenkenswert.

Indessen ist die israelfreundliche Lobby alles andere als voll zufrieden mit Clintons Ernennungen. Das dürfte eigentlich nicht so sein, aber andererseits neigen diese Leute dazu, gierig und etwas verrückt zu sein. Die Pro-Israel-Aktivisten meckern darüber, daß, obwohl fast 30 Prozent der von Clinton in Spitzenstellungen der Politik Berufenen Juden sind, diese zum größten Teil die »falsche Art von Juden sind«. Sie sind eben nicht zufrieden mit amerikanischen Juden, die Amerikas Interessen höher als die Interessen Israels stellen. Sie fordern, daß amerikanische Juden, die ihre Loyalität Israel gegenüber höher als Amerika stellen, Amerikas Regierung führen sollten.

Clintons falsche Art von Juden

Die Juden in der Lobby, die sich gerne als Neokonservative maskieren, sind von der Übergangsmannschaft Clintons weitgehend auf politische Posten der zweiten Ebene delegiert worden. Aber in dieser Kapazität haben sie einen festen Zugriff auf die Maschinerie der amerikanischen Nahost-Politik. Der ehemalige Botschafter im Judenstaat, Samuel Lewis,



ein Israel-Freund, wenn es jemals einen gegeben hat, ist zum Leiter des Planungsstabs des Außenministeriums auserwählt worden. Man rechnet damit, daß Lewis den Außenminister Warren Christopher – der bereits öffentlich seine Liebe zu Israel beschworen hat – an der zionistischen Kandare hält.

Martin Indyk, der kürzlich, am Tage der Präsidentschaftswahl, naturalisierte australische Zionist und ehemaliges führendes Mitglied des American Israel Public Affairs Committees (AIPAC), wurde zum Stabschef des National Security Council (NSC) gewählt. Man erwartet von Indyk, daß er den Schaden, den sein Vorgänger Richard Haas und Brent Scowcroft, Präsident Bushs Berater für nationale Sicherheit, den amerikanisch-israelischen Beziehungen zugefügt haben, wiedergutmacht, verlautet aus Kreisen der Israel-Lobby.

Die richtige ethnische Identität

Obwohl sich die israelfreundliche Gruppe zum gegenwärtigen Zeitpunkt dazu entschlossen hat, Clinton nicht mehr mit Fragen zu löchern und zu versuchen, das Beste aus dem zu machen, was sie schon von ihm bekommen haben, meckern deren Kumpel der Likud-Partei in Israel immer noch herum. Die »Jerusalem Post« beklagt sich darüber, daß »Clintons auf Positionen der Außenpolitik Nominierte weder die gängige Meinung der amerikanischen Juden, noch eine zentrale israelische Position vertreten. In Fragen des Nahen Ostens setze sich seine Regierung fast ausschließlich aus Pendants zu Yossi Salid und Shulamit Aloni (israelische Liberale) zusammen.«

Die amerikanische Judenheit ist wegen dieser Beamten besorgt. Aber anstatt die Ernennung bekannter Pro-Israel-Personen zu fordern, jammert sie über die Abwesenheit von Juden in der neuen Regierung. Angesichts der Vorgeschichte der jüdischen »Vierer-Bande«, um den ehemaligen Außenminister James Baker herum, erscheint dieser Lärm um die »richtige« ethnische Identität lächerlich.

Die jüdische Vierer-Bande bestand aus: Dennis Ross, ehemaliger Leiter der Politikplanung im US-Außenministerium; sein Gehilfe Aaron David Miller; der ehemalige stellvertretende assistierende Minister für nahöstliche Angelegenheiten Daniel Kurtzer; und der Stabschef des NSC für den Nahen Osten Richard Haass.

»Israel und seine Freunde brauchen keine jüdischen Regierungsbeamten, die Purzelbäume schlagen, um zu beweisen, daß sie unparteiisch sind, sondern intelligente Führungspersönlichkeiten, die die von Clinton während seines Wahlkampfes artikulierte einfühlsame Politik betreiben.«

Offensichtlich wissen diese Starrköpfe nicht, wer »Slick Willie« ist.

Wer hilft dem neuen US-Präsidenten aus der Patsche?

Clinton ließ es so langsam damit gehen, seine Leute auf der Ebene des Unterkabinetts an Ort und Stelle zu setzen, daß er jetzt beabsichtigt, sich ein wenig bekanntes Gesetz zunutze zu machen, das ihm gestattet, von der vergangenen Regierung ernannte Beamte 120 Tage lang in Amt und Würden zu halten, um die Regierung in Gang zu halten. Wo sind alle jene Yuppie-Babyboomer und Politik-Büffler, die dem demokratischen Kandidaten sein gepfeffertes Mandat von 43 Prozent verschafften, geblieben? Ist keiner von ihnen befähigt, ihrem neuen Präsidenten aus der Patsche zu helfen? Natürlich, nach der Affäre um Frau Baird könnten einige von ihnen etwas Angst haben, auch in die Schußlinie zu geraten.

Was das Außenministerium betrifft, so hat Clinton sich dazu entschlossen, zeitweilig die Dienste von drei der vier Mitglieder der »jüdischen Vierer-Bande« weiter in Anspruch zu nehmen. Sie sollen Christopher und Lewis dabei helfen, eine vernünftige israelisch-nahöstliche Politik zu entwickeln und den Friedensprozeß wieder anzukurbeln. Aber die Lobby ist auf der Hut, um zu verhindern, daß das wieder eintritt, was unter der Bush-Regierung geschah. Wie eine Israelfreundliche Person es sah, sieht die Politikplanung im US-Außenministerium liberal wie Yossi Sarid aus, und der NSC war zäh wie George Ball.

Laut »Forward« ist Sarid »ein israelischer Patriot und Zionist, der mit einem Abkommen mit den Palästinensern liebäugelt, und Ball »glaubt, daß Israel ein Ärgernis ist, befürwortet gerade so eben ein israelisch-palästinensisches Abkommen. Der eine verkörpert kritische Liebe, der andere liebt es, kritisch zu sein. Die eine Ansicht hat einen Platz in der Clinton-Regierung und die andere nicht«.

Das vierte Mitglied der Viererbande, Haass, ist im Amt belassen worden. Warum? Eine Stimme aus der Lobby sagt: »Haass pflegte seinen NSC-Chef General Scowcroft dahingehend zu zitieren, daß dieser gesagt habe, ›nichts was Israel für uns tut, ist drei Milliarden Dollar im Jahr wert‹. Er sagte auch, amerikanische Juden übertreiben Israels strategischen Wert für die USA.«

Israel hat die USA in eine schwierige Lage gebracht

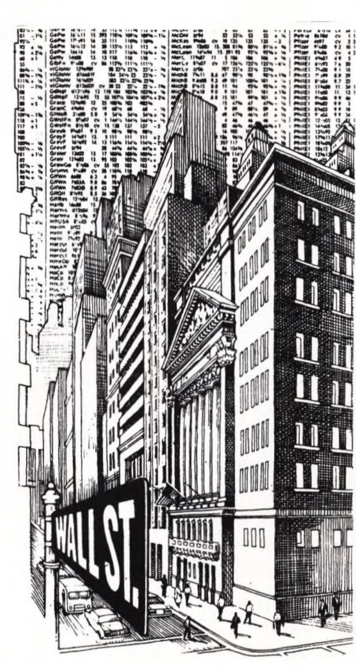
Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin hofft, im März nach Washington zu kommen, um mit Präsident Clinton zusammenzutreffen, und auf der Jahreskonferenz des AIPAC zu sprechen. Das Weiße Haus hat jedoch seine Zustimmung zu diesem Treffen hinausgezögert, teilweise wegen der Tumulte bei den Vereinten Nationen wegen der dummen Entscheidung Rabins im Januar, als Vergeltung für den Mord an einem israelischen Geheimpolizisten 415 Palästinenser aus dem Judenstaat auszuweisen.

Selbst die jüdische Presse Amerikas hat Rabin wegen dessen übereilten und harten Erlasses, diese Männer zu einem Aufenthalt im Niemandsland des Libanon zu verdonnern, kritisiert. Der Ministerpräsident habe Präsident Clinton und die USA – bei den Vereinten Nationen und unter den arabischen Staaten, die jetzt den islamischen Fundamentalismus mehr fürchten als den Zionismus – in eine schwierige und heikle Lage versetzt.
»Der doppelzüngige Willi« sollte lieber nicht zulassen, daß seine neue zionistische Bande im Außenministerium und im nationalen Sicherheitsrat mit ihrer Liebe zu Israel außer Rand und Band geraten. Vielleicht sollte er George Bush und Jim Baker als Berater anheuern. Er sollte sich deren Hilfe bedienen.

Die jüdische Presse erhebt sich bereits zu Israels Verteidigung, dumme Entscheidung Rabins oder nicht. »Forward« schreibt in einem Leitartikel: »Israels Feinde wollen Clintons Wahlkampfversprechen, Israel zu Recht oder Unrecht in jeder Sache zu unterstützen«, bald auf die Probe stellen.

»Forward« schreibt: »Im Verlauf des Wahlkampfes um die Präsidentschaft versetze William Clinton, der Kandidat, sich über Israel, Steuern, Handel und Diskriminierung in eine recht günstige Lage. Die einzige Möglichkeit für ihn, sich politisch aus der Schußlinie zu halten, besteht darin, die Last auf diejenigen abzuwälzen, die versuchen, ihn von seinen Versprechen abzubringen. Der neue Präsident wird seine ganze Amtszeit in Gefahr bringen, wenn er, nachdem er mit einem demokratiefreundlichen und Israel-feindlichen Wahlprogramm in das Rennen um die Präsidentschaft gegangen war, sich jetzt wendet, um diejenigen zu besänftigen, die Sanktionen gegen Israel verhängen wollen.«

Leben diese Menschen eigentlich auf dem selben Planeten wie wir? □



Einsatz von US-Polizisten für den Zionismus

Victor Marchetti

Gegen den Polizeiinspektor von San Francisco, Tom Gerard, läuft in seinem eigenen Kommissariat und beim FBI eine Untersuchung, weil er der jüdischen Anti-Defamation League (ADL), dem israelischen Mossad und möglicherweise dem südafrikanischen Geheimdienst polizeiliche Informationen verkauft hat. Die fraglichen Informationen betreffen, wie berichtet wird, die Tätigkeiten örtlicher arabisch-amerikanischer und neonazistischer Gruppen.

Gerard, 50, ist ein altgedienter Polizeioffizier, der sich Anfang der achtziger Jahre von der Polizei in San Francisco beurlauben ließ, um in El Salvador als Demolierungsexperte des CIA zu arbeiten. Vorher diente er beim Bomben-Kommando in San Francisco. Nach seiner kurzen Dienstzeit beim Geheimdienst kehrte er 1986 zurück, um sich auf die Drogenbanden der Stadt zu konzentrieren. Als Mitglied der Geheimdiensteinheit des Kommissariats führte er auch tiefgehende Untersuchungen gegen die Palestine Liberation Organization (PLO) und andere arabische Gruppen durch.

Nachrichten für ausländische Geheimdienste

Gerards Akten schwollen mit Informationen, die er von staatlichen Gesetzesvollzugsbehörden und im Laufe seiner eigenen Ermittlungen erworben hatte, an. Aber seine Einheit wurde im vergangenen November von dem damaligen Polizeichef Willis Casey nach einem öffentlichen Aufschrei gegen deren Taktik aufgelöst. Im gleichen Monat begann Gerards Kommandeur, Captain John Willet, Gerard zu verdächtigen, Nachrichten an ausländische Agenten, speziell an solche des Mossad, zu verkaufen. Willet gab dem FBI einen Tip und leitete selbst Ermittlungen ein.

Gerard verschwand von der Bildfläche, schickte dann einen Brief an das Kommissariat und teilte diesem mit, er sei »in den Ruhestand getreten« und auf eine abgelegene Insel in den Philippinen gezogen, mit der die USA keinen Auslieferungsvertrag haben. Der District Attorney beschaffte sich Durchsuchungsbefehle für Gerards Hausboot in Sausalito und die Büros der ADL in San Francisco und Los Angeles, auf die die Polizei eine Razzia veranstaltete. Die beschlagnahmten ADL-Akten enthielten gestohlene Polizeinachrichten. ADL-Offizielle sagen, sie arbeiten mit der Untersuchung zusammen und bestreiten jedes Fehlverhalten.

Der Held der Israelis

Über den Fall Gerard wurde in Israel ganz groß berichtet, wo sich die Fernsehnachrichten auf die Arbeit des ehemaligen Polizeibeamten bei der Ermittlung und Weitergabe von Informationen über die Finanzierung von arabisch-amerikanischen Gruppen mit angeblichen Verbindungen zu Terroristen an den Mossad konzentriert haben. Gerard wird als Held dargestellt. Die prominente israelische Tageszeitung »Ha'aretz« berichtete, daß Ministerpräsident Yitzhak Rabin, der vorher die USA darum gebeten hatte, dem Geldstrom von Arabisch-Amerikanern an ungesetzliche palästinensische Gruppen Einhalt zu gebieten, gesagt habe: »Dies ist ein Held, wenn er hinter diesen Leuten her war, ein Patriot, der Menschenleben retten will.«

Ebenfalls in diesem Fall verwikkelt ist ein Kunsthändler namens Roy Bullock, ein bezahlter Informant der ADL, der angeblich antisemitische und israelfeindliche Gruppen überall im Lande ausspioniert hat.

Die Südafrikaner, die in dem Verdacht stehen, an der Gerard-Affäre beteiligt gewesen zu sein, werden als Mittelsmänner bezeichnet, die gestohlene Daten an den israelischen Mossad weitergaben. Südafrikanische und israelische Geheimdienstorganisationen arbeiten schon lange bei verdeckten Geheimdiensttätigkeiten zusammen. Diejenigen, die Gerards Akten gesehen haben, sagen, daß diese Organisationspläne von amerikanischen Gruppen, die verdächtigt werden, arabische terroristische Organisationen zu unterstützen, sowie Niederschriften von geheimen Tonbandaufzeichnungen über ihre Sitzungen enthalten.

Zusammenarbeit mit der ADL

Die Untersuchung des FBI wird durch die Tatsache erschwert, daß Gerard auch Informationen an FBI-Agenten geliefert hat, die Einheiten zur Bekämpfung des Terrorismus angehören, und tatsächlich dafür als Gegenleistung FBI-Informationen bekommen hat. Zu diesen FBI-Daten gehörten polizeiliche Überwachungsfotos von Arabisch-Amerikanern, die Sitzungen der Volksfront zur Befreiung Palästinas und paramilitärischen Manövern in Damaskus, Syrien, beiwohnten.

Der ADL-Leiter von San Francisco, Richard Hirschhaut, sagte, seine Organisation habe alle ihre Akten dem FBI und Polizeifahndern, die sich mit Gerards Aktivitäten befassen, zur Verfügung gestellt. Er bestritt, irgendwelche Akten über arabisch-amerikanische Gruppen oder Einzelpersonen in Amerika zurückbehalten zu haben. »Unsere Untersuchungs- und Ermittlungsarbeit«, sagte er, »bezieht sich streng auf extremistische Gruppen und Organisationen, die Juden und anderen Minderheiten Schaden zufügen«, einschließlich Arabisch-Amerikanern«. Er räumte jedoch ein, daß die »ADL ständig mit Gesetzesvollzugsbehörden und Gemeindegruppen zusammengearbeitet und Vollzugsbeamten bei der Ausbildung in solchen Fragen wie judenfeindlicher Vandalismus und Haßverbrechen unterstützt hat«.

Kostenlose Reisen nach Israel

Gerard war 1991 in einer »ADL-Gesetzesvollzugs-Mission« nach Israel gereist. Er erzählte einem Freund, er habe, als er dort war, mit den israelischen Verteidigungsstreitkräften zusammengearbeitet, um tausende von äthiopischen Juden per Luftbrücke aus Addis Abeba zu holen.

Die ADL konzentriert sich schon seit einiger Zeit darauf, den FBI und örtliche Vollzugsbehörden bei ihren Bemühungen, Israel zu unterstützen, zu kooptieren. Amerikanische Polizeibeamte werden völlig kostenlos auf Reisen nach Israel mitgenommen, um sich dort mit israelischen Polizisten zu dem Zweck, ein Bündnis der Zusammenarbeit zu schmieden und einen Sinn für gemeinsame Aufgaben zu entwikkeln, zu treffen. Es ist die gleiche Taktik, die andere pro-israelische Gruppen, wie AIPAC, anwenden, um zu versuchen, amerikanische Kongreßabgeordnete und deren führende Mitarbeiter zu kooptieren, das heißt, für sich zu gewinnen. □



USA

Fehlende Diskriminierung der Juden

Peter Blackwood

»Die Realität, sagen Experten, ist, daß Juden es in der amerikanischen Gesellschaft – weder in der Gemeinde, noch am Arbeitsplatz, in der Politik oder an den Universitäten – nicht mehr mit einer ernsthaften Diskriminierung – zu tun haben«, berichtet die Jewish Telegraphic Agency (JTA) in einer kürzlich erschienenen zweiteiligen Artikelserie. »Aber amerikanische Juden sind mehr als je zuvor davon überzeugt, daß der Antisemitismus weiterhin eine ernsthafte Bedrohung darstellt, obwohl nur wenige von ihnen auf wirkliche Vorurteile gestoßen sind.«

Die JTA fragt: »Warum herrscht ein derartiges Mißverhältnis zwischen der Realität und dem Empfinden?«

Der Zweck heißt Geld auftreiben

Obwohl die Verfasserin der Serie, die Reporterin Debra Nußbaum Cohen, es an keiner Stelle tatsächlich ausspricht, scheint die Antwort auf diese Frage zu sein, daß das Schreckgespenst des Antisemitismus von jüdischen Organisationen, wie zum Beispiel die Anti-Defamation League (ADL), zum Zwecke des Geldauftreibens am Leben gehalten wird.

Natürlich streitet Abe Foxman, der leitende Direktor der ADL, dies wütend ab. Obwohl er zugibt, daß die bedeutendste Herausforderung, mit der es die amerikanische Judenheit zu tun hat, nicht der Antisemitismus, sondern vielmehr die jüdische Kontinuität – die Verhinderung der Assimilation – ist, weist er den Gedanken, daß zuviel Geld zur Bekämpfung des Antisemitismus ausgegeben wird, zurück.

»Das ist das Besondere«, sagt er. »Gelder, die von jüdischen Verteidigungs-Organisationen zur Bekämpfung des Antisemitismus ausgegeben werden, belaufen sich auf 50 bis 60 Millionen Dollar pro Jahr, ein Almosen unter dem Aspekt dieser Krankheit, die ein Drittel unseres Volkes ausgelöscht hat und noch in der ganzen Welt virulant ist.«

Amerikanische Juden sind »heute sicherer, als sie es jemals in diesem Jahrhundert und vielleicht in der Geschichte der Diaspora waren«, meint der Experte für Antisemitismus Earl Raab.

Umfragen für eigene Interessen

Laut Jerome Chanes, Ko-Direktor für Amerikas Belange im Advisory Council der National Jewish Community, sind weitverbreitete judenfeindliche Diskriminierung, politischer Antisemitismus und das Nichtvermögen der jüdischen Gemeinde, sich zu Fragen zu äußern, die für die politische Körperschaft von Belang sind, im amerikanischen Leben ganz einfach keine Faktoren mehr.

Und dennoch geht aus einer Umfrage nach der anderen, die von aggressiven, Geld auftreibenden jüdischen Organisationen von Aktivisten durchgeführt werden, hervor, daß Antisemitismus schlimm sei und immer schlimmer werde. 1990 behaupteten die Organisatoren eines sogenannten Jewish Population Survey (Umfrage unter der jüdischen Bevölkerung) zum Beispiel, 80 Prozent der Juden Amerikas hätten sich dahingehend geäußert, daß der Antisemitismus ein ernsthaftes Problem sei. Fast alle – 95 Prozent – der Rabbiner des Landes stimmten dieser Ansicht zu. Aber als sie befragt wurden, ob dies in ihrer eigenen Gemeinde ein ernsthaftes Problem sei, sagten sie alle Nein – der angebliche Antisemitismus ist anderswo.

Lockerer Umgang mit Tatsachen

Ein Teil dieses Paradoxes, schreibt die JTA, könnte bei den Organisationen zu finden sein, die solche Umfragen durchführen und die Ergebnisse in einem Licht darstellen, das ihre eigenen Bedürfnisse des Geldauftreibens rechtfertigt. Wenn der Antisemitismus in Amerika nach Pressemitteilungen und direkter Post, die von jüdischen Verteidigungsgruppen produziert wird, gemessen würde, dann hat es den Anschein, als ob die bloße Existenz des amerikanischen Judentums von Neo-Nazis, Skinheads und versteckten Antisemiten bedroht werden würde.

Die jüdischen Aktivisten-Gruppen gehen auch sehr flott und lokker mit der Tatsache um. In der Schlagzeile einer kürzlichen Pressemitteilung der ADL heißt es: »Nahezu 40 Millionen Erwachsene – einer von fünf Amerikanern – vertreten stark antisemitische Ansichten.« Was bedeutet das wirklich?, fragte die JTA. Foxman von der ADL bemüht sich um eine Antwort darauf. »Leute haben gesagt, wir hätten den Antisemitismus geschaffen, indem wir das sagen«, beklagt er sich. »Aber dadurch, daß wir sagen, daß es ein Problem gibt, wird sich das amerikanische Volk, mit der Wahrheit konfrontiert, damit befassen.« Foxman behauptet: »Was heruntergegangen ist, ist die Prozentzahl, nicht die tatsächliche Anzahl von Leuten, die antisemitische Ansichten haben.«

»Nach Auschwitz vibrieren die Antennen der jüdischen Gemeinde auf antisemitische Handlungen sehr lebhaft ... Das Niveau unserer Ängste ist hoch. Leider haben wir uns das selbst zuzuschreiben«, sagt Foxman. »Wenn ich zwischen Hyperempfindlichkeit oder saubere Distanz zu wählen hätte, würde ich das erstere wählen. Es ist Teil unseres Gepäcks, unserer Geschichte, unserer Erfahrung.«

Warum sich Juden von ihrer Gemeinde trennen

Aber selbst wenn die finanziellen Kosten für die Bekämpfung eines angeblichen Antisemitismus die Auftreibung von Geldern seitens anderer erzieherischer Interessen vertretender Organisationen nicht beeinträchtigen, gibt es eine gefährliche Schattenseite, wenn man den Brennspiegel auf dieses Problem richtet. Die amerikanische Judenheit zahlt eine andere Art von Preis dafür, meint die JTA.

Zahlreiche Studien hätten ergeben, daß die ständige Überbetonung auf Antisemitismus einer der Hauptgründe dafür war, warum Juden, die in Betracht ziehen, sich von der organisierten jüdischen Gemeinde zu trennen, sich schließlich dazu aufraffen, ganz auszubrechen. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die wirksamste Methode, Juden mit ihrer Gemeinde verbunden zu halten, nicht die negative Einstellung, sich auf die zweifelhafte Bedrohung des Antisemitismus oder auf den krankhaften Holocaustismus zu stützen, sondern vielmehr eine positivere Herausstellung der Vorteile, Jude zu sein, ist.

Im vergangenen Jahr habe diese Einschätzung in der jüdischen Gemeinde in Amerika immer mehr an Glaubwürdigkeit gewonnen, zumal sie versuche, mit dem sehr realen Problem der Assimilierung und Mischehen fertigzuwerden. □



USA

Die Mafia, der CIA und George Bush

CODE veröffentlicht in einem Bericht, daß der Leiter des FBI, William Sessions, unter dem Verdacht steht, weil er eine interne Untersuchung der Behauptungen angeordnet habe, der ausgeschiedene US-Präsident George Bush habe Gelder von Personen des organisierten Verbrechens angenommen. Als Vergeltung für dieses Vorgehen orchestrierte Bushs scheidender Generalstaatsanwalt, William Barr – er war Bushs Assistent, als dieser Leiter des CIA war –, eine Untersuchung gegen Sessions und klagte diesen mit konstruktiven Behauptungen des »Fehlverhaltens« an. Jetzt liegen neue und zusätzliche Beweise dafür vor, daß Bush und seine CIA-Collegen, zusammen mit dem organisierten Verbrechen, in Missetaten verwickelt waren, die mit dem Debakel der Spar- und Darlehenskassen (S&L) in Zusammenhang stehen. Dies ist das explosive Thema, das unser Mitarbeiter Tom Valentine mit dem ehemaligen Reporter der »Houston Post«, Pete Brewton, in dem folgenden Interview erörtert. Brewtons Nachforschungen in dem S&L-Debakel führt ihn zu der Entdeckung, daß eine Gruppe von Personen mit Bindungen sowohl zum organisierten Verbrechen als auch zu amerikanischen Geheimdiensten – insbesondere dem CIA – bei der Plünderung der amerikanischen Spar- und Darlehenskassen als Schlüsselfiguren in Erscheinung getreten sind. Brewton kam weiter zu der Überzeugung, daß eine ganze Reihe dieser Leute auch dem ehemaligen US-Präsidenten George Bush sehr nahestanden. Brewtons neuer Bestseller in den USA mit dem Titel »The Mafia, CIA & George Bush« erzählt die ganze traurige Geschichte. Valentines Fragen sind in Fettdruck wiedergegeben.

Ein Mann namens Robert Corson, der in Ihrem Buch eine hervorstehende Rolle spielt, wurde kürzlich tot aufgefunden – anscheinend ein Selbstmord.

Brewton: Das stimmt. Corson war eine Stütze des CIA – ein Geldbote, der in Houston wegen Spar- und Darlehens-Betrug unter Anklage stand. Er besaß eine kleine Spar- und Darlehenskasse in Südtexas, die er drei Monate, nachdem er sie 1986 gekauft hatte, »kaputtgehen ließ«, in erster Linie durch ein Darlehen in Höhe von 20 Millionen Dollar für einen Landerwerb.

Die Moral der »Houston Boys«

Corson sollte vor Gericht kommen und war zu dem Schluß gekommen, daß er kurz davor stand, belastende Aussagen zu machen. Er wollte seine Mit-Verschwörer – darunter seine Mutter und einen seiner besten Freunde – nicht belasten. Stattdessen wollte er sich gegen einen größeren Fisch wenden.

Corson hatte sich vor seinem Tod anscheinend etwa zehn Tage lang in einem Hotel in El Paso aufgehalten. Das Büro des ärztlichen Leichenbeschauers hatte die vorläufige Erklärung abgegeben, daß es nach Selbstmord aussehe, weil einige leere Fläschchen von rezeptpflichtigen Pillen um die Leiche herum gefunden wurden. Es heißt darin auch, daß es sich möglicherweise um einen Herzanfall handelt. Es ist sehr wohl möglich, daß der Mann sich das Leben genommen hat, aber ich glaube, es ist auch möglich, daß er ermordet wurde. Es gibt nämlich sehr viele Leute, die Corson hätte in große Schwierigkeiten bringen können.

In Ihrem Buch jagen Sie hinter einem wirklich großen Fisch, speziell in Ihrer Heimatstadt Houston, her.

Brewton: Es sind nicht nur zwei Spitzenpolitiker aus Housten – der ehemalige US-Präsident George Bush und der ehemalige Senator Lloyd Bentsen, jetzt Bill Clintons Finanzminister –, beide prominente Figuren in meinem Buch, sondern auch Walter Mischer, wahrscheinlich der mächtigste Mann in Houston und einer der mächtigsten des Landes, ist eine zentrale Figur.

Corson war Mischers Schwiegersohn, verheiratet mit seiner einzigen Tochter, und sie hatten drei Kinder gemeinsam. Dann ließ der sich Mitte der siebziger Jahre von ihr scheiden, machte aber weiterhin Geschäfte mit Mischer. Einige glaubwürdige Informanten sind sogar der Ansicht, daß es Mischer war, der Corson dazu veranlaßte, für den CIA zu arbeiten.

Mischer steht sowohl Bush als auch Bentsen nahe, und ist seit vielen, vielen Jahren Bentsens politischer Gönner und Geschäftspartner. 1980 war Mischer auch der beste Geldeintreiber für den Reagan-Bush-Wahlkampf.

So haben wir also Walter Mischer, ein enger persönlicher Freund von Bentsen – der 1988 gegen Reagan-Bush kandidierte –, der jetzt Reagan-Bush Rückendeckung gibt.

Brewton: Die »Houston Boys«, wie ich sie nenne, treten immer für ihre Günstlinge ein. Sie geben, wenn es sein muß, beiden politischen Seiten Rückendeckung.

Der texanische Königsmacher

Ich habe niemals etwas über Mischer gehört. Können Sie mir etwas über ihn sagen?

Die meisten Menschen außerhalb von Texas haben niemals etwas von Mischer gehört. Er zieht die Drähte hinter den Kulissen und liebt es nicht, Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Ein Buch mit dem Titel »Texas Big Rich« enthält ein Kapitel, in dem er als politischer Königsmacher im Staate Texas beschrieben wird.

Mischer hat stets Politiker unterstützt, und dies geht bis auf Lyndon Johnson zurück, dann immer weiter bis John Conally, Bentsen und Bush.

Als Banker und Entwickler, der sein Geld zunächst mit der Erschließung von Bauland verdiente, schuf Mischer neue Bezirke mit öffentlichen Wasser- und anderen Versorgungseinrichtungen und benutzte die Regierung, um Geld zu machen. Das war seine Masche. Er machte sich die Regierungsgewalt zunutze, um Geld zu scheffeln, spezielle Privilegien, Sonderverträge zu ergattern. Mischer schmeichelte sich in den Stadtrat von Houston, in das Commissioner's Court von Harris County, in die Legislatur von Texas, bis hoch zum Kongreß und zur Präsidentschaft ein.

Wo ist Mischer heute?

Brewton: Er war Vorstandsvorsitzender und Inhaber der Mehrheitsaktien der Allied Bank, die er inzwischen verkauft hat. Dies war die drittgrößte Bank in Houston. Er ist in den Halbruhestand getreten und hat eine Immobilienentwicklungsfirma in der Nähe des »Houstonian Hotel«, das Bush als Wohnung diente, wenn er unterwegs war, als er Vizepräsident und Präsident war.

Obwohl der Finanzminister Lloyd Bentsen – der Bush 1970 bei der Wahl zum Senator von Texas schlug – ein Demokrat ist, steckt er dort mit allen anderen unter einer Decke.

Brewton: Bevor er Senator wurde, besaß Bentsen, beziehungsweise seine Firmen, große Anteile in drei Spar- und Darlehenskassen in Texas, die schließlich alle in die Hände von CIA-Agenten oder deren Mafia-Geschäftspartnern gerieten.

Als Nominierter für die Wahl zum Vizepräsidenten im Jahre 1988 trug Bentsen natürlich mit dazu bei, daß im Wahlkampf der Demokraten in dem Jahr, als die S&L-Krise kurz vor dem Ausbruch stand, nichts darüber gesagt wurde.

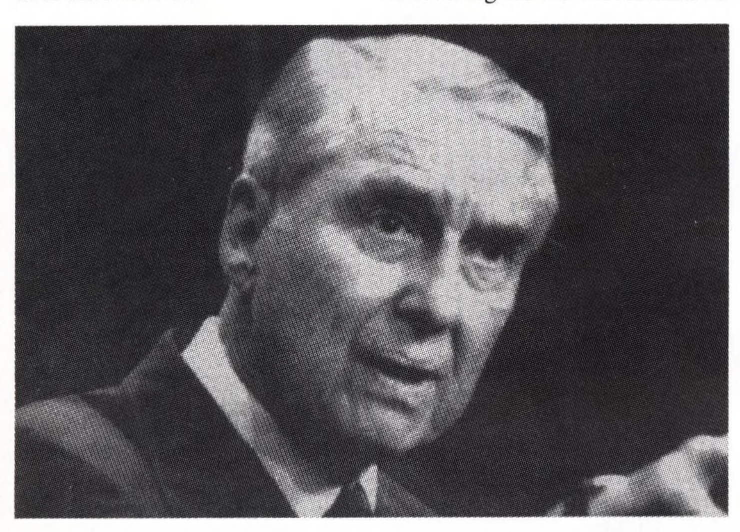
Bentsen begab sich zum Hauptquartier von Dukakis und riet denen, nichts über die Krise der Spar- und Darlehenskassen verlauten zu lassen.

Natürlich hatte Bush kein Interesse daran, das Thema aufzugrei-

fen, in erster Linie wegen der Verwicklung seines Sohnes Neil in Silverado Savings in Denver.

Eine offene Einladung für Verbrecher

So wußte die amerikanische Öffentlichkeit nichts über das kurz bevorstehende Problem mit den Spar- und Darlehenskassen und wurde vor der Wahl von 1988 von keiner der beiden Parteien darüber unterrichtet.



Lloyd Bentsen, US-Finanzminister in der Clinton-Regierung, besaß große Anteile an drei Spar- und Darlehenskassen in Texas.



William Barr (links), ehemaliger US-Generalstaatsanwalt, mit seinem Chef George Bush.

Wann setzte die S&L-Krise wirklich ein?

Brewton: Ich glaube, das geht auf 1982 zurück, als die Reagan-Bush-Regierung die Deregulierung der Spar- und Darlehenskassen einleitete und der Kongreß sie billigte.

Dies verwandelte die Spar- und Darlehenskassen von einer Mama-und-Papa-Industrie, die Darlehen zumeist an Bürger der Mittelklasse vergab, in eine Alles-geht-Industrie, die das Geld dieser Bürger nehmen und so ziemlich überall dort investieren konnte, wo sie wollte.

Dies war natürlich eine offene Einladung für die Verbrecher. Es gab Mobsters (Gangster), die nach dem vom Kongreß erlassenen Deregulationsgesetz nur darauf warteten, sich auf dieses Geld zu stürzen.

Ein Mobster aus New York, namens Mario Renda, der zuletzt Milliarden von Dollar in Spar- und Darlehenskassen vermakelte und verlangte, daß die Gelder an seine Geschäftspartner verliehen wurden, gehörte zu den Leuten, von denen ich spreche.

Das Geld wurde für Dinge verliehen, für die die Kassen bis dahin nur kurzfristige Darlehen vergeben hatten. Jetzt können die Spar- und Darlehenskassen für diese Projekte langfristige Darlehen vergeben. Das brachte die negative Entwicklung ins Rollen.

Eine der ersten großen Spar- und Darlehenskassen, die in Konkurs ging, war Empire Savings im Raume Dallas-Forth Worth. Wir fanden Mobsters dort. Mario Renda vermakelte die Hälfte von deren Einlagen in Empire Savings.

Die Leute, die diese Spar- und Darlehenskasse kontrollierten, hatten Verbindungen zu einem Geschäftspartner aus der Unterwelt in Louisiana, Herman K. Beebe, und nahmen Darlehen von Mischers Bank auf. Dann liefen diese Dinge im Schneeballsystem weiter. Es war ein großer Trog und alle Schweine waren dort.

Ich hatte kürzlich einen Interviewpartner, der behauptet, es hätten sich größere S&L-Skandale aus Chicago heraus und in Illinois entwickelt, aber davon ist nicht viel gesagt worden.

Brewton: Das ist richtig. Illinois hatte einige schmutzige Spar- und Darlehenskassen, die Verbindungen in Texas hatten. Es gab einige S&Ls, die in sogenannte »daisy chains« mit Spar- und Darlehenskassen in Mississippi, Kansas und Texas verwickelt waren. Einige der Mitspieler in meinem Buch waren daran beteiligt.

Die Freikarte vom CIA

Einer von ihnen, ein Entwickler aus Houston namens John Riddle, Corsons enger Geschäftspartner, war in eine Spar- und Darlehenskasse in Illinois verwickelt.

Die Staatsanwaltschaft in Chicago stand kurz davor, gegen Riddle Anklage zu erheben, als Staatsanwälte aus Houston nach Chicago kamen und davon abrieten, dies zu tun. Bis heute ist niemals Anklage gegen Riddle erhoben worden.

Seine Firma nahm Darlehen in Höhe von mehr als 300 Millionen Dollar von bankrotten Spar- und Darlehenskassen auf und zahlte sie nicht zurück.

Eine von diesen, Western Savings in Dallas, erwirkte ein Urteil in Höhe von 284 Millionen Dollar gegen Riddle, der daraufhin Konkurs anmeldete und nicht einen Cent zurückzahlte. Es gibt Leute in der amerikanischen Bundesregierung, die Riddle »den Teflon-John« nennen, weil er bislang jeder Strafverfolgung entrinnen konnte.

Ein israelischer Geheimdienstagent hat ausgesagt, Riddle sei Mitte der achtziger Jahre im Waffenschmuggel in den Nahen Osten – darunter Iran und Irak – verwickelt gewesen.

In Ihrem Buch bringen Sie wirklich die Dinge miteinander in Verbindung und weisen darauf hin, daß die S&L-Banditen nicht nur die Steuerzahler zur Kasse bitten, sondern auch ihre zu Unrecht erworbenen Gewinne in Zusammenarbeit mit dem CIA und deren internationalen Intrigen dazu nutzen, einen Mordsreibach zu machen.

Brewton: Wir wissen nicht, ob der CIA von Anfang an in das S&L-Debakel verstrickt war, oder ob Leute wie Riddle und Corson diese Spar- und Darlehenskassen in den Griff bekamen und sich dazu entschlossen, Gelder in den CIA zu schleusen, um diesen zufriedenzustellen und eine Freikarte »aus dem Gefäng-

USA

Die Mafia, der CIA und George Bush

nis heraus« zu bekommen. Das heißt, wenn sie jemals geschnappt werden, können sie ihre CIA-Karte ausspielen, um einer Strafverfolgung zu entgehen, was in mehreren Fällen auch tatsächlich geschehen ist.

Alles zahlt der Steuerzahler

Als Folge der S&L-Katastrophe konnten andere fette Katzen zu Tiefstpreisen herrlichen Grundbesitz – der in Konkurs gegangenen Spar- und Darlehenskasse gehörte – aufkaufen.

Brewton: Das »Wall Street Journal« veröffentliche einen Bericht darüber, wie alle diese großen Firmen in das Geschäft einsteigen und alle Vermögenswerte von in Konkurs geratenen Spar- und Darlehenskassen von der bundeseigenen Resolution Trust Corp. zu Pennies für den Dollar aufkaufen und damit einen Mordsreibach machen werden. Die Steuerzahler werden dabei zweimal geschröpft.

Wir hatten Stu Webb zu einem Gespräch zu Gast. Er war der Schwiegersohn von Larry Mizell aus Denver, Leiter von MDC Holdings in Denver, und er hat die Rolle, die sein ehemaliger Schwiegersohn bei dem S&L-Debakel spielte, untersucht. In Ihrem Buch befragen Sie Mizell eingehend.

Brewton: Mizell war ein Großbauunternehmer, der in Geschäften mit Silverado Holdings – mit der Präsident Bushs Sohn Neil in Verbindung stand – nahezu 300 Millionen Dollar machte. Er war mit Michael Milken und Drexel Burnham in der Größenordnung von 700 Millionen Dollar in Junk Bonds verwickelt.

Er war auch an Imperial Savings in Chicago beteiligt, die von dort aus von der Familie Gouletas kontrolliert wird, die Verbindungen zur Unterwelt haben soll.

Er war auch in San Jacinto Savings in Houston verwickelt, die von einem Chicagoer Geschäftsmann aus der Unterwelt, der für die Familie Gouletas gearbeitet hatte, geleitet wurde.

Mizell ließ sich seine Treuhands- und Willenserklärungen von einer Anwaltspraxis in Chicago, die Verbindungen zur Unterwelt unterhielt, aufsetzen. Mizells Verbindungen sind sehr interessant.

Houston war Brennpunkt Ihrer Forschungsarbeit. Ist das so, weil Sie selbst aus Houston stammen, daß Sie soviele Einzelheiten über alle diese Dinge erfahren konnten?

Brewton: Ich glaube, das ist richtig. Ich kannte viele Beteiligten und wußte, woher sie kamen. Obwohl wir viele in Konkurs geratene Spar- und Darlehenskassen hatten, die aus Dallas heraus ihre Geschäfte betrieben, wenn man die Spur der Leute verfolgt, die Darlehen bekamen, dann sieht es immer so aus, als liefen die Fäden zuletzt wieder in Houston zusammen.

Rechtsanwälte als Zensoren

In meinem Buch beginne ich ein Kapitel über Silverado Savings in Denver mit der Geschichte eines Verbindungsmannes aus Houston, der der zweitgrößte Darlehensaufnehmer bei Silverado war. Alles lief immer wieder auf einen kleinen Kreis Houstoner Geschäftsleute zurück, mit denen George Bush und Bentsen in enger Verbindung standen.

Ihr Buch verkauft sich ziemlich gut, nicht wahr?

Brewton: Vermutlich ja. Wir hatten einige Probleme in Houston, wo es als Nummer 4 auf der Liste der Bestseller steht. Es laufen anscheinend einige Leute herum, die versuchen, das Buch aufzukaufen, bevor es in die Regale der Buchläden kommt. Wir hatten in der ersten Auflage 30000 Exemplare, und wir sind dabei, diese Zahl noch zu übertreffen.

Sie sind nicht mehr bei der »Houston Post«, nicht wahr?

Brewton: Nein, im Dezember 1990 nahm ich mir sechs Monate Urlaub, um mein Buch zu schreiben. Während ich das Buch schrieb, fand ich heraus, daß die Anwaltspraxis – Fulbright & Jaworski –, die die Berichte der »Houston Post« auf Verleumdungen überprüft, und die die besten Stories von mir gestoppt hat, eine Reihe von Interessenskonflikten mit Mischer hatte. Ich wußte nichts davon zu der Zeit als Fulbright & Jaworski verhinderte, daß meine Berichte in der »Houston Post« erschienen.

Dies wird alles in meinem Buch beschrieben.

Ich machte der »Houston Post« darüber Mitteilung, aber diese unternahm nichts. Daraufhin kam ich zu dem Schluß, daß ich wirklich nicht mehr bei dieser Zeitung arbeiten konnte, wenn ich alles durch Fulbright & Jaworski schleusen mußte, genau wissend, welche Interessenskonflikte sie hatten und auch wissend, daß die »Houston Post« sich einen Dreck darum kümmerte.

Ich entschloß mich dann dazu, eine juristische Fakultät zu besuchen. Ich bleibe zwar im Journalismus tätig, möchte aber in der Lage sein, Anwälten mit gleicher Münze heimzahlen zu können – als Journalist.

Anwälte sind für die Untersuchungsberichterstattung zu ultimativen und endgültigen Zensoren geworden. Sie haben wirklich den Platz normaler Redakteure eingenommen. Es ist eine traurige Situation und nicht viele Leute wissen davon.

Verleger und Redakteure haben die endgültige Genehmigung für Untersuchungsberichte an Anwälte abgetreten – und man weiß oft nicht, ob sie ähnliche Interessenskonflikte haben, wie die »Houston Post« mit Mischer hatte.

Die Grenzen der Pressefreiheit

Ursprünglich wollte Simon & Schuster, ein großes Verlagshaus, Ihr Buch veröffentlichen. Dieses entschied sich dann dazu, es nicht herauszubringen. was geschah?

Brewton: Als ich bei der »Houston Post« meine Serie über den CIA, den Mob, die Unterwelt und die Spar- und Darlehenskassen schrieb, trat die Firma Simon & Schuster an mich heran und wollte meine Berichte sehen. Die Herren flogen mich nach New York.

Am darauffolgenden Tag rief mich ihre Chefredakteurin, Alice Mayhew, an und machte mir ein Angebot von 100000 Dollar als Vorauszahlung, um dieses Buch schreiben zu können – was sie auch veröffentlichen wollten –. Während der Vertragsverhandlungen bestand ich eisern darauf, daß das Buch noch vor den Wahlen von 1992 herauskommen sollte, nicht wegen der Dinge, die es über Bush enthielt, sondern auch deswegen was es über Bentsen enthielt, der seinerzeit ein sehr lebensfähiger möglicher demokratischer Kandidat für die Präsidentschaft war. Sie änderten den Vertrag ab, um die Veröffentlichung zu beschleunigen, und ich legte das Buch im Sommer 1991 zum vereinbarten Termin vor. Dann begannen wir mit dem normalen Vorgang des Redigierens. Alles schien wunderbar zu laufen.

Ich legte das überarbeitete Manuskript im Februar 1992 vor und erinnerte den Verlag noch einmal daran, daß es wichtig war, das Buch noch vor der Wahl herauszubringen. Dann geschah etwas. Simon & Schuster brachen den Vertrag mit mir. Man reagierte nicht mehr auf meine Anrufe, Faxe und Briefe.

Ich rief schließlich Alice Mayhews Sekretärin an und vereinbarte mit ihr, auf eigene Kosten nach New York zu fliegen und sie dort aufzusuchen. Miss Mayhew rief später zurück und teilte mir mit, der Verlag werde mein Buch nicht veröffentlichen.

Ich wußte dann, daß ich ein großes Problem hatte.

Ich brach meine Beziehungen zu Simon & Schuster endgültig ab und fand schließlich einen Verleger, der mein Buch herausbrachte. Ich schätze, es ist ein Wunder, daß es überhaupt veröffentlicht worden ist. □



George Bush

Für Bestechungsgelder gegen Saddam Hussein

Peter Blackwood

US-Präsident George Bush hatte noch ein Motiv, den Irak anzugreifen, und dies hatte nichts mit der Durchsetzung von Resolutionen der Vereinten Nationen zu tun.

Aus einer sehr zuverlässigen Quelle verlautet, daß George Bush Bestechungsgeld in der Größenordnung von 80 Millionen Dollar (128 Millionen DM) erhalten hat, um den Krieg gegen den Irak in den letzten Tagen seiner Regierungszeit eskalieren zu lassen. Dieser Bestechung habe König Fahd bin Abdul Aziz persönlich zugestimmt, als Bush in der Mashine Air Force One am Morgen des 31. Dezember 1992 auf dem Wege nach Somalia Saudi-Arabien besuchte und von dort aus nach Moskau weiterflog.

Das Geld sei auf geheime Bankkonten gezahlt worden, die Bush und seine Familie unterhalten. Als »deep-cover«-Agent der CIA lebt Bush schon seit seinem Studienabschluß an der Yale University im Jahre 1948 in einer Welt der Geldzuwendungen, Bestechung und des Betruges, und hat Zugang zu geheimen Bankkonten in der ganzen Welt.

Der Hauptgrund für die jüngste Bestechung ist darin zu sehen, daß die saudische Königsfamilie äußerst besorgt darüber ist, daß ein Frieden mit dem Irak verheerende Auswirkungen auf den Ölpreis haben könnte. Es ist bekannt, daß der Irak Reserven von rund 100 Milliarden Tonnen hat, im Vergleich zu 258,7 Milliarden Tonnen, die Saudi-Arabien vorrätig hat. Aber der Irak kann seine Produktion viel schneller erhöhen als Saudi-Arabien und das Land sowohl in der Produktion als auch im Verkauf übertreffen, wenn das irakische Öl wieder auf den Markt darf.

Sobald das irakische Öl wieder verfügbar ist, könnte der Preis von derzeit 18,33 Dollar pro Barrel aber auf 12 Dollar pro Barrel fallen.

Obwohl zwei der größten Ölproduzenten – Rußland und Irak – derzeit aus dem Rennen sind, herrscht immer noch eine Schwemme vor, und der Ölpreis ist von seinem Höchststand im Jahre 1990, während des Beginns des Golfkrieges, kurz danach auf ein Tief von 15,30 Dollar gefallen, als die Saudis die Produktion erhöhten, um ein gleichbleibendes Angebot zu gewährleisten. Jetzt wird die Welt mit Öl überschwemmt, und es ist daher eine Angelegenheit von großer Bedeutung, den Irak aus dem Markt herauszuhalten.

Außerdem schreiben die Saudis Saddam Hussein zumindest teilweise die Schuld für den Aufstieg des militanten Fundamentalismus zu. Obwohl das Zentrum des Fundamentalismus der Iran ist, der schnell militärische Stärke gewinnt, habe Saddam Hussein in hohem Maße dazu beigetragen, da er die Vereinigten Staaten herausforderte und somit für Fundamentalisten, die den Westen hassen und ihm mißtrauen, so etwas wie ein Held geworden ist.

Hinzu kommt noch, daß der Iran ein nicht-arabischer Staat ist, dessen Einfluß in der arabischen Welt dadurch im Vergleich zu Saddam Hussein, der seit langem für eine pan-arabische Rhetorik eintritt, dadurch begrenzt ist.

Diese mächtige Brandung verleiht Moslems überall in der Welt Kraft und droht, nicht nur die saudische Königsfamilie, sondern auch arabische Führer wie Hosni Mubarak aus Ägypten und andere, die auf der Gehaltsliste Washingtons stehen, zu stürzen. Zu den Diensten, die Bush König Fahd als Gegenleistung für das ausgezahlte Geld zu leisten versprach, gehört, daß er alles in seiner Macht Stehende tun werde, um Saddam Hussein zu töten, unter Einsatz der sogenannten klugen Bomben und Lenkraketen. Obwohl dies offenbar nicht zu der Mission während der kürzlichen Luftangriffe auf das Land gehörte, wird berichtet, daß eine verdeckte Operation der Amerikaner im Gange war, Saddam Hussein zu töten, wie der Berater für nationale Sicherheit, Brent Scowcroft, kürzlich zugab.

Befragt, welche Reaktion der Bericht über die Zahlung von 80 Millionen Dollar an Bush ausgelöst habe, stellte ein hochstehender Beamter der Königlich Saudischen Botschaft in den Vereinigten Staaten lediglich fest: »Wir können zu dem angeblichen Vorfall, über den wir von unserer Regierung nicht informiert oder beraten und hinzugezogen worden sind, keine Stellung nehmen. Wir möchten aber betonen, daß Bestechung nach saudischem Gesetz ein schweres Verbrechen ist.«

Iraks Präsident Saddam Hussein ist für die Fundamentalisten ein Held, weil er die USA herausforderte.



König Fahd bedankte sich bei US-Präsident Bush mit einem Geldgeschenk in Höhe von 80 Millionen Dollar.

Als reine »Hintergrundinformation« setzt dieser erfahrene Diplomat jedoch hinzu: »Es ist langjährige saudische Gewohnheit, einem scheidenden Freund ein angemessenes Geschenk zu machen. Wenn der Freund, der Ade sagt, zufällig der Führer einer Supermacht ist, dann kann das ihm gemachte Geschenk durchaus der außergewöhnlichen Freundschaft und den historischen Diensten, die er dem Königreich Saudi-Arabien geleistet hat, entsprechen.« □

CIA

Amerikas oberster Spion ist Schutzpatron der Verbündeten

Warren Hough

US-Präsident Bill Clintons Auswahl des neuen Leiter des amerikanischen Geheimdienstes CIA hat bei Israel und seinen Anhängern in den Vereinigten Staaten helle Freude ausgelöst.

Die Wahl von R. James Woolsey jun. als Chefspion der Amerikaner ist das »private Signal« der Clinton-Mannschaft, um Israel zu beruhigen, daß es nichts von dem Hinterzimmer-Einfluß oder der politischen Macht, die es in den Reagan-Bush-Jahren genoß, verlieren wird, sagen Beobachter bei den Vereinten Nationen.

Eine neue Generation von Managern

Woolsey, ein ehemaliger Rhodes-Schüler mit Jura-Abschluß an der Yale University, der im Weißen Haus Nixons von 1970 bis 1972 als einer der Gehilfen Henry Kissingers im nationalen Sicherheitsrat diente, soll in der demokratischen Regierung Direktor des zentralen Geheimdienstes – das heißt, Leiter der CIA werden.

Diplomaten des Nahen Ostens, die Woolsey schon seit langem als Stütze des Mossad erachten, unternahmen keinen Versuch, ihre Überraschung und Besorgnis über dessen Nominierung auf einen derart empfindlichen und strategischen Posten zu verbergen. Aber jüngere Politik-Analysten der Vereinten Nationen wiesen derartige Vorwürfe als altmodisch zurück.

»Woolsey repräsentiert eine neue Generation von Managern des nationalen Sicherheitsrats, die, weit davon entfernt zu sein scheinen, ihre Bindungen an Israel zu verbergen, diese zur Förderung ihrer beruflichen Laufbahn auszunutzen«, sagte Dr. Waldemar Iten, ein Gehilfe für öffentliche Angelegenheiten der Schweiz am Hauptsitz des Weltforums in New York.

US-Vizepräsident Al Gore mit dem amerikanischen Präsidenten Bill Clinton.

Obwohl Woolseys derzeitige offizielle Biographie »saniert« wurde, um alle Hinweise auf seine CSIS-Verbindung auszumerzen, verlautet aus Kreisen, die mit der Periode vertraut sind, es sei ein »formatives« Verhältnis, also eine Art Ausbildungsverhältnis gewesen.

»Beim CSIS war Woolsey an einem Programm geheimer Kriegsspiele beteiligt, die darauf abzielten, eine gemeinsame amerikanisch-israelische Aktion gegen verschiedene islamische Länder zu proben«, sagte ein Verteidigungsexperte am Golf, der für seine Amerika-freundlichen Ansichten bekannt ist. »Diese Übungen bildeten den Planungsrahmen für militärische Abenteuer der Reagan- und Bush-Regierungen, die ›Schläge‹ gegen Libyen und Iran und die barbarische Bombardierung des Irak.«

Woolsey diente auch im Vorstand des Jewish Institute for National Security Affairs, ein israelfreundlicher Beraterstab mit Fürsprechergruppe, deren einziger Zweck darin bestand, das »strategische Verhältnis« zwischen den Vereinigten Staaten und Israel, bei dem alle Vergünstigungen nach Israel fließen, zu vertiefen.

Woolsey ist nämlich der erste »Insider im Bereich des S-Bahnnetzes in Washington«, der die Leitung des CIA als eingetragener Agent im Ausland – wo er den korrupten Regierungen Guatemalas und Venezuelas diente – übernimmt, verlautet aus diesen Kreisen.

Der neue CIA-Chef trat dem Kreis der Washingtoner »dual loyalists« (Leute mit doppelter Loyalität – Amerika und Israel) bei, als er mit Richard Perle und Stephen Bryen Anfang der siebziger Jahre als Mitarbeiter des Senats diente, erfuhren wir von unseren Informanten.

1973 bot das Center for Strategic and International Studies (CSIS), ein geheimer Washingtoner Beraterstab, wo führende israelische Strategen wie Edward Luttwak, Michael Ledeen und Walter Laqueur die Tagesordnung festlegten, Woolsey eine Fellowship an.

Hüter der Geheimnisse der USA

Nachdem Woolsey dem Netzwerk der Doppel-Loyalitäten beigetreten war, das in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren die Washingtoner Bürokratie der nationalen Sicherheit dominierte, nahm seine Karriere einen steilen Aufstieg. Er diente während des Endstadiums der Carter-Regierung als Staatssekretär der Navy, und konzentrierte sich dann auf das, was ein Informant »seine ersten Millionen« nannte, als Anwalt-Lobbyist mit guten Verbindungen.

Als 1986 der Iran-Contra-Skandal ausbrach, blieb Woolsey als Chef-Rechtsberater von Michael Ledeen, ein ehemaliger Politik-Stratege des CSIS, der als einer von vielen israelischen Verbindungen in dieser Verschwörung in Erscheinung getreten war, im Dienst. Es ist teilweise auf Woolseys Aufstieg als Washingtoner Dealmaker zurückzuführen, daß Ledeen in dieser Affäre völlig straffrei davonkam, verlautet aus diesen Kreisen.

»Woolsey diente dem Mossad dort gut, das ist gewiß«, sagte ein Untersuchungsbeamter des Kongresses. »Ist er aber gleichermaßen qualifiziert, als Hüter der Geheimnisse Amerikas zu dienen? Wir wissen nur, daß dies die Clinton-Mannschaft zu glauben scheint«. □

FBI

Hintergrund der Angriffe auf Sessions

Martin Mann

Die jüngsten Enthüllungen über Schandtaten seitens des ehemaligen amerikanischen Präsidenten George Bush betreffen angebliche Zahlungen aus der Unterwelt.

Der Leiter des FBI, William Sessions, ordnete im vergangenen Jahr eine streng geheime Überprüfung des zunehmenden Beweismaterials dafür an, daß führende Personen des organisierten Verbrechens George Bush in dessen früheren Wahljahren rund 750.000 Dollar in bar für das auszuzahlen, »was immer er benötigte«, erfuhr »The Spotlight« exklusiv aus gut unterrichteten Kreisen der amerikanischen Bundesbehörden des Gesetzesvollzugs in New York.

Dies dürfte die Anschuldigung des »Fehlverhaltens«, die der scheidende Generalstaatsanwalt William Barr und die republikanische Regierung gegen Sessions erhoben haben, erklären.

Daß Barr sich im Namen von Bush eingeschaltet hat, ist für Insider in Washington keine Überraschung. Die Beiden sind spätestens seit 1976, als Bush Leiter des CIA und Barr dessen persönlicher Assistent war, eng miteinander befreundet. Da ihm viele von Bushs geheimsten CIA-Deals bekannt waren, ist Barr selbst wiederholt in einer Vielfalt von Skandalen, in die sowohl der CIA als auch das amerikanische Justizministerium verwickelt waren, darunter »Irakgate«, BNL, BCCI und Inslaw, um nur einige wenige zu nennen, des Fehlverhaltens beschuldigt worden.

»Der erste Bericht über eine Geldverbindung zwischen Bush und dem Verbrechersyndikat kam schon 1985 von Anthony Sarivola, einem Spitzeninformanten aus der Unterwelt«, berichtete ein hochstehender Sicherheitsbeamter des US-Justizministeriums. »Er wurde mit der Begründung zu den Akten gelegt, daß eine solche Behauptung stärker unterstützt werden müsse, um eine Untersuchung zu rechtfertigen.«

Der Kontakt in die Unterwelt

Mitte 1992 erfolgte die benötigte »Unterstützung« für Sarivolas Bericht. Michael Franzese, ein mit allen Wassern gewaschener Häuptling, der im gleichen Jahr wegen Erpressung und Verstoß gegen seine Bewährungsauflagen in ein Bundesgefängnis gesteckt wurde, bot als Gegenleistung für ein gemildertes Urteil wichtige Informationen an. Zu seinen Enthüllungen gehörte ein Bericht über Kontakte der Unterwelt zu Bush.

»Was wir von Franzese hörten, bestätigte Sarivolas Bericht«, erläuterte der ehemalige Beamte des US-Justizministeriums, der unter Hinweis darauf, daß er sich, wie andere ehemalige Republikaner, um eine neue Beschäftigung bemühe, darum bat, nicht namentlich genannt zu werden.
»Jetzt hatten wir zwei unabhängige Aussagen über das, was ein sehr schweres Verbrechen gewesen sein könnte. Aber Barr wollte den Fall tief unter der Erde begraben und wies das FBI an, sich nicht damit zu befassen, es sei denn, er bekäme direkte Anweisung dazu. Sessions beschloß trotzdem, den Dingen auf den Grund zu gehen.«

Der ehemalige US-Präsident George Bush kommt wegen seiner Kontakte zur Unterwelt immer mehr ins Gerede.

Eine Sondereinheit von FBI-Agenten, die Sessions direkt unterstand, stellte fest, daß im August 1980 Carime Persico, der mächtige Boß der Unterwelt von Colombo, sein Partner Franzese und Anthony Casso, Chef des Lucchese-Syndikats, sich zu einer privaten Zusammenkunft mit Bush bereiterklärten. Dies geschah auf Vorschlag von Irving Glickman, bekannt als Besitzer eines Scheck-Inkassodienstes und als Mittelsmann für Republikaner im Staate New York mit sehr guten Verbindungen.

Die Sitzung fand in einer Zimmerflucht des Hotels Holiday Inn an der 57. Straße in New York statt, verlautet aus diesen Kreisen. Der sich daraus ergebende Pakt ist noch nicht in allen Einzelheiten bekannt. Aber Sarivola und Franzese sagten getrennt – und in, wie US-Bundesfahnder es nannten, »gegenseitig bestätigten Einzelheiten« – aus, daß Bush kurz darauf auf einer zweiten Sitzung am gleichen Ort, »eine Flugzeug-Bordtasche voller Bargeld« erhielt.
Franzese lieferte das Geld – wie berichtet wird 750000 Dollar –, während Sarivola und ein ehemaliger Kriminalbeamter aus New York, der zum »mob enforcer« (Gesetzesvollzugsbeamter gegen die Unterwelt) wurde und einen Waffenschein hatte, den Begleitschutz stellte.

Die Untersuchung erhielt Anfang Dezember 1992 neue Schwungkraft, als eine 14köpfige Bundes-SWAT-Mannschaft nach vierjähriger Fahndung Casso, einen anderen Boß des organisierten Verbrechens, der in den Bestechungsplan um Bush verwikkelt gewesen sein soll, festnahm.

Die heiße Kartoffel des Bill Clinton

Es ist kaum eine Überraschung, daß Bush, ein ehemaliger Leiter des CIA, ein bequemes finanzielles Verhältnis mit Personen des organisierten Verbrechens unterhielt. Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen Geheimdiensten und der Unterwelt, sowohl hierzulande als auch im Ausland, besteht schon seit spätestens Mitte der vierziger Jahre, als das Office of Naval Intelligence (Marinegeheimdienst) mit dem inhaftierten Verbrecherboß Charles »Lucky« Luciano Verbindung aufnahm, um über dessen Kumpels Unterstützung für die amerikanischen Kriegsanstrengungen zu arrangieren.
»Sessions war niemals ein idealer FBI-Chef«, sagte der ehemalige Beamte des US-Justizministeriums. »Aber er wurde wenige Stunden vor Clintons Vereidigung mit aufgeblähten Anklagen des Fehlverhaltens überhäuft, weil die Washingtoner Machtelite jetzt mehr als zuvor die Gier und Verbrechen der Reagan-Bush-Ära vertuschen will.

Dafür hatte Sessions zuviel von einem Unabhängigen an sich. Es dürfte interessant sein, wie Clinton diese heiße Kartoffel anpacken wird.« □

Im Gerede das US-Justizministerium

Martin Mann

Gegen FBI-Chef William Sessions wurde nicht deswegen vorgegangen, weil er der Korruption verdächtigt wurde. Der Grund war genau das Gegenteil!

Der scheidende amerikanische Generalstaatsanwalt William Barr, der seine letzten Tage im Amt im Januar dieses Jahres damit verbrachte, aufgeblähte Anklagen des »fehlerhaften« und »unethischen« Verhaltens gegen den Leiter des FBI, William Sessions, zu erheben, versuchte in Wirklichkeit, »den Vorhang vor der systematischen Korruption des gesamten US-Justizministeriums herunterzulassen.

Zu diesem Schluß kam der Washingtoner Journalist Lon Tully, der für eine Kette im Mittelwesten der USA erscheinende Zeitungen über Verbrechen und Gesetzesvollzug berichtet.

Was Sessions weiß – und was die aus dem Amt geschiedene Bush-Regierung nicht wissen will – ist, das worüber »The Spotlight« und CODE bereits exklusiv berichteten: Bush nahm von Personen des organisierten Verbrechens Gelder an.

Es war Sessions, der eine Untersuchung der immer stärker werdenden Beweise dafür anordnete, daß führende Vertreter aus der Unterwelt George Bush 750000 Dollar für »was immer er brauchte« aushändigten. Sessions, ein ehrlicher Mann, war nicht dazu bereit, das Beweismaterial in den Reißwolf zu geben und zurückzutreten. Er wollte seine Kampagne zur Entlarvung der Missetaten auch – vielleicht speziell – des amerikanischen Justizministerum fortsetzen.
»Unter Ronald Reagan und George Bush erwarb sich das Justizministerium den Ruf als das am meisten politisierte und ethisch am stärksten kompromittierte Ministerium der Regierung ... In einem Klima der Angst wurden Vertuschungen, lasche Untersuchungen, Fehlverhalten im Amt ... Unkenntlichmachung und Zurückhalten von Beweisen, Verleitung zu unrechtmäßigem Handeln und Irreführung von Untersuchungsschwurgerichten zur Alltäglichkeit«, berichtete die Zeitschrift »Time« Anfang Februar dieses Jahres.

In dem »Time«-Bericht über derartige Rechtsbeugungen im Justizministerium ist der Begriff »Vertuschung« der Schlüssel, äußerte ein ehemaliger hoher Beamter des Justizministeriums, der im Januar zusammen mit anderen Republikanern aus der Regierung ausschied. »Anstatt Übeltäter zu entlarven und strafrechtlich zu verfolgen, schirmten Bürokraten des Justizministeriums sie ab, wenn sie zufällig zu der Reagan-Bush-Elite gehörten.«

In der korrupten »Jeder-für-sich-selbst«-Einstellung der achtziger Jahre war es unvermeidlich, daß Sessions, ein hagerer, sich gerade haltender Richter aus Texas, der 1987 die Leitung des FBI übernahm, an allerlei heikle Informationen kam, die sich für einflußreiche politische Personen als äußerst peinlich oder belastend hätten erweisen können, erläuterte dieser gut unterrichtete Informant, der darum bat, nicht namentlich genannt zu werden.

Unter Ronald Reagan und George Bush war das US-Justizministerium am meisten politisiert und ethisch kompromittiert.

»Die Frage lautete: Wird Sessions dem Vertuschungs-Klub beitreten oder nicht?«, berichtete der ehemalige FBI-Agent Don Hillings. »Das ganze Jahr 1992 hindurch gab es mehr und mehr Anzeichen dafür, daß der FBI-Chef, obwohl weit davon entfernt, ein makelloser Verwaltungschef zu sein – seine Personalpolitik war nicht unvoreingenommen, das Verhältnis zu seinen Mitarbeitern ungeschickt, seine sich überall einmischende Ehefrau stieß leitende Beamte vor den Kopf –, war er ein unabhängiger Kerl in der texanischen Tradition. Darüber hinaus wies er jede Anregung, seine Akten in den Reißwolf zu geben und ins zweite Glied zurückzutreten, wie es ander Republikaner im Januar taten, zurück. Sessions teilte Bush mit, er ›freue sich‹ darauf, die verbleibenden fünf Jahre seiner vorgesehenen Amtszeit mit der neuen demokratischen Regierung zusammenarbeiten zu können.«

Urplötzlich erwachte das Office of Professional Responsibility (OPR) des Justizministeriums aus seiner üblichen Lethargie, schritt zur Tat und leitete eine Untersuchung gegen den FBI-Chef ein. Im Januar, wenige Tage bevor sich die Bush-Regierung mit einer höflichen Verbeugung verabschiedete, gab das OPR einen scharfen Bericht heraus, in dem Sessions des »Fehlverhaltens« und »ethischer Verfehlungen« bezichtigt wird. Unter anderem heißt es darin: Sessions benutzte oft seinen Dienstwagen, um abends nach Hause zu fahren und morgens zum Dienst zu kommen.

Auf Dienstreisen flog Mrs. Sessions oft zusammen mit ihrem Ehemann an Bord der Dienstmaschine des FBI mit. Als die Inspektionen und andere Dienstverpflichtungen während der Reise vorüber waren, nahmen sich die Sessions gelegentlich einen Tag frei, um Verwandte in der Gegend zu besuchen.

Auf einer Reise nach Maine im Jahre 1988, übergab ein Beamter des FBI den Sessions ein Bündel Anmachholz. Die Sessions nahmen es an Bord und mit nach Hause.

Auf eigenes Drängen des FBI wurde um das sonst ungeschützte Haus des Direktors ein Sicherheitszaun gezogen. Die Kosten – rund 10000 Dollar – wurden der Regierung angelastet. Das OPR entschied, weil der Zaun aus Holz anstatt aus dem von der Regierung gelieferten Stahl und Stacheldraht besteht, Sessions ihn selbst hätte bezahlen müssen.

Barrs Strategie, Sessions zum Schweigen zu bringen, könnte ihre Auswirkungen haben, verlautet aus Kreisen des Weißen Hauses. Die neue Clinton-Regierung wird Sessions höchstwahrscheinlich als »kontrovers« fallen lassen und selbst einen FBI-Chef ernennen. »Natürlich könnte der Schuß nach hinten losgehen, wenn der Kongreß sich dazu aufrafft, eine Untersuchung dieser verwickelten Affäre anzuordnen«, stellte Tully fest. □

Brasilien

Eine Monarchie als Ausweg aus der Demokratie

Alec de Montmorency

Mehr als hundert Jahre nach Abschaffung ihrer Monarchie stehen die Bürger Brasiliens kurz davor, sie wieder einzuführen.

Im April dieses Jahres werden die Brasilianer in einer Volksabstimmung unter anderem darüber entscheiden, ob die Monarchie wiederhergestellt werden soll oder nicht. Politische Unruhen sind gang und gebe, aufgeheizt durch den Skandal um den soeben gestürzten Präsidenten Fernando Collor und eine hartnäckige Inflationsrate von 25 Prozent pro Monat.



Die Vorteile des Königtums

Politische Analytiker haben schon vor über einem Jahr eine Veränderung vorausgesagt, aber bis vor kurzem drückte das Geld der klugen Geschäftsleute bei der Bevölkerung durch, daß ein parlamentarisches System mit einer Marionette als Präsident gewählt wurde. Bei einer kürzlichen Volksbefragung gaben jedoch 23 Prozent der Befragten, drei Prozent mehr als vor einem Jahr, an, sie würden statt dessen einer Monarchie den Vorzug geben.

Das brasilianische Königtum ist direkt mit den königlichen Familien sowohl in Frankreich als auch in Spanien verwandt und kam unter der Herrschaft Napoleon I. zur Macht. Die derzeitigen Thronanwärter sind Nachkommen sowohl von Isabella von Bragança als auch des französischen Herzogs von Orleans, daher der Familienname Orleans-Bragança.

Ein Mitglied der königlichen Familie, der an der Handelskammer von Rio de Janeiro als Dozent für die wirtschaftlichen Vorteile einer Monarchie tätig ist, erhielt von örtlichen Geschäftsleuten einen tosenden Applaus, als er das derzeitige Präsidentialsystem für Inflation und Korruption verantwortlich machte.

Dom Bertrand Orleans e Bragança erinnerte an die internationale Hochachtung und den internen Wohlstand, die für die 48jährige Herrschaft seines Vorfahren, Kaiser Dom Pedro II., kennzeichnend gewesen seien. Die Unabhängigkeit Brasiliens wurde 1822 durch einen Sohn des Königs von Portugal erklärt, der sich selbst zum ersten brasilianischen Kaiser krönte.

Der Ruf nach einem König fasziniert das Land

Dom Bertrand sprach für seinen älteren Bruder, Dom Luis, einer der Anwärter auf den brasilianischen Thron. Und daran hängt ein Hauptproblem, mit dem es die Royalisten zu tun haben. Das Haus von Bragança ist zerstritten und zwei Nachfolger des Kaisers behaupten, der rechtmäßige Erbe zu sein.
Dom Luis' Rivale ist sein Onkel, der 88jährige Dom Pedro Gastao Orleans e Bragança, Patriarch der Dynastie und Schwager von Don Juan, Vater des Königs Juan Carlos von Spanien.

Obwohl Dom Pedro als Urenkel von Dom Pedros II. direkt in der verwandtschaftlichen Linie steht, vertritt Dom Luis die Ansicht, Pedros Großvater habe sein Recht auf die Thronfolge an den Großvater von Dom Luis übertragen, um eine osteuropäische Gräfin zu heiraten, die nicht von königlichem Blut war.

Dom Pedro hält in Petropolis, einer Gebirgsstadt oberhalb Rios, die als Sommerresidenz diente, Hof. Er hat vier Söhne und 14 Enkel. Dom Luis ist mit 52 noch ledig. Anhänger von Dom Pedro sagen, dem Land wäre wohler mit einem Kaiser, dessen Erben bereits vorhanden sind.

Vor 1989 wurde selbst das Gerede über Monarchie als Verrat – wenn auch nur in milder Form – erachtet. Dann ermöglichte es eine Gesetzesänderung den Monarchisten, aus dem Nichts aufzutauchen. Seinerzeit gaben nur rund drei Prozent der Bevölkerung zu, dem Gedanken an eine wiederhergestellte Monarchie nahezustehen, und der Schritt ließ die regierenden Politiker demokratischer erscheinen.

Bei den politischen und finanziellen Schwierigkeiten, von denen das Land geplagt wird, lassen sich die Menschen mehr und mehr von dem Ruf Dom Pedros II. faszinieren, nachdem er 1840 im Alter von 14 Jahren zur Macht gekommen war, beaufsichtigte er eine rapide Expansion in der brasilianischen Wirtschaft, verringerte die Abhängigkeit des Landes von Zuckerrohr und diversifizierte die Wirtschaft in Gummi, Kaffee, Tabak und Kakao.

US-Präsident Lincoln mochte ihn

Als Förderer der Wissenschaft und des Bildungswesens war er ein dergestalt vollendeter Verhandlungspartner, daß Präsident Abraham Lincoln sagte, er – Dom Pedro – sei die einzige Person, der er – Lincoln – zutrauen würde, während des Amerikanischen Krieges zwischen den Staaten unter den kriegsführenden Parteiungen zu vermitteln. So erzählt man sich zumindest in Brasilien.
Es sei Dom Pedro II. gewesen, der die besiegten Konföderierten nach dem Zusammenbruch ihrer Sache aufforderte, nach Brasilien zu kommen und dort zu leben. Die vertriebenen Amerikaner brachten – für die damalige Zeit – moderne landwirtschaftliche Methoden mit und verbesserten das landwirtschaftliche Gesamtbild des Landes.

Im Gegensatz dazu steht der Präsidentialismus in Brasilien nicht in sehr hohem Ansehen. Er wird als »synonym mit einem Mangel an Glaubwürdigkeit von Institutionen« bezeichnet und hat eine Geschichte von »sieben verschiedenen Verfassungen, 12 Belagerungszuständen, 19 militärischen Aufständen, vier abgesetzten Präsidenten und zwei langen Perioden der Diktatur«. □



USA

Ethnische Verschiebungen in Verbrecher-Klans

Walker Anderson

In Rußland geborene Gangster sind dem berühmten »crime buster« (Verbrechen-Bekämpfer) New Yorks, Rudy Guiliani sehr zu Dank verpflichtet. Der ehemalige Staatsanwalt des amerikanischen Justizministeriums schickte Dutzende der obersten italienisch-amerikanischen Mafia-Personen ins Gefängnis. Jetzt ist eine neue Gruppe hinzugekommen und hat die illegalen Geschäfte in die Hand genommen. Einige Leute glauben, es sei so geplant worden.

Das in der Welt des organisierten Verbrechens durch die Zerschlagung der größten italienisch-amerikanischen Mafia-Familien des Verbrechens entstandene Machtvakuum ist durch eine zähe, neue Brut ausländischer Verbrecher ausgefüllt worden.

Während der Reagan-Bush-Ära und der um sich greifenden Korruption in den Reihen des amerikanischen Industrieministeriums wurde der schlagzeilenhungrige US-Staatsanwalt, Rudolph Giuliani, von den Medien des Establishments und deren eigentlichen Herren wegen seines »Krieges gegen das organisierte Verbrechen« hochgejubelt.

New Yorker Boulevard-Zeitungen unterhielten ihre Leser mit aufregenden Berichten über die berühmten »Fünf Familien« der sogenannten Mafia, als Giuliani und seine Staatsanwälte aus der Staatsanwaltschaft in New York eine fadenscheinige Kampagne gegen angebliche Führer der Mafia startete – und schließlich eine Reihe hochrangiger Bosse ins Gefängnis schickte.

Der große Triumph für Giuliani – der in Wirklichkeit eintrat, als Giuliani selbst schon aus dem Justizministerium ausgeschieden war – war der Schuldspruch – nach mehreren Versuchen – gegen den großspurigen John Gotti, Oberhaupt der Familie Gambino.

Andererseits war der größte Flop für Giuliani und dessen Helfer im Justizministerium der fehlgeschlagene Versuch, die ehemalige erste Dame der Philippinen, Imelda Marcos, auf falsche Beschuldigungen, kriminelle Geschäfte getätigt zu haben, hin zu verurteilen. Selbst der verhandelnde Richter kommentierte, er könne nicht verstehen, warum überhaupt Anklage erhoben wurde.

Im Glorienschein der Medien

Nachdem er sich im Glorienschein der Medien ergötzt hatte, trat Giuliani von seinem Posten zurück und kandidierte unverzüglich für die Republikaner zum Oberbürgermeister von New York.
Giulianis Wahlkampagne kam niemals richtig in Gang, und er verlor den ersten Anlauf zu diesem zur Wahl stehenden Amt an den Demokraten David Dinkins. Guilianis einzige bemerkenswerte Qualifikation, während des Wahlkampfes oft herausgestrichen, bestand darin, daß er bei seiner schamlosen Jagd nach Stimmen wiederholt seine Treue einem fremden Land – Israel – geschworen hatte.

Womit Giuliani während seines Wahlkampfes jedoch nicht prahlte, war, daß sein vielgepriesener »Sieg über das organisierte Verbrechen« viel weniger war, als es den Anschein hatte.

Was Giuliani wirklich während seiner Amtszeit im Justizministerium vollbracht hatte, war die Schließung jahrzehntealter, im Inland gewachsener italienisch-amerikanischer Verbrechenssyndikate.

Als unmittelbare Folge davon übernahmen im Ausland geborene – vorwiegend jüdische – Gangster, hauptsächlich aus Rußland, aber auch viele aus Israel, Giulianis Lieblingsland, sofort die Fäden der bis dahin von italienischen Verbrecherbanden geleiteten Operationen in die Hand.

Zäher und hinterhältiger als die Vorgänger

Sie sind nicht nur zäher und hinterhältiger als ihre Vorgänger, sie operieren auch mit wenig Furcht vor dem Gesetzesvollzug auf Bundes- und auf örtlicher Ebene, da sie in der kriminellen Unterwelt der ehemaligen Sowjetunion gedrillt wurden, wo Verbrecher ruchloser sein mußten als im verhältnismäßig laschen Westen.

Die meisten der in Rußland geborenen Verbrecher trafen in New York aus der Sowjetunion kommend ein, als Anfang der siebziger Jahre der sowjetische KGB seine Gefängnisse von vielen dieser Verbrechern des harten Kerns säuberte und ihnen gestattete, im Rahmen der vielgepriesenen Freigabe sowjet-jüdischer »Emigranten« nach Amerika zu gehen, und somit die eigenen im Inland aufgewachsenen Gangster nach Amerika in die Freiheit entließ.

Die Operationsbasis für die russisch-jüdische Unterwelt ist der Raum Brighton Beach in Brooklyn, New York, wo sich eine große Anzahl dieser Einwanderer niedergelassen und ihre eigene Enklave etabliert haben. Es sollen 300 »Mitglieder« dort operieren – eine Zahl, die größer ist, als die der mehr publizierten italienisch-amerikanischen Mafia-Familien.

Das US-Justizministerium, das der Übernahme durch »Russen« den Weg bereitet hatte, schaut im wesentlichen weg.

Die neue Mafia fürchtet niemand

Trotz der Tatsache, daß die im Ausland geborenen illegalen Geschäftemacher immer stärker an Einfluß gewinnen, soll Joe Valiquette, ein Sprecher für das FBI, laut Zitat gesagt haben: »Die russische Mafia hat die geringste Priorität in der kriminellen Hackordnung«, soweit es das Justizministerium betrifft.

Nach dem Sturz vieler der italienischen Familien begannen die »Russen« mit ihren eigenen illegalen Geschäften und, wie ein Staatsanwalt, Patrick J. Cotter, sagte: »Die Russen begannen damit, Israelis hereinzuholen.«

Nicht nur sind die »russischen« Verbrecher furchtlos, sie sind auch viel gewalttätiger als ihre Vorgänger.

Cotter sagt über die »russisch«-jüdische Allianz: »Ihre Hauptsache sind Drogen. Sie sind sehr, sehr zäh. Diese Kerle sind Berufssoldaten und sie fürchten niemanden, auch nicht die Italiener.«

Die »Russen« werden dominieren

»Ich frage mich, wie lange es dauern wird, bis die Russen zur beherrschenden Verbrecherclique in Amerika werden«, sagte Cotter, der darüber besorgt ist, daß sein eigenes Justizministerium nicht genug tut, um dieses Problem anzupacken.

»Sie scheffeln Tonnen von Geld, sie töten Menschen, sie sind international, sie steigen ins Drogengeschäft ein – aber wir haben nicht einmal eine einzige Einheit des FBI, die engagiert nach ihnen fahndet. Wir haben eine Bonanno-Mannschaft, aber keine Russen-Mannschaft – und da liegt das Problem.«

Cotter sagt: »Wenn wir das Problem jetzt nicht in den Griff bekommen, werden wir eines Tages herumlaufen und uns fragen, wie zum Teufel dieses russische organisierte Verbrechen so groß werden konnte, und wie wir uns von ihm befreien können.«

Was Cotter nicht sagte, ist, daß die Gangster von der mächtigsten politischen Kraft – Israel und seinen starken besonderen Interessensgruppen, wie zum Beispiel die Anti-Defamation League (ADL), die selbst eine verbrecherische Organisation ist – unterstützt wird.

Laut James Rosenthal, ein Experte für ausländische Gangster, ist »die russische Unterwelt noch nicht so mächtig wie la Cosa Nostra, wird jedoch wesentlich wohlhabender«.

Weiterhin, weil die Gruppe ihre Operationen nach Deutschland, Polen und die ehemalige Sowjetunion erweitert, sagt Rosenthal, »wird die russische Unterwelt bald zum größten Verbrechenssyndikat in der Welt«.

Der Brighton-Beach-Mob

In Deutschland, wo der »Brighton-Beach-Mob« seine Operationen ausdehnt, stellte die Polizei in einem geheim gehaltenen Bericht fest, daß die Behörden durch eine hochschäumende Welle des Verbrechens gezwungen wurden, ihre »Superempfindlichkeit gegenüber dem jüdischen Gesichtspunkt des Verbrechens von Emigranten« aufzugeben« – mit anderen Worten, sie sollten nicht länger wegschauen, weil die Übeltäter behaupten könnten, sie würden wegen ihrer Volkszugehörigkeit verfolgt.

Die russisch-jüdischen Verbrechergruppen operieren auch – und haben das auch in der Vergangenheit getan – frei und offen in anderen Großstädten in den USA – vor allem in Los Angeles und Philadelphia. In Los Angeles ist die »israelische Mafia« besonders einflußreich.

Die »russische« Unterwelt ist wütend auf den amerikanischen Gesetzesvollzug. Nachdem sie jahrelang in der autoritären Gesellschaft in der bolschewistischen Sowjetunion, wo Todesurteile gang und gebe waren und die Polizei ohne verfassungsmäßige Zwänge operierte, durchhalten mußten, betrachten die Gangster amerikanische Polizeibeamte im Vergleich zu deren sowjetischen Pendants als Hosenscheißer. Sie lernten schnell, sich in den USA zurechtzufinden; sie kennen ihre Rechte und alle juristischen Schlupflöcher und beuten diese voll und ganz aus.

Die Gelegenheiten zu Finanzverbrechen sind in Amerika viel größer als in ihrem ehemaligen Heimatland, wo es keine Kreditkarten gab und das Handelsleben des Landes streng von der Regierung reguliert wurde. Die Vereinigten Staaten sind für diese verbrecherischen Organisationen wahrlich das verheißene Land.

Daß in Rußland geborene Fremde die Überreste der von den italienisch-amerikanischen Verbrecherfamilien der alten Schule gegründete Organisationen übernehmen, schließt den Kreislauf.

Schließlich war es in Wirkichkeit ein in Rußland geborener Gauner, der inzwischen verstorbene Meyer-Suchosjansky – besser bekannt als Meyer-Lansky –, der der eigentliche »Boß aller Bosse« in der verbrecherischen Unterwelt und de facto »Vorstandsvorsitzender« des Verbrechenssyndikats – sowohl in den Vereinigten Staaten als auch im Ausland – war. Diese Realität läuft dem Mythos, daß »die Mafia« die treibende Kraft hinter der Unterwelt war, zuwider.

Selbst der berühmte Mafia-Führer, Charles »Lucky« Luciano, nahm in den nach seinem Tode veröffentlichten Memoiren zum Thema Lansky Stellung. »Er zog die Drähte, und jeder tanzte am anderen Ende nach seiner Pfeife, wie ein Haufen Marionetten. Lansky hielt auch die Schnüre zum Geldbeutel in der Hand; er war der Schatzmeister und versuchte wirklich, der Herr über alles zu sein.«

Und so kommt es, daß Lanskys russische Landsleute die Fackel des verstorbenen Verbrecherbosses aufgreifen und an die Stelle der italienisch-amerikanischen Gangster treten, die nach Lanskys Pfeife tanzten.

Daß das amerikanische Industrieministerium – selbst eine Bastion der Korruption – tatenlos zuschaut, ist eigentlich keine Überraschung mehr. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Christine Olschewski.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Nicole Franke-Gricksch.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 10.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 90.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Iran macht Geburten-beschränkung zum erstrangigen Ziel

Das hauptamtliche Sprachrohr des iranischen Außenministeriums, »Kayhan International«, rief in einem Leitartikel zu verstärkten Bemühungen auf, das Bevölkerungswachstum einzudämmen.

»Die lebenswichtige Bedeutung der Bevölkerungsbegrenzung wird jetzt von der Islamischen Republik Iran, von den höchsten Regierungsbeamten bis hinunter zu den untersten Gesellschaftsschichten, erkannt«, heißt es in dem Leitartikel. »Wir haben erfahren, daß die Bemühungen unserer Regierung auf diesem Gebiet erfolgreich waren, und die zuvor – unter dem Schah – wildwuchernde Geburtenziffer ist jetzt um ein Prozent oder so gesenkt worden. Aber trotz dieses Erfolges ist Irans Bevölkerungswachstum doppelt so hoch wie der Weltdurchschnitt, und es ist vorausgesagt worden, daß bei der derzeitigen verlangsamten Wachstumsquote das Land in einer Zeitspanne von etwas über einem Jahrzehnt auf eine Bevölkerung von 100 Millionen ansteigen könnte. Das bedeutet, daß wir noch die Verwüstungen und Härten, die eine Bevölkerungsexplosion dem Iran zufügen kann, erleben werden.«

Das Blatt vertritt die Meinung, daß »die Islamische Republik der Bevölkerungsexplosion als moralisches Äquivalent des Krieges ins Auge schauen sollte«, und daß der Iran daher erwägen sollte, dem Beispiel Chinas zu folgen, »wo die Größe der Familie diktiert wird und Verstöße dagegen bestraft werden. Wenn die iranische Regierung vermeiden will, in dieser Hinsicht direkten Druck auszuüben, dann sollte sie zumindest die Botschaft verstärken, so daß Eltern, die der Neigung frönen, die Größe ihrer Familie aufzublähen, um sich herum Druck spüren.« Zu diesem Zweck unterstützt der Leitartikel die Konferenz des UN-Population Fund 1993 als »positiven Schritt in Zusammenhang mit diesem schwerwiegenden iranischen Problem«. □

Sudanesische Opposition formiert sich in London neu

Ein neues sudanfeindliches Regierungsbündnis wird sich in London bilden, berichtet die »Jordan Times«. Es werde sich aus der Umma-Partei, der Partei der Demokratischen Union und der Kommunistischen Partei zusammensetzen.

Al Sherif Sein Al Abideen Al Hindy, ein stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister in der Regierung von Sdek Al Mahdi bis zu deren Sturz im Jahre 1989, soll gesagt haben: »Wir reichen uns die Hand und kommen zusammen, um die Regierung zu wechseln, und sie durch einen Volksaufstand abzulösen, und wir hoffen, daß sich freundlich gesinnte Nationalisten in der Armee uns anschließen werden.« Hindy behauptet, die Front habe Mitglieder, die im Sudan, in Ägypten und London operieren.

Das Timing dieser Mitteilung ist auf die amerikanische militärische Intervention in Somalia und auf das Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen die Regierungen des Sudans und Ägyptens abgestimmt. Ägypten hat die Zahl seiner Grenzposten entlang seiner umstrittenen Grenze zum Sudan auf 20 verdoppelt. □

WHO löst Alarm über Krise in Ruanda aus

Der Gesundheitszustand der vertriebenen Bevölkerung in Ruanda erreicht schnell ein kritisches Stadium, warnte Dr. Hiroshi Nakajima, Generaldirektor der Weltgesundheits-Organisation (WHO), als er dort zu Besuch weilte. Er rief die Völkergemeinschaft dazu auf, sofort in Aktion zu treten, um eine weitere Krise auf dem afrikanischen Kontinent zu verhindern. Zwei Jahre des bewaffneten Konflikts haben zu einer vertriebenen Bevölkerung von 300000 Menschen bei einer Gesamtbevölkerung von fast sieben Millionen geführt.

Im Lager Kisaro, das jetzt 250000 Menschen als vorübergehende Wohnstätte bedient, »sind die Zustände äußerst ernst, ob es sich um Unterkunft, Ernährung, Gesundheitspflege oder sonstige Dinge handelt«, sagte Nakajima. Für die Lagerbevölkerung in Ruanda seien »Freiheit vom Hunger bedeutungslose Worte«.

Es gibt beinahe 5000 Kinder unter fünf Jahren im Lager Kisaro. Akute Atmungsinfektionen und Lungenentzündung sind weitverbreitet. Schlechte Unterkunfts- und Lebensbedingungen im allgemeinen schaffen einen fruchtbaren Boden für verschiedene Haut- und Augenkrankheiten.

»Die Läger in Ruanda dienen als finstere Illustration dessen, was unterernährten Menschen geschieht«, sagte Nakajima. »In wenigen Wochen sind vielleicht keine Nahrungsmittel mehr vorhanden. Die Vorräte an Arzneien laufen aus.« □

EG bestätigt Vergewaltigung bosnischer Frauen

Eine im Januar dieses Jahres von der Europäischen Gemeinschaft (EG) herausgegebene Studie dokumentiert die brutale Vergewaltigung von bosnischen Frauen und Kindern und bekräftigt, daß dies ein voll integrierter Teil von Serbiens militärischer Strategie der »ethnischen Säuberung« sei.

»Das immer wieder auftretende Hauptmerkmal serbischer Angriffe auf moslemische Städte und Dörfer war die Anwendung von Vergewaltigung, oder die Drohung mit Vergewaltigung, als Kriegswaffe, um die Bevölkerung zum Verlassen ihrer Häuser und Wohnungen zu zwingen«, heißt es in der Studie. »Vergewaltigung gehört zu dem Muster der Schandtaten, gewöhnlich mit der bewußten Absicht begangen, Gemeinden zu demoralisieren und zu terrorisieren, Menschen aus ihren Häusern zu vertreiben und die Macht der einfallenden Streitkräfte zu demonstrieren. So gesehen, können Vergewaltigungen nicht dem Hauptzweck der Aggression zugerechnet, sondern an sich schon als dem eigentlichen strategischen Zweck dienend betrachtet werden.«

In dem Bericht wird bestätigt, daß »moslemische Frauen zweifellos die überwältigende Mehrheit der Opfer von Vergewaltigungen bilden. Serbische Streitkräfte begingen Vergewaltigungen an moslemischen Frauen« auf besonders sadistische Art und Weise, »um den Opfern ein Höchstmaß an Demütigung zuzufügen. Viele Frauen und vor allem Kinder sind wahrscheinlich während oder nach der Vergewaltigung gestorben«.

Obwohl der Bericht von einem britischen Mitglied des Europäischen Parlaments, Dame Anne Worburton, und von der ehemaligen französischen Gesundheitsministerin, Simone Weil, verfaßt wurde, wurde er aus der britischen Presse verbannt. Er soll für die Einberufung eines Tribunals zur Aburteilung von Kriegsverbrechen als Beweismittel verwendet werden. □

Prinz Philip lockert Bindungen zu orthodoxen Kirchen

Britanniens Prinz Philip tritt von seinen Bindungen zu orthodoxen Kirchen zurück und verschiebt seine geplante Reise nach Rußland, aus Furcht, diese könnte gegen die königliche Familie verwendet werden, berichtete ein Informant, der dem königlichen Prinzgemahl nahesteht. Er sagte, verschiedene Gruppen glauben Philips religiöse Aktivitäten und Überzeugungen seien eine »wahrgenommene Verwundbar-

keit«, die gegen die Monarchie verwendet werden könnte.

Der Mann äußerte: »Verschiedene evangelische und fundamentalistische Gruppen haben damit begonnen, Philip als Heide anzugreifen, und dem New Age (Neues Zeitalter) feindlich gegenüberstehende Gruppen sind auch in die Offensive gegangen. Dies könnte zu einem Problem werden, nicht nur für Philip, sondern auch für Charles und Diana. Wissen Sie, daß die Dinge so weit gegangen sind, daß einige christliche Zeitungen, sich selbst dazu bekennende Gegner des New Age, behauptet haben, das Feuer auf Schloß Windsor sei ein Akt höherer Gewalt, der göttlichen Vergeltung gewesen, weil die Monarchie von der biblischen Verkündung abweicht, und weil Philip mit seinen ökologischen Ideen angeblich in heidnische Rituale verwickelt ist?«

Er berichtete auch, daß unter Umständen, unter denen »die Monarchie als Gottheit im Volksbewußtsein zusammenbricht«, alle Arten von »Verschwörungs-Theorien in Britannien die Runde machen. Es gibt sogar jene, hier in Britannien, die an die aus Amerika kommende Geschichte anknüpfen, daß die königliche Familie den Drogenhandel geleitet habe und die Charakterstärke unterhöhle, nachdem sie ursprünglich durch die Opium-Kriege zu Wohlstand gekommen sei. Dieses Zeug macht derzeit die Runde und taucht in allen möglichen Kommentaren auf, die aus dem, was ich das ›Lumpenproletariat‹ des Christentums nenne, kommen.« □

Rußland macht Bosnien für Gewalt auf dem Balkan verantwortlich

Obwohl der Sprecher des russischen Außenministeriums Yastrzhembsky die Ermordung des bosnischen Ministerpräsidenten Hakija Turajlic scharf verurteilte, versuchte er unverzüglich, die Verantwortung für Gewalttätigkeiten bosnischen Streitkräften in die Schuhe zu schieben. »Mit tiefer Besorgnis«, behauptete er, »erfuhren wir aus Berichten in den Massenmedien, daß genau am Vorabend des orthodoxen Weihnachtsfestes die moslemischen Streitkräfte in Bosnien und Herzegowina eine Reihe von serbischen Dörfern westlich der Stadt Bratunac erobert, wobei viele Zivilisten, hauptsächlich Frauen und alte Menschen getötet wurden.«

»Wenn die Berichte in den Massenmedien den Tatsachen entsprechen«, äußerte Yastrzhembsky, »dann müssen wir natürlich solche Gewalttaten jederzeit, besonders zum gegenwärtigen Zeitpunkt, scharf verurteilen.« □

Jelena Bonner beklagt Völkermord in Berg-Karabach

Die russische Menschenrechts-Aktivistin Jelena Bonner, Witwe des Physikers Andrej Sacharow, hielt am 11. Januar 1993 zusammen mit Lady Caroline Cox von der in den Niederlanden ansässigen Internationale der Christlichen Solidarität eine Pressekonferenz ab, in der sie die Aufmerksamkeit auf die Verbrechen lenkte, die in Berg-Karabach in Armenien verübt werden.

»Was wir jetzt in Berg-Karabach erleben«, sagte Frau Bonner, »ist das, was im ehemaligen Jugoslawien geschieht, ethnische Säuberung, Völkermord an einer Nation, Massenverstöße gegen Menschenrechte, die sich entwikkelt haben, weil, als wir versuchten, die Weltöffentlichkeit auf diese Tatsachen aufmerksam zu machen, der Westen dem keine entsprechende Bedeutung schenkte. Der Westen ignorierte solche großen Verstöße gegen internationale Vereinbarungen wie eine Blockade gegen Karabach seit 1988 und eine Blockade gegen Armenien seit 1989, die zu einer Situation führten, in der dieser Staat sehr nach dem belagerten Leningrad während des Zweiten Weltkriegs aussieht.«

Die Baronin Cox folgte mit einem Aufruf an die Vereinten Nationen dafür zu sorgen, daß der Korridor, über den humanitäre Hilfe transportiert wird, offen bleibt.

Der russische Botschafter für Armenien, Stupischin, sprach auch: »Die Menschen leiden im Verlauf eines nicht erklärten Krieges«, sagte er. »Zivilisten werden willkürlich ermordet – militärische Einrichtungen werden nicht zum Ziel genommen, keine Militäreinheiten, keine Frontstellungen, aber Menschen, die auf den Straßen spazieren gehen werden beschossen.

Die Menschen verstecken sich in Kellern – Frauen und Kinder. Es gibt kein Brot, weil die einzige Bäckerei am Ort zerstört wurde.

Es gibt keinen elektrischen Strom, kein fließendes Wasser... Ich glaube, es ist hier richtig gesagt worden, daß, wenn dies vor den Augen der Völkergemeinschaft so weitergeht, dies der Völkergemeinschaft selbst bald ein Ende bereiten wird. Was werden wir einmal unseren Kindern hinterlassen, wenn wir diesem Treiben nur tatenlos zuschauen?« □

Japanischer Minister möchte Truppengesetz ändern

Der japanische Außenminister Michio Watanabe äußerte, Japan sollte seine Verfassung ändern, so daß es bei »friedenserhaltenden« Operationen der Vereinten Nationen eine aktivere Rolle spielen kann. Das Gesetz »stellt ein Hindernis für japanische Aktivitäten in Kambodscha dar... Wenn die Verfassung ein Hindernis ist, sollte sie geändert werden«, meinte Watanabe vor seinen Anhängern. Die von den USA auferlegte Verfassung verbietet es, ausländische Streitigkeiten mit Gewalt zu beenden.

Japan hat 600 Pioniere in Kambodscha, aber ihnen ist untersagt, Gebiete zu betreten, wo Kämpfe stattfinden.

Watanabe ging noch weiter und sagte, daß die gesamte japanische Armee in eine Polizeimacht der Vereinten Nationen umgewandelt werden solle. »Von jetzt sollte die Rolle der Selbstverteidigungs-Streitmacht darin bestehen, weltweit Frieden und Ordnung zu erhalten, unter der Führung der Vereinten Nationen, anstatt mit ihrer Haupttätigkeit fortzufahren, die jetzt auf die Verteidigung Japans begrenzt ist«, äußerte er.

Watanabe sagte auch, daß Japan mehr Langstrecken-Transportflugzeuge und Schiffe benötige, um Ausrüstung und Personal nach Übersee zu befördern, um seine friedenserhaltende Rolle weiter ausdehnen zu können.

Regierungsbeamte meinten, Watanabe habe nur seiner persönlichen Meinung Ausdruck verliehen. Die Zeitung »Nihon Keizai« berichtete, die Regierung ziehe zwar eine Überprüfung des Truppengesetzes in Erwägung, aber der Verteidigungsminister und die Dienststelle des Ministerpräsidenten bestritten dies. □

IWF weicht von Überbrückungsdarlehen ab

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hält sein gegenüber der Regierung Hanna Suchocka gemachtes Versprechen für ein Darlehen an Polen nicht ein. Das Darlehen in Höhe von 650 Millionen Dollar, das der IWF Anfang Januar dieses Jahres unter der Bedingung in Aussicht stellte, daß der Streik der Bergarbeiter abgeblasen wird, wird zurückgehalten, weil die Regierung den Richtlinien des IWF zur Kürzung des Haushalts und zur Privatisierung immer noch nicht nachkommt. Die Regierung muß erst einmal ihren Haushalt für das Steuerjahr 1993 abspecken, erklärte der IWF-Gesandte Mark Allen in Warschau.

Im Dezember 1992 stoppte Suchocka in Oberschlesien einen Streik mit einer Verpflichtung, den Gegenwert von 250 Millionen DM für spezielle »Sozialprogramme« für Bergleute und deren Familien locker zu machen. Um die Richtlinien des IWF einzuhalten, muß sie entweder ihre Versprechen brechen oder das Geld anderen Haushalten entnehmen und dort Streiks riskieren. □

Israel

Afrikanische Hebräer werden anerkannt

Leon Dobbs

Die afrikanische hebräische israelitische Gemeinde, eine Gruppe afro-amerikanischer in Israel lebender Exilanten, die ungeachtet des von Israel auferlegten Drucks, das Land zu verlassen, eine Selbstversorgergemeinde aufgebaut hat, errang kürzlich einen bemerkenswerten Sieg.



Mitglieder der Gemeinde afrikanischer Hebräer in Israel, die künftig nicht mehr illegal im Land leben.

In einer entscheidenden Wende der Ereignisse verkündete die israelische Regierung kürzlich, daß sie einer Gruppe von Afro-Amerikanern, die die Regierung eigentlich des Landes verweisen wollte, den Status von Personen mit vorübergehendem Wohnsitz gewähren werde.

Hier macht Israel einen Kompromiß

Dies ist umso bemerkenswerter im Lichte der mehr als 400 Palästinenser vom Westufer und Gaza, die ungeachtet aller Resolutionen der Vereinten Nationen, mit denen ihre Rückkehr gefordert wird, in einem Niemandsland im südlichen Libanon verharren müssen.

Nach mehr als zwei Jahrzehnten ist die neue gesetzliche Grundlage für die über 1500 Mitglieder der African Hebrew Israelite Community der letzte Schritt unterhalb der Gewährung der vollen israelischen Staatsbürgerschaft.

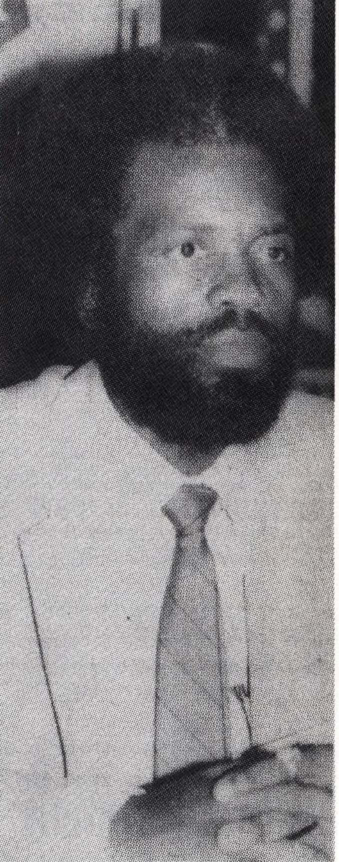
Seit mehr als 20 Jahren befindet sich die Gemeinde nun schon in Israel und führt einen anscheinend aufrührerischen Kampf um Anerkennung und Eingliederung, bis jetzt die Mauern einstürzten.

Man denke darüber nach. Die neue Vereinbarung kommt:



US-Präsident Jimmy Carter (links) mit dem ehemaligen israelischen Innenminister Dr. Josef Burg.

Zwanzig Jahre nachdem israelische rabbinische Gerichte sich weigerten, den Anspruch der Afro-Amerikaner auf Abstammung von den biblischen Israeliten anzuerkennen. Die längste Zeit hindurch hatten sie nur abgelaufene Touristenvisa und konnten jederzeit festgenommen und abgeschoben werden.



Leon Dobbs hat immer wieder in Berichten und Reportagen auf die Probleme der afrikanischen Hebräer aufmerksam gemacht.

Zwölf Jahre nachdem sich der ehemalige Innenminister Yosef Burg weigerte, die Empfehlung des Untersuchungsausschusses der Knesset, den Afro-Amerikanern einen Personenstand einzuräumen, zu akzeptieren.
Sechs Jahre nach der Massenverhaftung und Deportation von

rund 40 Mitgliedern der Gemeinde, um ein Signal zu setzen, daß die Zeit gekommen war, sie alle auszuweisen.

Paradebeispiel einer unabhängigen Gemeinde

Nichtsdestoweniger ist für diejenigen, die mit den Errungenschaften der findigen Mitglieder der Gemeinde vertraut sind, dieser Wandel in den Geschicken kaum überraschend. Seit ihrer Ankunft in Israel haben diese Schwarzen, die hauptsächlich aus Ballungsgebieten in den Vereinigten Staaten kommen, so etwas wie ein Paradebeispiel geschaffen, eine unabhängige Gemeinde mit eigenen Schulen, eigenen Gesundheits-Vorsorgeprogrammen und eigener Wirtschaftsstruktur – in der unmöglichen Gegend der Wüste Negev.

Gleichermaßen überraschend ist die diverse Anzahl von politischen Mitspielern sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Israel, die entscheidend dazu beigetragen haben, alle Parteien zur Versöhnung zu bringen. Zahllose Zusammenkünfte und Besuche in der abgelegenen Wüstenstadt drehten sich um ihre Präsenz, bis die politischen und rechtlichen Schranken einstürzten.

»Es war eine Sache des Drucks, Drucks, Drucks«, sagte Michael Van Dusen, Personalleiter und Gehilfe des amerikanischen Abgeordneten Lee Hamilton, Vorsitzender des Ausschusses für öffentliche Angelegenheiten des Repräsentantenhauses. Sie, die Repräsentanten der Gemeinde in den Vereinigten Staaten, konnten den »Catch-22« ihrer Situation nicht zum Ausdruck bringen – gesetzlicher Paradox, der jemanden zu seinem Opfer macht, egal was er tut –, sie konnten das Land nicht verlassen, da viele von ihnen auf die amerikanische Staatsbürgerschaft verzichtet hatten, um einer Deportation aus dem Wege zu gehen, und sie durften ohne israelischem Personenstand nicht arbeiten. Also mußte etwas getan werden.

Mitgefühl für ihre Position

Es herrschte echtes Mitgefühl für ihre Position vor, und jeder konnte sehen, daß es sich bei ihnen um schwer arbeitende, gesetzestreue Bürger handelte. So war man allerseits bereit, einen Schritt vom jeweiligen ursprünglichen Standpunkt zurückzutreten und die Dinge auszuarbeiten.

Dr. Sarah Moten aus dem Office for Refugee Programs des amerikanischen Außenministeriums sagte: »Ich glaube, der Wendepunkt trat ein, als die Leute in unserer Botschaft in Tel Aviv und im US-Außenministerium hier erkannten, daß die Gemeinde es mit dem, was sie tut, ernst meint. Und ich glaube, die Vision der Gemeinde ist eine Bruderschaft, Schwesternschaft, des Friedens und des gegenseitigen Verständnisses ... etwas zu dem jedermann Beziehungen haben sollte.«

»Anfangs dachte ich, das Problem sei unlösbar«, räumte Mark Clack, Verwaltungsgehilfe des amerikanischen Abgeordneten Kweisi Mfume, der neu gewählte Vorsitzende des Congressional Black Caucus, der den Fall mehr als vier Jahre bearbeitet hatte, ein. »Aber was mich, glaube ich, über den Berg gebracht hat, war, die Gemeinde tatsächlich zu besuchen, selbst zu sehen, was sie schon vollbracht hatte, und was sie in 20 Jahren durchmachen mußte.

Bei all dem waren es lebenssprühende, zuversichtliche, nach vorne schauende und fast selbstversorgende Menschen, trotz der Bemühungen einiger, die Situation unerträglich zu machen. Wenn jemand sagen kann, er habe die Wüste zum Blühen gebracht, dann sind das die schwarzen Hebräer.« □



Israel

Hochkonjunktur im Heiligen Land

Seit Beginn der neunziger Jahre erlebt Israel eine rasante wirtschaftiche Entwicklung. Im kleinen Land am Mittelmeer fließen zwar nicht Milch und Honig. Doch sprechen viele Anzeichen dafür, daß die Phase dynamischen Wachstums bis zur Jahrtausendwende anhalten wird.

Größter Pluspunkt in der Erfolgsbilanz der israelischen Wirtschaftspolitik ist die bemerkenswerte Dynamik. Bereits in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verzeichnete Israels Wirtschaft hohe Zuwachsraten.
Im Jahr 1992 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt in Israel mit der Rekord-Rate von 6,4 Prozent.

Damit lag das Wirtschaftswachstum zum dritten Mal in Folge über der Fünf-Prozent-Marke – trotz ungünstiger äußerer Bedingungen wie Golfkrieg und weltweiter Rezession.
Triebfeder des Booms ist die 1989 einsetzende Welle von Einwanderern, vor allem aus der früheren Sowjetunion sowie aus Äthiopien.

Seit 1989 sind gut eine halbe Million Immigranten nach Israel gekommen – mithin mehr als zehn Prozent der Gesamtbevölkerung.

Die Neuankömmlinge bewirkten eine massive Steigerung der Binnen-Nachfrage – teils über den privaten Verbrauch, teils über die Staatsnachfrage. Herausragendes Beispiel ist der Wohnungsbau. Um den neuen Staatsbürgern ein Dach über dem Kopf zu garantieren, hatte der Staat ein massives Wohnungsbauprogramm aufgelegt.

Rund die Hälfte der Wachstumsrate geht auf das Konto der Bauwirtschaft, obwohl diese nur 15 Prozent zur Wirtschaftsleistung des nicht-staatlichen Sektors beiträgt.

Weiteres Positiv-Element der Einwanderungswelle: Die Immigranten sind überdurchschnittlich gut qualifiziert. Rund 40 Prozent verfügen über eine akademische Ausbildung. Damit bilden sie ein wertvolles Arbeitskräfte-Potential für die stark expandierende High-Tech-Industrie des Landes.

Zwar hat die Wirtschaft auf die Zuwanderungen mit einem Beschäftigungsplus von etwa sechs Prozent 1992 deutlich reagiert. Allerdings konnte der Zustrom der zahlreichen neuen Arbeitskräfte nicht vollständig von den Betrieben absorbiert werden. Die Folge: Die Arbeitslosigkeit nahm rasch zu.

Mitte der achtziger Jahre lag die Arbeitslosenquote bei sieben Prozent – heute sind es über 11 Prozent.

Die Wirtschaftspolitik setzt auf eine angebotsseitige Strategie zur Stimulierung unternehmerischer Wachstumskräfte. Wichtigstes Ziel ist daher die monetäre Stabilisierung.

Im Jahr 1992 lag die Inflationsrate in Israel trotz des Booms mit 9,4 Prozent nur halb so hoch wie in den beiden Vorjahren.

Ein weiterer angebotsökonomischer Baustein ist das außenwirtschaftliche Liberalisierungs-Programm vom September 1991. Der Handel mit den USA und West-Europa ist heute völlig frei.

Durch verschärften Wettbewerb von außen sollen Bürokratie und Ineffizienz in der Wirtschaft abgebaut werden und die Unternehmen zu weiteren Produktivitätsfortschritten gezwungen werden. Ergänzt wird die freiheitliche Handelspolitik durch eine neue Wechselkursstrategie:

Seit Ende 1991 wird die nationale Währung in einer Bandbreite von fünf Prozent um die Dollar-Parität stabilisiert, wobei der Schekel täglich mit einer vorgegebenen Rate in kleinen Schritten abgewertet wird.

Auf diese Weise soll die Wettbewerbsfähigkeit der israelischen Wirtschaft gesichert werden. □

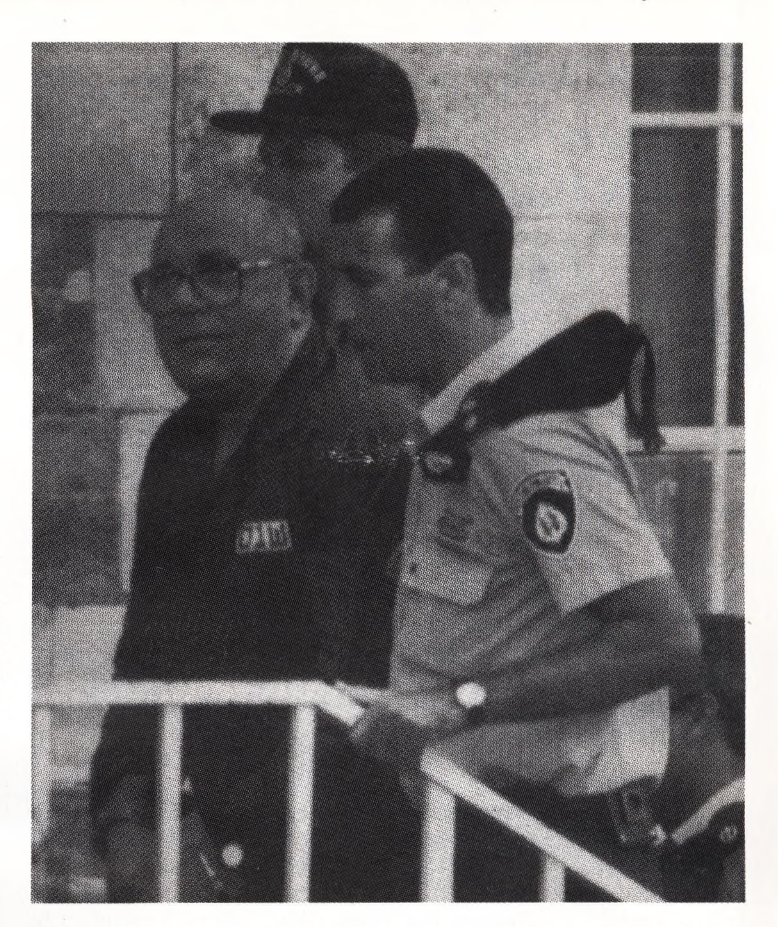


John Demjanjuk

Opfer eines Feldzugs des Hasses

Jim McDonald

Der nachstehende Kommentar befaßt sich mit dem tragischen Fall des im Ruhestand lebenden Automechanikers aus Cleveland, John Demjanjuk, dem der Tod durch den Strang in Israel droht, weil er ein sadistischer Lagerwachmann gewesen sein soll, der als »Iwan der Schreckliche« bekannt wurde. Der Verfasser ist Jim McDonald, ein Untersuchungsjournalist für die Verteidigungsmannschaft der Familie Demjanjuk.

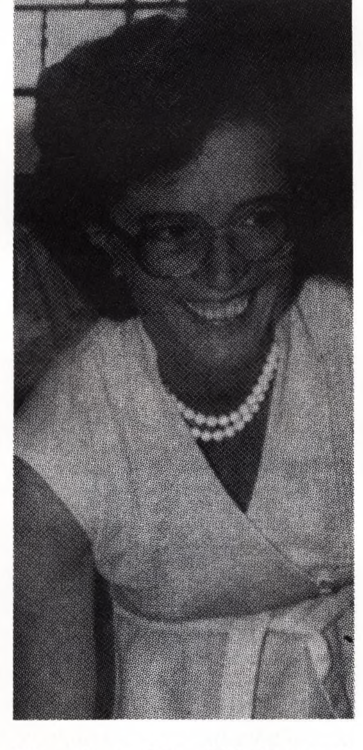


John Demjanjuk wird in Begleitung von zwei israelischen Polizisten zu einem Termin des obersten Gerichts Israels geführt.

Der seltsame Fall des John Demjanjuk beginnt mit der Geschichte einer harten Jugend in Ukraine, wirklich ein Kind, das weder Schuhe noch Unterwäsche hatte, dessen Schulbildung nur bis zur vierten Klasse reichte. Man muß sich daran erinnern, daß die Sowjetunion in den Jahren 1932 bis 1938 rund zehn Millionen Ukrainer mit einer verheerenden, hausgemachten Hungersnot getötet hatte.

Dies war die Umwelt in der Demjanjuk zum Mannestum aufwuchs. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zogen die bolschewistischen Machthaber Demjanjuk zur Roten Armee ein.

Nach seiner Verwundung wurde er von den Deutschen gefangengenommen und als Kriegsgefangener in ein Lager namens Chelm eingeliefert. Die Zustände in diesem Lager waren zunächst schrecklich – es heißt, 200 000 Sowjets seien dort an Hunger gestorben. Als Demjanjuk dort eintraf, hatten die Deutschen damit begonnen, die Zustände im Lager zu verbessern, da sie diese Gefangenen benötigten. Demjanjuk wurde zum Torfstechen und zu Arbeiten an Bahnstrecken abgestellt. Er verbrachte 18 Monate als Gefangener in Chelm, der gleiche Zeitraum, in dem in Treblinka angeblich Greueltaten begangen wurden.
Schließlich erlaubten die Deutschen Demjanjuk, der »Andrej Wlassow-Armee« – der russischen Befreiungs-Armee –, einer kleinen Armee antikommunistischer Russen und Ukrainer, die gegen die Sowjets kämpfen sollte, beizutreten. CODE berichtete darüber. Demjanjuk wurde als Leibwächter für General Trukhin abkommandiert.



Die ehemalige US-Abgeordnete Elizabeth Holtzman war entscheidend an der Gründung des OSI beteiligt.



Richter Dov Levin (rechts hinten) verkündet das Urteil im Demjanjuk-Prozeß in einem israelischen Kino.

Dann war der Krieg zuende. Die amerikanische Armee nahm Demjanjuk gefangen und entließ in dann. Die Amerikaner gaben ihm sogar im besetzten Deutschland einen Arbeitsplatz. Der junge Mann heiratete und wanderte in die Vereinigten Staaten aus. Er wurde amerikanischer Bürger, bekam einen sicheren Arbeitsplatz bei der Ford Motor Co. in Cleveland, zog Kinder auf und wurde zu einem angesehenen Mitglied seiner Gemeinde.

Was geschah in der Zwischenzeit? Dunkle Kräfte organisierten einen Feldzug des Schreckens gegen Demjanjuk – ein Progrom, das giftiger war als das gegen Hauptmann Dreyfus rund 100 Jahre zuvor. Die ehemalige amerikanische Abgeordnete Liz

Grösse: 175 cm
Gesichtsform: oval
Haarfarbe: dklblond
Augenfarbe: grau
Besondere Merkmale: Narbe auf dem Rücken
Familienname: Demjanjuk
Vor- und Vatersname: Iwan/Nikolai
geboren am: 3.4.20
geboren in: Duboimacharizwzi/Saporosche
Nationalität: Ukrainer
Abkommandiert am 22.9.42 zu
Abkommandiert am 27.3.43 zu Sobibor
Abkommandiert am zu
Abkommandiert am zu
Abkommandiert am zu

Empfangene Ausrüstungsgegenstände:

Mütze:	1	Koppel:	
Mantel:	1	Seitengewehrtasche:	
Bluse:	1	Handschuhe:	
Hose:	1	Unterhemd:	2
Stiefel:		Unterhosen:	2
Schnürschuhe:	1	Wollweste:	
Socken:	1	Badehose	
Fusslappen:			1
Essgeschirr:			
Brotbeutel:			
Trinkbecher:			
Feldflasche:			

Wolldecken: 1
Gewehr Nr.:
Seitengewehr Nr.:
Ausgegeben: Richtig empfangen:

Das »Dokument«, der Ausweis, aufgrund dessen Demjanjuk gehängt werden soll. Er enthält nicht einmal ein Ausstellungsdatum.



John Demjanjuk erklärt immer wieder dem israelischen Gericht: »Ich bin nicht Iwan der Schreckliche«.

Holtzman war der Katalysator bei der Entwicklung einer bösartigen Gesetzgebung, um das sogenannte Office of Special Investigation (OSI) ins Leben zu rufen. Diese Dienststelle von Staatsanwälten, die als Nazi-Jäger bekannt sind, lebt üppig mit einem Haushalt von drei Millionen Dollar an amerikanischen Steuergeldern pro Jahr, und es ist damit zu rechnen, daß dieser Etat 1993 vier Millionen Dollar erreichen wird.

Es ist schier unglaublich, daß der amerikanische Kongreß diese Summe für eine wahre Hexenjagd verschwendet, zumal die Amerikaner sowjetische und japanische Kriegsverbrecher dabei völlig außer Acht lassen. Der schlimmste Gesichtspunkt des OSI ist, daß diese Behörde buchstäblich ein Anhängsel der israelischen Regierung, mit einer Zweigstelle in Tel Aviv, ist, und daß sie keinerlei Hemmungen hat, unschuldige Menschen zu verfolgen.

Die künstliche Herstellung von Schuld und Überbetonung von Schuld, die Bezeichnung »Iwan der Schreckliche«, ist ein Gebräu der heutigen Zeit und wurde während des Zweiten Weltkriegs nicht verwendet. Und dennoch wurde ständig der Eindruck erweckt, dieser Titel sei in Treblinka verwendet worden, eine plumpe Fälschung. Es ist ohne den Schatten eines Beweises nachgewiesen worden, daß »Iwan der Schreckliche« – falls es ihn wirklich gegeben hat – ein Mann namens Martschenko war.
Hinsichtlich der eindeutigen Beweise, die auf Martschenko hinweisen, dessen derzeitiger Aufenthaltsort unbekannt ist, ist es verblüffend, daß Israel nicht erklärt, daß das OSI Entlastungsbeweise zurückbehalten hat – was tatsächlich geschah –, Demjanjuk in die Freiheit entläßt und sich weiter mit den wesentlichen Fragen des Lebens befaßt.
Die Regierung in Israel und das gewöhnliche Volk in Israel stehen sich mit ihrer jeweiligen Meinung diametral gegenüber. Als wir Demjanjuk in seinem Gefängnis besuchten, stellten wir fest, daß er hinter einer Tür mit einem kleinen Fenster darin stehen mußte, während wir, seine Familie und Besucher, uns in einem kleinen Hof bewegen durften.
Plötzlich zeigten die israelischen Wachen unerwartetes Mitgefühl, erlaubten Demjanjuk, den Hof zu betreten und mit uns zu sprechen. Sie gestatteten ihm, mit seinem herrlichen basso profundo zu singen, seine Familie zu umarmen und jeden von uns auf die Wange zu küssen, eine Erfahrung, die mir die Tränen in die Augen trieb. Sie gestatteten ihm auch, Eddie, seinen kleinen Enkel auf dem Arm zu halten.

Wenn die Justiz auch langsam ist, sich manchmal nur im Schneckentempo bewegt, so waren wir doch durch das, was wir als den wirklichen Charakter der Israelis erlebten, ermutigt. Und ich war immer schon stark von dem israelischen Genie in der Medizin, der Musik, der Mathematik und der Redegewandtheit beeindruckt. Vor allem bin ich davon beeindruckt, daß die Wachen, die instinktiv einen Mörder erkennen würden, Demjanjuk lieben und Spaß haben, ihm die hebräische Sprache beizubringen.
Andererseits ist die israelische Regierung bislang eine starre, unbeugsame Maschine, die buchstäblich ein Fluch für das eigene Volk ist. Einem Ministerpräsidenten, Menachem Begin, kommt das »Verdienst« zu, das King David Hotel in die Luft gesprengt zu haben, wobei eine große Anzahl britischer Offiziere und deren Frauen starben. Ein zweiter Ministerpräsident, Yitzhak Shamir, ist tatsächlich ein Mörder, auf dessen Konto der Tod des Grafen Folke Bernadotte von den Vereinten Nationen und des Lord Moyne aus England gehen.
Das Gemeinste war der israelische Angriff von 1965 auf die »USS Liberty« mit Flugzeugen und PT-Booten. Dies führte zum Tode von 34 amerikanischen Seeleuten und zur Verwundung von 171 weiteren. Absolut ungeheuerlich war die Beschießung der im Wasser treibenden Männer mit Maschinengewehren. Ich will nicht einmal die Ermordung und Verstümmelung von palästinensischen Kindern und die Zerstörung von 400 palästinensischen Dörfern, oder die Aussetzung von 415 Palästinensern in einer Todeszone durch die israelische Regierung erwähnen.

Die Lügen, die Übertreibungen und die Grausamkeit, die Demjanjuk seitens der israelischen Regierung zuteil werden, sind dergestalt, daß sie die Millionen an Geschenken, die wir dieser Regierung jedes Jahr machen, und die Unterhaltung des Holocaust-Museums in Washington in Gefahr bringen. Wenn die israelische Regierung sich mehr ihrem eigenen Volk nähert, kommt Demjanjuk frei. □

OAS ändert ihre Charter wegen Mexikos Protest

Die Organization of American States (OAS) stimmte ab, wie von Argentinien und den Vereinigten Staaten vorgeschlagen, ihre Charter zu ändern, um den vorläufigen Ausschluß von Mitgliedstaaten, die beschuldigt werden, gegen demokratische Grundregeln zu verstoßen, zu ermöglichen. Die Abstimmung verlief 30 zu eins. Mexiko stimmte dagegen und ein Staat enthielt sich der Stimme.

Die Aktion rief in Mexiko verärgerte Reaktionen hervor, auch von der Regierung. In seiner Ansprache vor den Außenministern der OAS in Washington warnte der mexikanische Außenminister, Fernando Solana, daß Mexiko »seine Außenpolitik nicht ausländischen Definitionen oder demokratischen Konzepten unterwerfen wird. Auf keinen Fall werden wir Änderungen in den Grundbestimmungen der OAS unterstützen, die beinahe überstaatliche Macht auf sie übertragen. Obwohl wir Mexikaner die Notwendigkeit zur Verbesserung der politischen Systeme vieler unserer Länder anerkennen, sind wir der Auffassung, daß es ausschließlich im Verantwortungsbereich jedes Volkes ist, zu entscheiden, wie es dies tun wird.«

Er wies warnend darauf hin, daß die eigentliche Aufgabe der OAS darin bestehe, die Entwicklung zu fördern, die dringendsten und zerfleischenden Probleme der Region an der Wurzel anzupakken, »ohne jede interventionalistische Eigenart«.

Der mexikanische Senat und das Abgeordnetenhaus lehnten die Änderung der Charter ab. Der Senat verabschiedete eine siebenteilige Resolution, in der die staatliche Souveränität als fundamentales Prinzip bekräftigt und nachhaltig darauf hingewiesen wird, daß die Normen der internationalen Ordnung auf einem Übereinkommen zwischen Mitgliedern der Völkergemeinschaft beruhen, daß aber die uneingeschränkte Achtung die Souveränität und Unabhängigkeit jedes Staates voraussetzt.

Das Abgeordnetenhaus wies ebenso jeden Versuch zurück, die OAS-Charter so abzuändern, daß die Körperschaft zum Richter über Mitgliederstaaten wird, oder sie gegen die wesentlichen Grundsätze des Völkerrechts, Nichteinmischung und Selbstbestimmung der Völker, zu richten. □

Südafrikanische Radikale bereiten sich auf Krieg vor

Im Kielwasser der jüngsten gewalttätigen Zwischenfälle wogen die Spannungen in Südafrika hoch. Der Minister für Gesetz und Ordnung, Hermus Kriel, und der Justizminister, Kobie Coetsee, sollten planmäßig in Ficksburg, einem Gebiet an der Grenze von Lesotho, wo drei Tage zuvor ein 15jähriges Mädchen getötet wurde, mit verärgerten Farmern zusammentreffen, berichtete Reuter aus Johannesburg.

Der Präsident der landwirtschaftlichen Union des Freistaats Orange, Piet Gous, sagte vor der Versammlung, daß sich Weiße auf einen »Krieg Schwarz gegen Weiß« auf breiter Basis vorbereiten. Laut »Johannesburg Star« soll er gesagt haben, die Zusammenkunft in Ficksburg sei »das letzte Mal, wo wir über Gewalt reden. Wir werden nicht mehr über Gewalt reden. Wenn wir in einen weiß-schwarzen Krieg ziehen müssen, ich habe keine Probleme damit.«

Aus Zeitungsberichten geht hervor, daß Guerillas der Azanian People's Liberation Army (APLA), des militärischen Flügels des radikalen Pan Africanist Congress, verdächtigt werden, in der Gegen von Ficksburg in den letzten Monaten mindestens drei Angriffe auf Weiße verübt zu haben. Die APLA übernahm die Verantwortung für zwei kürzliche Angriffe in der östlichen Kap-Region, bei denen fünf Weiße getötet und fast 40 verwundet wurden.

Die Afrikaner Weerstandsbeweging riet ihren Mitgliedern dringend, sich auf Bürgerkrieg vorzubereiten und behauptete, an der Grenze zum Stammes-Homeland Transkei einen Zug Männer in Bereitstellung gebracht zu haben. □

Mangel an Insektenvertilgungsmittel macht Zambia verwundbar

Scharen von Würmern fressen sich durch Getreideernten in Zambia hindurch, und die Agrochemical Association ließ verlauten, daß die Kleinbauern machtlos seien, diesem Einhalt zu gebieten, berichtete Reuter aus Lusaka. »Sie müssen tatenlos zusehen, wie ihre Erträge zerstört werden, weil sie sich die Insektenvertilgungsmittel nicht leisten können«, berichtete ein Sprecher des Verbands.

Die Würmer wurden erstmals in der Provinz Lusaka entdeckt, haben sich aber seitdem auf die Zentralprovinz und die südliche Provinz, der traditionelle Brotkorb des Landes, ausgebreitet. Die Würmer, gewöhnlich Raupen einer Spezie von Motten, fallen über jede Ernte, darunter Roggen, und das Stapelgut her und greifen sie an. Agrochemie-Experten sagen, die Würmer hätten bereits hunderte von Hektar Getreide vernichtet. In der vergangenen Jahreszeit hat Zambia einen Großteil seines Getreides wegen der schlimmsten Dürre des Jahrhunderts verloren. □

Salvadorianische Regierung zögert bei der Säuberung der Armee

Die Regierung von El Salvador hat die Armee bisher nicht gesäubert, wie sie unter einer von den Vereinten Nationen geforderten Vereinbarung mit den kommunistischen Guerillas versprochen hat. Von den Vereinigten Staaten und der UNO in die Mangel genommen, hatte sich die Regierung dazu verpflichtet, bis 1993 Offiziere aus der Armee zu entfernen, die von der kommunistischen Marti Liberation Front Farabundo (FMLN) als »unannehmbar« erachtet werden. Aber nur drei Offiziere wurden zum Jahresende 1992 auf Grund einer allgemeinen Anordnung aus dem aktiven Dienst entlassen, anstatt der 76 bis 110 Offiziere, die Berichten zufolge auf der schwarzen Liste der UNO-FMLN stehen.

Laut »Washington Post« sagte Präsident Alfredo Cristiani zu Führern der FMLN, es werde »Handlungen des Ungehorsams« des Militärs geben, wenn die Regierung an der Vereinbarung festhält, und im Interesse der Bewahrung der Stabilität des Landes werde er den Termin nicht einhalten.

Der FMLN-Führer, Ana Guadelupe Martinez, warnte als Reaktion darauf davor, daß »dies eine neue Krise einleitet. Die Dinge sind derzeit sehr gespannt«. Welche Sanktionen gegen El Salvador verhängt werden können, ist nicht bekannt. □

Rote Khmer greifen UN-Präsenz an

Einrichtungen der Vereinten Nationen wurden von Guerillas der Roten Khmer bei einem, nach Ansicht von Sprechern der Vereinten Nationen, willkürlichen Angriff auf Friedensbewahrer im nordwestlichen Kambodscha bombardiert. Vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen die von den Roten Khmer beherrschten Zonen verhängten Handelssanktionen sollten eigentlich planmäßig wirksam werden.

Hubschrauber mußten UNO-Soldaten und zivile Wahlbeaufsichtigungsmannschaften aus der belagerten Stellung evakuieren, aber der Abzug sei durch anhaltende Bombardierung verzögert worden, sagten sie. Zu dem abzuziehenden Personal gehörten 27 Soldaten aus Bangla Desh, zwei

Militärbeobachter und ein australischer Funker, vier Polizeileute der UNO, zwei Mitarbeiter der internationalen Mannschaft zur Beaufsichtigung der Wahlen, sieben kambodschanische Dolmetscher, die alle zu der Übergangsbehörde der Vereinten Nationen in Kambodscha (UNTAC) gehören.

Guerillas der Roten Khmer massakrierten dabei 14 Zivilisten; außer zwei von ihnen waren es Volksvietnamesen.

Die Entwicklungen in den letzen Wochen wurden von Beobachtern als die blutigsten seit Unterzeichnung des Friedensabkommens im Jahre 1991 bezeichnet.

In einer damit zusammenhängenden Entwicklung gaben der kambodschanische Staatschef, Norodom Sihanuk, und dessen Sohn, der Oppositionsführer Prinz Norodom Ranariddh, bekannt, daß sie nicht mehr mit der Friedensmission der Vereinten Nationen zusammenarbeiten werden. In einer Erklärung sagte der Prinz zu Reportern, er verlasse die Hauptstadt Phnom Penh, weil er um seine Sicherheit fürchte. Sein Vater bestätigte ebenfalls, er werde die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen aus den gleichen Gründen beenden. □

Auslandsschulden als Friedenshindernis

Eines der Haupthindernisse für eine Verbesserung der Lebensbedingungen in der Dritten Welt seien die gewaltigen Auslandsschulden und das Beharren der Gläubiger auf Rückzahlung, dies untergrabe den Frieden und könnte neue Konflikte hervorrufen, erklärte Roger Kardinal Etchegaray im Namen von Papst Paul Johannes II. als Teil einer päpstlichen Botschaft.

»Vielleicht ist die Zeit gekommen, um das Schuldenproblem neu zu überdenken und ihm die Priorität zu verleihen, die es verdient. Die Bedingungen zur völligen oder teilweisen Rückzahlung müssen überprüft werden«, meinte der Kardinal. »Sind es nicht die Ärmsten der Armen, die oft die Hauptlast der Schuldenrückzahlung tragen müssen?«

Armut und Unterentwicklung untergraben den Frieden und können zum Ausbruch von Spannungen und zum Krieg führen. Daher müssen »die Ausbeutung der Armen und die diskriminierenden sozialen Verhältnisse in der Welt« beendet werden. »Ich möchte auf die Bedrohung durch Armut, besonders wenn sie zur reinen Verzweiflung wird, aufmerksam machen... Diese Situationen stellen einen schwerwiegenden Affront gegen die Menschenwürde dar, und tragen zur sozialen Unstabilität bei.« □

Präsident von Guatemala verurteilt Verrat der USA

Der guatemalische Präsident Jorge Serrano Elias klagte in einem in der mexikanischen Zeitschrift »Este Pais« veröffentlichten Interview an, die Politik der Bush-Regierung gegenüber Guatemala sei eine Katastrophe gewesen. »Wir hätten gewünscht, daß die USA uns ihre Unterstützung und Verständnis entgegenbringen würden«, sagte er. Stattdessen habe Washington Menschenrechtsfälle, die auf die Zeit vor Serranos Regierung zurückgehen, ausgegraben und »sie dazu benutzt, die Tagesordnung voranzutreiben«.

»Dreißig Tage bevor ich als Präsident vereidigt wurde«, sagte er, »bestrafte man Guatemala durch vorläufige Einstellung jeglicher Militärhilfe und Herbeiführung einer Konfrontation, als man nicht einmal wußte, was meine Absichten waren.« Regierungsbeamte der USA sagten, die Sanktionen seien beabsichtigt, ihm zu helfen. »Wenn dies ihre Art ist, zu helfen, dann hätte ich lieber, daß sie mich vergessen.«

Obwohl die URNG-Guerillas militärisch weitgehend wirkungslos geblieben sind, zwingen die internationalen Sanktionen und Propaganda gegen die guatemalische Regierung, woran sich jetzt auch die Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú beteiligt, die Regierung dazu, deren Bedingungen bei den von den Vereinten Nationen vermittelten Verhandlungen in Mexiko zu akzeptieren. »Der Ball liegt im Hof der Aufständischen, und sie haben keinen einzigen zurückgeworfen«, sagte Serrano. »Sie warten auf ein außergewöhnliches Ereignis, um die Gespräche abbrechen zu können. Deswegen haben sie versucht, mich zu ermorden und ... mehrere Greueltaten verübt, um die Regierung zu zwingen, die Gespräche abzubrechen.« Aber Serrano meinte, er werde ein Abkommen unterzeichnen, sobald die URNG die Vorschläge der Vereinten Nationen annimmt. □

Schwerpunkt der ASEAN-Tagung: Planung eines Transportnetzes

Zusammenarbeit an einem regionalen Transportnetz war der Schwerpunkt der Reise des japanischen Ministerpräsidenten Kiichi Miyazawa durch Indonesien, Malaysia, Thailand und Brunei – alles Mitgliederstaaten der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN). Miyazawa schlug vor, daß Japan und ASEAN beim Bau des Transportnetzes der Region zusammenarbeiten, mit Schwerpunkt auf Projekte der Infrastruktur, die sich über mehr als ein Land erstrekken werden.

Japanische Regierungsbeamte sagten, daß, falls der Plan realisiert wird, das erste Projekt möglicherweise der Bau neuer Straßen zwischen Thailand und Vietnam sein werde. Aus japanischen Kreisen verlautet, ein anderer Höhepunkt der Rundreise von Miyazawa war die Verkündung der »Miyazawa-Doktrin«, mit der Japans Bereitschaft, sich am Wiederaufbau Vietnams, Kambodschas und Laos zu beteiligen, umrissen wird.

Führende Persönlichkeiten der Regierung haben sich mit Vietnam und Laos über Thailands Initiative in bezug auf Landwege beraten. Vietnamesische Führer schlugen dem thailändischen Ministerpräsidenten Chuan Likphai die Entwicklung von Landrouten vor, die Thailands nordöstliche Provinz Mukdahan mit Savannakhet im nördlichen Laos und Vietnams östliche Provinz Danang miteinander verbinden sollen, berichtete die in Bangkok erscheinende Tageszeitung »The Nation«. □

Energie-Knappheit in China gewachsen

Seitdem 1979 die Wirtschaftsreformen begannen, hat sich in China die Knappheit an elektrischer Energie verschlimmert und »breitet sich von den Küstenregionen ins Innere des Landes aus«, berichtet die Tageszeitung »China Daily«. Die Erzeugung von Energie werde durch veraltete, unstabile und unsichere Einrichtungen gelähmt.

1990 stand China mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 600 Kilowattstunden (Kwh) an elektrischer Energie an 78. Stelle in der Welt. In einem fortgeschrittenen Land beträgt diese Quote 5000 bis 10000 Kwh. Obwohl ihnen schon 1980 gesagt wurde, die Stromentwicklung durch Bankdarlehen zu finanzieren, haben die Unternehmen der Stromversorgung immer noch nicht die Befugnis, zu investieren oder Darlehen aufzunehmen. Gleichzeitig gehen 85 Prozent des gestiegenen Gewinns auf Steuern, so daß es den Unternehmen nicht möglich ist zu investieren. Obwohl das Wirtschafts- und Industriewachstum sich 1992 auf 12 Prozent und 18 Prozent belief, wuchs die Stromerzeugung nur um 10,8 Prozent. Die Industrie wurde 1992 auch durch einen steilen Anstieg der Kohlepreise belastet, ihr wurde aber nicht getattet, die Strompreise zu erhöhen. Chinas Stromerzeugung wird immer stärker von Kohle als von Wasserkraft abhängig.

In der Kohlekraftwerksindustrie haben sich die Investitionen auf Stromerzeugungsanlagen konzentriert, während das Verteilernetz schlichtweg »ignoriert« wurde. Vorhandene Einrichtungen wurden 6000 Stunden pro Jahr betrieben – 20 Prozent mehr als internationale Normen zulassen. □

Briefe

Betr: Zweiter Weltkrieg »Bemühungen um Wiedergutmachung«, Nr. 2/93.

Angenehm überrascht und dankbar zugleich war ich, als mir der obengenannte Bericht »Bemühungen um Wiedergutmachung« von einem ehemaligen Kriegskameraden fotokopiert zugesandt wurde.
Ich bin kein Bezieher Ihres Magazins, Sie kennen die Gründe: Man kann viel lesen und dennoch nicht alles.
Jene Passage, die sich mit meiner Person befaßt, trifft jedoch nicht den Kern der Sache.

Sie und ich, wir konnten nicht ahnen, daß der »Staff-writer Mr. Gregory S. Reeves« des »Kansas City Star« ganz andere Prioritäten setzte und das Telefoninterview (zumindest teilweise) sinnentstellend wiedergab.

Dies konnte ich bislang nicht korrigieren, dennoch, Sie sollten hundertprozentig informiert sein.
Mir ging es um folgende Punkte:
Wenn Amerikaner, denen der gleiche Tatbestand vorzuhalten ist, hochdekoriert »als Helden« gefeiert davonkommen, Deutsche man aber dafür hängt, dann ist dies schlicht unerträglich!

Die Tatsache, daß hingerichtete Soldaten ihre letzte Ruhestätte auf einem eingezäunten Gefängnisfriedhof unter zum Teil vergasten, abgeurteilten kriminellen US-Schwerverbrechern – vor aller Welt abgeschirmt – beibehalten sollen, ist unerträglich!
Wenn schon eine Umbettung auf einen deutschen Soldatenfriedhof in den USA vorzunehmen wäre, regte ich eine Überführung gleich nach Deutschland an, weil sich dort in unmittelbarer Gefängnisnähe ein Flugplatz befindet, und weil am Rande der Stadt Wesel (in Diersfordt) auf einem kleinen Soldatenfriedhof ausschließlich Soldaten der letzten Kriegstage ruhen.

Aus folgenden Gründen nahm ich Kontakt zu mehreren amerikanischen Tages- und Wochenzeitungen auf:
Ich wollte Zuschriften von amerikanischen Zeitungslesern, die mein Bemühen um Rückführung jener Hingerichteten unterstützen. Mit diesen Leserzuschriften wollte ich auf deutsche offizielle Stellen einwirken, »wohlwollender machen«, denn meiner Ansicht nach soll die Sache deutscherseits vergessen werden.
Erst der Einwand des Mr. Reeves: »... das koste doch unheimlich viel Geld...« bewog mich zur Antwort: »... Dies wäre kein Problem, ein Spendenaufruf innerhalb bestehender Soldatenverbände würde ohne Zweifel die Finanzierung ermöglichen...«

Ich selbst war 1991 in Fort Leavenworth, war tieferschüttert und versetzte mich in die Lage jener Unglücklichen, mit denen ich mein Schicksal nur zufällig nicht teilen mußte.

Walter Johé, Wesel

Betr.: Leserbrief zu »Religiöser Rassismus«, Nr. 2/93.

Die Geschichte scheint Herr Ingrimm nicht zu kennen, denn sonst wären seine Behauptungen undenkbar.
Die Unterwerfung der freien Germanenstämme unter das Kreuz der »heiligen« römischen Kirche erfolgte, wie allgemein bekannt, durch Feuer und Schwert. Zwangstaufe oder Tod waren die Alternativen.

Der »Ketzer« Luther wollte lediglich eine Erneuerung der verkommenen und korrupten »geheiligten« Kirche und keine Glaubensspaltung. Mag auch Friedrich der Große im privaten Umgang mit den Geistesgrößen seiner Zeit dem Französischen als Sprache den Vorzug vor seiner Muttersprache gegeben haben, so haben doch auch die Vertreter der »heiligen« Kirche jahrhundertelang das Volk mit ihrem Latein genaseweist. Dem »Ketzer« Luther verdanken wir die erste deutsche Bibelübersetzung.

Das »Heilige Römische Reich« wurde bekanntlich 1648 beim Westfälischen Friedensschluß begraben, wenn es auch auf dem Papier in 53 größeren Fürstentümern und 1800 reichsunmittelbaren Herrschaften und Reichsstädten dahindämmerte bis zu jenem Jahre 1806, an dem der österreichische Kaiser in Frankfurt die deutsche Königskrone niederlegte.

Friedrich der Große war es, dieser »Menschenverächter«, der die Folter abschaffte, als diese unter den Herren der »geheiligten« römischen Kirche noch blühte und gedeihte und erklärte, daß in seinem Reiche, »jeder nach seiner Facon selig werden könne«.

Nicht Bismarck haßte die Katholiken, sondern die Katholiken haßten ihn und die protestantischen Hohenzollern. Bismarck setzte sich lediglich gegen die Anmaßungen des Papstes und des katholischen Klerus zur Wehr, weshalb der Papst Bismarck als »die Schlange im Paradies Gottes« bezeichnete und dem Deutschen Reich den nahen Untergang prophezeite.

Bismarck kann schon kein Reichszerstörer gewesen sein, da es das »Heilige Römische Reich Deutscher Nation« seit 1806 nicht mehr gab und Bismarcks Reich ein Kleindeutsches Reich unter Österreichs Ausschluß war.

Der angebliche »Katholikenhasser« Hitler trat niemals aus der katholischen Kirche aus und schloß als erste Amtshandlung seiner Regierung mit einem ausländischen Staat, nämlich dem Vatikan, das Reichskonkordat.

Zum Glück werden die religiösen Wahnideen von immer weniger Anhängern vertreten, sonst wären Ketzerverbrennung, Inquisition und finsterste Geistesnacht noch heute gang und gäbe.

Volkmar Lehmann, Kaiserslautern

Wer die Geschichte einigermaßen kennt, weiß, daß es auch durch das zweifelhafte Christentum nie zu einem einheitlichen Deutschland gekommen wäre. Gerade der Hinweis auf die römisch-katholische Kirche als Einiger Deutschlands ist wohl ein weltgeschichtlicher Treppenwitz. Ein weiterer, das heilige römische Reich deutscher Nation mit Deutschland gleichzusetzen.
Luther hatte dem katholischen Glaubensterror den ersten Dämpfer aufgesetzt. Während die habsburgischen Ländersammler wertvollste protestantische Menschen in den Norden vertrieben und die Balkanländer förderten, gab es beim »Herrn von Sanssouci« keine Religionsverfolgung. Seine Vorliebe für's Französisch hat Deutschland genausowenig geschadet, wie die Heirat von Marie Antoinette mit Ludwig XVI. Auch die Habsburger haben unter Metternich und zur Zeit Napoleons sich den Franzosen angebiedert und es nie geschafft, die deutschen Fürsten unter einen Hut zu bringen, was Bismarck aber in die Tat umsetzen konnte. Hitler schrieb mit dem Beistand eines katholischen Geistlichen »Mein Kampf« und schloß mit dem Vatikan ein sehr günstiges Konkordat ab, das heute noch gilt.
Es ist müßig, noch viel Worte über die von Herrn Ingrimm verherrlichte heilige römisch-katholische Kirche zu schreiben, denn sie hat einen erklecklichen Anteil daran, daß Europa fast zweitausend Jahre mit einem persönlichen Gott betrogen wurde, den es gar nicht gibt und den es für erkenntnisreife und der Schöpfung würdige Menschen niemals geben kann.

Sepp Meidl, Villach

*

Herr Robert Ingrimm gibt vor, die Geschichte einigermaßen zu kennen, kann aber die Entstehung des Vatikanstaates und des römischen Reiches deutscher Nation nicht klar erkennen.
Sich auf einen angeblichen apostolischen Auftrag Jesu Christi berufend, etablierte sich in Rom nach dem Ende der Christenverfolgung ein weltlich strukturierter Machtapparat, deren Hierarchie-Oberster sich – in Anlehnung an den römischen Kaiser-Titel – die Bezeichnung »Pontifex maximus« zulegte. Dementsprechend war dann auch der Regierungsstil der jeweiligen Amtsinhaber. Die Schaltstelle päpstlicher Machtausübung wurde zum Vatikanstaat erhoben.

In der Person des Papstes Leo III. regierte ausgangs des 8. Jahrhunderts n. Chr. eine machtbewußte Größe die römische Kirche. Zusammen mit Kaiser Karl I. (genannt der Große) schuf Leo III. die politische Grundlage für den Kirchenstaat, der so gar nichts mit dem biblischen Bild der Kirche oder Gemeinde Jesu Christi gemein hatte. Kopien eines entsprechenden Mosaiks – ursprünglich im Triclinium des Laterans angebracht – befinden sich heute am Gebäude der Scala Santa zu Rom.

Kaiser Karl I. verband sein persönliches Machtstreben mit dem des Papstes und überzog – under der Ägide Leo III. – Süd- und Westeuropa mit blutigen Kriegen, die gleichzeitig der sogenannten Christianisierung dienen sollten. Wie dies in der Wirklichkeit dann aussah, kann der Bericht über die Abschlachtung von etwa viertausendfünfhundert Sachsen im jahre 782 n. Chr. zu Verden/Aller beleuchten. Im Beisein Karl I. und eines Priesters fand ein fast unglaubliches Massaker an Männern, Frauen und Kindern statt, weil sie sich weigerten, den römisch-katholischen Glauben anzunehmen.

Bei dem auf diese Weise geschaffenen Reich von Kaisers- und Papstgnaden, das keinefalls als »heilig« betrachtet werden kann, blieben alle biblischen Maximen, insbesondere des neutestamentlichen Evangeliums, auf der Strecke. Daß Gott hier nicht untätig bleiben konnte, das beweist das Zerfallen der kirchlichen und weltlichen Machtstrukturen. Nicht Herrn Ingrimm's »Ketzer und Kumpane« haben dieses Zerstörungswerk bewirkt, sondern Gott gab es dem Verfall preis, weil gegen seine Schöpfungsordnung gehandelt wurde.
Es ist daher müßig, darüber im Sinne von Herrn Ingrimm zu lamentieren.
Der Zerfall von damals setzt sich heute in der sogenannten Gebetsnacht von Assisi fort. Die »heilige« römisch-katholische Kirche ist dabei, dem Synkretismus Tür und Tor zu öffnen, damit sich im New Age-Zeitalter die Welteinheitskirche entfalten kann. Die Audienzen und Verbindungsaufnahmen des jetzigen Papstes laufen auf das Ziel hinaus: »Seid umschlungen, Millionen!« Vom wahren Evangelium der Hl. Schrift bleibt dann nur noch ein Deckmantel übrig, der den katholischen Christen zur Beruhigung dient. Der Protestantismus ging auf diesem Weg schon voran. Letzte bibeltreue Gemeinden werden buchstäblich ausgehungert.

Wer nun die Institutionen in der Hand hat, mag jeder, der mit offenen Augen und Ohren durch die Welt geht, am sittlichen und moralischen Zerfall der Menschheit erkennen. Es sind hier das in der Offenbarung genannte Tier und der ebenfalls angesprochene Antichrist. Die Weichen zu dieser Entwicklung wurden mithin schon sehr früh in der Welt- und Kirchengeschichte gestellt. Auch durch Kurie und Kaiser, infolge widerchristlichen Verhaltens. Gott läßt seiner nicht spotten, weder gestern noch heute.

Karl Tobias Frank, Schneverdingen

